

Herbst 1998 5,- DM

Diese Beilage wurde zu steuerbegünstigten Zwecken vom Verleger kostenlos beigelegt

Ö-punkte

Der Skandal wächst ...
der Widerstand auch!

EURO 2000
HANNOVER



Schwerpunkt:

Quo vadis, Umweltbewegung ?

Tips für Basisgruppen:

Sperrgrundstücke

Termine, Konferenzen

zu Anti-Atom, Verkehr, Naturschutz,
local economy, erneuerbare Energien,
Öko-Landbau, Gentechnik und
Umweltbildung

Ö-punkte

Der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen, BIs und Umweltgruppen

Die Ö-Punkte gibt es auf zwei Wegen:

Erstens über viele Rundbriefe und

Zeitschriften, die die Ö-Punkte beilegen ...

Über diese Infodienste, Rundbriefe und Verteiler gibt es die Ö-Punkte.

anti atom aktuell

Für Gruppen, die im Anti-Atom-Bereich arbeiten. Ist diese Zeitung unerlässlich: Termine, Berichte und Hintergründe.

Abo für 60 DM (12 Hefte/Jahr)

Hochschul-Umwelt-Info

Umweltgruppen an Unis, ASTA-Öko-Referate und andere Uni-Öks sollen das HUI abonnieren. Termine, Kurzinfos und Themen-

Perspektiven-Rundbrief

Infos zu Strategien der Umweltaarbeit, neuen Ideen und Konzepten, Termine usw.

Aba 40 DM/Jahr

BUKO Agrar Info

Agrarpolitik und die Wirkung auf Länder der dritten Welt, zudem Aktionen, Termine, Materialhinweise.

Abo für 25 DM (10 Hefte/Jahr plus unregelmäßige "Dossiers")
Achtung! "Ö-Punkte" liegen nur unregelmäßig bei!

anti atom aktuell

Für Gruppen, die im Anti-Atom-Bereich arbeiten. Ist diese Zeitung unerlässlich: Termine, Berichte und Hintergründe.

Abo für 60 DM (12 Hefte/Jahr)

Verbandsvertreter

Folgende Verbände verteilen die "Ö-Punkte" regelmäßig: BUND Nordrhein-Westfalen und Thüringen, NABU Saarland, Das Bessere Müllkonzept (Landesverbände Berlin, Bayern, Schleswig-Holstein)

Mika&Credo

Ca. monatliche Termin- und Adressenliste für Widerstandsprojekte.

40 DM/Jahr

BBU-Infodienst

Der BBU ist ein Zusammenschluß selbständiger Basisgruppen. Bis zu 4x jährlich (leider nicht sicher) kommt der Infodienst heraus zu Themen wie Atom, Müll, Verkehr - Beitrag ab 120 DM/Jahr

Stichwort Bayer

Zeitung der Coordination gegen Bayer-Gefahren. Informationen über die Firma und alle Abteilungen weltweit.

4 Ausgaben. 60 DM/Jahr.

Koop Telegramm

Termin- und Informationservice für Lebensmittelkooperativen (Food-Coops).
Beitrag 60 DM/Jahr. Abo ab 15 DM.

Hinweise:

Die Redaktion der "Ö-Punkte" empfiehlt allen Gruppen und Einzelpersonen, nicht nur die "Ö-Punkte" zu lesen, sondern auch einen thematisch passenden Rundbrief zu beziehen. Vernetzung im eigenen Themenbereich sowie, dann durch Ö-Punkte, der Überblick über alles, bieten eine optimale Kombination. Wir bemühen uns, weitere bestehende Rundbriefe dafür zu gewinnen, die Ö-Punkte mitzuverteilen. Dabei freuen wir uns über Hinweise und Hilfe.

Bestelladresse:

Auf Kongressen, Büchertischen und gegen 5,50 DM (in Briefmarken) beim Büchertisch der Gruppe "Landfriedensbruch"
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

Oder Sie abonnieren die Ö-Punkte direkt:

Als Abo, Förder-Abo oder Ö-plus aktuell.

Abo: 4 Hefte für 20,- DM/Jahr. Sammel-Abo: Je weiteres Heft 3,- DM/Jahr.

Förder-Abo: 4 Hefte ab 40,- DM/Jahr (Spendenbescheinigung möglich)

Ö-plus aktuell: einschl. Ö-Punkte-Abo 40,- DM/Jahr

Monatlich werden Terminübersichten zugeschickt. Am schnellsten per Fax (Nr. angeben!). Bestellung bitte möglichst mit Vorausüberweisung, V-Scheck oder Geldschein.

Ö-Punkte, Termine, Texte, Berichte und mehr

für alle, die im Umweltbereich aktiv sind.

Das Vernetzungsorgan.

Der Infodienst für UmweltschützerInnen

Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein)
Servicestelle für BIs und Umweltgruppen
V.I.S.d.P. der Rubriken: ThemenredakteurInnen
Sonstige Seiten: Jörg Bergstedt

Adresse:

Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
Tel. 06401/903283, Fax 903285
mail: oe-punkte@infomagazin.de

Themenredaktionen

Lokale Ökonomie: Jutta Sundermann (js)

Oberer Str. 41, 27283 Verden
04231/2669 (Fax 82141)

Politik von unten: Jörg Bergstedt (jb)

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
06401/90328-3 (Fax -5)

Naturschutz: Jörn Hartje (jh)

Poststr. 39, 22946 Brunsbek
04107/850478 (Fax 04531/7116)

Anti-Atom: Bernd Hanewald (bh)

Hermann-Levi-Str. 9, 35392 Geilßen
0641/29215 (auch Fax)

Energie/wende: Hartmut Groth (hg)

c/o Umschalten, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
040/394078 (auch Fax)

Verkehr: Umkehr e.V. (u)

Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding
030/4927-473 (Fax -972)

Umwelt&Entwicklung: Bettina Stang (bs)

Große Düwelstr. 15a, 30171 Hannover
0511/813115 (auch fax)

Genetechnik: Thomas Schmidt (ts)

Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck
Tel. 0451/7070646, Fax 7020748

Ökolandbau: Immo Lünzer/Stephanie Graf (sg)

c/o SOL Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
06322/8666, Fax 8794

Direkte Aktion/Widerstand: Liselotte Meyer (lm)

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
06401/90328-3 (Fax -5)

Umweltbildung: Peter Szekeres (ps)

Liebigstr. 50, 35037 Marburg
06421/24552 (Fax vorher anrufen)

Tierschutz: RAGE, c/o Umweltzentrum (ra)

August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld
Fax&Tel. Hans-Jürgen Lutz (hl), 06195/65118

Umweltrecht: Carsten M. Herle (ch)

Hoffenauerstr. 264, 24106 Kiel
Tel. 0431/305371-9 (Fax -8)

Abfall: Christian Ohly (co)

Siegmunds Hof 2-4 Haus 12/416, 10555 Berlin
Tel. 030/3936827

Projektredaktionen

Expo 2000: Simone Katter und Jörg Pohl
Büro für mentale Randoale, Flaeshelmer Str. 80,
45739 Oer-Erkenschwick

Bitte Texte direkt an die passende Redaktion!

Titel: Jörn Hartje

Gestaltung: Jörg Bergstedt, Jutta Sundermann
Druckerei: Gießen-Druck

Bildarchiv:

Ausköser, Hamburger Str. 5, 23843 Bad Oldesloe

Auflage: 12.000

Diese Auflage erreicht ca. 11.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen. Rest an Presse, Büchertische und AbonnentInnen.

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste 3/98. Sie kann bei der Ö-Punkte-Redaktion angefordert werden.

Abonnement

Die "Ö-Punkte" werden über bestehende Verteiler und Fachrundbriefe an Gruppen verschickt oder können abonniert werden (s. links).

Ö-Terminservice im Internet

Termin: <http://www.infomagazin.de/oe-termin>

Konto

Nr. 2516101 bei Volksbank Busecker Tal (BLZ 51362617), Spenden sind steuerlich absetzbar!



Auf einen Blick

Impressum, Abonnement2
 Inhalt3

LeserInnenpost, Echo4
 Perspektiven4

Aus aller umWelt

Expo 20006
 Ökosteuer7
 Freiw. Unternehmerjahr9
 Kleinanzeigen9
 Termine, Bücher11

Rubriken

Umweltbildung12
 Chemie & Industrie15
 Energiewende16
 Anti-Atom19
 VerbraucherInnenpolitik21

**Schwerpunkt
 "Utopien und
 Perspektiven"**

Utopie und Perspektive22
 Plädoyer für Utopien23
 Vorgestellt: Ökoptopla25
 Vorgestellt: bolo'bolo27
 Streiffragen28
 Strategie der Umweltbewegung30
 Agenda, Zukunftsfähigkeit32
 Autonome Strategien33

Utopische Kommunen34
 Mittendrin dagegen?35

Rubriken

Politik von unten36
 Umwelt & Entwicklung36
 Über den Tellerrand38
 Gentechnik40
 Radikal Leben41

Widerstand

Räumung in Polen42
 Diskussion Sabotage43
 Besetzungen aktuell44

Rubriken

local economy44
 Landschaft46
 Tierrechte/Tierschutz48
 Ökologischer Landbau51

Tips & Tricks

Sperrgrundstücke
 verhindern Großplanungen54

Rubriken

Müll57
 Verkehr60

Anhang

Vorschau, Zeitschriftenliste63

Auf dem Weg zur vierten Ausgabe:

Alles bleibt im Flusse ... diesmal haben zwei Leute die Endredaktion gemacht. Immer noch wenig für die viele Arbeit.

Nach wie vor sind die Ö-Punkte unterfinanziert. Langsam bessert sich die Lage zwar, aber wir verbrauchen immer noch Privatgelder und Spenden aus politischen Projekten. Wer Geld für uns übrig hat, sollte sich überlegen, ob er/sie diese Aufbauphase mittragen kann.

Es gibt, das könnte Spenden und Mitarbeit lohnenswert erscheinen lassen, nämlich durchaus Hoffnung, daß die Ö-Punkte sich weiterentwickeln und damit endlich wieder ein verbandsübergreifendes und unabhängiges Blatt entsteht, dessen Inhalt nicht durch Regierungsstellen, Vorstände oder AnzeigekundInnen geprägt wird.

So haben wir wieder eine Themenredaktion mehr besetzen können (Abfall). Außerdem machen wir immer mehr die Erfahrung, daß die Ö-Punkte wirklich in breiten Kreisen der Umweltschutzarbeit bekannt sind und als Informationsquelle dienen.

Folgende Themenredaktionen sind unbesetzt:

- Wasser
- Chemie/Industrie
- VerbraucherInnenpolitik
- radikal leben und
- Über den Tellerrand (Infos aus anderen sozialen Bewegungen).

Wer noch mithelfen kann, weitere Verteiler zu finden (z.B. in Verbänden oder über thematische Rundbriefe), sollte sich an uns wenden.

Gesucht: WiederverkäuferInnen

Büchertische, Tagungshäuser, Buchhandlungen, Bio-Läden und viele mehr könnten die "Ö-Punkte" weiter in Umlauf bringen. Dazu bieten wir Super-Konditionen bei regelmäßiger Direktabnahme. Für WiederverkäuferInnen gelten die gleichen Bedingungen wie für das Sammel-Abo. Das erste Heft kostet 20,- DM/Jahr, also 5,- DM pro Heft. Jedes weitere Heft kostet nur noch 3,- DM/Jahr mehr. Kleines Rechenbeispiel: Jeweils 10 Hefte abzunehmen, kostet 47,- DM/Jahr – also etwas mehr als 1,- DM pro Heft. Fast 80 Prozent Rabatt. Keine Kommission.

Bei Interesse bitte an die Redaktion wenden bzw. einfach ein Sammel-Abo machen.



Noch erhältlich: Alle bisherigen Ausgaben der Ö-Punkte.

	Schwerpunkt	Sonstige Hauptthemen
Startausgabe:	Windenergie	Sachspenden
Frühjahr 1998:	Agenda 21	Software für UmweltschützerInnen Anti-Atom-Aktionen
Sommer 1998:	Direkte Demokratie	Ökosteuer Perspektiven

Alle alten und das vorliegende Heft können nachbestellt werden. Ein Heft 5 DM, jedes weitere 2 DM. Jeweils plus 3 DM Porto. Bestellungen an die Redaktion (gegen Briefmarken, Scheck, Schein oder Vorausüberweisung): Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.



Zum Bericht über Anti-McDonalds-Aktionen

Pfui!

LeserInnenbriefe

Debatten sind gern gesehen. Die "Ö-punkte" wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Verwiesen sei auch und gerade für die Diskussion um Perspektiven auf den Rundbrief "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" (siehe Seite 2)

Ich muß sagen, daß finde ich einfach schwach! Dinge kaputt machen. Jeder halbwegs intelligente Mensch weiß, daß McDonalds ein Franchiseunternehmen ist. Ihr habt nicht einem Konzern geschadet sondern einem einzelnen Unternehmer, der versucht hat, sich selbständig zu machen und zu überleben.

Pfui! Das ist kein Umweltschutz, das ist 'ne Schweinerei. Durch solche Aktionen verliert der Umweltschutz seinen letzten Rest Glaubwürdigkeit.

Per e-Mail

Freiwirtschaftler-Pöbel

(*) Das Zentralorgan der rechten Freiwirtschaftsszene "Alternative 2000" beschwert sich in der Ausgabe 27 von Juni 1998 über den Artikel "Tauschringe - FreiwirtschaftlerInnen all überall?" aus der Rubrik Local Economy der Ö-Punkte Frühjahr 1998: "Einmal mehr ist die unkritische Übernahme der Diffurthschen Ergüsse festzustellen". In der Alternative 2000 wird die Autorin der Ö-Punkte mit voller Adresse genannt. Klaus Schmitt, der unserer Autorin empfiehlt, sein eigenes Buch zu lesen, ist in der linken Berliner Szene kein Unbekannter. Man erinnert sich dort noch daran, daß er am Rande einer Diskussionsveranstaltung im Mai 1994 in Kreuzberg seine Gaspistole zog.

LeserInnenpost bitte an die Redaktion schicken: Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen Fax 06401/903285 projektwerkstatt_sa@apg.wvbnf.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind

Neuerscheinung!

Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz

Geld regiert den Umweltschutz! Das Buch zeigt den Filz zwischen Staat, Wirtschaft und Umweltverbänden, den Einfluß rechter und esoterischer Kreise sowie Mängel in Strukturen und Strategien der Umweltbewegung.

Autor: Jörg Bergstedt ISBN: 3-88939-615-5 39,80 DM IKO-Verlag

Bestelladresse: Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen. Nähere Infos einschl. ReferentInnenliste gegen 1,10 DM in Briefmarken.

Weitere Bücher erhältlich:

Nachhaltige Weltbilder
Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte. 189 S., 7 DM.

Ö-Punkte 1/98

Aktuelle Ausgabe des Umwelt-Infodienstes mit Schwerpunkt zur Agenda 21. 64 S., 5 DM.

Graue Seiten

Kommentiere Umweltadressenliste. 56 S., 4 DM.

Aktionsmappe Umwelt

Tips für Basis-Umweltgruppen. A4-Ordner mit 280 S., 20 DM.



A-Camp und Perspektiventreffen:

Aufbruch light ... oder endlich mehr?

Auf dem anarchistischen Camp (31.8.-9.9. in der Nähe von Potsdam) fand das zweite Treffen "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" statt. Das war schlaun gewählt, denn viele der CampteilnehmerInnen interessierten sich für die Diskussionen um Widerstand, radikale Umweltschutzforderungen und Utopien. Etwa gleichviele Workshops liefen zur Kritik am "mainstream"-Umweltschutz (Agenda, Expo, Kommerzialisierung, Ökofaschismus) und zu Alternativen. Etliche greifbare Ergebnisse sind hier kurz aufgeführt. Näheres wird es im nächsten Perspektiven-Rundbrief geben, der gegen 5 DM in Briefmarken bestellt werden kann bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Neue Vernetzungsstrukturen

1. Politische Freiräume: Es gab ein Treffen zwischen politischen Kommunen, Wagendörfern, besetzten Häusern usw., die einen politischen (antistaatlichen) Anspruch haben. Zwischen diesen ist eine Vernetzung verabredet (Rundbriefe, Treffen, Austausch, gegenseitige Hilfe). Die Runde ist offen. Der erste Rundbrief erscheint Anfang September u.a. mit Vorstellungen der jetzt beteiligten Projekte und sonstigen Infos. Der Rundbrief wird aus einem Berliner Projekt erstellt. Das Vernetzungstreffen wird im November in Saasen (bei Gießen) sein. Weitere Projekte (Häuser, besetzte Plätze, politische Freiräume usw.) sind herzlich willkommen!

2. Gesamtgesellschaftliche Ziele: Auf Einladung von Anti-Atom-AktivistInnen aus der JUMP Hamburg gab es eine Diskussion einiger Ex-Jugendumweltbewegungs- und sonstiger Leute über das Hineinbringen radikaler Ziele in die Umweltbewegung. Vereinbart wurden:

- "revolutionäre" Redebeiträge, Flugblätter, Presstexte usw. im Rahmen der Anti-Atom-Aktionstage Mitte September.

- ebensolche Erklärungen und Inhalte im Rahmen weiterer Aktionen (Genfeldbesetzungen usw.)

- eventuell einen entsprechenden Schwerpunkt in den "Ö-Punkten"

- thematische AKs u.ä. auf sonstigen Camps und Kongressen wie den Jugendaktionstagen, dem Bundes-Ökologie-Treffen usw.

- weitere Treffen zum Austausch, zur Weiterentwicklung der Positionen usw. Das nächste Treffen wird auf dem Bundes-Ökologie-Treffen (BOT) in Witzhausen (25.-29.11.) laufen.

Konkrete Aktionen

Anti-Expo-Arbeit: Richtig groß waren die Anti-Expo-Runden. Es sind verschiedene Anti-Expo-Gruppen gegründet, die Vernetzung besprochen und Aktionen geplant worden. Ein erstes Rundschreiben mit Basisinformationen geht allen Gruppen und Zusammenhängen zu, die als Anti-Expo-Kontaktadresse in ihrer Region/Stadt gelten wollen. Wer daran Interesse hat, sollte sich melden. Hinweis: Am 3.10. ist der Tag der Deutschen Einheit, diesmal mit dem Feierschwerpunkt Hannover!

Weitere Diskussionen

Kritische Analyse von Kommunen usw.: Intensiv wurden die bestehenden Kommunen analysiert, mehrfach traf sich eine Gruppe, die neue und eigene Ideen entwickeln will und sich dazu demnächst auch für ein Wochenende in Lutter treffen will.

Utopien-Diskussion: Ziel ist, eine Utopie für eine selbstbestimmte Gesellschaft zu entwerfen. Das soll Motivation für gesamtgesellschaftliche Forderungen schaffen, z.B. um der Expo ein Gegenbild entgegenzustellen. Die Arbeit an der Utopie soll zwischen daran interessierten Leuten weitergehen.

Weiteres: Es fanden etliche weitere, inhaltliche AKs mit z.T. hoher Beteiligung (bis zu 60 Leuten) statt, u.a. Kritik an Agenda/Nachhaltigkeit, Ökologie und Kommerzialisierung/Kapitalismus, Utopienentwicklung usw.

Wer bei der einen oder anderen Sache einsteigen will, soll sich den Perspektiven-Rundbrief bestellen oder sich direkt an die Projektwerkstatt wenden (Tel. 06401/903283).

Wir brauchen Utopien, Perspektiven, Strategien!

Kein Weg ohne Ziel – Umweltschutz muß wieder klare Ziele und Strategien entwickeln, statt sich nur nach den vorgegebenen Fördertöpfen oder Modethemen zu richten. Bislang läuft die Perspektivendiskussion in kleinen Kreisen, wird von den "MachthaberInnen" der großen Organisationen auch rausgeblockt. Wichtig aber sind die IdealistInnen, die vor allem in lokalen oder Projektgruppen engagieren und selbst unzufrieden sind mit dem Vorankommen insgesamt. Sie, und alle die, die neu oder wieder Lust haben, richtig spannende Aktions- und Vernetzungsformen zu entwickeln, politischen Druck aufzubauen und durchsetzungsfähig zu werden, sind eingeladen, an der Perspektivendiskussion teilzunehmen.

Im einzelnen sind geplant:

- Perspektivdiskussionen zu den allgemeinen Fragen oder zu Teilthemen.
- Erarbeitung einer gesellschaftlichen Utopie, die auf Selbstbestimmung basiert.
- Weiterhin: Kritische Auseinandersetzung mit dem Filz zwischen UmweltschützerInnen, Staat und Wirtschaft. Kritik an und Alternativen zu Agenda 21, Nachhaltigkeit und anderen aktuellen Reformchen.
- Radikal leben: Aufbau und Vernetzung politisch aktiver, alternativer Lebensprojekte.

Die Zwischenergebnisse der Diskussion sollen im Band 2 (Perspektiven) des Buches "Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz" veröffentlicht werden. Auch daran wird zur Mitarbeit eingeladen.

Infopakete "Perspektiven"

mit Perspektiven-Rundbrief, Radikal-leben-Papier, Bücherliste, ReferentInnenübersicht usw.
(gegen 6,- DM in Briefmarken beim Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen)

4.-6. Dezember in der Projektwerkstatt in Saasen
Expo 2000
Was will die Expo? Kritik am Expo-Konzept. Auswirkungen auf Hannover, Deutschland, die Welt. Gegenentwürfe und Aktionen.
Info-Brief gegen 6 DM in Briefmarken beim Büro für mentale Rando, Flaesheimer Str. 80, 45739 Oer-Erkenschwick

Splitter aus dem Archiv:

Visionen für das 21. Jahrhundert

Einladung für die große Esoterikmesse in Bremen (gab im letzten Jahr viel Streit, den vor allem Jutta Dittfurth entfachte – zu Recht!) – dieses Jahr sind die Zeitschrift "natur" und "ecoinvest" Mitveranstalter, die Ökobank nutzt die Messe für Werbung, ein IG-Metall-Sekretär und die Tierärztin Barbara Rütting mischen mit.

BUND für Abschaffung des Umweltministeriums

Per Presseinfo hat BUND-Chef Weinzierl Schröders Ankündigungen für eine Verkleinerung des Kabinetts nach der Bundestagswahl zugestimmt. Dabei soll auch das Umweltministerium aufgelöst und mit Bau- und Landwirtschaftsministerium zum Zukunftsministerium zusammengelegt werden. Und was Zukunft heißt bzw. von der SPD kommt, findet der BUND immer gut.

13.-15. November in der Projektwerkstatt in Saasen
Vernetzungstreffen von Projekten, die sich als politische Freiräume begreifen
Hüttendörfer, Wagenplätze, besetze Häuser, politische Kommunen und alle, die sich als anstataatliche Freiräume begreifen und ihr Projekt als Plattform für politische Aktivitäten nutzen wollen. Es geht um Erfahrungsaustausch, Vereinbarung gegenseitiger Hilfe usw.
Info-Rundbrief gegen 6 DM in Briefmarken bei Lisa Krumnow, Samariterstr. 32, 10247 Berlin.

Schwerpunkt "Utopien und Perspektiven" – die Debatte geht weiter!

Mit dieser Ausgabe der "Ö-Punkte" soll erst der Anfang geschaffen werden für eine umfangreiche Dokumentation der Strategie- und Zieldiskussionen innerhalb der Umweltbewegung. Die läuft vor allem außerhalb der großen Organisationen, denn letztere richten ihre Strategien eher nach den Vorgaben der Gesetze, Beteiligungsmöglichkeiten und der Fördertöpfe.

Die "Ö-Punkte" geben den Status-quo wieder, mehr nicht – und auch das nur lückenhaft. Wir wollen weiter sammeln, was an Diskussionen läuft und dokumentieren.

ThemeredakteurIn gesucht!

Kann und soll es eine regelmäßige Rubrik "Utopien und Perspektiven" geben? Wo genügend Material zusammenkommt und wenn es Menschen gibt, die diese Redaktion eigenständig übernehmen wollen, bitten wir um Rückmeldung.

Schwerpunktheft

Je nach Fortgang der Diskussion wollen wir auch in weiteren Ausgaben die Strategiediskussion als Schwerpunkt aufgreifen – vielleicht in einem Jahr, vielleicht auch später. Materialien, die uns zugehen, werden wir bis dahin sammeln. Interessant sind alle Dokumente über das Ringen um Ziele und Wege im Umweltschutz. Die können aus den Verbänden, aus Instituten, unabhängigen Gruppen oder kleinen Runden kommen, z.B. auch Arbeitskreise auf Kongressen, Seminaren usw.

25.-29. November in Witzenhausen
Bundes-Ökologie-Treffen
Mit Weiterführung der Diskussion über radikale Inhalte in der Umweltbewegung. Eingeladen sind hier alle Gruppen, die nicht nur an Umweltfragen, sondern auch für eine herrschaftsfreie Welt insgesamt eintreten wollen.
Anmeldung für das BÖT: Melanie Amrhein, Ludwigsteinstr. 65, 37213 Witzenhausen, Tel. 05442/8537
Informationen zum Treffen über radikale Umweltschutzstrategien: JUMP Hamburg, Tel. 040/394095

Infos zu Perspektiven

Archive, politische Bibliothek, Kontaktadresse, und mehr finden sich in der Projektwerkstatt Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen-Saasen Tel. 06401/90328-3 Fax -5 projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

Zum Archiv: Mehrere Meter Regal stehen in der Projektwerkstatt in Saasen und dokumentieren Skandale und politische Anlederei der UmweltschützerInnen an Staat und Wirtschaft

EXPO 2000:

Skandale und Pleite wachsen ... der Widerstand auch!

Die Aktionsaufrufe stammen aus der Expo-Redaktion (Büro für mentale Randalde, Oer-Erkenschwick).

Aktionswoche gegen die Expo 2000 geplant

Beim Anti-Expo-Workshop Anfang August (A-Camp bei Berlin) entstand die Idee einer ersten bundesweiten Aktionswoche, mit theoretischer Auseinandersetzung und praktischen Aktionen vor Ort in Hannover. Bunte und hoffentlich vielfältige Aktionen sollen in der Woche vor dem 3. Oktober (Tag der deutschen Einheit!!!) stattfinden, denn die Feierlichkeiten zu diesem Tag werden – wehch Zufall – in Hannover abgehalten. Damit es an diesem Tag nicht zu einer nationalen Selbstbewehrückerung kommt, die auch vor einer Lobpreisung der Expo nicht halt machen wird, sollte es vorher und während der Einheitsfeierlichkeiten spritzige und knallende Aktionen geben. Eurer Phantasie sind auch hier keine Grenzen gesetzt; es ist einzig und allein wichtig, daß überhaupt etwas passiert. Wer nun auf den Geschmack gekommen ist und Bock hat, den noch sehr schwachen Widerstand anzukurbeln, kann sich unter folgender Adresse Infos über den Stand der Dinge holen. Außerdem wäre es super, wenn ihr mögliche von Euch geplante Aktionen auch zu dieser Adresse schicken würdet, damit wir einen gewissen Überblick kriegen und andere Gruppen und Leute informieren können: Büro für mentale Randalde, Flaesheimer Str. 80, 45739 Oer-Erkenschwick. Konkretere Informationen erhaltet ihr allerdings voraussichtlich in der nächsten Ausgabe der Ö-Punkte oder bei den Anti-Expo-AGs (Liste erscheint bald). Also dann frohes Schaffen ...

Termine zur Expo

2.-4.10. In Hannover Vorbereitungstreffen zum Anti-Expo-Kongreß
Info BUKO, 040/393156

4.-6.12. In Saasén Anti-Expo-Seminar Hintergründe zur Expo, Alternativen, Aktionen
Info 06401/903283

13.-16.5.99 In Hannover BUKO und Anti-Expo-Kongreß
Info BUKO, s.o.

(jb). Das Jahr 2000 soll für die Mächtigen in Deutschland ein ganz besonderes Jahr werden. Fünf Monate werden in Hannover, in der Korrespondenzregion Dessau-Bitterfeld sowie in Hunderten dezentraler Projekte die Mächtigen dieser Welt, vor allem aber deutsche PolitikerInnen und Konzerne zeigen, wie sie sich die Zukunft vorstellen.

Gewünscht: Cyberworld

Die Expo ist nicht irgendwas, sondern das Großereignis der nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, auf dem die Wege in die Zukunft vorgestellt werden. Die Botschaft ist einfach: Technik kann alles. (Gen-)Technik wird den Hunger besiegen, (Atom-)Technik zusammen mit modernen Windrädern den Energiemix der Zukunft bieten, (Auto-)Technik von Leitsystemen bis zu neuen Antriebsformen regelt die Mobilität. Die Menschen spielen im Zukunftsbild der Expo keine Rolle, die Konzerne werden's schon regeln. Selbst auf ganz umstrittenem Feld ist blanker Technikglaube angesagt: Die Expo wird neue Atomreaktortypen präsentieren, die in Deutschland und weltweit neu (!) gebaut werden sollen.

Der Trick: Akzeptanzbeschaffung

Dieses (groß-)technikorientierte Zukunftsbild, in dem die Menschen nur noch Funktionen ausfüllen, könnte Widerspruch erzeugen. Um das zu vermeiden, geht die Expo (bzw. mit ihr befreundete Stiftungen und Firmen) mit vielen Versprechungen und großem Geldkoffer auf solche Projekte zu, die nötig sind, um dem Ganzen ein Ambiente der Vielfältigkeit zu geben. Technoparties und anspruchsvolle Diskussionen auf der Expo, autonome Jugendzentren und die Umweltverbände als Kooperationspartner und Aussteller, Eric Clapton und Boris Becker als Befürworter – es scheint, daß irgendwie alle dabei sind. Und diese Mischung machts: So stehen plötzlich neue Atomkraftwerke in einem Zukunftsbild, was scheinbar von allen (oder wenigstens fast allen) gewollt wird. Und viele organisierte UmweltschützerInnen, Eine-Welt-Verbände, die Kirchen und Gewerkschaften, Jugendverbände und Frauengruppen sind dumm und geldgierig genug, das Spiel mitzumachen.

Die Chance des Widerstandes

Die Expo entwirft ein gesamtgesellschaftliches Bild. Danach werden der Kapitalismus als Herrschaftsstruktur gestärkt und alle gesellschaftlichen Lösungen dem technischen Fortschritt überlassen. Die Menschen sind gänzlich entmachtet (so wird die Expo unter "fachlicher Beratung" des WWF und mit finanzieller Unterstützung des Regenwaldzerstörers VW do Brasil zwar das Thema Regenwald bringen, aber die Zukunft der UreinwohnerInnen dort bewußt nicht thematisieren; auf der Expo-Jugendplattform können sich Jugendliche vergnügen, als Menschen mit eigener Meinung sind sie nicht gefragt – zwei Beispiele für viele).

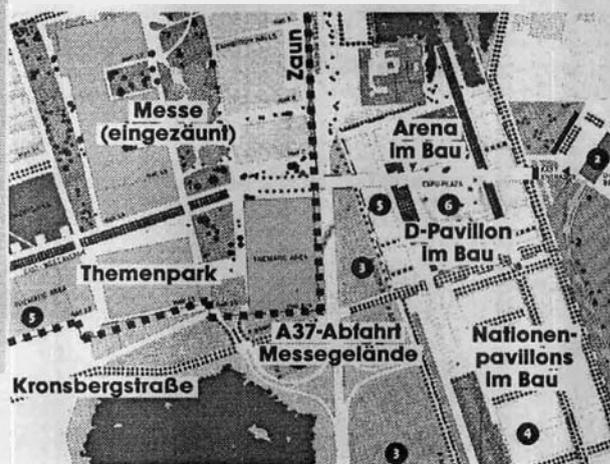
Doch genau dieses Bild bietet die Chance für Widerstand. Deutschland (bzw. die Machtkreise, die sich dafür halten)

Den KapitalistInnen ihre Expo zu nehmen ... ist wie einen Macho kastrieren!
(Ausspruch auf dem Anti-Expo-Treffen am 5.8.98)

wollen sich mit der Expo als die besten KapitalistInnen darstellen. Bilder von "Technik made in Germany" sollen um die Welt gehen. Das ist nach langer Zeit mal wieder eine gute Gelegenheit, einen gesamtgesellschaftlichen Widerstand zu beginnen. Den Mächtigen ihr Symbol zu verderben und selbst Gegenpositionen zu beziehen, ist an der Expo einfach und gut möglich – denn für das weltweite Aufsehen sorgen schon die Expo-MacherInnen. Die Welt guckt also hin, die Frage ist nur, was sie sehen wird: Widerspruchsloses Technik- und Herrschaftsgedusel oder eine Bevölkerung, die sich diesem Zukunftsbild entgegenstellt, Polizeiknüppel der Mächtigen, zerstörte Modelle der Großtechnik usw.

Anti-Expo: Widerstand und Gegenmodelle

Die Expo besteht zur Zeit aus riesigen, unüberschaubaren Baustellen in Hannover (vor allem rund um das Messegelände), einer Konzentration von sonstigen Projekten im Raum Dessau-Bitterfeld und vielen hundert dezentralen Projekten überall. Das bietet vielfältige Aktionsmöglichkeiten für eine Arbeit gegen die Expo, also den destruktiven Teil der politischen Aktionen. Gleichzeitig aber besteht die Chance, in die durch den Widerstand angefachte Debatte (was erst noch geschehen muß!) Gegenmodelle für die gesellschaftliche Entwicklung einzubringen – Gegenmodelle zur Expo sowie zu den ebenso technikverherrlichenden und von der Expo zur Theoriegrundlage gewählten "Agenda 21" und "Zukunftsfähiges Deutschland". Es wird Zeit für Utopien, in denen die Selbstbestimmung der Menschen und der Abbau von Machtstrukturen den Inhalt bildet. Die Expo ist eine Chance, Gegenbilder zu setzen.





Aufruf zu Aktionen

gegen die ...

**EXPO 2000
HANNOVER**

Anti-Expo-Netzwerk gebildet

Die Expo 2000 als Showbühne für die spektakuläre Selbstinszenierung des neuen grünlackierten Kapitalismus, welcher 2000 in Hannover segensreiche Konzepte wie Gentechnik, optimierte Atomkraft und andere nachhaltige Technologie zur Lösung der von ihm geschaffenen Probleme vorstellen wird, hat ein paar neue GegnerInnen bekommen. Kürzlich formierten sich ca. 20 Gruppen im Rahmen eines Expo-Workshops bei Potsdam, um den größtenteils auf Hannover beschränkten Widerstand auszuweiten und die enorme Angriffsfläche der Weltausstellung unter dem Titel "Mensch-Natur-Technik" zu nutzen, auch um alternative ökologische Ansätze zur "Lösung der Probleme des nächsten Jahrtausends" ins Bewußtsein der Gesellschaft zu transportieren. Doch nicht nur die Ausstellung in Hannover selbst stellt ein Ziel für Proteste und Widerstand dar, sondern auch die über ganz Deutschland verteilten Expo-Projekte. Diese zum Teil schon seit längerer Zeit existierenden Projekte (Begründung von Industriebahnhöfen, "alternative" Wohnkonzepte usw.) werden von der Expo oder nahestehenden Organisationen finanziell unterstützt, um sie 2000 in Hannover als Beispiele für zukunftsweisende Einrichtungen zu präsentieren. Diese Projekte können sich auch direkt vor Eurer Haustür befinden. Also, Widerstand gegen die Expo zu leisten, wird sich als nicht besonders schwierig herausstellen, angesichts der vielen Möglichkeiten.

Infos und Rundbrief

Für nähere Informationen könnt ihr diese Adresse kontaktieren: Büro für mentale Randalen, Flaesheimer Str. 80, 45739 Oer-Erkenschwick (Bald wird eine vollständige Liste aller Anti-Expo-AGs erscheinen. Vielleicht ist eine in Eurer Nähe dabei, so daß ihr dort nach weiteren Infos fragen könnt). Wenn ihr auch eine Anti-Expo-AG bei Euch gründen wollt, und in den schon bestehenden Rundbrief der Anti-Expo-AGs aufgenommen werden wollt, dann schickt eine Mitteilung über Eure Gründung (mit Adresse) an die oben genannte Adresse.

Weitere Infos zu konkreten Aktionen
siehe links!

Thesenpapier des Instituts für Ökologie: Ökosteuern steigern die Vorherrschaft der Ökonomie vor der Politik!

1. Ökosteuern sind gefährlich

Die (unbestreitbar vorhandenen) positiven Wirkungen linearer Ökosteuern resultieren vor allem aus der Verteuerung des Rohstoffverbrauchs. Dadurch wird selbiger eingeschränkt, zumindestens dort, wo die finanziellen Mittel fehlen, die Mehrkosten zu tragen, oder das Investitionskapital für Modernisierungen vorhanden ist und sich rechnet. Doch diesen Vorteilen stehen eklatante Nachteile gegenüber, die in der Diskussion kaum oder nicht genannt werden:

Entmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft: Mit der Einführung der Ökosteuer überläßt die Politik (in Deutschland: Parlamente und Regierungen) erneut ein Handlungsfeld dem Spiel der Kräfte am Markt (Deregulierung). Dieses Kräftespiel ist aber nicht gleichberechtigt, sondern aufgrund etlicher Gesetze und Verordnungen sowie durch den Einfluß auf die zentralen Verbände und die Regierungen sind große Konzerne bevorteilt. Durch die größeren Möglichkeiten, vor allem finanziellen Ressourcen, können große Konzerne auf die Einführung der Ökosteuer besser reagieren als kleine (Modernisierung, Rationalisierung).

Mit der Ökosteuer regelt ein ökonomisches Mittel die Verteilung der Ressourcen und nicht ein demokratisches, d.h. politische Willensbildung. Nicht das, was die Menschen wollen, geschieht, sondern das, was mit Geld bezahlbar ist.

Lohnkostensenkung bedrängt ausgebeutete Länder: Als Vorteil der Ökosteuerreform wird die Senkung der Lohnkosten angeführt. Dazu ist zunächst festzustellen, daß Deutschland keine hohen Lohnkosten hat. Zwar sind die Löhne und ihre Nebenkosten pro Zeiteinheit höher als in den meisten anderen Ländern, aber nicht bezogen auf die Produktionsleistung (Lohnstückkosten). Damit aber müssen sog. Billiglohnländer konkurrieren. Werden in Deutschland die Lohnkosten gesenkt, so bedeutet das einen unbefriedigten Druck auf andere Länder, dieses ebenfalls zu tun, um konkurrieren zu können. Da auch in anderen Ländern die Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft nicht demokratisch, sondern ökonomisch bestimmt wird, ist mit einer steigenden Ausbeutung der Menschen zu rechnen.

Höhere Rohstoffpreise drücken Lohnniveau: Eine Entlastung von Lohnnebenkosten wird nur bei ArbeitnehmerInnen greifen. In vielen Bereichen sind aber (und entstehen

weiter), in denen scheinbar Selbständige tatsächlich abhängige ZuarbeiterInnen sind, z.B. LKW-FahrerInnen als SpedituerInnen einzelner Betriebe. Bei ihnen werden die Lohnnebenkostensenkungen oft geringer ausfallen, die steigenden Rohstoffpreise müssen sie mit zusätzlicher Selbstausbeutung auffangen. Ein Umstieg auf z.B. die Bahn kommt für sie individuell kaum in Frage.

Politisches Potential wird verschenkt: Wenn Ökosteuern die Wirkung hätten, die ihnen immer nachgesagt wird, stellt sich die Frage, warum sie durchsetzbar sein sollen. Dazu gehört ein hohes gesellschaftliches Durchsetzungspotential im politischen und öffentlichen Raum. Wo das aber besteht, macht es mehr Sinn, statt eines so zweifelhaften bis gefährlichen Instrumentes wie die Ökosteuer lieber die Demokratisierung des Rohstoffverbrauches zu fordern.



2. Die vorliegenden Vorschläge sind besonders untauglich

Die genannten Gründe reichen aus, die Ökosteuer als solches in Frage zu stellen. Die augenblicklich vorliegenden Vorschläge aber sind in noch weit größerem Umfang untauglich und bedeuten eine zusätzliche Bevorzugung der meisten der ohnehin bevorzugten Großkonzerne. So enthalten z.B. die Ökosteuerkonzepte von Bündnis 90/Grünen eine Ermäßigung von 80 Prozent für alle energieintensiven Konzerne¹. Das Konzept der Umweltverbände ging 1997 auch von diesem Wert aus², 1998 wurde dort in einem neuen Vorschlag der von diesen Konzernen noch zu zahlende Steuerbetrag sogar nochmals halbiert (jetzt 90 Prozent Ermäßigung, d.h. statt 20 Prozent zahlen sie jetzt nur noch 10 Prozent dessen, was andere Firmen zahlen)³. Teile der SPD befürworten eine Ökosteuer mit Ausnahmeregelungen für alle Firmen. Mit dem Parteitagbeschuß der Grünen für einen Benzinpreis von 5 DM/Liter in zehn Jahren dokumentieren die ÖkosteuerbefürworterInnen auch öffentlich, daß es ihnen vor allem um die Besteuerung der Haushalte, nicht aber der Industrie geht.

Die benannten Ausnahmeregelungen bedeuten:

Rabatt für die, die viel Energie verbrauchen: Wer bei der Produktion relativ viel Energie verbraucht, wird belohnt. In der

**Autor des Textes
zu Ökosteuern:**

Jörg Bergstedt
Institut für Ökologie
Fachbereich
"Wirtschaft und Politik"
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen



Quellen

1 Pressemitteilung 584/96 vom 3.7.1996 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Redebeitrag von MdB Michaela Hustedt am 3.7.1996 vor der Presse in Bonn. FR-Text am 4.7.1996: "Auch Grüne wollen Industrie von Ökosteuer entlasten".

2 Deutscher Naturschutzring (1997): Ökologische Steuerreform, Positionspapier. Bonn: DNR-Kurier 6/1997, S. 4.

3 C. Krebs, D. Reiche, M. Rocholl (1998): Die ökologische Steuerreform. Birkhäuser, Basel.

4 Kurzmeldungen Tagespresse

Praxis sind das vor allem Großkonzerne: Stahl, Aluminium, Kunststoff (ganz besonders die Chlorchemie), Zement oder Kunstdünger. Alle genannten Produktionszweige sollten aus ökologischer Sicht eher verschwinden (bzw. durch Recyclingwirtschaft ersetzt werden). Durch die Ermäßigung werden sie aber erhalten und noch gestärkt, denn fortan wird für die Herstellung von Kunstdünger nur z.B. ein Zehntel der Energiesteuer erhoben, der ökologische Landbau muß aber voll zahlen. Zement wird begünstigt, Lehm- und Holzbauweisen nicht. Die Liste wäre fortsetzbar.

Rabatt für die, die zur Zeit immer mehr verschwenden: Nach offizieller Statistik haben die Haushalte 1997 ca. 3 Prozent Strom eingespart, während die Industrie den gleichen Anteil zusätzlich verbraucht hat. Dennoch sollen jetzt große Teile des Industrieverbrauches entlastet werden (die zahlenmäßig wenigen energieintensiven Konzerne verbrauchen den Großteil der Energie).

Rabatt für die, denen es gut geht: Die von der Ermäßigung betroffenen Industriezweige sind zum Teil leistungsstark und fahren zur Zeit große Gewinne ein. Ihnen würden Investitionen zum Rohstoff- und Energiesparen wenig wehtun. Dennoch werden sie entlastet. Belastet werden dagegen andere, die es schwer haben werden, auf die Preissteigerungen zu reagieren (zumal Hilfen zur Produktionsumstellung kaum oder nicht vorgesehen sind). Somit ist eine zunehmende Monopolisierung durch die Ökosteuer zu erwarten, da viele kleinere Betriebe geschwächt werden.



3. Hinter der Ökosteuerdebatte stehen eigennützige Interessen

Bei näherer Analyse wird deutlich, daß die jetzt wiederbelebte Debatte um eine ökologische Steuerreform vor allem denen dienen soll, die sie führen: Der Partei Bündnis 90/Grüne sowie Teilen der SPD und den Umweltverbänden.

Ökosteuer als Wahlkampfhit: Große Teile der Grünen sowie die ihnen nahestehenden Kreise der SPD fordern den ökologischen Umbau der Gesellschaft – jedoch als Wahlkampfthema, ohne ihn tatsächlich zu wollen. Im Kern weisen die Programme beider Parteien eine ähnliche neoliberale Politik (Ökonomie vor Politik) auf wie die von CDU, F.D.P. und anderen. Die Ökosteuer dient als Feigenblatt für einen neoliberalen Kapitalismus im "grünen Mäntelchen" und wird als Fortschritt für den Umweltschutz bezeichnet. Das aber wird sie nicht sein (siehe oben), vor allem aber nicht als Beiwerk zu sonstigen politischen Beschlüssen, die ökologische Ziele völlig verfehlen.

Ökosteuer als Imagekampagne: Für die Umweltverbände bietet sich die Chance, in der Erwartung eines rotgrünen Regierungswechsels das eigene Image aufzupolieren und sich nachdrücklich bei SPD und Grünen als loyale Organisationen zu empfehlen. Die aktuelle Ökosteuerkampagne der Verbände DNR, BUND und NABU ist inhaltlich mit den Grünen sowie Kreisen der SPD um deren Umwelt-Männer Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Michael Müller abgestimmt, wird von den Grünen finanziert, zudem stehen einige der im Vordergrund aktiven Personen auf aussichtsreichen Listenplätzen der SPD oder der Grünen für die Bundestagswahl. Für die Zeit nach der Wahl erhoffen sich die Verbände so, künftig in der ersten Reihe stehen zu können als Politikberater, Zuschußempfänger usw. Für die SpitzenfunktionärInnen winken Ämter und Anstellungen in Ministerien, Fachämtern, Gremien und Kommissionen.

Hinzu kommt, daß die Ökosteuer auch in weiten Kreisen der Industrie bis hin zur Großindustrie beliebt ist. Dadurch gelingen inzwischen gemeinsame Werbekampagnen z.B. mit Daimler-Firmen oder Chemiekonzernen. Die Spenden aus dem Bereich der Großkonzerne nehmen zu.

Lobbyarbeit statt öffentlicher Aktion: Das Eintreten für die Ökosteuer paßt in die Entwicklung der Umweltverbände seit ca. einem Jahrzehnt. Konfrontative Aktionsstrategien werden gemieden. Dafür gibt es angesichts von Deregulierung, neuem Atomgesetz, Globalisierung usw. keinen inhaltlichen Grund, sondern nur den des Eigennutzes. Die Verbände nehmen Platz an den Tischen der Mächtigen. Dadurch steigt ihre Durchsetzungsfähigkeit nicht, aber die individuellen Karrierechancen der Beteiligten, der Zugriff auf Informationen und Fördergelder sowie Imageerfolge, weil die Mitarbeit an den Verhandlungstischen suggeriert, daß das Gewicht der beteiligten Organisation entsprechend hoch ist.



4. Alternativen

Die Ökosteuer bringt in der Sache wenig und ist mit erheblichen Gefahren verbunden. Die aktuell vorliegenden Ökosteueranschläge sind noch zusätzlich entschärft, verringern die wenigen positiven Wirkungen und verstärken die negativen.

Statt der aktuell diskutierten Vorschläge für eine Steuerreform sind sinnvoll:

Lineare Energietarife: Eine Ökosteuer ist in weiten Teilen überflüssig, wenn nur die ständigen Subventionen abgebaut würden. So erhalten z.B. große Konzerne ihren Strom zu Preisen, die nur einen kleinen Teil der Kosten für Haushalte ausmachen. Wer viel verbraucht, erhält also

Rabatt. Das widerspricht jeglichem ökologischen Ansatz und der Forderung nach linearen Tarifen. Erster Schritt muß also sein, die Energiepreise so anzugleichen, daß nicht die am wenigsten zahlen, die am meisten verbrauchen, also die Umwelt am meisten belasten.

Wenn dann eine Ökosteuer hinzukommt, muß sie dort wirken, wo die Einsparpotentiale am größten sind, d.h. bei den GroßverbraucherInnen der Industrie und überall dort, wo Energie überdurchschnittlich verbraucht wird. So könnte beispielsweise pro Haushalt bzw. pro Person eine Grundenergiemenge unbesteuerbar bleiben und die Ökosteuer nur für den Mehrverbrauch gelten, dann aber mit höheren Sätzen. Ähnlich könnte mit Betrieben vorgegangen werden. Ermäßigungen für energieintensive Betriebe sind Unsinn. Es muß Ziel sein, diese Produktionsbereiche zu ersetzen (Substitution).

Demokratisierung des Naturverbrauchs: Natur, damit auch die Rohstoffe, sind Teil der menschlichen Umwelt. Die Menschen sind die Betroffenen jeglicher Nutzung und Belastung. Schon die Übernahme der Entscheidungskompetenz in anonyme, nicht betroffene Parlamente und Regierungen entdemokratisiert die alle Menschen betreffende Frage des "Verbrauchs" von Natur. Noch schlimmer wird es, wenn nun Parlamente und Regierung sich selbst durch Regelungen entmachten und zukünftig die Frage des Natur"verbrauchs" noch mehr zum Gegenstand ökonomischen Handelns machen, also zu einer Frage des Geldes.

Statt ökonomischer Regelungen sollte der Verbrauch von Flächen und Ressourcen demokratisiert werden, d.h. die Menschen der jeweiligen Region entscheiden über die Nutzung der Natur, in der sie leben. Nötig ist nicht eine Ökosteuer, sondern ein Menschenrecht auf die Entscheidungsgewalt über die eigene Umwelt.

Materialien

Perspektivenpapier "Ökonomie von unten" 2 DM (plus 3 DM Porto)

Infopakete "Ökonomie von unten" (2 Bücher, Perspektivenpapier, weitere Einzelinfos) 20 DM (plus Porto)

Bestelladressen
Ö-Büchertisch
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen

Institut für Ökologie

1

Ökosteuer, Agenda, Nachhaltigkeit ... alles Modethemen?

Wir bieten kritische Positionen zu aktuellen Themen!

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Postfach 100904
35339 Gießen

Nachwuchsschulung für KapitalistInnen

Früh übt sich, was ...

"Sie werden sicher erleben, daß Unternehmer sein mehr Freiheit und Selbstbestimmung, mehr Spaß und Geld, aber auch mehr Streß und Risiko bedeutet." (Broschüre zum Freiwilligen Jahr im Unternehmen)

Die ewige Leier von "Es gibt keine Alternativen" über "Leistung muß sein" bis hin zu "Der Mensch ist nunmal schlecht" reicht den BefürworterInnen dessen, was hier euphemistisch "soziale Marktwirtschaft" genannt wird, zur Formierung der Bevölkerung anscheinend nicht. Auf Initiative des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und des Bundesjugendministeriums hin sollen jetzt lauter kleine, gute KapitalistInnen herangezüchtet werden.

Ohne Kapitalisten ist kein guter Kapitalismus zu machen – so oder ähnlich müssen sich die wirren Gedanken von Bundesjugendministerin Claudia Nolte durch ihr Gehirn gezwängt haben, als sie auf die Idee kam, das Freiwillige Jahr im Unternehmen (FJU) zu starten. In diesem sollen junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren die Möglichkeit bekommen, "Einblicke in freies Unternehmertum" zu erhalten und eine "neue Kultur der Selbständigkeit" zu begründen. Angelehnt ist das ganze an das bereits bestehende Freiwillige Soziale bzw. Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ). Bis zu 1.500 junge Menschen können ab September 1998 ein FJU bei Unternehmen in etwa 30 ausgewählten Industrie- und Handelskammern absolvieren. Es wird wie beim FSJ und FÖJ in dem Jahr fünf Seminare à fünf Tagen geben. Damit die Jugendlichen in diesen ausschließlich neoliberale Dogmen verinnerlichen und nicht auf dumme Gedanken wie etwa "Enteignung von Großkonzernen" oder "Vergesellschaftung der Produktionsmittel" kommen, werden die drei überregionalen Seminare vom Partner Dresdner Bank AG finanziert, die das Gesamtprojekt "auch inhaltlich mitbegleitet".

Mit "Führungskräften" zusammen soll ein "Verständnis für unternehmerisches Denken und Handeln" entwickelt werden, "Begriffe wie Unternehmergeist" und "unternehmerische Freiheit" werden durch persönliches Erleben mit konkreten Inhalten gefüllt, so der O-Ton des FJU-Propagandaheftchens. Eine sehr eigenwillige Definition von "Freiheit", die das massenhafte Sterben und Elend von Milliarden Menschen einerseits und Verschwendung und Überfluß einiger weniger zur Folge hat. Fast schon lächerlich mutet der Versuch der Bundesjugendministerin Claudia Nolte an, mit Biegen und Brechen das FJU in eine

Reihe mit dem FÖJ/FJS und einem Dienst für die Gesellschaft zu stellen: "Auch wer Verantwortung für sich und andere übernimmt und Arbeitsplätze schafft, handelt sozial." Unabhängig davon, ob mensch für diese Gesellschaft überhaupt etwas tun möchte, hat sich hier bestimmt niemand Lohnabhängigkeit oder das ausbeuterische Verhältnis Arbeitnehmer-Arbeitgeber ausgesucht. Die sich immer weiter verschärfende soziale Krise erfordert noch flexiblere Unternehmen, um den Standort zu retten. Nicht ohne Grund schwärmt Nolte weiter von "Fahrrad-Kurierdiensten", "Babysitterservices" oder dem "kleinen Unternehmer mit Führungsqualitäten". In die gleiche Kerbe haut Hans Peter Stahl, seines Zeichens Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, als er vollmundig von sich gibt, daß "wirtschaftliche Herausforderungen wie die Globalisierung keine Bedrohung, sondern vor allem eine Chance für jeden einzelnen sind. Unsere Botschaft heißt: Wirtschaft geht alle an!" Richtig, Pappnase. Wirtschaft geht tatsächlich alle an und nicht bloß die Handvoll Aktiengesellschaften und Großkonzerne, die entscheiden, wo investiert wird und wo nicht, wer wieviel Lohn bekommt oder wer jetzt mal hungert und über die Klinge springt.

... was einE KapitalistIn werden will

Aus dem Bundesministerium heißt es, der wirtschaftlichen Jugendbildung komme heute "wachsende Bedeutung zu", außerdem behaupten angeblich 56% der jungen Menschen, sie würden gerne als Selbständige arbeiten. Damit sich die Jugendlichen gleich an das Prinzip der Ausbeutung gewöhnen, bekommen sie monatlich lediglich 200,- bis 300,- DM, das Kindergeld für die Eltern fällt weg. Da von diesem Betrag niemand leben kann, sind die zukünftigen TeilnehmerInnen von vornherein auf reiche Eltern angewiesen.

In einer gemeinsamen Presseerklärung des Bundesjugendministeriums, des DIHT und der Dresdner Bank tönt Nolte: "Wir arbeiten an den notwendigen Reformen des Steuer- und Sozialversicherungssystems, um den Standort Deutschland fit zu machen." Mit Erfolg, wie sich zeigt.

Zum Autor

Andreas Hechler
macht zur Zeit ein FÖJ
in Berlin

Quellen

Das freiwillige Jahr im Unternehmen, Selbstdarstellung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, April 1998

Pressemittlung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem DIHT und der Dresdner Bank, Bonn, 20. April 1998

Aktuelle Meldung

FÖJ-Zertung zensiert
(*) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat dem bundesweite Organ der SprecherInnen des "Freiwilligen ökologischen Jahres" das Geld gestrichen. Grund war ein Artikel, der sich kritisch mit dem neu eingeführten "Freiwilligen Jahr im Betrieb" auseinandersetzt. Die Zeitung wird jedoch mit einem Zuschuß des Jugendförderfonds "Klondike" weiter existieren. Für ähnliche Zensurfälle ist die Bundesregierung bereits bekannt.

Neu: Kleinanzeigen

Hier werden nur Anzeigen von Gruppen und Einrichtungen abgedruckt, die entweder etwas für andere Gruppen anbieten oder für ihre Arbeit brauchen. Kostenbeitrag: Bis 5 Zeilen 10 DM, jede weitere Zeile kostet 3 DM.

Mitwirkung erwünscht

(Praktikum, Jobs, Mitarbeit)

"Stellen" frei. Erstens: In den Filialen des Instituts für Ökologie in Hessen und Schleswig-Holstein können weitere Personen mit fachlichen Know-How mitwirken. Beide sind als Kollektiv organisiert, d.h. InteressentInnen arbeiten eigenständig, aber in einem gleichberechtigten Verbund. Zweitens: In hessischen Institut wird einE Praktikantin gesucht mit Interesse daran, ein regionales

Adressenbuch (Blöbauer, Fahrradläden usw.) zusammenzustellen. Unterkunft und Verpflegung frei, darüberhinaus auch Zeit für eigene Ideen. Kontakte: Institut für Ökologie Nord, Tel. 04107/850478. Mitte, Tel./Fax 06404/65643.

Wir wollen ein neues, radikales und politisches Projekt aufbauen: Gleichberechtigter, ökologischer Alltag und politische Aktion als Mischung. Wo, ist offen (es gibt einige

Ideen, aber nichts Zwingendes). Wie, soll gemeinsam entwickelt werden, ohne die beiden Grundziele in Frage zu stellen. Wann: Möglichst bald. Infos: Radikal leben, c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Für den weiteren Ausbau unseres Hauses brauchen wir Leute mit Ahnung und Kreativität im Schweißen (Treppe an Stahlteilen bauen), Holzbau (verschiedene Bereiche) und alle, die Kreativität an unserem

Aktionszentrum "austoben" wollen. Projektwerkstatt im Kreis Gießen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5.

Technik

(Suche/biete Geräte)

Gesucht für die Projektwerkstatt bzw. die Umweltbibliothek: Faxgerät (mit Normalpapier). Spendenquittung kann ausgestellt werden. Projektwerkstatt, Tel. 06401/903283.



Einladung zur Fachtagung

Do., 22. - Fr., 23. Oktober 1998

Fördermöglichkeiten im Umweltschutz

UMWELTINSTITUT

OFFENBACH

Nordring 82 B
63067 Offenbach am Main
Telefon: (069) 81 06 79
Telefax: (069) 82 34 93

E-Mail: umweltinstitut@t-online.de

Investitionshilfen und öffentliche Fördermittel

Do., 22.10.1998

- ab 09.00 Begrüßungskaffee und Ausgabe der Tagungsunterlagen
- 09.30 **Begrüßung**
Herbert Pfaff-Schley, Umweltinstitut Offenbach
- 09.45 **Hilfen bei der Auftragsvergabe**
Siegfried Stockhorst,
Auftragsberatungsstelle Hessen e.V., Wiesbaden
- 10.15 Diskussion, anschl. Kaffeepause
- 11.00 **Förderprogramme für Umweltschutzinvestitionen
Praxisleitfaden Investitionshilfen im Umweltschutz**
Hans-Joachim Will, Umweltbundesamt, Berlin
- 11.30 Diskussion
- 11.45 **Die erfolgreiche Vermarktung von Dienstleistungen und
Produkten unter Nutzung von Förderprogrammen und
Zugang zu Investoren**
Dr. Berthold, Mertz, Dr. Mertz & Kollegen,
Innovationsberatung, Ebersberg
Dr. Günther Kannert, Umwelttechnik-Umweltschutz
Innovationsberatung, Berlin
- 12.15 Diskussion
- 12.30 Mittagspause
- 14.00 **Finanzierung von Projekten durch die Grundwasser-
abgabe in Hessen** Jürgen Helms,
Wasseragentur Hessen - Wirtschaftsförderung Hessen
Investitionsbank AG, - HLT -, Wiesbaden/Kassel
- 14.30 Diskussion
- 14.45 **Förderkredite der Ökobank**
Florian von Eisenhart-Rothe, Ökobank e.G., Frankfurt a.M.
- 15.15 Diskussion, anschl. Kaffeepause
- 16.00 **Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau
für Umwelteinvestitionen** Dr. Axel Freudenberger,
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt a.M.
- 16.30 Diskussion
- 16.45 **Zuschüsse und Fördermittel im Rahmen von Sonder-
finanzierungen auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene**
Dr. Jörg Christen, Finanzministerium Rheinland-Pfalz, Mainz
- 17.15 Diskussion, anschl. Sektempfang.

Fr., 23.10.1998

- 09.00 **"db-select" - Datenbank über öffentliche
Förderprogramme in Bund, Ländern und EU**
Barbara Menrad, Deutsche Bank AG, Frankfurt a.M.
- 09.30 Diskussion
- 09.45 **Fördertätigkeit der Deutschen Bundesstiftung
Umwelt**
Dr. Markus Große Ophoff,
Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Osnabrück
- 10.15 Diskussion, anschl. Kaffeepause
- 11.00 **Förderfibel Energie**
Bernd Geisen, Forum für Zukunftsenergien, Bonn
- 11.30 Diskussion
- 11.45 **Management von öffentlichen Finanzierungs- und
Investitionshilfen**
Corinna Kollenbroich,
GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH,
Wuppertal
- 12.15 Diskussion
- 12.30 Mittagspause
- 14.00 **Beantragung von geeigneten Fördermitteln**
Michael D.G. Wandt, WABECO Subventionslotse
Gesellschaft für angewandte Betriebswirtschaft und
Fördermittelbeschaffung mbH, Florstadt
- 15.15 Diskussion, anschl. Kaffeepause
- 16.00 **Förderprogramme und Finanzierungsinstrumente der
Europäischen Gemeinschaft**
Inge Kunellis, Referatsleiterin für Europa und interna-
tionale Beziehungen, Sächsisches Staatsministerium für Umwelt
und Landesentwicklung, Dresden/Brüssel
- 16.30 Diskussion
- 16.45 **EU-, Bundes- und Länderförderprogramme für
Unternehmen im Umweltschutzbereich
- Zusammenfassende Diskussion**
René Waßmer, Das Gründungsbüro,
Forum Unternehmensgrün, Lübeck
- 17.15 Ende der Veranstaltung

ANMELDUNG zur Tagung

bitte einsenden oder **per Fax: (069) 82 34 93**

Name

Anschrift, Telefon

Fördermöglichkeiten im Umweltschutz 22. - 23. Oktober 1998

- Die Teilnahmegebühr für die Tagung beträgt DM 980,- zzgl. MwSt.
- Für Angehörige der öffentlichen Verwaltung berechnen wir eine reduzierte Gebühr in Höhe von DM 790,- zzgl. MwSt.
- In der Gebühr sind der Tagungsordner mit den Vorträgen sowie Pausengetränke enthalten. Nach Eingang der Anmeldung erhalten Sie eine Rechnung. Sie ist gleichzeitig Ihre Anmeldebestätigung.

Datum:

Unterschrift:

„Ökos“ auf der Esomesse!

Schon letztes Jahr tummelten sich Umweltgruppen und -projekte munter zwischen esoterischen SeelenheilerInnen und ökofaschistischen Lehren. Dieses Jahr fällt gleich bei der Einladung auf, wo Teile der Umweltbewegung gelandet sind. Die große Esotermesse vom 9.-11.10. im Congress Centrum Bremen konnte nicht nur bekannte Gesichter als ReferentInnen gewinnen (z.B. Jean Bertrand Aristide, Fritjof Bergmann, Franz Alt und IG-Metall-Sekretär Manfred Muster), sondern auch gleich mehrere Umweltfirmen und -organisationen als Mitveranstalter. Auf dem Einladungsschreiben prangt der Schriftzug: „In Kooperation mit: natur - Ökologik Ecovest“. Wenige Seiten später findet man dann auch noch die ÖkoBank. Auf diese Art bereiten UmweltschützerInnen esoterischen und rechten Ideen den Boden. Die Eso-Messe in Bremen kann Schauplatz sein für Aktionen und Demonstrationen gegen die Eso-Welle in politischen Bewegungen.



19.-31.12.98 im Internet
Virtuelle Umwelttagung Umwelt '98
 Die viermonatige Internetkonferenz "Umwelt 98" ist die erste virtuelle Umwelttagung in Deutschland. Die TeilnehmerInnen können sich ab dem 1. September 98 austauschen und über Beiträge diskutieren.
 Kontakt: Umwelt98@tu-harburg.de, www.tu-harburg.de/umwelt98

3.-4.10. in Bielefeld
Das M.A.I.
 Globalisierung wird gemacht
 Info: 0202/455054, Fax 451123

4.10.98 in Hannover
Antinationale Konferenz
 Motto "Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland". Beginn: 11 Uhr im "Faust", W.-Bühm-Str. 12.
 Info: JungdemokratInnen/Junge Linke, Tel. 030/4402486-4, Fax -6

9.-13.10.98 in Darmstadt
Jugendumweltherbstkongress
 Neben Infos zum Umweltschutz werden auch praktische AG's zu Naturkunde und Naturschutz angeboten. Für Unterhaltung ist gut gesorgt. Kosten: 60-80 DM
 Anmeldung: BUNDjugend Hessen, Keislerbachstr. 28, 64546 Mörfelden-Walldorf, Tel. 0 61 05/44-041, Fax -691

11.-17.10. in Eckernförde
Jugend-Umwelt-Jahrmarkt (JUMJA)
 Workshops, Vorträge, Diskussionen, Aktionen - dieses Jahr "staatsfrei" organisiert, nachdem es immer wieder Ärger mit Zensur gab.
 Kontakt: JUMP, Gaußstr. 17, 22765 Hamburg, Tel. 040/394095, Fax 392073

24.-31.10. in Buxtehude/Niedersachsen
GIGA-Lajuko
 Auf dem jährlichen niedersächsischen Jugendumweltfestival, der sich diesmal mit der Ökologie der Zeit beschäftigt, findet u.a. der AK "Bilder der Inneren Ökologie" statt, der sich mit Kunst als Medium der Umweltbildung auseinandersetzt und jenseits üblicher Mandatversenkungen inneren Prozessen, Bildern usw. nachgeht, der mit der Stärkung der äußeren, politischen Arbeit in Zusammenhang steht.

20.-22.11. in Castrop-Rauxel
Ökologie & Ökonomie
 Grundlagen-Seminar zu Ökosteuern, Kapitalismuskritik und linken Perspektiven
 Info: 0202/455054, Fax 451123

12.+13.12. in Gelsenkirchen
The age of aqualius
 Esoterik, Ökofaschismus und Neue Rechte
 Info: 0202/455054, Fax 451123

Der Büchertisch, der paßt!

Thema "Tips für Basisgruppen"

- Aktionsmappe Umwelt** 20,- DM
 Leitfaden für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen usw. Tips für Aktionen, Finanzbeschaffung, Pressearbeit, kommunalpolitische Forderungen usw. Dicker A4-Ordner.
- Graue Seiten** 4,- DM
 Ständige aktualisierte A6-Broschüre mit knapp 1000 Adressen. Besonderheiten: Die meisten Adressen sind kommentiert, thematisch sortiert einschl. der thematischen Arbeitskreise von Verbänden, Internet- und eMail-Adressen.
- Jugendaktionsmappe Umwelt** 15,- DM
 Wie die Aktionsmappe, aber für Jugend- bzw. SchülerInnengruppen.
- Naturerlebnismappe** 15,- DM
 Tips für Erlebnisspiele, Projektarbeit mit Kindern, Basteln mit der Natur.
- Mitbestimmen - Mitwelt gestalten** 4,- DM
 Informationen über Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche, sinnvolle Organisation von Jugendparlamenten und -foren.
- Umweltprogramm einer Gemeinde** 8,- DM
 A4-Helft zu den verschiedenen Umweltbereichen und dem, was kommunalpolitisch gefordert werden sollte.

Kalender 1999

- Autonome FrauenLesbenKalenda** 11,- DM
 U.a. Artikel zu: Rechte Frauen, MigrantInnen, Intersexen und deren Vernichtung, Anti-Pädagogik, aktuelle Adressen.

Umweltschutz: Kritik und Perspektiven

- "Agenda, EXPO, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz"**
 Informationen über den Filz zwischen Umweltschutz, Staat und Wirtschaft. Parteilute in Vorständen, Abhängigkeiten. Kontakte zu rechten und esoterischen Gruppen. Kommerzialisierungen und Etablierung. Eine grundlegende Kritik.
- Buch, mit ca. 1000 Quellen (400 S., A5, IKO-Verlag)** 39,80 DM
 (ab 3 Stück: 37 DM, ab 10 Stück 34 DM)
- A5-Broschüren, meist mit Tabelle "Wer mit wem?"** je 1,- DM
 - Nr. 1: Großkonzerne und Umweltverbände auf Schmutzsekurs
 - Nr. 2: Filz zwischen Staat und Umweltschutz
 - Nr. 3: Anders leben = Anbiedern und labern?
 - Nr. 4: Jugendumweltbewegung heute
 - Nr. 5: Kurzportraits der Umweltverbände
 - Nr. 6: Verden: Ein klassischer Etablierungsprozess
 - Nr. 7: Filz total: DNR und andere Dachverbände
 - Nr. 8: Moderation, Zukunftswerkstätten ... Gutes Gefühl bei wenig Ergebnissen
- Faltblatt zum Projekt mit Referentenliste** 0,50 DM
- Perspektiven 1: "Strategien des Umweltschutzes"** 2,- DM
 Vorschläge für einen Wandel der Umweltbewegung hin zu mehr Flexibilität, herrschaftsfreie Strukturen, Unabhängigkeit und neuer Aktionsfähigkeit außerhalb des parlamentarischen Rahmens.
- Perspektiven 2: "Radikal leben"** 2,- DM
 Einwurfe für alternative Lebensprojekte: Rechtsformen, Entscheidungsstrukturen, politische Aktionsfähigkeit usw. (aktueller Stand eines Diskussionsprozesses dar).
- Perspektiven 3: "Ökonomie von unten"** 2,- DM
 Kritische Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über Ökonomie und Ökologie sowie Grundthesen für eine veränderte Wirtschaftsform. A4, 12 S.
- Nachhaltige Weltbilder** 7,- DM
 Sammlung von kritischen Texten, Aufsätzen usw. zum Thema. Sie zeigen, daß die Agenda- und Nachhaltigkeits"welle" aus Unwissenheit oder mit dem Ziel, tatsächliche Veränderungen zu verhindern, entstand. A5, 192 S.

Thema "Widerstand"

- Das System ist schuld ...** 3,- DM
 Analyse der Ursachen und VerursacherInnen der Umwelterstörung und Unterdrückung von Menschen. Begründung radikaler Perspektiven und Forderungen. A5-Heft.
- Sonderheft "Chemie und Gentechnik"** 2,- DM
 Ein Heft voller Hintergründberichte über die Chemiekonzerne, die IG Farben, Genversuche usw. Mit Adressenliste. Stand: Januar 1997.
- Der Demo-Ratgeber** 3,- DM
 Vom Ermittlungsausschuß Gorleben mit wichtigen Tips (Recht, Orga ...).
- Aussageverweigerung und Verhörmethoden** 5,- DM
 Rechtliche Erläuterungen, Tips usw.
- We'll never give up** 5,- DM
 Ergänzungsband zu den Tips um die Aussageverweigerung.
- Was tun, wenn es brennt?!** 0,20 DM
 Tips für Demos, Übergriffe, Festnahmen und auf der Wache.
 Widerstands-"Reportagen" (solange Vorrat reicht) - 2 alle Büchlein, die aber interessante Infos aus alten Kämpfen beinhalten:
- Die Einschränkung des Demonstrationsrechts** 5,- DM
 Sammlung von Berichten und Belegen über Polizeiübergriffe und willkürliche Einschränkungen des Demonstrationsrechts (von 1983).
- Wie man sich wehrt, so lebt man** 4,- DM
 Widerstand des Ortes Brunsckappel gegen den Talsperrenbau (von 1984).

Der Infodienst "Ö-Punkte"

- "Ö-Punkte"** je 5,- DM
 Viermal jährlich, der Infodienst für Basis-Umweltgruppen. Infos aus allen Themenbereichen: Verkehr, Anti-Atom, Abfall, Politik von unten, Gentechnik und viele weitere Themen. Aktuelle Übersicht über Widerstandspunkte.
 - Startausgabe: Schwerpunkt Windenergie
 - Frühjahr 1998: Agenda 21
 - Sommer 1998: Direkte Demokratie
 - Herbst 1998: Utopien/Perspektiven
- Abopreis pro Jahr (4 Hefte mit Versand)** 20,- DM
 Abo "aktuell" (zusätzlich monatliche Terminübersicht) 40,- DM
 Abo "Perspektiven" (zusätzlich Perspektiven-Rundbrief) 40,- DM
- Infopakete über die Saaseener Projektwerkstatt** 5,- DM
 Rundbrief, Zeitung "Widerhaken", Info-Faltblätter zum Tagungshaus, zu den Werkstätten usw.



Büchertisch

Bestelladresse:
 Ludwigstr. 11
 35447 Reiskirchen
 Tel. 06401/90328-3
 Fax -5
 projektwerkstatt@t-online.de

"Geschäfts"-bedingungen:

Entweder: Bis 11,99 DM: Bitte selbst berechnen und als Scheck, Schein oder in Briefmarken belegen. Möglich auch die vorherige Überweisung auf unser Konto "Förderverein", Nr. 2516071, bei der Volksbank Busecker Tal, BLZ 5136261. Quittung wird auf Anforderung beigelegt. Pauschale für Versand/Porto: 4,- DM. Oder: Ab 15,- DM gegen Rechnung. Bezahlung dann innerhalb von 14 Tagen rein netto. Porto je nach Aufw.cnd.

Hinweis:

Wenn durch diesen kleinen Bücherversand Gewinne entstehen, werden sie für die Arbeit im Widerstandnetz bzw. der Projektwerkstatt verwendet. Daher möchten wir darum bitten, für das, was wir Euch schicken, auch zu bezahlen. Danke.

Wir ziehen mit dem Büchertisch auch auf Kongresse und Tagungen. Wer uns dabei haben will, sollte einfach mal anrufen oder schreiben.

In der Projektwerkstatt sind die Bücher direkt zu kaufen. Das Haus ist ohnehin eine Reise wert: Ein Umwelthaus mit Bio-Dämmstoffen und -Farben, Regenwasser- und Solaranlage usw. Eine Umweltwerkstatt mit Bibliotheken, Archiven, Seminar- und Arbeitsräumen. Und ein Tagungshaus für alle, die in einer solchen Umgebung unterkommen wollen.





Auf diesen Seiten werden Infos zur Umweltbildung, -information und -kommunikation besprochen: methodische Aspekte der Umweltbildung, Hinweise zur Umwelterziehung und aktuelle Trends in der Umweltbildung. Thematisches, z.B. Anti-AKW-Arbeit, die ja auch einen umweltbildnerischen Aspekt verfolgt, ist in den entsprechenden Rubriken zu finden.

Wer weiterführende Infos, Adressen und Literaturlisten haben möchte, den verweisen wir auf den Reader No. 2 des Instituts für Ökologie, der gegen 12 DM in Briefmarken angefordert werden kann.



Zeitschriftenschau

Ökopädnews, Nr. 84
• Deutsche Jugend für Naturbeobachtung
Nr. 85
• Gemeinsames Umweltbildungsprogramm für Deutschland
Nr. 86
• Umweltbildung zwischen Politik, Moral und Markt

Kosmos 6/98
• Naturkatastrophen
• Kartoffelkäfer
• Buchenwald
• Klang der Farben
Heft 7/98
• Murrentiere
• Menschheitsgeschichte
• Umweltflüchtlinge
• Tierstimmen
• Dünen
Heft 8/98
• Geparden
• Eberesche
• Wespen, was tun?
• Bergwanderung

Unterricht Biologie, Nr. 234
• Vögel und ihre Umwelt
Heft 235
• Farben
Heft 236
• Pflanzen und Insekten

Biologie in der Schule 3/98
• Vögel beobachten
• Blüten und Blütenbesucher
• Stadtgärten
Heft 4/98
• Ist der Bildungsauftrag an den Biologieunterricht noch zeitgemäß?
• Streuobstwiesen
• Weißstorchzug
• Klonierung

BUND-Magazin 1/98
• Wikinis wagen
Heft 2/98
• Nachhaltig genießen

"Grünstift" 3-4/98
• Naturnaher Garten
• Wölfe
• Novel-Food
Heft 7-8/98
• Ökogärten
• Naturkost

ökoforum Nr. 2
• Ökologischer Landbau

unterwegs - auf neuen Lern- & Erziehungswegen Nr. 5
• Kinderrechte
Nr. 14
• Spiel

Naturschutz heute 2/98
• Schneeleopard, Feldlerche

Pollische Ökologie, Nr. 51
• "Zukunftsaufgabe Umweltbildung"

Projekt Kinderwald Hannover – Ein Wald für Kinder

Das Projekt Kinderwald ist in einer breiten Kooperation von verschiedenen Behörden wie Forstamt, Tiefbauamt, dem Freizeitheim Lister Turm und der Umweltberatung der Stadt Hannover, KünstlerInnen, Kindergärten, Schulen und vielen mehr entstanden, um Kindern im Großraum Hannover konkret mehr Naturerfahrung zu ermöglichen. Inzwischen sind mehr als 100 Kitas, Schulen und Umweltinitiativen, Eltern und viele Kinder an dem Projekt beteiligt.

Am Stadtrand von Hannover wird ein 5ha großes Waldgebiet von Kindern geplant, aufgeforstet und über Jahre hinweg betreut, gestaltet und dokumentiert. Als Pilotprojekt angelegt, wird es weitere Kinderwälder geben. Ziel ist auch, vorhandene pädagogische, soziokulturelle und ökologische Initiativen zu vernetzen und neue Bildungs- und Kulturangebote im Bereich der Umwelterziehung zu kreieren. Daß dieses Projekt auch in dem Hannoverschen Agenda 21-Prozeß verbraten wird, sei zumindest erwähnt.

Kontakt: Ulrike Richter, Freizeitheim Lister Turm, Walderseest. 100, 30177 Hannover, Tel: 0511/1684-3095, Fax: -5417



Fachforen Wald

Die Niedersächsische Naturschutzakademie NNA veranstaltet dieses Jahr mehrere Fachforen zum Thema Wald, die als internationale Tagungsreihe aufgebaut sind. Die Fachforen Wald nehmen eine Mittlerrolle zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit ein und stellen zielgruppengerecht aufbereitete Entscheidungsgrundlagen für die Gestaltung eines zukunftsfähigen Miteinanders von Mensch und Wald bereit. In Diskussionen werden Handlungsempfehlungen erarbeitet, die die Stellung des Waldes stärken und die dazu beitragen, die Umweltprobleme mit dem Wald zu lösen – und wie geht das? Siehe Termine!

Ökologische Kinderrechte

Ökologische Kinderrechte sind keine Neuheit mehr. Inzwischen gibt es zu diesem Thema eine ganze Reihe von Tagungen, Seminaren oder Arbeitsgruppen, z.B. innerhalb der "National Coalition" zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Ökologische Kinderrechte ergeben sich aus der besonderen physischen und psychischen Betroffenheit von Kindern, was Umweltzerstörung, -verschmutzung und Umweltbelastung betrifft, aus ihrer "Schwäche" ebenso wie aus ihrer faktischen Rechtslosigkeit heraus.

Ökologische Kinderrechte umfassen drei zentrale gesellschaftliche Bereiche: Wissenschaft, Schule/Lebensumfeld und Politik/Planung. Die Wissenschaft wird um Grenzwerte zu streiten haben, Schule und Familie sind mit der Verarbeitung von Ängsten beauftragt, die Politik und die Planung müssen sich öffnen für neue

Beteiligung, neue Mitsprache- und Gestaltungsrechte der Menschen.

Das MobilSpiel e.V. in München arbeitet seit vielen Jahren an diesem Thema und verbindet diese Bemühungen mit der Umweltbildung und der Agenda 21-Arbeit. Dabei ist es wichtig, auch hier das Verhältnis zu anderen "Ebenen" abzuklopfen, die Bedeutung und den Inhalt des Themas zu definieren. Welche Rolle spielen ökologische Kinderrechte im Verhältnis zu den allgemeinen Rechten auf Ernährung, Kleidung, Wohnung, auf Geborgenheit und Bildung, auf Gleichheit und ein menschenwürdiges Leben? Bei einer Gewichtung besteht die Gefahr, über die Hervorhebung der ökologischen Kinderrechte zwar dem Umweltschutz und dem Kinderschutz eine neue Dimension zuzufügen, aber den ursächlichen Lebensmißständen von Kindern (im Norden wie im Süden) nicht auf die Spur zu kommen! Auch hier ergeben sich neue Aspekte für die Umweltbil-

Thema Wald

Der Wald ist innerhalb der Umweltbildung mit Kindern und Jugendlichen ein häufig besuchter Ort. Was bedeutet in diesem Zusammenhang das (erschlagende) Schlagwort "archetypisches Grundnahrungsmittel"?

Die fast unvermeidliche Katastrophenpädagogik der letzten Jahrzehnte hat ihre Spuren hinterlassen, die Kenntnis heilsamer Naturerfahrung, die so selten geworden ist, ist zu einer zentralen Aufgabe der Umwelterziehung geworden, Naturbegegnung von größter Bedeutung bei dem Zustandekommen psychischen Wohlbefindens. Stephan Jost benutzt in diesem Zusammenhang den Begriff des archetypischen Grundnahrungsmittels. Der Begriff verdeutlicht die Notwendigkeit der Begegnung mit sogenannten Urbildern der Natur wie dem Wald, wo Kinder bergende und beschützende Grunderfahrungen machen können, ihnen durch die Kraft der Bäume psychische Kraft vermittelt werden kann. Unter diesem Aspekt tritt die Vermittlung von Wissen gegenüber der inneren Erfahrung, des "Begreifens" weit zurück, das Ziel herkömmlicher Umweltbildung verblaßt, die Methoden, Spiele usw. zielen in erster Linie darauf ab, sich den Wald als Raum anzueignen, in ihm zu agieren. Die besonderen Bedingungen der Teilnehmenden sind zu

berücksichtigen, was bedeuten die Berge oder das Meer heute für sie? In welcher Landschaft bin ich aufgewachsen – welche Symbole aber auch gesellschaftlichen Setzungen beinhalten dies: "Organ der Psyche"? Welche Bilder und Phantasien aber auch welche Angst und Gewalt verbergen sich für Dich hier?

Ein Beispiel für die Wieder-Aneignung des Raumes ist die Klassenkonferenz im Wald als Versammlung unter freiem Himmel unter "Anwesenheit von Bäumen". Der Wald wird hier zum Diskussionsforum, zur Bühne für Konfliktlösung, hier werden Gemeinschaftsanliegen und Zukunftsaufgaben angegangen. Als Beispiel seien hier die Schweizer Waldwochen genannt, die (wenig gelungen) in Anlehnung an die germanische Volksgerichtsverhandlung im Wald den sogenannten "Thing-Platz" errichtete. Wenig gelungen deshalb, weil das germanische Thing stark reglementiert und strukturiert und im faschistischen Kult Hitler-Deutschlands wieder aufgegriffen wurde.

Literatur-Tip: Katrin Sauthof, Birgitta Stumpf: Mit Kindern in den Wald. Walderlebnishandbuch.

derung, die in der Umweltaarbeit mit Kindern diesen eine politische und aktivere Rolle zukommen läßt.

Seit über zehn Jahren gibt es innerhalb des Ökoprotjektes von MobilSpiel e.V. den Arbeitskreis Ökopädagogik, der über seine Beschäftigung mit ökologischen Kinderrechten zu einiger Berühmtheit gelangt ist. Der AK gibt einen Rundbrief Ökopädagogik heraus, der hier allen, die sich mit Umweltbildung im weitesten Sinne beschäftigen, empfohlen sei. Neben einem inhaltlichen Thema findet ihr hier eine Menge Aktuelles, Informationen, Termine von Tagungen und Fortbildungen, Material- und Literaturhinweise. Alles etwas agenda-lastig und ziemlich unkritisch, aber trotzdem hilfreich. Auch eure Angebote usw. könnten dort Platz finden! Gegen einen geringen Unkostenbeitrag bei der angegebenen Adresse bestellen.

Ebenfalls bei MobilSpiel e.V. erhältlich ist die Aktionskiste "Uns gehört die Zukunft": Die Kiste bietet viele Ideen und Themen für die pädagogische Umsetzung von Agenda 21 und ökologischen Kinderrechten in der Kinder- und Jugendarbeit. Praxisorientierte Materialien und Spiele regen zur Auseinandersetzung mit nachhaltigen, zukunftsfähigen Lebensstilen an. Auf spielerische Art und Weise sammeln 10 bis 14jährige Anregungen für kreative, phantasievolle Ideen und für ein "gutes Leben". Auf der Grundlage der Aktionskiste können sie kleine Projekte für eine gesunde, lebenswerte Umwelt durchführen.

Außerdem ist über MobilSpiel ein leserwerter Rundbrief zu beziehen: "Rundbrief Ökopädagogik", c/o MobilSpiel e.V., Welsersstr. 15, 81373 München, Tel.: 089-76 960 25.

Materialien: Stadt in der Kiste

Die BUNDjugend hat eine "Stadt in der Kiste" entwickelt, durch die zentrale Anliegen der ökologischen Stadtentwicklung unterhaltsam und spielerisch vermittelt werden sollen. Kisten zum Thema "Mensch", "Natur" und "Eine Welt" können von Jugendgruppen, Schulklassen und anderen ausgeliehen werden. In der Kiste "Mensch" geht es zum Beispiel um das tägliche Zusammenleben in der Stadt: Wie klappt die Kommunikation mit dem/der NachbarIn. Wie sieht das Freizeitangebot aus? Die eigene Wuschstadt kann entworfen werden, Car-Sharing und Tauschbörsen werden beleuchtet. Die Kiste erklärt kommunale Planungspozesse und Entscheidungsstrukturen. In allen Kisten ist eine Stadtrallye, die die drei Themen miteinander verbindet.

Die Kisten können gegen Portokosten ausgeliehen werden bei der BUNDjugend, Friedrich-Breuer-Str. 86, 53225 Bonn, Tel. 0228/46 70 05, Fax. 47 68 34, Kisten@BUND.Net

Ökomobile

Sie sind universal einsetzbar: als Freilandlabor, auf Messen, Schulprojekttagen oder Umweltaktionstagen – die Ökomobile. Mehr über die mobile Naturschutz- und Umweltbildungseinrichtungen aus ganz Deutschland ist in dem Handbuch "Ökomobil" nachzulesen.

Bezug: BNL-Tübingen, Tel. 07071/75 738-05, Fax. -40. Mit der Bitte um Portoersatz und Spende.



Thema Museen

Museen nehmen in der schulischen Umweltbildung einen traditionell wichtigen Platz ein. Sie bieten neben den Ausstellungen für BesucherInnen eine breite Palette von Aktionswochen, Kinderprogrammen, Sonderausstellungen oder Gruppenführungen zu Sonderthemen an. Nicht nur für Schulen sind die Museen kompetente Partner in der Umweltbildung. Die Vorstellung, Museen bieten nur ausgestopfte Tiere in Glasvitrinen, ist überholt. Um die BesucherInnen zu faszinieren, werden moderne pädagogische Konzepte vielerorts umgesetzt. Die Museen haben dazu einen speziellen museumspädagogischen Dienst eingerichtet. Von den vielen Museen, die Maßnahmen zur Natur- und Umweltbildung anbieten, seien hier beispielhaft folgende vorgestellt:

Karlsruher Naturkundemuseum

Das Museum gehört zu den bedeutendsten Naturkundemuseen in Deutschland. Charakterisierend sind riesige Gemälde, z.B. "Bilder aus der Erdschichte", die zeigen, wie die Landschaften unserer Erde einmal ausgesehen haben könnten. Ausstellungen zur Evolution, Aquarien und Terrarien, die Mineraliensammlung sowie der neu gestaltete Saal "afrikanische Landschaften" faszinieren die Besuchenden. Im Saal "Einheimische Tiere und Pflanzen" wird deutlich, daß die Museen heutzutage bemüht sind, weniger systematisch vollständige Sammlungen zu präsentieren, sondern vielmehr Tiere in ihren Lebensräumen nachzubilden.

Geöffnet: Di-So 10-16, So 10-18. Naturkundemuseum, Erbprinzenstr. 13, 76113 Karlsruhe, Tel. 07 21/175 21 11

Hessisches Landesmuseum

Das Landesmuseum verbindet in seinen Räumen Kunst und Natur und ist damit umwelpädagogisch auf der Höhe der Zeit. Das Museum selbst sieht sich als Universalmuseum. Als Highlight ist neben antiken Vasen und Bouys Fettstuhl das Urtapier aus der Grube Messel zu sehen. Statt Tafeln bemüht man sich um Anschaulichkeit, so sind z.B. die 15 Mrd. Jahre Erdgeschichte in einem Saal mittels 3000 Garnrollen dargestellt. Die Kombination von Kunst und Natur ist in dem Museum gut gelungen. Die Abwechslung wirken auf die Besuchenden neugierig machend.

Landesmuseum, Friedrichsplatz 1, 64283 Darmstadt, 06 151/16 57 03

"Natürlich lernen"

Im Oktober '97 fand in Hannover die NABU-Fachtagung zur Umweltbildung statt. Dazu ist jetzt eine Dokumentation mit dem Titel "Natürlich lernen" erschienen, die in der Bundesgeschäftsstelle bestellt werden kann. Neben der obligatorischen Eröffnungsrede des NABU-Präsidenten Jochen Flasbarth und dem parteipolitischen Beitrag von Oscar Lafontaine, finden sich lesenswerte Beiträge zu Umweltbildung im Vorschulalter, ökologischen Kinderrechten und Perspektivi-

Themenredaktion "Umweltbildung"

Peter Szekeres
Leibigstr. 50
35037 Marburg
Tel. 06421/24552
petersz@apg.wvnet.de

Marla Gemind
c/o JANUN
Goebenstr. 3a
30159 Hannover
Janun@link-goe.de

Materialliste Streuobst

Die Naturschutzjugend Baden-Württemberg hat eine umfangreiche Materialliste zum Thema Streuobstwiesen zusammengestellt. Neben Büchern oder Tagungsbänden für Fachleute werden auch Falblätter für EinsteigerInnen angeboten. Mehrere Materialien sind speziell auf Kinder abgestimmt.

Bezug: Naturschutzjugend, Rotebühlstr. 84/1, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/61 34 54, Fax. 61 89 31.

Mu*pä*di

Der Mu*pä*di bietet Schulklassen und anderen Gruppen Führungen und Projekte zu Themen der Natur- und Umweltbildung in Stuttgarter Museen an. Beispielsweise zu den Lebensräumen Wiese oder Wasser, Ökologie und Naturschutz. Die Projekte dauern etwa zwei Stunden.

Museumspädagogischer Dienst, Heusteige 39, 70180 Stuttgart, 07 11/216 29 96

Museums-Ausstellungen

•Die grüne Schatzkammer der FU, bis 3.1.1999, Di-So 10-17

Botanisches Museum Berlin Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14191 Berlin, Tel. 030/83 00 60

•Schöne Früchtchen: 200 jährige Wachsfruchtsammlung mit 200 Sorten, bis 28.2. 1999, Di-So 9-17

Naturkundemuseum, Fleischstr. 2, 96047 Bamberg, Tel. 09 51/86 31 248

Sonderausstellungen zur Gentechnik

Aktuell laufen bundesweit vier Sonderausstellungen in Dresden, Mannheim, München und Bonn zum Thema Gen-Welten. Die InitiatorInnen haben gemeinsam ein Begleitbuch "Gen-Welten" herausgegeben (Preis 34 DM). Mehr Infos auf den Gentechnik-Seiten.

Neuer Katalog für Filmverleih

Die Medienwerkstatt Freiburg hat einen neuen Katalog ihrer Filme herausgegeben, die ausgeliehen oder gekauft werden können. Der Katalog ist geordnet nach Themen, u.a. Faschismus, Geschichte, Medien, soziale Bewegungen, Ökologie, Frauen und Internationalismus. Die Filme sind detailliert beschrieben. Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 79100 Freiburg

Literaturtips

Streuobst-Rundbrief
NABU-BAG Streuobst
Barbara Wagner
Herbert-Robius-Str. 26
53225 Bonn
Tel: 0228-975 61 17
Fax: 0228-975 61 92

Gärten zum Leben und Lernen
Loseblattsammlung, Kottmeyer Verlag
Erfahrungen in der Natur zu sammeln ist heute für Kinder und Jugendliche nicht mehr selbstverständlich. Das Lebensumfeld ändert sich, und ein Garten – vielleicht sogar ein eigener – stellt für Kinder mittlerweile eine Besonderheit dar. Die Loseblattsammlung beschäftigt sich mit den Möglichkeiten des Lernen, Erfahrens und Erlebens in Gärten, führt ein in Gartenanlage und -gestaltung, informiert zu den Themenbereichen Pflanzen und Tiere im Garten, Naturerleben usw.

Zu den Term

Bei dieser Terminliste handelt es sich um Seminare der großen und kleinen Verbände, der Umweltakademien und verschiedener Institute oder Interessengemeinschaften. Es fehlen die vielfältigen Angebote der bundesweit existierenden Kulturzentren, Gemeinschaftsprojekte oder Projektwerkstätten sowie der Ökodörfer und anderer Zentren und alternativen Lebensgemeinschaften, die auch oftmals Werkzeugseminare von der Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Lehmbau anbieten. Bitte meldet euch bei der Redaktion Umweltbildung, wenn ihr eure Termine hier veröffentlichen wollt, damit die andere Seite, die lebendige und bunte, nicht fehlt!

ches zu Kinderclubs und lokaler Kinderarbeit. Leider geht es auch hier nicht ohne "Standortdebatte" und "betriebliche Umweltbildung" als Teil der Strategie für ein zukunftsfähiges Deutschland, das sich auch beim NABU jenseits der Kritikerbarkeit befindet.

Genderorientierte Umweltbildung

Die Umweltbildung ist gerade dabei den eigenen Tellerrand zu überqueren und das Thema Umwelt auch mit den Bereichen des Sozialen zu verknüpfen. Dieser integrierende Charakter ist dringend notwendig und zu fördern. Ein in der Umweltbildung bisher völlig vernachlässigter Aspekt ist die Geschlechtsspezifität. Die Clearingstelle des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung hat sich intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und bietet Informationen hierzu an.

Informationen: DIE, Hansaallee 150, 60320 Frankfurt, 069/95 626-0, Fax. -211.

Umweltweiterbildungsprogramm für Frauen

Die Berliner Ökotheke und das Frauen-UmweltNetz bieten sechsmonatige Weiterbildungsprogramme für Hochschulabsolventinnen an. Der Berliner Kurs beginnt im September, der Frankfurter 1999. Themen: Agenda 21, Umweltdatenbanken und -management, ...

Kontakt: LIFE/Ökotheke, Dirksenstr. 47, 10178 Berlin, Tel. 030/ 30 87 98 13 – FrauenUmweltNetz, Hohenstaufenstr. 8, 60327 Frankfurt, Tel. 069/74 07 57, ulrike.roehr@rhein-main.de

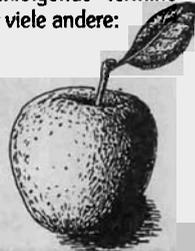
Frauen gestalten Umwelt und Zukunft

Das MfURL in NRW hat vier Broschüren zum Thema Frauen und Umwelt herausgegeben. Die umfassenden Broschüren greifen Umweltthemen auf und stellen dar, wie Frauen sich für die Umwelt einbringen können.

Ministerium für Umwelt, Raumplanung und Landwirtschaft NRW, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 40190 Düsseldorf

Apfelwochen

Alljährlich werden im Herbst landesweit Apfelwochen durchgeführt. Es werden Programme für Kindergruppen, Schulen oder offene Veranstaltungen angeboten. Dabei wird auf den Streuobst-wiesenschutz hingewiesen, es werden Apfelsorten vorgestellt und Bestimmungskurse angeboten, Äpfel zu Saft gepresst, ... Die öffentlichen Aktionen sind zumeist familienfreundlich ausgelegt und bieten sich ideal für einen Besuch in den Herbsttagen an. Nachfolgende Termine stehen beispielhaft für viele andere:



Ö-termine

30.9.-1.10.98 bei Köln
Ökologie und Ästhetik
Das 5. Bad Honnefer Kolloquium Umweltbildung will die Kommunikationskultur für die Bildung erschließen: Wie nimmt die Industriegesellschaft Natur wahr? Kann die ästhetische Dimension die ethische ersetzen? Kosten: 100 DM, erm. 75 DM Incl. Übernachtung und Verpflegung.
Anmeldung: Katholisch-Soziales Institut, Selhofer Str. 11, 53604 Bad Honnef, Tel. 0 22 24/955-0, Fax. -100, ksl-bad-honnef@t-online.de

3.-7.10. in Münster, NRW
"Recht auf Zukunft"
Multiplikatorinnenschulung zu ökologischen Kinderrechten
Anmeldung und Infos: Katrin Loos, Tel: 06108-81-386

16.-17.10. Blaubeuren
"Themenzentrierte Interaktion"
Fortbildung des Arbeitskreises Kinder & Natur für Aktive in der naturpädagogischen Kinderarbeit

24.-25.10. Babenhausen (zwischen Ulm und Memmingen)
Ökostyle '98 - Vielfalt statt Einfalt in der Umweltbildung
Ein Seminar für alle ab 15 J., wo neue und altbewährte Methoden der Umweltbildung vorgestellt werden. Workshops und Foren, Spiel- und Aktionsmöglichkeiten.
NAJU im LBV, Tel: 09174-47 750, Fax: 09174-47 75 75

28.10.98 in Nattersheim/Eifel
Erlebnispädagogik Spielensich Natur erleben
Einführung in die Thematik, Exkursion, Erlebnis-tour und Naturerfahrungsspiele. Kosten: 75 DM
Anmeldung: Naturschutzzentrum Eifel, Römerplatz 8-10, 53947 Nattersheim, Tel. 02486/12 46, Fax. 78 78, nattersheim@eifel-online.de

30.-31.10. 98 in Hankensbüttel
Methoden der amerikanischen Umweltbildung
Umweltbildung aus den USA: z.B. flow learning, Interpretation oder outdoor-education.
Anmeldung: Otter-Zentrum, 29386 Hankensbüttel, Tel. 0 58 32/98 08-0, Fax. -51.

4.-5.11.98 in Stuttgart
Umweltbildung in Baden-Württemberg
Überblick über die Angebotsstruktur und Arbeitsweisen der Umweltbildungseinrichtungen.

Apfelmarkt im NZH
27.9.98, NZH, Friedenstr. 38, 35578 Wetzlar, Tel. 0 64 41/2 40 25

Apfelmarkt in Weilbach
4.10.98, Naturschutzhaus Weilbacher Kiesgruben, Frankfurter Str. 74, 65439 Flörsheim-Weilbach, Tel. 0 61 45/31 961

Nienburger Apfeltag
7.11.98 ab 15 Uhr im UNZ, Bürgermeister-Stahn-Wall 37, 31582 Nienburg, Tel/Fax. 05 021/144 99.

gen. Diskussions- und Erneuerungsprozesse in der Umweltbildung, um damit ihren Stellenwert in der Gesellschaft zu festigen.
Kosten: 80 DM.
Anmeldung: Umweltakademie, Pf 10 34 39, 70029 Stuttgart, Tel: 07 11/126 28 08.

6.-8.11.98 in Rimhorn/Odenwald
Schön und Nützlich
Viele einfache Handwerkstechniken wie Körbe flechten, Käsen oder Filzen sind heute aus der Mode gekommen. Dabei sind sie relativ einfach und ideal mit Kindern durchzuführen. TeamerInnen und GruppenleiterInnen können auf dem Seminar diese Fertigkeiten erlernen. Kosten: 40-60 DM.
BUNDjugend Hessen, Kelsterbachstr. 28, 64546 Mörfelden-Walldorf, Tel. 0 61 05/44-041, Fax. -691.

November '98 (auf Anfrage)
Fachforum "Wald und Atmosphäre, Wasser und Boden"
Erläuterung siehe Thema Wald
Kontakt: Susanne Eilers, NNA, Tel: 05199-989 42.

12.11. Regensburg
"Naturerlebnis Kindergarten"
Fortbildung im Bereich Vorschulziehung gemeinsam mit der Jugendorganisation Bund Naturschutz, Tel. 09966-12 70

13.-15.11. in Zofingen/Schweiz
Internationale Tagung zum Thema Waldpädagogik
Schweizer Waldwochen, Rebbergstr. CH-4800 Zofingen

16.-18.11. und 19.-20.11.98 Hof Möhr, Niedersachsen
Fachtagung Umweltbildung
Wie soll's weitergehen im Naturschutz? und Von der Vitrine zur "Virtual Reality" – über den Einsatz von Medien in Informationsausstellungen des Naturschutzes

24.-26.11.98 in Laufen
Naturschutzausstellungen gestalten
Bedeutung von Natur- und Naturschutzvermittlung durch Ausstellungen. Didaktische und gestalterische Umsetzungen. Kosten 100 DM.
Anmeldung: ANL, Seethaler Str. 6, 83410 Laufen, Tel. 0 86 82/89 63 0, Fax. -17.

27.-29.11. Alt Bukow, Mecklenburg-Vorp.
"Philosophie-Seminar"
Verbindung von Lebensformen und Umweltphilosophie.
BUNDjugend, Schwerin, Tel: 0385-56 54 70.

Der Tip:

Naturerlebnismappe - ein Ordner voller Tips für das Naturerleben, Spiele in der Natur, einfache Naturschutzaktionen, ergänzt durch organisatorische Tips zu Finanzierung, Versicherung und Werbung. Vielfältig illustriert!

150 S., farbiger Ordner ... 12 DM (plus Porto)

Bestelladressen:

Materialauswahl Umweltschutz, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld
Büchertisch "Landfriedensbruch", Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen



Bedauerlich: Öko-Institut setzt auf mainstream

Nachdem das Öko-Institut, einst gegründet zur wissenschaftlichen Unterstützung von BürgerInneninitiativen und Anti-AKW-Gruppen, schon in den letzten Jahren immer mehr auf Industrienähe setzte und der Vorstand für Ende diesen Jahres das komplette "Aus" jeglicher Unterstützungsarbeit für Umweltgruppen beschloß, spiegeln nun auch ihre Schriften und Veröffentlichungen den neuen Weg wieder. Unter dem Titel "Formen der Bürgerbeteiligung im Umweltschutz" geht es nur noch um "Runde Tische", "Mediation", "Verhandlungen" und "Nachbarschaftsbeziehungen" zu Konzernen. Das Vorwort endet mit folgendem Absatz: "Wir möchten zum Schluß ausdrücklich betonen, es geht uns nicht darum, den Bau oder die Erweiterung von Anlagen zu verhindern oder bestehende Anlagen oder Betriebe zu schließen, denn Arbeitsplätze wollen wir alle, sondern darum daß die Anlagen möglichst umweltfreundlich betrieben werden. Und Ziel sollte sein, dies in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Betreiber der Anlage zu erreichen."

Ö-termine

25.+26. September in Offenbach
Ökologische Produktgestaltung
 Stoffstromanalysen und Ökobilanzen als Instrument der Beurteilung
 Umweltinstitut Offenbach, Nordring 82B,
 63067 Offenbach, Tel. 069/810679, Fax
 823493

25.+26. September in Nürnberg
AGÖF-Fachkongreß
 (siehe unten)

11.0. in Essen
Planung und Auslegung von Chemieanlagen
 unter Berücksichtigung von Umweltaspekten
 Haus der Technik, Hollestr. 1, 45127 Essen, Tel.
 0201/1803-1, Fax -269

22.+23.10. in Offenbach
Fördermöglichkeiten im Umweltschutz
 (siehe Seite 10)

10.11. in Darmstadt
Stoffbezogene Umweltplanung
 Stoffbewertung, Bedeutung der Persistenz von Stoffen. Wie könnte eine nachhaltige Stoffpolitik aussehen?
 Hess. Landesanstalt für Umwelt
 Rheingaustr. 186, 65203 Wiesbaden,
 Tel. 0611/6939-534, Fax -555

Institut für Ökologie

Schadstoffanalytik

Pläne und Gutachten

Beratung und Vorträge

und vieles mehr

Wir wollen etwas verändern!

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
 Postfach 100904
 35339 Gießen

Themenredaktion
 "Chemie und Industrie"

Niemand. Wir warten auf InteressentInnen.

Literaturtip

Klärschlamm in Hamburg
 (1997, 78 S., 7 DM)
 Die Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften hat in dieser Broschüre die verschiedenen Facetten der Hamburger Abwasseraufbereitung, der Klärschlammbehandlung und -verwendung zusammengestellt - kritisch und mit Alternativvorschlägen am Ende des Buches

4. Fachkongreß der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) am 25. und 26. September in Nürnberg

Gebäudestandard 2000 - Energie & Raumluftqualität

Der diesjährige Fachkongreß der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) am 25. und 26. September 1998 an der Georg-Simon-Ohm Fachhochschule Nürnberg steht unter dem Thema "Gebäudestandard 2000: Energie & Raumluftqualität". Unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Eduard Oswald soll der Kongreß Impulse für einen Gebäudestandard für das nächste Jahrtausend geben, die sowohl die energetischen Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaften einschließen als auch Wege zu einem gesunden Raumklima aufzeigen. In den beiden parallel veranstalteten Foren "Energiesparverordnung 2000: Vom Altbau zum Passivhaus" und "Schadstoffe in Innenräumen: Analytik, Bewertung, Sanierung" werden diese Themen mit Vorträgen beleuchtet und in Workshops kritisch diskutiert.

Mit einem Referat zum Stand des Verfahrens und den Zielen der Energiesparverordnung für das nächste Jahrtausend, in dem das Niedrigenergiehaus zur Regelbauweise wird, eröffnet das Forum "Energiesparverordnung 2000". Fachleute zeigen ihre Anforderungen an und ihre Erfahrungen mit Niedrigenergie- und Passivhäusern auf und weisen Wege zur praktischen Umsetzung. Die Referenten gehen dabei auch auf bauökologische Problematiken wie die Luftdichtigkeit und Diffusionsfähigkeit von Baustoffen ein. Am Samstag vertiefen Workshops zu den Themen

- ökologische Bewertung und Energieversorgungskonzepte von Passivhäusern,
 - kommunales Energiemanagement und energetische Sanierung des Gebäudebestandes,
 - sowie Regenwassernutzung und Probleme der Wasserhygiene durch Legionellen
- den Erfahrungsaustausch.

Das Forum "Schadstoffe in Innenräumen" stellt aktuelle Arbeiten zu Vorkommen, Analytik und Bewertung verschiedener Innenraumschadstoffe vor. Die strategische Vorgehensweise und Probenahme von Wohngiften werden in einem eigenen Workshop diskutiert. Schwerpunkte bilden Schimmelbelastung, ihre Analytik und Sanierung sowie das als "Fogging" oder "magic dust" bezeichnete Phänomen der Schwarzstaubablagerungen in Innenräumen. Anschließend informiert ein Workshop zu Chancen und Grenzen des Biomonitorings in der Umweltmedizin. Die Plenarvorträge stellen verschiedene Konzepte für Richtwerte zur Beurteilung von Schadstoffbelastungen in Innenräumen vor. Renommierete Toxikologen und Umweltmediziner referieren über ihre Ansätze und Forderungen, die sie an solche Richtwerte herantragen. Eine Stellungnahme zur Produkthaftung für Innenraumbelastungen aus juristischer Sicht rundet das Bild ab.

Ergänzend zum Hauptprogramm finden eine Industrieausstellung und ein

Freies Forum statt. Hier haben Praktiker, Anwender und Hersteller die Gelegenheit, ihre Tätigkeitsfelder und ihre Erfahrungen differenziert zu präsentieren. Der Fachkongreß richtet sich an ökologisch beratende Planungs- und Ingenieurbüros, Architekten, kommunale und private Bauträger, Verbraucherorganisationen, Gesundheits- und Umweltämter, Umweltmediziner, private Analysenlaboratorien und Forschungsinstitute sowie an Vertreter aus Industrie, Politik und von Verbänden.

Ein wesentliches Ziel des Kongresses ist es, den interdisziplinären Informationsaustausch zwischen den Bereichen Ökologie, Architektur, Chemischer Analytik und Umweltmedizin zu fördern. Die Ergebnisse dieses 4. AGÖF-Fachkongresses werden in einem Tagungsband veröffentlicht, der über das Kongreßbüro bezogen werden kann.

Kooperationspartner aus der Region sind die Georg-Simon-Ohm Fachhochschule Nürnberg und das Umweltreferat der Stadt Nürnberg.

Weitere Informationen und Anmeldungen im

AGÖF-Kongreßbüro c/o
 AnBUS e.V. Rudolf-Breit-
 scheld-Str. 49, 90762
 Fürth, Tel. 0911/749 90 39,
 Fax 0911/77 67 64.

AGÖF

Themenredaktion
"Energiewende"

umschalten e.V.
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel. und Fax 040/394078

Zeitschriftenschau

Photon Aug. 98

- Solaranlagen auf Kirchen
- Politiker zu Erneuerbaren
- Die neuen Stromanbieter
- Solarstrom in Kleingärten

Neue Energie Aug. 98

- Gerichte zur Abstandsregelung
- 30% Wasserkraft in Todtnau
- 50% Windkraft in DK geplant
- Windkraft-Ertragsstatistik Halbjahr

Erneuerbare

- Energie Aug. 98
- Klage gegen neues Energiegesetz
- Konzepte für solaren Städtebau
- Körperschallmessungen bei WKA
- Solarboot auf dem Bodensee

Wassertriebwerk Aug. 98

- Gesamtökologischer Nutzen von WKW
- Geschichte des Mümling-Kraftwerkes
- Erneuerbare noch 4 Mrd. Jahre nutzbar
- WKW-Ruinen in der Sächsischen Schweiz

Solarzeitalter 2/98

- Umweltbundesamt zur Energieeffizienz
- Vermeidene Kosten bei solarem Bauen
- Kernspaltung, Kernfusion, Solarenergie
- Wahlprüfsteine zur Solarenergienutzung

Neue Windkraftprojekte

Erstens. Die Konferenz der evangelischen Umweltbeauftragten in Bayern und der Verein "Schöpfung bewahren konkret" bauen eine Windkraftanlage. Mit 1,2 Mio. DM Spenden soll eine 500 kW-Anlage der Firma EN-ERCON in Sellanger in Oberfranken errichtet werden, die jährlich 700.000 kWh Strom erzeugen und 800 t CO₂-Freisetzung vermeiden soll. Der Nutzen für die Umwelt ist ein doppelter: aus den Erträgen sollen zwei halbe Stellen für die Umweltberatung kirchlicher Einrichtungen finanziert werden. Kommt die notwendige Spendensumme nicht zusammen, soll der Fehlbetrag über herkömmliche Beteiligungen abgedeckt werden.

Kontakt: *Umweltreferat der Landeskirche, Postfach 200 751, 80007 München, Tel. 089 / 54 82 19-11*

Zweitens: Ein Gemeinschaftsprojekt vom Bund für Umwelt und Naturschutz und der Energie- und Solaragentur Freiburg wird vermutlich noch in diesem Herbst in Betrieb gehen: Die 750 kW-Anlage eines badischen Herstellers wird 1,6 Mio. DM kosten und jährlich 1 Mio. kWh Strom erzeugen. Die Anlage mit einem 65 Meter hohen Turm und drei 26 m langen Rotorblättern ist eine der leisen auf dem Markt. Der erste Generator dieser Bauart ging Ende 1997 in der Nordeifel in Betrieb. Bürger von Schut-

tertäl sowie BUND- und FESA-Mitglieder haben bevorzugt die Möglichkeit, auch kleine Anteile des Gemeinschaftsprojektes zu erwerben.

Infos: *BUND, Dunantstraße 16, 79110 Freiburg, Tel. 07 61/885 95-0, Fax -90*

Windkraft in Schleswig-Holstein

Von der Landesplanung sind jetzt rund 160 Quadratkilometer als Eignungsflächen für Windkraftanlagen ausgewiesen worden. Das entspricht etwa 1% der Landesfläche. Außerhalb dieser Gebiete dürfen in Zukunft keine Windkraftanlagen mehr gebaut werden. Innerhalb dieser Flächen können die Kommunen nun konkrete Standorte ausweisen, aber auch die vorgesehenen Flächen reduzieren. Nach Ansicht der Landesregierung sind die Eignungsgebiete ausreichend, um etwa 1.200 MW Leistung zu installieren und bis zum Jahr 2010 mindestens 25% des Strombedarfes im Bundesland durch Windenergie abzudecken. Heute produzieren rund 1.550 Anlagen maximal 650 MW und decken damit etwa 12% des Strombedarfes in Schleswig-Holstein. Knackpunkt ist der Netzzugang. Rund um Husum erklärt die SCHLESWAG, ihre Netze seien voll. Tatsache oder Verhinderungsstrategie? Der BWE fordert nun die Einrichtung einer unabhängigen Clearingstelle, die neutral prüft, wer wieviel in ein bestimmtes Stromnetz einspeisen darf.



Verdummung mit der ZEIT

DIE ZEIT berichtet in ihrer Ausgabe vom 31.7.98 über ein sonderbares Experiment der HEW am Pumpspeicherwerk Geesthacht: Turbine 3 wurde am 29.10.97 um 12.23 Uhr von null auf ca. 40 MW hochgefahren. Und? Nichts passiert! Nirgendwo brennen Sicherungen durch, nicht einmal das winzigste Flackern einer Glühbirne ist zu bemerken, nur die Elektromotoren im Norden laufen deshalb etwas schneller. So weit, so gut. Nun teilt der HEW-Mitarbeiter dem ZEIT-Autor Matthias Brendel seine Schlußfolgerungen mit, und der schreibt sie treuherzig auf: Derselbe Strom, aus einer Bö via Windmühle ins elektrische Netz geweht, hätte den gleichen Effekt. Nämlich keinen! Die ganzen Bemühungen um eine umweltfreundliche Stromversorgung seien größtenteils Illusionen.

Da es dringend notwendig schien, dem Mitarbeitern des Stromkonzerns Nachhilfe in Physik zu geben, wurde in einem Leserbrief richtiggestellt, daß es

im Wesen der Wechselstrommotoren liegt, daß sie nicht auf Spannungsschwankungen sondern auf Frequenzänderungen reagieren. Trotzdem wird mehr Leistung bereitgestellt und die Turbinen 1 und 2 des Pumpspeicherwerkes hätten mehr Wasser transportiert. Das Zuschalten von 40 MW wird im riesigen norddeutschen Stromnetz auch kaum zu sichtbaren Lichtschwankungen führen, wengleich alle Stromzähler deshalb etwas schneller laufen und sich für den Stromversorger der Umsatz erhöht. Außerdem werden nicht alle im Norden vorhandenen Windmühlen zur gleichen Zeit starten, sondern sich eine Verteilung der Einspeisung ergeben, die die konventionellen Kraftwerke mittelfristig durchaus gut nachregeln können. Traurig, wenn sich ein derart renommiertes Blatt so unkritisch vor den Karren der Atomlobby spannen läßt.

Artikel und Erwiderung bei: *Umschalten e.V., Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040/39 40 78*

Biomasse in Rheinland-Pfalz

Nach einem im Auftrag der Landesregierung 1997 erstellten Gutachten fallen in Rheinland-Pfalz pro Jahr 250.000 bis 320.000 Tonnen Altholz und ca. 675.000 Tonnen Restholz an. Dazu kommt der Anteil von Schwach- und Restholz aus dem Forst in ähnlicher Größenordnung und ca. 150.000 Tonnen Papierschlämme. Der Heizwert liegt zwischen 2.000 und 22.000 MJ/Tonne.

Ökzulage für Eigenheime verlängert

Der Bundestag hat mehrheitlich die Verlängerung der Ökonomiekomponente im Eigenheimzulagengesetz beschlossen. Die Förderung von Solaranlagen, Erdwärmepumpen und Niedrigenergiehäusern wird nun bis Ende 2000 verlängert. Innerhalb eines Förderzeitraumes von 8 Jahren ergibt sich ein Zuschuß von bis zu 7.200 DM.

Bundesministerium für Städtebau, *Deichmanns Ave 31, 53179 Bonn, Tel. 02 28/337-0, Fax -30 60*

Brandenburgisches Energiekonzept

Die Landesregierung Brandenburg will bis 2010 den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 5% erhöhen. Dafür werden jährlich 30,4 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Die Gesamtinvestitionen in die Regenerativen betragen ca. 400 Mio. DM und haben u.a. zu der Ansiedlung eines Herstellers für Windkraftanlagen mit 30 Arbeitsplätzen geführt. Insgesamt seien in diesem Bundesland 500 Arbeitsplätze dauerhaft durch die Windkraftnutzung entstanden.

China fördert Windenergie

Die chinesische Regierung will bis zur Jahreswende 1.000 MW an Windkraftanlagen aufstellen. Zu Jahresbeginn wurden die Import- und die Mehrwertsteuer auf Windturbinen abgeschafft. Dennoch weigern sich Netzbetreiber trotz offizieller Abnahmepflicht immer wieder, Windstrom abzukufen. Aber im besonders kohlearmen Süden stehen die Chancen für die Windenergie gut. Auf der Insel Nanao stehen heute schon 54 Anlagen, die 50% des Strombedarf der Bewohner decken. Und in der Inneren Mongolei beziehen ca. 600.000 verstreut lebende Menschen ihre Energie von 150.000 mobilen Windkonvertern.

Windkraft für Kasachstan

Die Firma Nordwind aus Neubrandenburg hat mit der Regierung von Kasachstan einen Vertrag über den Bau und den Betrieb von 20 zweiflügligen Windkraftanlagen abgeschlossen. In einem Gebirgstal in Ostkasachstan weht der Wind viermal stärker als an vergleichbaren Standorten in Deutschland. Ob das 24

Mio. DM-Geschäft aber wirklich zustandekommt, liegt an den beteiligten Banken.

Statistiken zum Energieverbrauch

Das Bundesministerium für Wirtschaft hat die "Energiedaten 97/98" herausgebracht. Auf 72 Seiten der kostenlosen Veröffentlichung wird die nationale und internationale Entwicklung bei Erzeugung, Verbrauch und Kosten aller Energieträger aufgezeigt. Leider gibt es nur endlose Tabellen, aber kaum aufgearbeitete Grafiken zum Thema. Noch ärgerlicher wird es bei der auf Wunsch mitgelieferten Diskette: Viele Tabellen bleiben ohne Beschriftung, so daß der Nutzen gleich null ist. Und der Anteil der regenerativen Energien ist in manchen Auswertungen gar nicht zu erkennen, weil ein falscher Maßstab gewählt wurde. Unfähigkeit – oder Absicht ?!

Bundesministerium für Wirtschaft, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Villemombler Str. 76, 53123 Bonn

Das Jahrbuch Bergbau, Erdöl und Erdgas, Petrochemie, Elektrizität, Umweltschutz berichtet kompetent und komplett über die gesamte Energie- und Rohstoffwirtschaft. Auf über 1.400 Seiten enthält es aktuelle Informationen über 12.500 Personen in über 3.000 Unternehmen, Organisationen und Behörden, 60 wirtschaftsgeographische Karten sowie 100 Tabellen und Grafiken.

Jahrbuch 1998 für die europäische Energie- und Rohstoffwirtschaft, Glückauf-Verlag, 189 DM

Photovoltaik für Minsk

Das Energieministerium Voralberg startet zusammen mit dem Land Voralberg eine Initiative zum Bau einer Photovoltaikanlage am Sacharov-Institut in Minsk (Weißrußland). An der Initiative kann man sich durch den Kauf von Sonnen-Sozellen zum Einzelpreis von 1.000 öS beteiligen.

Energiemin. Voralberg, Kurt Hämmerle, Stadlstr. 33, A-6850 Dornbirn, Tel. 0043 5572 31 202-69

Solaranlagen zugenommen

Der Zuwachs der Solar-Modul-Leistung -- Stromerzeugung betrug im letzten Jahr 13,7 MW. Damit sind jetzt 40,3 MW entsprechend etwa 350.000 Quadratmeter Modulfläche ausreichend für 9.000 Haushalte installiert. Die Bundesregierung hat sich praktisch aus der Förderung verabschiedet: ganze 0,2 MW wurden im letzten Jahr noch gefördert. Der Deutsche Fachverband Solarenergie fordert deshalb: "Wir brauchen eine gezielte kontinuierliche Wirtschaftspolitik zur Markteinführung, Arbeitsplätze, Exportmöglichkeiten, Klimaschutz und Vermeidung von radioaktiven Gefahren durch Photovoltaik sollten Grund genug sein, jetzt zu handeln".



SOLON
AG für Solartechnik

Die intelligente Solar-Generation

→ Die ökologische Generation der Photovoltaik kommt aus unserer Berliner Produktion. Mit polykristallinen Solarzellen eröffnen wir eine neue Dimension im Energiehaushalt.

→ Mit kompletten Solaranlagen aus einer Hand und Sondermodulen erweitern wir die Möglichkeiten des Solarstroms.

Machen Sie mit uns die solare Zukunft zur Gegenwart!

SOLON Aktiengesellschaft
Schlesische Straße 27 • D-10997 Berlin
Tel.: 030 / 61 07 09-0 • Fax: 030 / 61 07 09-29
www.solonag.com • e-mail:solonag@solonag.com

Literaturtip

Planungshilfe für Sonnenkollektoren
Im Kohlhammer-Verlag ist ein neues Buch über Kollektorbauarten, Dimensionierung, Installation, Steuerung und Speicherungssysteme für thermische Solaranlagen erschienen. Der Autor Prof. Dipl.-Ing. Ulrich Fox lehrt an der Fachhochschule Münster und nimmt sich auch der Themen Dachgestaltung und Förderungsmöglichkeiten an. Im gleichen Verlag wurde das Buch "Das Niedrigenergie-

Pro & contra Windenergie

lange bevor sich der 2001-Verlag als Sprachrohr der Atomlobby zur Verfügung stellte ("Windkraft – eine Alternative, die keine ist..."), erschien ein ähnliches Werk bei einer "gemeinnützigen Stiftung für Gesundheit, Wandern, Naturschutz und Heimatpflege". Unter dem irreführenden Titel "Windkraft – Planung, Nutzen, Umweltfragen" werden nicht etwa Tips zur Errichtung derartiger Projekte gegeben. Die Autoren streuen vielmehr mit schwammigen Bemerkungen ("Inzwischen hören wir... Stimmen Gerüchte, daß ...") hanebüchende Unwahrheiten unters Volk. Prof.-Ing. Bert Köppers macht z.B. die erstaunliche Aussage, daß der Mars so öd ist, weil auf ihm kein Wind weht! Das gleiche wird uns natürlich geschehen, wenn wir den Wind verlangsamen! Höre: Windenergie ist nicht unerschöpflich. Und: "Die eigentliche Misere ist, daß die Gesamtheit aller Anlagen nicht in der Lage ist, die Versorgungssicherheit auch nur für einen einzigen Zweipersonenhaushalt zu gewährleisten." Nachdem wir hierüber alle herzlich gelacht haben, bleibt einem beim nächsten Autor das Lachen im Halse stecken: VIAG-Konzernanwalt Mock vom Bundesverband für Landschaftsschutz stellt dann fest, daß naturnahe Landschaften der Windenergie "geop-

fert" worden seien. Jeden Realitätsinn verlierend postuliert er: "Eine ökologische Diktatur ist so schlimm wie jede Diktatur." Danach kommt das Buch zu seinem eigentlichen Kern: Auf 28 Seiten werden zahlreiche Hinweise gegeben, welche Gesetze zur Verhinderung einer Windkraftanlage benutzt werden können. Bitter ist, daß dies alles bei einem Verlag geschieht, der sich augenscheinlich tatsächlich für den Umweltschutz einsetzt.

Wilhelm-Münker-Stiftung, Postfach 10 08 44, 57008 Siegen (Heft 42: Windkraft, ca. 7,80 DM)

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem "Bundesverband für Landschaftsschutz" geht weiter: Michael Franken, Autor bei der NEUEN ENERGIE, hat einmal zusammengestellt, mit welchen Desinformationskampagnen diese "selbstlosen" Landschaftsschützer versuchen, den Ausbau der Windkraft zu stoppen. Ein Report, der eine gelungene Ergänzung zu dem von Hermann Scheer und Franz Alt herausgegebenen Buch "Windiger Protest" bietet.

Michael Franken: Rauher Wind, Alano Herdt, Aschen, ISBN 3-89399-242-1, 224 S., 19,80 DM

haus" (58 DM/ISBN 3-17-018 102-9) veröffentlicht. Fax: Sonnenkollektoren (59 DM, 169 Seiten, 267 Abbildungen) ISBN 3-17-018 102-9

 dunkle

Windenergie-Jahresbilanz 1997

Das Institut für Solare Energieversorgungstechnik arbeitet noch an den Ergebnissen zum Breitenfestprogramm "250 MW Wind". Die Auswertung erscheint Anfang September, umfaßt 400 Seiten und bringt die Betriebsdaten von rund 1.500 Windkraftanlagen: Ausfälle, Kosten und Erträge usw. Die Ausgabe kostet 30 DM zzgl. Versand, die 96er Veröffentlichung gibt es noch für 20 DM. ISET, Frau Klingebiel, Königstor 59, 34119 Kassel, Fax 05 61/7294-100

Wucher bei Stromversorgern

Überhöhte Forderungen von über 400% stellte Dipl.-Ing Peter Weißferdt bei einer Untersuchung von Netzanbindungskosten der Stromversorger für Windkraftanlagen fest. Spitzenreiter ist die Energieversorgung Müritz-Oderhaff, die bei einem Projekt zuerst 3,4 Mio. DM forderte und sich nach 7 Monaten auf 800.000 DM herunterhandeln ließ. Zehn weitere Fälle aus dem ganzen Bundesgebiet sind dokumentiert. Inzwischen schlagen die Stromversorger zurück: Antragstellern wurde signalisiert, daß sie Schwierigkeiten bekommen werden, wenn sie sich von Weißferdt beraten lassen. Die Unkenntnis der Bauherren soll in diesen Fällen offenbar zum eigenen Vorteil genutzt werden. Dem Bundeswirtschaftsministerium wurden diese Fälle vorgelegt, ohne daß von dort bisher eine Antwort vorliegen würde. Soviel zu dem Vorwurf vom Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer, in der Stromversorgungsbranche würden mafiaähnliche Zustände herrschen...

Windflaute in Österreich

Nachdem das letzte Förderprogramm für Windenergie in Österreich 1996 auslief, gab es keine weiteren Zuschüsse mehr, obwohl Planungen für weitere 120 MW vorliegen. Die Österreichische Kommunalkredit AG unterstützt nun einige Investoren mit insgesamt 30 Mio. öS bei 30% Förderzuschuß. Von 31 beantragten Projekten mit insg. 45,6 MW werden allerdings nur 11 Windturbinen mit insg. 6,55 MW gefördert. Die Erzeugungskosten betragen in Österreich rund 1,30 öS/kWh, die Einspeisetarife liegen jedoch nur bei 0,65 öS/kWh. Das Windkraftpotential der Alpenrepublik wird auf 6,6 bis 10 Mrd. kWh geschätzt, wodurch etwa 20% des Strombedarfes gedeckt werden könnte.

Neuer Windpark in USA

Der dänische Windkraftanlagenhersteller MICON wird 80 Windkraftanlagen mit je 700 kW in die USA liefern: Im kalifornischen Tehachapi entsteht ein Windpark mit insgesamt 56 MW Leistung für umgerechnet 78 Mio. DM. Betreiber ist die WindCo., ein Konsortium aus Florida Power & Light Energy Inc. (USA), Renewable Energy Systems Ltd. (GB), Nichimen Co. (Japan) und Micon (DK).

"Solare Nothilfe" Schweiz

Das Schweizer Bundesprogramm "Energie 2000" ist Mitte dieses Jahres zu drei Vierteln abgelaufen. 3% der fossil erzeugten Wärme und 0,5% des Stroms sollen im Jahr 2000 durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Nach Angaben von Greenpeace Schweiz wurden davon gerade mal ein Drittel im Wärmebereich und nur ein Fünftel im Strombereich (10 MW) realisiert. In Zusammenarbeit mit einigen Gewerkschaften fordert Greenpeace nun ein 10.000-Dächer-Programm und die kostendeckende Vergütung für Solarstrom. Als Zeitraum werden 3 bis 5 Jahre vorgeschlagen, damit der Schweizer Industrie noch Chancen gegeben werden, eigene Produktionsanlagen aufzubauen.

TA Elektro aus Hamburg

Die Umweltbehörde der Hansestadt hat eine "Technische Anweisung Elektro" herausgegeben, um den Hausverwaltungen praktische Hinweise für eine sparsame Nutzung von Strom an die Hand zu geben. Alle Mitarbeiter der Stadt erhalten eine Kurzfassung, in der z.B. von der Anschaffung von Halogenlampen wegen deren geringen Lebensdauer und relativ hohem Stromverbrauch abgeraten wird. Kühlschränke und Computer sind weitere brisante Themen: In den Dienststellen der Stadt werden viele private Kühlgeräte genutzt, die meistens sehr alt und dementsprechend energiezehrend sind. Hier kann der Stromverbrauch auf ein Viertel (!) reduziert werden! Die Umweltbehörde bietet deshalb den Austausch alter gegen neue Geräte zu günstigen Konditionen an und kümmert sich auch um die Entsorgung. Auch in der EDV gibt es erhebliche Einsparmöglichkeiten, wenn nur alle Beteiligten informiert wären, wie der "Stand by"-Modus ihres Computers zu aktivieren ist. Ziel der Umweltbehörde ist dafür zu sorgen, daß Neugeräte gleich entsprechend modifiziert ausgeliefert werden und zumindest die EDV-Beauftragten wissen, wie diese Funktion einzusetzen ist. Außerdem gibt es eine Liste der energiesparendsten Bürogeräte, die jeder Einkäufer kennen sollte.

Umweltbehörde, Herr Küng, Billstraße 84, 20539 Hamburg, Tel. 040/78 80-27 74, Fax -34 39

Deutsche Ausgleichsbank senkt Zinsen

Die DfA senkt mit Wirkung zum 14.08.98 ihre Zinsen folgendermaßen: ERP-Förderprogramme neue Länder 4,25%, alte Länder 4,75% nominal. ERP-Eigenkapitalhilfe 6-10. Jahr 6,5% bzw. 7% und beim Umweltschutz-Bürgschafts-Programm 4,75%. Die DfA-Solar-Initiative bietet Kredite für Privatpersonen sogar schon ab 2,3% nominal (6 Jahre/96% Ausz.) an. Antragstellung erfolgt über die jeweilige Hausbank. Alle aktuellen Konditionen können auch über Faxabruf (02 28/831-33 00) angefordert werden.



BWE-Seminare
(je 300 DM für Mitglieder/500 DM andere)
11.09. in Emden
Pachtverträge für Windkraftprojekte
02.10. in Münster
Wartungsverträge für Windkraftanlagen
13.11. in Berlin
Einspeisebedingungen im europäischen Vergleich
04.12. in Osnabrück
Kostenberechnung für Windstrom
Bundesverband WindEnergie, Herrenlechtsstr. 1, 49074 Osnabrück, Tel. 05 41/350 60-0, Fax -30

06.10.-06.10. in Hamburg
Fünftes Fachforum "Einsatz von Brennstoffzellen" (995/915 DM)
14.10. in Kassel
Erstes Anwenderforum "Kleinwasserkraftwerke" (580/480 DM)
11.11.-12.11. in Deggendorf
"Biotreibstoffe und umweltfreundliche Energietechnik" (820 DM)
26.11.-27.11. in Freiburg
"EMV und Blitzschutz in Photovoltaik-Anlagen" (650/550 DM)
OTTI-Technologie-Kolleg, Wernerwerkstr. 4, 93049 Regensburg, Tel. 0941/29868-20, Fax -19

04.09.-10.17
Roslocker Windenergietag
Windenergienutzung zwischen Ostsee und Erzgebirge
SunMedia, Fiedelerstr. 21, 30519 Hannover, Tel. 05 11/844-19 32, Fax -25 76

08.09.-09.09. in Bonn
Tagung "Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit"
im Wissenschaftszentrum Bonn
Forschungsverbund Sonnenenergie, c/o DLR, 51170 Köln, Tel. 022 03/601-3625

09.09.-12.09. in Hameln
Messe Solar- & Windenergie-technik
Profair GmbH, Tel. 051 21/524 86

10.09.-11.09. in Hameln
Fachtagung "Energiekennwerte"
(Normung, Energiebilanzen, NE-Häuser)
Energie- und Umweltzentrum e.V., 31832 Eldagsen, Tel. 050 44 / 975-66, Fax -20

25.-27.9. in Vlotho
Einsieg ins solare Zeitalter
AKE-Bildungswerk, Burgstr. 1, 32602 Vlotho, Tel. 05733/95737, Fax 18154

02.10.-04.10. in Münster
"eco 98" Umweltmesse
ECO-System, Tel. 059 73/96 44-1, Fax -2

7.-10.10. in Springe
Photovoltaik - Strom von der Sonne
14.-17.10. in Springe
Solarthermie - Warmwasserbereitung mit Sonnenkollektoren
Beides gehört zur Ausbildung zum "geprüften Solarfachberater".
Veranstalter: Energie- und Umweltzentrum Delster e.V., Tel. 05044/975-20, Fax -66

13.10.-11.11. in Frankfurt
Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes Erneuerbare Energie
BEE e.V., Lelschwitzstraße 37, 30175 Hannover, Tel. 05 11 / 288 32-30, Fax -98

21.10.-22.10.
4. Deutsche Windenergie-Konferenz
DEWI, Ebertstr. 96, 26382 Wilhelmshaven

13.11.-14.11.
Erneuerbare Energie in der Landwirtschaft
(Lehr- und Versuchsanstalt Aulendorf)
Bundschuh-Biogas-Gruppe, Zirler Weg 55, 71522 Backnang, Fax 071 91 / 87 153

27.-28.11. in Papenburg
Blockheizkraftwerke
Entscheidungshilfen und Wirtschaftlichkeit
Hist.-ökol. Bildungsstätte, Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg, Tel. 04961/97880

WINDKRAFTANLAGEN KAPITAL FÜR MENSCH UND NATUR

Fondsbeteiligungen - Einzelanlagen
gute Rendite - hohe Steuervorteile

A. SIX & PARTNER · FON (09402) 58 20 · FAX 78 28 39



Aus KWO fahren keine Atomtransporter mehr

Aus dem Kernkraftwerk Obrigheim sollen keine Transporte mehr mit dem hochradioaktiven Atommüll zur Wiederaufarbeitung abfahren. Der Technische KWO-Geschäftsführer Michael Wenk rechnet damit, daß die Kernkraftbetreiber demnächst die Genehmigung für das bereits errichtete Zwischenlager erhalten. Bei der Podiumsdiskussion unter dem Titel "Dem Castor können sie vertrauen?" in Mosbach wies der KWO-Manager darauf hin, KWO ha-

be für die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente auf dem Kernkraftgelände alle Bedingungen erfüllt. Die Obrighheimer Kernkraftbetreiber haben 1983 im Notstandsgebäude neben der Atomkuppel ein Becken gebaut. Unter Wasser sollen bis zu 30 Jahresladungen des hochradioaktiven KWO-Abfalls gelagert werden. Das entspricht bis zu 980 Brennelementen. Die Zuversicht auf eine baldige Genehmigung wird im Stuttgarter Wirtschaftsministerium nicht geteilt. "Der Termin ist noch nicht bekannt", sagte Pressesprecher Andreas Reith.

Denn die sicherheitstechnische Bewertung sei noch nicht abgeschlossen. Bei der sehr emotional geführten Debatte in der Diedesheimer Krone stand ein ganz anderes Thema im Mittelpunkt: Die Verstrahlung an der Oberfläche von Atommüllbehältern und die Überschreitung des Grenzwerts von vier Bequerel pro Quadratzentimeter. Bei der Ankunft in Wiederaufarbeitungsanlagen wurden teilweise zu hohe Strahlenwerte gemessen. Auch Leerbehälter waren kontaminiert. In drei Fällen war davon KWO betroffen: 1989 wurden bei der Ankunft in La Hague 37 Bequerel gemessen, 1991 bei zwei weiteren Transporten elf und zwölf Bequerel. "Das war kein Grund, um die Alarmglocken zu läuten", meinte der Technische KWO-Geschäftsführer. Wenk bestritt jegliche Strahlengefährdungen für Personen, bezeichnete diese "Verschmutzung" als "absolut belanglos" im Vergleich zur Kontamination von vielen Stoffen. Allein beim Kunstdünger sei der Wert um ein Vielfaches höher. Nachweislich seien alle Atommüllbehälter dicht.

Gerhard Schmidt vom Öko-Institut Darmstadt erinnerte daran, der Grenzwert stelle international eine akzeptierte Größe dar. Dagegen sei gravierend von den deutschen Kernkraftbetreibern verstoßen worden. Kontrollmechanismen hätten versagt. Schmidt wertete die KWO-Aussage, die Sache sei ungefährlich, als Zeichen, daß man das Problem auf Kraftwerkseite nicht akzeptiert habe (Generell ist anzufügen, dass es, in bezug auf Langzeitfolgen, bei radioaktiver Strahlung keine absoluten Grenzwerte gibt, bei deren Unterschreitung es nicht die Möglichkeit der Induktion bösartiger Tumoren gäbe. Vielmehr erhöht jede Vermehrung der natürlichen Hintergrundstrahlung die Wahrscheinlichkeit der Entstehung bösartiger Tumoren. Somit sind sogenannte "Grenzwerte" immer nur ein Kompromiss, mit deren Hilfe die Wahrscheinlichkeit, mit der Gesundheitsschäden zu erwarten sind, klein gehalten werden soll. Eine bestimmte Gefährdung der Gesundheit ist bei radioaktiver Strahlung jedoch immer vorhanden und wird bewusst toleriert. Aussagen wie "Es bestand keine Gefährdung der Gesundheit" sind in diesem Zusammenhang naturwissenschaftlich betrachtet falsch. Anm. d. Red.)

"Die jungen Polizisten haben schlicht und einfach Angst, bei Castor-Einsätzen eingesetzt zu werden", sagte Rüdiger May, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. May kritisierte die Selbstkontrolle der Atomkraftbetreiber, hatte kein Verständnis dafür, daß die Grenzwertüberschreitungen lange Zeit geheimgehalten wurden. Auch Lokführer, Wagenmeister oder der Rangierdienst hätten kein Vertrauen mehr in diese Transporte, bemerkte Rudi Hepf von der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschland: Hepf sprach von einem Skandal erster Ordnung: "Die Atombetreiber haben den VertrauensGAU ausgelöst."

Themenredaktion

Bernd Hanewald
Hermann-Levi-Str. 9
35392 Gleßen
Tel. und Fax 0641/29125
bernd.hanewald@
med.uni-gleessen.de

Pressinfos zum Aktionstag

Für die Presse oder die Pressearbeit liegen verschiedene Materialien bereit, zum einen verschiedene Texte zum Download unter <http://www.free.de/aap-do/download>

sowie zum anderen Pressinfos auf Anfrage. Zentrale Mailadresse für Pressanfragen: aa-presse@free.de

Informationen

Ungen:
Autonome Anti-Atomgruppe, 0591/72672

Gronau:
AKU Gronau
02562/700189 oder
02565/97781 oder Anti-Atom-Plenum Dortmund.
www.free.de/aap-do

Ahaus:
InfAM 02561/96394
oder 0171/7050827

Stade:
Mobilisierungsgruppe
040/4229116

Greifswald:
BI Greifswald
03834/892150
BI Wolgast
038378/22920

Bundesweite
Presskoordinations:
aa-presse@free.de

WWW: www.oneworld-web.de/castor/

Weitere Informationen im CL-Netz unter clatom.aktionen

Mit Aktionen die Stilllegung erreichen: Sofort!

Anlässlich des Skandals um die radioaktiv verseuchten "Castor-Behälter", gemessen wurden bis zu 13000 Bq / cm² bei einem zugelassenen Grenzwert von 4 Bq / cm², trafen sich im Juni 120 VertreterInnen von Anti-Akw-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet und Frankreich zu einer Sonderkonferenz in Marburg. Bei der Konferenz wurden dezentrale Aktionen für September diesen Jahres befürwortet, die den gesamten "Brennstoffkreislauf" miteinbeziehen sollten. Daher wurden folgende Standorte für Aktionen gewählt:

1. Saarbrücken - Grenzblockade "Nix geht raus"
2. Greifswald "Test-Camp"
3. Gronau 1 Woche lang Aktionen unter Einbeziehung Lingen-Ahaus-Gronau
4. Stade "Vom Netz blockieren"

Zusätzlich gibt es eine zentrale Pressegruppe, die die Öffentlichkeitsarbeit koordinieren soll. Weitere Infos und Berichte zur Sonderkonferenz findet Ihr in anti atom aktuell, Sommer 98 (Heft Nr. 93). Im folgenden nun die Termine der in Marburg geplanten Aktionen, ergänzt durch weitere wichtige September-Termine.

Atom-Anlagen stilllegen – sofort! BUNDESWEITE AKTIONSWOCHE

September 1998
WIR STELLEN UNS QUER

10. bis 13.9. Greifswald
Greifswald: Infocamp, Einzel-Veranstaltungen
* immer wieder BI Kernenergie, Tel. 03834/892150

12.9. Stade
Demonstrationen und Aktionen am AKW
Mobilisierungsgruppe, Kontakt: 040/4229116

12./13.9. Saarbrücken
Sternmarsch und Schienenfrühstück an der Castor-Transportsirecke
Koordinationskreis Saar, Tel. 0681/635359

13.9. Lingen
Demo zum "Tag der geschlossenen Tür" am AKW
Autonome Anti-Atomgruppe, Tel. 0591/72672

14. bis 19.9. Gronau
Camp und Blockade (14.9.), Konzerte, Demos und Aktionen an der Urananreicherungsanlage
AKU Gronau, Tel. 02562/700189

20.9. Ahaus
Sonntagsspaziergang zum Zwischenlager
InfAM, Tel. 02566/96394

Buchtip: Das strahlende Zeitalter. Von der Entdeckung der Röntgenstrahlung bis Tschernobyl

In lebendiger Darstellung vermittelt Catherine Caufield unverzichtbares Faktenwissen und macht zugleich deutlich, wie sehr die Geschichte der radioaktiven Strahlung seit ihrer Entdeckung bis heute den Alltag jedes einzelnen bestimmt. Das Buch beginnt chronologisch mit der Entdeckung der Radioaktivität. Es schließt sich ein Kapitel über den Bau der Atom-bombe an sowie ein Kapitel über die Entwicklungen in der Grenzwertdebatte. Der vierte Teil widmet sich der natürlichen Strahlung sowie weiteren radioaktiven Belastungen, denen wir im täglichen Leben ausgesetzt sind. Vervollständigt wird das Buch durch einen Anhang, der u.a. eine Auswahl von relevanten Institutionen vorstellt, Literaturempfehlungen gibt und ein ausführliches Sach- und Personenregister bietet.

Zeitschriftenschau

anti atom aktuell (Bestellung/ Abo: aaa, Helgenstockstr. 15, 35394 Giessen)
Castor X4 Dokumentation

aga Nr. 93, Sommer 98
Bundestagswahl /
Atomausstieg, Frühjahrskonferenz Erfurt, Sonderkonferenz Marburg, Regionales, Internationales

Internet für Aktive

Norberts Bookmarks für engagierte Leute mit über 6000 gutsortierten Links u.a. zu den Themen: Anti-Atom, Atomwaffen, Umwelt, Menschenrechte, 3. Welt, Soziales und Politik...
www.dfg-vk.de

416 Seiten, 10 DM, zu beziehen bei:
IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel. 030/6930244, Fax 030/6938166.

Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung

(*) Die diesjährige Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung wird vom 16. bis 18. Oktober 1998 in Berlin stattfinden. In der nächsten Ausgabe der Zeitschrift Anti-Atom-Aktuell (Erscheinungstermin ca. Ende September) wird es dazu einen ausführlichen Reader mit allen organisatorischen Infos und inhaltlicher Vorstellung der Aktions- und Diskussionsgruppen geben.

Das inhaltliche Angebot ist noch in der Vorbereitung, wir möchten jedoch alle bitten, die eventuell noch eine AG oder einen Workshop anbieten wollen, uns Bescheid zu sagen, damit wir das in unsere Planungen miteinbeziehen können!

Wir möchten Euch bitten, Euch so früh wie möglich für die Konferenz anzumelden, um uns die Planung zu erleichtern. Unbedingt notwendig ist eine frühzeitige Anmeldung für Leute, die während der Konferenz einen Infotisch aufstellen wollen. Leider ist unser Platz für die Infotische sehr begrenzt und wir werden die Plätze nach der zeitlichen Reihenfolge der Anmeldungen vergeben. Nicht-kommerzielle Stände werden wegen des Platzmangels bevorzugt behandelt!

Ansprechpartner, sowohl für die inhaltliche Vorbereitung, wie auch die Standanmeldung oder die Schlafplatzbörse ist das Anti-Atom-Plenum Berlin, Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Tel. (0 30) 2 61 62 52, Fax (0 30) 2 61 98 12.

Als Ein-Punkt-Bewegung ins Glück?

(*) "Was will die Anti-AKW-Bewegung denn noch?" – unter diesem Titel ist ein zwölfseitiges Falblatt erschienen, in dem sowohl eine kurze Zusammenfassung der Atomenergieproblematik als auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Anti-Atom-Bewegung enthalten sind. Unter anderem werden die Wiederaufbereitung, das illegale Betreiben der Atomkraftwerke, die Verstrickungen der Atommafia und die Problematik des "Heimatschutzes" thematisiert. "Das Falblatt soll einige Irrtümer und Missverständnisse der Atom- und damit Transportproblematik in einen größeren Zusammenhang stellen und zu ihrer Aufklärung beitragen." Kritisiert wird der Weg, der von großen Teilen der Bewegung eingeschlagen wurde, die sich nur auf eine Randerscheinung der eigentlichen Problematik konzentrieren. Sei es der reine Protest gegen Atommülltransporte und daß dabei Außer-Acht-Lassen der gesamten Atomenergieproblematik, oder sei es die reine Forderung eines Ausstieges. Ohne auf die Frage des "herrschenden" Systems einzugehen.

"Die zweite Generation der Anti-AKW-Bewegung muß gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen anregen. Sie macht sich auf den Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft oder wird von Parteiinteressen verraten. Das gilt es zu begreifen, wenn wir das, was uns bedrängt, beenden wollen. Betroffenheit am Standort von Atomanlagen oder an der Castorstrecke muß der Auslöser sein, gesellschaftliche Entwicklungen zu begreifen und sich einzumischen!"

Bestellt werden kann das Falblatt unter folgender Adresse: Painters of the Hole, c/o Infoladen, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund (100 St. 40 DM, 500 St. 150 DM; Vorkasse! Probeexemplar 2 DM). Diese Mitteilung stammt von den AutorInnen des Falblattes.

Gepantes Siemens-AKW im Erdbebengebiet

Mit einer spektakulären Aktion, ein aufblasbares Atomkraftwerk der Größe 6 x 9 Meter versank unter Nebel und Donnerhall in einer Erdbebenspalte, protestieren Atomkraftgegner des Arbeitskreises "Leben nach Tschernobyl" und der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW in Giessen gemeinsam mit der Giessener Initiative gegen Atomanlagen gegen die Bewerbung von Siemens um die Errichtung eines Atomkraftwerks in der Türkei.

Das Atomprojekt wird insbesondere kritisiert, weil der Standort in der Südtürkei in einem erdbebengefährdeten Gebiet liegt und das türkische Militär ein Atomwaffenprogramm angekündigt hat. Die Organisatoren rufen zum Boykott von Siemens-Produkten auf, um Siemens zur Aufgabe dieses und anderer Atomprojekte zu bewegen. Weiter wurde kritisiert, dass die Atomindustrie es noch nicht einmal schaffen, bei Castor-Transporten die geltenden Grenzwerte radioaktiver Strahlung nicht zu überschreiten. Gleichzeitig werde aber immer wieder behauptet, die Risiken der Nutzung der Atomenergie seien kontrollierbar. Der Standort für das geplante Kraftwerk liegt in der Nähe der Stadt Silifke an der Mittelmeerküste, 300 km östlich von Antalya. Angeboten wird ein Reaktor der von Siemens entwickelten

"Konvoi-Klasse" mit einer Leistung von 1480 Megawatt. Eine Untersuchung aus den Jahren 1987-1990 kommt zu dem Ergebnis, daß der Standort für das geplante Atomkraftwerk in der Nähe einer aktiven Erdbeftalte liegt. 1995 und 1997 gab es in der Region Erdbeben mit einer Stärke von jeweils etwa 5 auf der Richterskala. Eine Siemens-Tochter bestätigte in einer türkischen Zeitung die Erdbebengefahr. Neben der Stromproduktion könnte das Atomkraftwerk auch militärisch für ein türkisches Atomwaffenprogramm genutzt werden. So erklärte der türkische General Öznal in einem Interview am 17. Mai mit dem türkischen Nachrichtensender NTV, daß die Türkei vor dem Hintergrund einer Atomwaffen-Bedrohung durch Israel, Indien, Pakistan und Iran jetzt "seine eigene nukleare Politik entwickeln" müsse. Siemens läuft mit der Lieferung eines Atomkraftwerks also Gefahr, zum Geburtshelfer für eine türkische Atombombe zu werden. Die Bevölkerung in der Region sowie 23 Bürgermeister um das geplante Atomkraftwerk wehren sich vehement gegen das geplante Atomprojekt. Rückendeckung bekommt die Anti-Atom-Bewegung bemerkenswerterweise von der türkischen Elektroingenieur-Kammer, die die Atomenergienutzung ablehnt. Die Anti-Atom-Bewegung aus der Türkei droht mit einem Boykott von Siemens-Produkten in der Türkei, falls Siemens den Auftrag für den Kraftwerksbau erhält.



Foto Sebastian Lindau, Giessen

Infos zum Siemens-Boykott gibts unter Tel / Fax 0641 / 29125, der Text stammt von Joachim Ringzinger



Investieren? Aber natürlich!

Seit 1988 investieren die Ethik-AnlegerInnen in eine lebenswerte Zukunft. Auch Sie können Ihr Geld **ökologisch und sozial** verträglich anlegen.

Ihre Vorteile:

- gute Rendite
- hohe Sicherheit
- erfahrendes Fondsmanagement
- geringe Kosten
- unabhängiger Anlageausschuß
- Mitsprachemöglichkeit
- eigene Forschungsstelle

es Investment Kö

Ethik

Ethisches Investment Köln
Seyengasse 2 • 50678 Köln
Tel. 0221 / 9 31 25 20
Fax 0221 / 3 31 83 83



18. bis 20.9. Neuwied bei Koblenz
Jahrestagung der gewaltfreien aktion
atomwaffen abschaffen gaga, Perspektiven
der weiteren Arbeit, Tel. 07154 - 22026

19.+20.9. Holzheim / Bayern
(Gerichts-) Prozesstraining der
Mahnwache Gundersmungen,
Tel: 07171 - 74263

19.+20.9. in Hamm
Seminar "Atomkraft? Nein! Danke!"
JungdemokrattInnen, Tel. 0202/455054

20.9. AKW Grafenrheinfeld
Demonstration
Kontakt: BA - BI, Tel: 09721 - 185033

20.9. Ahaus
Sonntagsspaziergang

27.9.
Bundestagswahl

1.10.
Nuclear Weapon Abolition day
Gewaltfreie direkte Abrüstungsmassnahmen

4.11. München / Berlin
Pressemitteilung zum vorläufigen
Ergebnis des Geschäftsjahres der Siemens
AG

3.12. München / Berlin
Bilanzkonferenz der Siemens AG

11.-13.12. in Iserlohn
Das Brennelementzwischenlager
Ahaus

Die Auseinandersetzung um die
energiepolitische Zukunft in Deutschland.
Veranstalter: Umweltbeauftragte Rheinland
und Westfalen. Näheres: Horst-Dieter Koch,
Alma Fickert, Christina Traudlen, Evangelische
Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 58638
Iserlohn, Tel. 02371/352-150, Fax -16

Ausstellungen zum Ausleihen

Mehrere Ausstellungen zu Themen wie Umweltschutz im Alltag, Umweltfreundliche Ferien oder CO₂-Bilanz von Lebensmitteln bietet die Umweltberaterin Solbach-Freise zum Ausleihen für Umweltgruppen an.

Rufnummer 05533/3656.

Aktionshandbuch "umdenken - fair handeln"

Herausgegeben von der Verbraucher Initiative Nordrhein-Westfalen. Tips zur Planung und Durchführung von Kampagnen zum Thema Eine-Welt-Handel. Checklisten und mehr. Für Eine-Welt-Gruppen in NRW gegen 3,- DM Porto, für andere gegen 8,- DM Selbstkostenpreis.

Verbraucher Initiative, Breite Straße 51, 53111 Bonn

Umweltengel-Geburtstag

Zwei Drittel der befragten VerbraucherInnen kennen den Umweltengel, auf rund 4.400 Produkten ist das runde Umweltzeichen zu finden. 20 Jahre alt ist das Signet nun geworden - und fast so alt auch die Kritik daran. Lautete die Aufschrift rund um den "Engel" zunächst "Umweltfreundlich, weil...", so mußte die Jury diese Bezeichnung nach lautem Protest und einem Gerichtsverfahren in "Umweltzeichen, weil..." ändern. Der Umweltengel bezeichnet nämlich seit jeher Produkte, die gewöhnlich besonders umweltschädlich sind und in bestimmten Bereichen ökomaßig verbessert wurden. So kann es Umweltzeichen für leise oder abgasreduzierte Autos geben - nie aber für Fahrräder. Lacke, die mit weniger Lösungsmitteln als zuvor auskommen, erhalten den begehrten Engel, Pflanzenfarben nie. Vergeben wird das Zeichen für maximal einen Zeitraum von 3 Jahren, verantwortlich ist das RAL, das Deutsche Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung. In der Jury sitzen neben dem RAL Vertreter von Umwelt- und Verbraucherverbänden ebenso wie von Industrie, Handwerk und Handel sowie der Umweltministerien der Länder des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes. Pünktlich zum Geburtstag eine Neuerung: Erstmals konnten in 98 Einwegverpackungen den blauen Engel beantragen. Erster Träger: der PE-Schlauch für Frischmilch.

Weitere Infos und Materialien: Bundesverband für Umweltberatung, Richard-Wagner-Str. 11-13, 28209 Bremen.

Kritischer Agrarbericht 98

Zum sechsten Mal erschien Anfang des Jahres der kritische Agrarbericht. Er will eine Gegendarstellung und -öffentlichkeit schaffen für den offiziellen Agrarbericht des Landwirtschaftsministeriums.

Themen wie Tierschutz, Gentechnik, Hormonstreit und andere werden kritisch begleitet. Auch ein spezieller VerbraucherInnen-Infoteil gehört zu dem Werk.

36.-DM, ABL, Bauernblatt-Verlags GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, T. 05242/48185.



Werbeterror geht weiter

Ohne Werbung keine Umsatzsteigerungen. Auch mit der deutschen Werbeindustrie immer nur bis zu einem gewissen Grad. Aber: die Umsätze der Werbebranche selbst sind stetig im Klettern. So wurden in 1997 allein für Fernseh-Werbung 11,8 Mrd. DM ausgegeben. Fünf Jahre zuvor waren es noch 6,3 Mrd DM. Die "Print-Medien", also Tageszeitungen, Publikumszeitschriften und Fachzeitschriften haben sich in diesem Zeitraum "nur" von 11,8 Mrd. 1992 auf 13,3 Mrd DM steigern können. Die Autoindustrie gibt am meisten für Werbung aus (97: 2,736 Mrd), in den Fernseh-Programmpausen ist aber die Schokoladen- und Süßwarenbranche vorn und läßt für über 936 Millionen DM die Lust auf Süßes wecken.



Tagung vom 16.10. bis 18.10. in Hamburg
2. Deutschsprachiger Kongress für praktische Umweltmedizin.
Dr. Bernd Guzek, c/o Promedico Verlag,
Kaffeehahn 8, 22359 Hamburg, Tel.
040/609154-0, Fax -44 e-mail:
info@promedico.de

11.11. in Nürnberg
Bodenbeläge - was man sich reinlegt, so lebt man
mit Dipl.-Chemiker Stefan Simrock
Beginn: 19.30 Uhr, Eintritt 7 DM
(5 für Mitglieder)
Ökologische Verbraucherberatung (ÖVB),
Humboldtstr. 81, Nürnberg

25.11. in Nürnberg
Dämmung von Altbauten - Energie sparen und wohlfühlen
mit Architekt Burkhard Schulze Darup
ÖVP, Zeit und Ort siehe oben

2.12. in Nürnberg
Schimmel in der Wohnung - nicht nur ein ästhetisches Problem
mit Uwe Münzenberg, Baubiologe und
Umweltanalytiker
ÖVP, Zeit und Ort siehe oben

9.12. in Nürnberg
Umwelt und Rendite - sinnvoll Geld anlegen mit Gewinn für alle
mit Finanzkaufmann und Dipl. Soz. Päd.
Emar Lange
ÖVP, Zeit und Ort siehe oben

12.12.98. in Münsterstadt/Unterfranken
Wodurch Nahrung gesund macht. Der tiefere Sinn der Kooperation mit der Natur.
Elke Braunroth-Zentrum, Nikolaus-Mollitor-Str.
37, 97702 Münsterstadt, Tel./Fax: 09733/6535

Zur Rubrik "VerbraucherInnenpolitik":

Leider gibt es noch keine feste(n) ThemenredakteurIn.

Zur Rubrik "Anti-Atom":

Regelmäßige Termine:

Jeden Sonntag:

Gorlebener Gebet
14 Uhr an den Gorteben-Kreuzen, zwischen Erkundungswerk und Saunas-Claims

am 6. jeden Monats

Mahnwache am AKW Brokdorf zwischen 14 und 17 Uhr
Kontakt: A. Dreckmann, Lange Reihe 20, 25541 Brunsbüttel, Tel. 04852 - 54193

1. Sonntag im Monat:

Spaziergang Gronau
14 Uhr, am Zufahrtstor Röntgenstraße
Kontakt: AKU, Siedlerweg 7, 48599 Gronau, Tel. 02562 - 23125

Spaziergang Garching

14 Uhr, Bushaltestelle Atomel Garching

1. Sonntag im Monat:

Spaziergang Ahaus
14 Uhr, Brennelemente-Zwischenlager
Kontakt: BI Ahaus, Tel. 02561 / 961101 oder: Wiga Münster, Tel. 0251 / 521112

Jeweils nach dem Sonntagsspaziergang Delegiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg

13:30 Uhr, Bahnhof Rheinsberg
Kontakt: Atomplenum Greifswald, Tel. 03834 / 89 75 14

Jeden 3. Mittwoch im Monat:

Mahnwache in Marleben, 18 Uhr am Tor an der Bundesstraße



Perspektiven und Utopien:

Schwerpunkt

"Quo vadis - Umweltbewegung?"

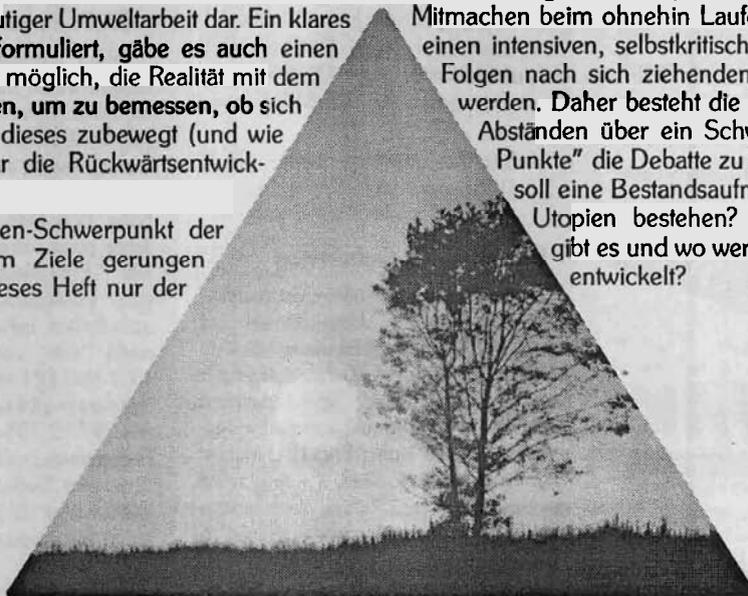
Quo vadis, Umweltbewegung?

(jb). Woran läßt sich Erfolg messen? An der Anzahl von Presseinformationen, von Gesprächen bei den Mächtigen, von Ehrungen, von Quadratmetern geschützter Erde oder Kilometern sauberer Flüsse?

Der Maßstab fällt schwer. Es ist kaum einer erkennbar – doch damit stellt sich der erste und auch einer der zentralen Mängel heutiger Umweltarbeit dar. Ein klares Ziel fehlt. Wäre es formuliert, gäbe es auch einen Maßstab. Dann wäre möglich, die Realität mit dem Zielbild zu vergleichen, um zu bemessen, ob sich die Gesellschaft auf dieses zubewegt (und wie schnell) oder ob gar die Rückwärtsentwicklung anhält.

Mit dem Perspektiven-Schwerpunkt der "Ö-Punkte" soll um Ziele gerungen werden. Dabei ist dieses Heft nur der

Anfang. Die Ziellosigkeit der Umweltbewegung, aus der ein Hang zur "Realpolitik" entspringt, d.h. dem Mitmachen beim ohnehin Laufenden, kann nur über einen intensiven, selbstkritischen und weitreichende Folgen nach sich ziehenden Prozeß überwunden werden. Daher besteht die Idee, in regelmäßigen Abständen über ein Schwerpunktheft der "Ö-Punkte" die Debatte zu begleiten. Am Beginn soll eine Bestandsaufnahme stehen: Welche Utopien bestehen? Welche Perspektiven gibt es und wo werden welche Strategien entwickelt?



Zwei Schwerpunkte im Schwerpunkt:

Utopien und Perspektiven

(jb). Der Schwerpunkt der "Ö-Punkte" teilt sich in zwei Abschnitte, die zwar viel miteinander zu tun haben, aber doch nicht ganz gleich sind – zum einen in die Darstellung von Utopien, d.h. Entwürfen für eine Zukunft, in der ganz andere Rahmenbedingungen als heute herrschen. Und zum anderen die Perspektiven und Strategien, die sich heute für die Umwelt- und die politische Bewegung insgesamt stellen.

Utopien

Wer an Utopien arbeitet oder darüber spricht, nimmt sich vor, ein Bild zu entwerfen, bei dem keine Sachzwänge mehr gelten, sondern ein optimales Bild der Zukunft insgesamt oder auch einer Bewegung, eines Projektes, einer Gruppe, Beziehung oder etwas beliebigem Anderen entsteht. Spätestens zehn Minuten nach Beginn der Arbeit an der Utopie ertappen sich selbstkritische Leute dabei, doch schon wieder dem "das kann doch gar nicht gehen" anheimgefallen zu sein. Also nochmal, diesmal ohne Realo-Scheuklappen. Und wieder klappt es nicht, neuer Anlauf usw. Utopien zu spinnen, bedeutet das Ausbrechen aus gewohnten Denkbahnen – und das fällt sehr schwer. Es lohnt sich aber, denn von Utopien kann eine Faszination und Motivation für die "Realpolitik" ausgehen. Diese ist dann nicht mehr das Vollziehen des ohnehin Unumgänglichen, sondern wird zum Weg zu Utopie, zum Erkämpfen des Möglichen auf dem Weg zum Unmöglichen.

Auf den Seiten 23 bis 29 werden Utopien vorgestellt und diskutiert, allerdings nur eine kleine Auswahl der

bestehenden Entwürfe und Meinungen. Wer intensiver einsteigen will, wird sich einige Bücher, dünne Heftchen bis zu dicken Wälzern, vornehmen müssen.

Perspektiven und Strategien

Auch in der realen Arbeit der Umwelt- und politischen Bewegung ist nicht nur alles "Realpolitik". Vorschläge für Leitbilder, Ziele oder Strategien sind allerdings so selten geworden, daß schon reichlich schlechte Vorschläge jahrelang intensiv gefeiert (z.B. die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", die dann trotz Kompromissen und realpolitischer Diplomatie noch nicht einmal umgesetzt wird). Radikalere Strategien bleiben meist unbeachtet, die große Mehrheit der Umweltgruppen verfügt über gar keine Strategien und Zielbilder mehr. Das Machbare ist auch das Denkbare geworden, das Sein bestimmt das Bewußtsein.

Ab Seite 30 werden einige der bestehenden Zielbilder der Umweltbewegung vorgestellt – von der Agenda 21 bis zum Strategiepapier für den autonomen Kampf.

Zusammengestellt von

Martin d'Adler (td)
Barfüßerstr. 29
35037 Marburg
Tel. 06421/161295.

Jutta Sundermann (js)
Obere Str. 41
27283 Verden
Tel. 04231/2669

und

Jörg Bergstedt (jb)
Institut für Ökologie
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen-Saasen
Tel. 06401/90328-3
Fax -5
projektwerkstatt_sa@
opg.wwbnet.de

Gesellschaftliche Zielbilder nach '89

Für eine Renaissance der Utopie

(id). "Solange der Mensch im Argen liegt, sind privates wie öffentliches Dasein von Tagträumen durchzogen; von Träumen eines besseren Lebens als des ihm bisher gewordenen."¹

Wer würde bestreiten wollen, daß mit der Menschheit noch einiges im Argen liegt? Sicher, innerhalb der USA, Westeuropas und Japans hat es in den vergangenen fünfzig Jahren keinen Krieg gegeben, der materielle Wohlstand ist für den Großteil der Bevölkerung enorm gestiegen, und so manche utopische Forderung aus dem 19. Jahrhundert, etwa nach sozialem Ausgleich, Demokratie und Selbstentfaltung, sind in unserem System verwirklicht – zumindest in Ansätzen.

Doch sind diese Ansätze keineswegs zufriedenstellend, und himmelweit entfernt von den utopischen Entwürfen einer "guten Gesellschaft": Arbeitslosigkeit und Armut wachsen; ebenso die Kluft zwischen Arm und Reich, ein Ende von Konkurrenzwirtschaft und Ausbeutung erscheint zur Zeit nicht denkbar; die Demokratie steckt noch in den Kinderschuhen, die Menschen geben ihre Stimme ab und sehen stumm zu, wie Parteiapparate entscheiden; und das, was bisher erreicht wurde, wird in einem "roll back" seit '89 scheinbar wieder rückgängig gemacht, vom Asylrecht über das Bildungswesen bis zum Sozialstaat, unter dem Deckmäntelchen der "Globalisierung". Am ehesten ist noch die Selbstentfaltung möglich, und erwünscht, solange sie sich im Rahmen des Systems bewegt und den Umsatz steigert. Ich kaufe, also bin ich.

Von Fortschritt zu sprechen, ist, trotz aller Mängel, in den oben genannten Bereichen im Vergleich zu vergangenen Jahrhunderten durchaus berechtigt. Es wird jedoch aus globaler und ökologischer Perspektive zur Farce. Das Weltwirtschaftssystem sorgt dafür, daß die sogenannte "Dritte Welt" im Vergleich zur 1. Klasse auf dem Planeten nicht aufholt, sondern draufzählt.² Hunger und Krieg sind hier Realität. Läßt sich vom "Ende der Geschichte", vom Kapitalismus als der besten aller möglichen Welten reden, wenn auf der einen Seite Leute an Verfettung und auf der anderen an Hunger sterben?

Verschärft wird die Lage für immer mehr Menschen durch die Umweltzerstörung. Sie trifft zunächst und am stärksten die Armen, doch mit der Zeit kommen auch die Bessersituierten in den Genuß von Vergiftungen, Radioaktivität und Ozonloch.

Die Welt kann also immer noch, immer wieder, verbessert werden. So haben die Menschen Träume von einem besseren Leben, und es gibt immer noch, immer wieder, Utopien: Fiktive Entwürfe einer besseren Gesellschaft, die der realen gegenübergestellt werden. Seit Thomas More (latinisiert Morus) 1516 mit seinem Roman "Utopia" die Literaturgattung der

Utopie für die Neuzeit begründete, haben sich Utopien der jeweiligen Probleme ihrer Zeit angenommen und Alternativen entwickelt. Eine Blütezeit erlebte die Utopie im 19. Jahrhundert, als die sich industrialisierende Welt, vom Fortschrittsoptimismus gepackt, auf die vollkommene Gesellschaft zuzumarschieren glaubte. Die Frühsozialisten, Charles Fourier, Claude-Henri de Saint-Simon, Robert Owen u.a., entwickelten Ideen, die noch heute utopisch anmuten, wie etwa die Abschaffung von Geld, Erbrecht und Privatbesitz oder die Ablösung der Kleinfamilie durch phantasievolle soziale Beziehungsgefüge.

Karl Marx und Friedrich Engels nahmen einige dieser Forderungen auf, lehnten dabei jedoch das "Phantastische" an den Utopien ab und wollten sie mit ihrer Kritik der Politischen Ökonomie auf eine wissenschaftliche Grundlage stellen. Der Kommunismus als politische Bewegung sollte kraft des Proletariats die neue, klassenlose Gesellschaft, das "Reich der Freiheit", errichten.

Das ging leider daneben. Zwar sind große soziale Errungenschaften ebensowenig zu leugnen wie politische Repression und Verfolgung, insbesondere im Stalinismus, doch die in Osteuropa praktizierte Form des Sozialismus war nicht mehrheitsfähig. Die Einbuße an individueller Freiheit und Menschenrechten war zu groß, um die erreichte soziale Gerechtigkeit zu rechtfertigen.

So nimmt es nicht wunder, wenn konservative Kritiker nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus 1989 sich wie die Geier auf das tote Vieh stürzten und mit dem Sozialismus auch gleich jegliche Utopie, alle Forderungen nach einer anderen, besseren Gesellschaft als dem real existierenden Kapitalismus, zerrupfen wollten. In vorderster Front forderte Joachim Fest 1991 ein "Leben ohne Utopie".³ Der Sozialismus als "System-Utopie" sei totalitär und im Grunde das Gleiche wie Faschismus.⁴

Ist der Entwurf einer besseren Welt dafür verantwortlich zu machen, daß in seinem Namen Unrecht geschehen ist? Dann wäre allerdings schnellstens das Christentum zu verbieten, in dessen Namen z.B. die heilige Inquisition Europa terrorisierte. Zwischen Idee und Mißbrauch der Idee ist also zu unterscheiden.

Und der Vorwurf, es gäbe keine liberale Utopie, Utopien seien in ihrem Kern, ihrem Wesen nach bänderlich inhuman,⁵ muß wohl in Unkenntnis der letzten dreißig Jahre Utopie-Geschichte erhoben worden sein. Die gegenwärtigen Utopien seit etwa 1970 (z.B. "Eiland" von Aldous Huxley, "Planet der Habenichtse" von Ursula LeGuin, "Ökotopia" von Ernest

Quellen:

- 1 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung (21959), S. 15
- 2 Ernst Ulrich von Weizsäcker: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt (51997), S. 121f
- 3 Joachim Fest: störte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters (1991), S. 98.
- 4 Ebd., S. 81 und 94f. Vgl. den gegenwärtig florierenden Gebrauch der Totalitarismus-These (rot=braun) im Wahlkampf.
- 5 Ebd., S. 94f.



Hinweise des Autors

(Martin d'Idler)

Zur Analyse von Utopien bieten sich folgende Kategorien nach Richard Saage¹⁰ an:

1. Kritik: Was wird an der realen Gesellschaft kritisiert?
2. Ideal: Welche normativen Grundlagen und Werte hat der utopische Gegenentwurf?
3. Basis: Wie ist die materielle Basis (Arbeit, Produktion, Distribution) organisiert?
4. Politik: Wie sind politische Kultur (z.B. Geschlechterverhältnis) und Institutionen?
5. Anspruch: Welchen Geltungsanspruch auf Verwirklichung erhebt die Utopie?

Für ökologisch Interessierte "Ibus" (=Mensch, frei nach bolo'bolo) ist als weiterer Kategorie interessant die

6. Natur: Wie sind Naturbild und Naturverhältnis der Menschen?

Viel Spaß beim Lesen und Weiterräumen, beim Ausprobieren und Leben.

Quelle:

¹⁰ Richard Saage: Politische Utopien der Neuzeit (1991).

Callenbach, "bolo'bolo" von P.M.) zeigen, daß der utopische Diskurs lernfähig sind und sich weiterentwickelt: Neben den traditionellen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter werden hier auch Demokratie, individuelle Freiheit und Schutz der Natur als unverzichtbare Bestandteile in der zukünftigen, **besseren Gesellschaft fest** verankert (siehe Artikel II). Zugleich erheben sie keinen geschichtsphilosophischen Anspruch, genau in der beschriebenen Form verwirklicht zu werden, sondern sind **offen für verschiedene Entwicklungen** und verstehen sich als Beiträge zu einem Diskurs, der zu einer **besseren, selbstbestimmten Zukunft** führen soll.

Ein Mangel an Offenheit und Freiheit als Begründung für ein Utopie-Verbot ist also nicht stichhaltig, es sei denn, unter Freiheit wird vor allem die ökonomische Freiheit verstanden, andere Menschen und die Natur hem-

mungslos auszubeuten. Dem schieben allerdings die gegenwärtigen Utopien strenge Riegel vor. Sie vertreten kein "anything goes", sondern argumentieren, daß für ein menschenwürdiges Leben gewisse Regeln im Umgang untereinander und mit der Natur eingehalten werden müssen.

Angesichts der ökologischen Krise ist bewußte Zukunftsgestaltung nötiger denn je. Es kann dafür sehr fruchtbar sein, diese gewissen Regeln, diese utopischen Entwürfe seit den siebziger Jahren zu studieren und zu diskutieren (siehe z.B. den folgenden Artikel über "Ökoptopia"). Wir können uns über Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der gegenwärtigen Krise klarwerden, wir können Ansätze aus den Utopien übernehmen, eigene Ziele entwickeln, und Wege, diese Ziele umzusetzen. Utopien von heute sind Realität von morgen.



Grundpositionen für eine anarchistische Utopie

In der Utopie ist alles möglich

... nur das nicht!

(jb). Auf dem 3. anarchistischen Camp nahe Berlin setzte sich eine Arbeitsgruppe mit der Frage auseinander, welche Anforderungen eine Utopie erfüllen müsse, die die Selbstbestimmung der Menschen zum Ziel hat. Ergebnis der schwierigen Diskussion waren verschiedene, sich z.T. überschneidende Grundsätze sowie Diskussionsergebnisse dazu.

Gleiche Freiheit für alle!

Diskussion: Dieser Satz reicht nicht, denn er klärt nicht den Grad der Freiheit. Es könnten auch alle unfrei sein.

Menschen in der freien Gesellschaft sind diejenigen, die sich selbst dafür und damit für die Grundpositionen der freien Menschen in freier Vereinbarung entscheiden.

Diskussion: Es gibt keinen Zwang, also auch kein zwanghaftes Mitleben in der freien Gesellschaft. Die bewußte Entscheidung soll die Grundsätze der Selbstbestimmung zum Wertempfinden aller werden lassen.

Die Freiheit des Einzelnen, allein zu entscheiden, hört da auf, wo sie die Freiheit des anderen beschränkt. Diskussion: Freie Vereinbarung ist ein "Muß", wo Menschen einander in die Quere kommen.

Freie Menschen in freier Vereinbarung

Diskussion: Zentrale Position, wobei die "freie Vereinbarung" auch heißt, daß alle Menschen gleichberechtigt sind – sonst wäre sie nicht frei. "Freie Menschen" gibt es dort, wo keine Sachzwänge, Druck oder Repression die Menschen bedrängen und ihre freie Willensentscheidung beeinträchtigen.

Eine freie Gesellschaft muß Einzelnen oder Gruppen möglich machen, ohne Vereinbarungen, d.h. allein und isoliert, zu leben.

Diskussion: Es ist den Menschen erlaubt, auch allein die materiellen Grundlagen des Lebens zu sichern (Subsistenz) und sich der Gemeinschaft zu entziehen.

Kein Mensch darf gezwungen sein, in der freien Gesellschaft zu leben. Kein Mensch, der in der freien Gesellschaft leben will, darf daran gehindert werden.

Diskussion: Wie kann bei Menschen, die sich (scheinbar?) nicht artikulieren können, festgestellt werden, ob sie aus der freien Gesellschaft aus- oder in sie einsteigen wollen? Wie kann einem Zwang begegnet werden, der Menschen z.B. in anderen Zusammenschlüssen festhält? Für diese Fragen konnte keine endgültige Antwort gefunden werden. Die Debatte ist offen.

Die Freiheit des Menschen ist uneingeschränkt, solange es nur ihn selbst betrifft.

Diskussion: Der Mensch hat ein Recht auf Selbstmord, Rausch, Emigration usw., solange er andere Menschen damit nicht einschränkt.

Der Klassiker der ökologischen Utopie ist noch aktuell

Auf nach Ökotopia!

(id). Wer "Ökotopia" liest, kann ins Träumen kommen.

"Über allem lag eine eigenartige Ruhe. Ich hatte erwartet, wenigstens ein bißchen von der erregenden Geschäftigkeit unserer Städte vorzufinden – hupende Autos, heranbrausende Taxis, Menschenmassen, die sich in der Hast des Stadtlebens drängen. Als sich meine Überraschung über die Stille gelegt hatte, mußte ich feststellen, daß sich die Market Street – einst eine belebte Geschäftsstraße, die durch die Stadt bis hinunter ans Meer führte – in eine Promenade mit Tausenden von Bäumen verwandelt hat. Die "Straße" selbst, auf der elektrische Taxis, Kleinbusse und Lieferwagen entlangsummen, ist zu einer zweispurigen Winzigkeit zusammengeschrumpft. Den verbleibenden riesigen Raum nehmen Radfahrwege, Brunnen, Skulpturen, Kioske und kuriose, mit Bänken umstellte Gärtchen ein. Die fast unheimliche Stille wird nur vom Surren der Fahrräder und dem Geschrei der Kinder durchbrochen. Gelegentlich hört man sogar Vogelgesang – und das auf der Hauptstraße der Landesmetropole!"⁶

Handelt es sich hier um eine Flucht-Idylle, die einfach das Unbehagen in der Kultur vergessen macht und letztlich doch nichts verändert? Ich denke nicht: Ernest Callenbachs Utopie "Ökotopia" aus dem Jahr 1975 ist ein sehr weit durchdachter, geradezu realistischer Entwurf einer sozialen und ökologischen Gesellschaft. Das Vogelzwitschern auf der Hauptstraße ist kein reines Wunschdenken, sondern Folge eines tiefgreifenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandels. Vielleicht hat das den Erfolg des Romans in den siebziger Jahren ausgemacht. Die emanzipatorischen Protestbewegungen seit 1968, insbesondere die Ökologiebewegung, hatten mit "Ökotopia" ihre Utopie. Aber auch noch heute sind sowohl "Ökotopias" konkreten Zielvorstellungen als auch der vorgezeichnete Weg dorthin überlegenwert und können der Ökologiebewegung wertvolle Anregungen geben.

Das Buch schildert aus der Sicht eines US-amerikanischen Reporters den utopischen Staat "Ökotopia", der sich 1980 aus den US-Bundesstaaten Washington, Oregon und dem nördlichen Californien an der amerikanischen Westküste gebildet hat (zur Entstehung s.u.). In losem Wechsel von Zeitungsartikeln und persönlichen Tagebucheinträgen wird über die Organisation von Wirtschaft und Politik und über den Alltag und die Wertvorstellungen der ÖkotopianerInnen berichtet.

Das ganze Leben und Wirtschaften ist in Ökotopia nicht auf Konkurrenz und Wachstum, sondern auf die Bedürfnisse der Menschen und Dauerhaftigkeit ausgerichtet: Jeder und jedem wird eine staatliche Grundversorgung garantiert, so daß der Zwang zur Erwerbsarbeit entfällt. Die durchschnittlich 20 Stunden Arbeit pro Woche werden selbstbestimmt und mit Muße verrichtet. Alle Betriebe sind genossenschaftlich organisiert. Sie wirtschaften zwar in eigener Verantwortung auf dem "Markt", doch durch das Verbot abhängiger Lohnarbeit, von privater Vererbung sowie

insbesondere von Investitionen in andere Betriebe wird Kapitalakkumulation und Expansion verhindert. Statt des unerbittlichen Konkurrenzkampfes auf einem freien Markt herrscht hier eine "freie Assoziation freier ProduzentInnen". Der Natursausbeutung wird überdies durch strenge, bedürfnisorientierte Gesetze ein Riegel vorgeschoben. Durch die Nutzung regenerativer Stoff- und Energiequellen ist die Dauerhaftigkeit des Wirtschaftssystems gewährleistet (zum Naturverhältnis siehe Artikel IV).

Heute, da (fast) alle, bis hin zu den Grünen, mit der "ökologischen Steuerreform" auf marktwirtschaftliche Mechanismen setzen, um die ökologische Krise in den Griff zu bekommen, ist es dringend notwendig darüber nachzudenken, ob Marktmechanismen dies überhaupt leisten können. Daß Naturverbrauch teurer wird, heißt ja noch nicht, daß ökologische Grenzen eingehalten werden. Auch bei höheren Kosten kann es sich z.B. immer noch finanziell lohnen, Wälder auszuröten oder zuviel Öl zu verbrennen. Was aber zuviel ist, muß sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, am Gebrauchswert der Natur, nicht an ihrem Tauschwert.⁷ Die Bewegungen des Marktes müssen also im Interesse der Ökologie von klaren, geplanten Grenzen eingeschränkt werden.

Sollte ein "ökologischer Kapitalismus" diese Grenzen einhalten und die zu verteilenden "Kontingente" an Naturverbrauch dann marktwirtschaftlich verteilen, so wäre er zwar ökologisch, aber äußerst unsozial: Vor allem finanzkräftige, große Firmen und Staaten könnten solche Kontingente erwerben. Vor allem die Reichen könnten weiter mit Auto und Flugzeug in den Urlaub, der Rest bliebe buchstäblich auf der Strecke. Und in dem Maße, wie (von den Grünen vorgeschlagen) die ökologische Steuerreform sozial abgedeckt wird, die Leute also durch Finanzausgleich auch weiterhin mit dem Auto zur Arbeit fahren können, in dem Maße wird sie auch unwirksam. Ob der Smog durch billige Benzinpreise oder durch Senkung der Lohnnebenkosten ermöglicht wird, ist denen, die ihn einatmen, egal.

Der Roman "Ökotopia" hat natürlich auch Mängel: Als parlamentarische Demokratie mit Zwei-Parteien-System ist Ökotopia zwar eine Demokratie, in der die Regierung von der Bevölkerung kontrolliert wird und abgewählt werden kann; auch genießen die einzelnen Städte und Bezirke weitgehende Autonomie. Doch eine basisdemokratische Organisation vermißt mensch. So ist der Mißbrauch von Macht durch PolitikerInnen aufgrund der nur indirekten Kontrolle, wie wir ihn in jeder parlamentarischen Demokratie beobachten können, auch in Ökotopia nicht ausgeschlossen.

Die Gleichberechtigung der Frauen ist gegenüber der realen Gesellschaft sehr weit fortgeschritten. Sie leben und arbeiten gleichberechtigt, selbstbestimmt, selbstbewußt. Doch an einigen Stellen scheint "Ökotopia" noch alten Rollenklischees verhaftet, indem Männern und Frauen unterschiedliche Werte, Gefühle und Bedürfnisse zugeschrieben werden.



Ökologisches Wohnprojekt

Im Verbund mit der 5 km entfernten Projektwerkstatt im Kreis Gießen (Bibliothek, Seminarhaus, politisches Zentrum usw.)

Optimale Lage, über 200 Jahre altes Fachwerkhaus am Marktplatz eines Kleinstädtchens.

Ideen bzw. möglich sind:

- Laden, Kursräume
- Ateliers, Praxis, Büros usw.
- 3-4 WGs/Wohneinheiten

Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen-Soasen
Tel. 06401/90328-3
Fax -5
projektwerkstatt_sa@
apg.wvbn.net

Quellen:

6 Ernest Callenbach: Ökoptopia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999 (1975), S. 18.

7 Zur ökologischen Kritik der Politischen Ökonomie siehe Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus" (1991).

8 Vgl. den auf Ökoptopia folgenden Roman von Callenbach: Ein Weg nach Ökoptopia (1981), der ausführlich die bzw. eine Entstehungsgeschichte beschreibt

9 Als Anleitung sehr gut geschrieben ist von Robert Jungk: Zukunftswerkstätten (1981).

Z.B. nehmen nur Männer an den sogenannten "Kriegsspielen" teil, bei denen in spielerischer Form Aggressionen ausgelebt werden können. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern, wie auch zwischen Groß- und Kleinwüchsigen. Wesentlich sind doch die Gemeinsamkeiten, das spezifische Menschliche.

Die Gleichberechtigung verschiedener Ethnien schließlich wird in Ökoptopia durch die konsequente Fortsetzung des Sezessions-Prinzips erreicht: Die Afro-AmerikanerInnen und -Amerikaner leben in eigenen, autonomen Kleinstaaten. Nur so, so wird argumentiert, könnten sie sich selbstbestimmt entwickeln. Dem ließe sich das Ideal einer Gesellschaft entgegenhalten, in der alle Menschen, gleich welcher Hautfarbe, zusammenleben. So lassen sich auch Utopien noch verbessern. Gerade ihre Offenheit, nicht ein abgeschlossenes Ideal, sondern ständige Entwicklung zeichnet die gegenwärtigen Utopien aus.

Ebenso interessant wie die Ziele der Utopie ist der im Roman angedeutete Weg ihrer Verwirklichung.⁸ An der amerikanischen Westküste, besonders in San Francisco, konzentriert sich in den sechziger und siebziger Jahren die "Gegenkultur": Hippies, StudentInnen- und Frauenbewegung sind hier besonders stark. So fängt es hier an, daß die Menschen, insbesondere die Frauen, wirklich genug haben von der zerstörerischen, unterdrückenden Lebens- und Wirtschaftsweise. Sie gründen eine "Überlebenspartei" und lösen sich von den USA. In einer friedlichen Revolution werden Betriebe und Geschäfte von den dort arbeitenden Menschen in Besitz genommen und zu Genossenschaften umgewandelt, strenge Umweltschutzgesetze erlassen und nach und nach das gesamte System nach den Prinzipien Gleichgewicht und Nachhaltigkeit organisiert. Einem militärischen Angriff der USA muß allerdings mit militärischer Gewalt, letztlich mit der Androhung der Zündung von Atombomben in US-amerikanischen Großstädten begegnet werden.

Wohlgemerkt, es handelt sich bei den gegenwärtigen Utopien um diskursive Beiträge, nicht um Heilslehren mit absolutem Wahrheitsanspruch. Doch

scheint mir der hier beschriebene Weg recht realistisch: Eine "ökologische Revolution" wird wahrscheinlich nicht gleichzeitig die ganze Welt erfassen, sondern irgendwo anfangen. Mit Verschärfung der ökologischen und sozialen Krise werden Menschen (hoffentlich) irgendwann irgendwo genug haben vom alten System, sich ausklinken und ein neues, anderes System ausprobieren. Dazu müssen sie sich natürlich vorher Gedanken darüber gemacht haben, wie so ein System aussehen könnte, und hier liegt m.E. die Hauptaufgabe der Umweltbildung. Indem diese sich mit ökologischen Utopien beschäftigt, kann sie stark zur Entwicklung des Diskussionsstandes beitragen.

Zu diskutieren wäre z.B. die Frage, ob eine "Sezession" sinnvoll ist. Wenn eine solche Abspaltung erfolgt, sind aller Erfahrung nach Widerstände oder sogar Angriffe des alten Systems zu erwarten – mensch denke an die Niederschlagung der Pariser Commune 1871, an das Eingreifen der Westalliierten gegen die Kommunisten im Russischen Bürgerkrieg 1918/19 oder an den Sturz der demokratisch gewählten sozialistischen Regierung Allendes in Chile 1973 mit Hilfe des CIA. So sollte sich das neue System auf die eine oder andere Weise verteidigen können. Ob ohne oder mit Gewalt, und wenn ja, in welcher Form, wird von den jeweiligen Menschen und nicht zuletzt vom Gegner und dessen Gewaltbereitschaft abhängen. Auch die Frage, ob dies von anarchistischen Kommunen oder, wie in Ökoptopia, von einem staatlichen Zusammenschluß besser zu bewerkstelligen ist, muß diskutiert werden.

Für einen "utopischen Diskurs" in der heutigen Ökologiebewegung läßt sich Callenbachs "Ökoptopia" vielfältig nutzbar machen. Konkret könnte dies geschehen z.B. durch Textarbeit, Zukunftswerkstätten nach dem Modell von Robert Jungk, in denen eine Gruppe von Menschen in drei Phasen ihre Kritik, ihre Utopie und ihre Realisierungsmöglichkeiten zu einem bestimmten Problem entwickelt, und schließlich die Entwicklung eigener Utopien und die versuchsweise Umsetzung des einen oder anderen, kleinen oder großen Ziels. Utopie will gelebt sein.

Zugeschickt:

(*) Utopie-Splitter einer Welt, in der Menschen nicht mehr verhungern & Tiere nicht mehr eingesperrt und ermordet werden:

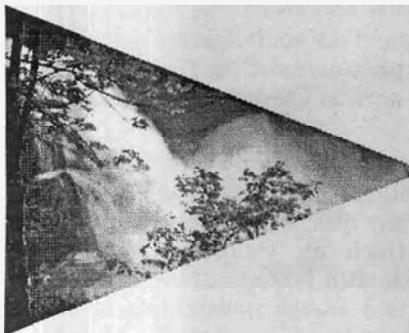
Die Welt wie ich sie sehe, ist gekennzeichnet von Hierarchien, Machtgier, Zwang, brutaler Ausbeutung und Mißachtung der Bedürfnisse anderer. Die "Zivilisation" der Industriestaaten erstickt den Rest der Welt mit "Luxus" wie Autos, Waffen, Tierleichen-Produkte, Atomkraftwerken,... Während in Afrika Menschen verhungern wird bei "uns" das Theaterstück "Wahlkampf" aufgeführt, finden Gourmet-Märkte statt (essen aus Langeweile bis zum Herzinfarkt & auf wessen Kosten auch immer), und Autorennen, und, und, und. Gestohlener Überfluß auf Kosten der Menschen und anderer Tiere, der ganzen Erde. Täglich werden die Menschen von PolitikerInnen und Werbung belogen und um ihr Leben betrogen. Arbeit, Arbeit über alles – Arbeit, die vielfach zerstört, quält, umbringt, und von der Wenige profitieren.

Die Welt wie ich sie mir vorstelle, ist eine ohne "Tierproduktion", Schlachthöfe, Tierversuchslabore, oder wie die Folter-

stätten für nichtmenschliche Tiere auch immer genannt werden. Eine Welt, in der die betonierten Machtsymbole der Industriegesellschaft und die riesigen Monokultur-Flächen, deren Ernte in den Massentierhaltungen verfüttert werden, wieder an die Tiere, die Menschen, die Natur, zurückgegeben werden und dort wieder Wildnis, wilde Gärten, viele verschiedene, kleine Lebensräume entstehen. Eine Welt ohne Herrscher, die Konzerne "führen", und Menschen und andere Tiere jagen. Aus "Spaß" oder aus angeblichen Sachzwängen heraus – natürlich "wissenschaftlich" begründet. Eine Welt ohne Hunger & Krieg.

ANARCHIE – Herrschaftslosigkeit – und auf dem Weg dorthin: Menschen, die sich einsetzen, "direkt" aktiv werden & nicht auf Gott & Staat, Parteien & Vereine vertrauen, die ihnen "ihre Stimme" abnehmen wollen. Menschen, die Unterdrückung gemeinsam angreifen und Käfige öffnen.

Der nebenstehende Text ist uns von der Tierrechts-Redaktion zugeschickt worden und entspricht nicht Träumen oder Meinungen der Schwerpunktredaktion.



eine anarchistische utopie

bolo'bolo



Zum Buch

(id). bolo'bolo klingt ein bißchen wie balla-balla. dabei ist alles ganz einfach: ein bolo ist eine nach außen unabhängige gemeinschaft von etwa 500 ibus, die sich selbst versorgen und so die abschaffung des geldes und der staaten ermöglichen. ein ibu ist eine person, ein mensch. bolos verschiedener nima (lebensweise, kultur) besiedeln den planeten, öko-bolos, hellas-bolos, biblio-bolos, tai-chi-bolos, zen-bolos, spaghetti-bolos, chili-bolos, basket-bolos, mai-bolos, ...

das prinzip freiheit ist der grundgedanke von bolo'bolo. das ibu ist frei, zu leben wo, wie und wenn es will (nugo ist eine allgemein zugängliche freitod-pille). jedes bolo ist autonom, mit eigener wirtschaft und politischer selbstbestimmung. die betriebsstruktur ist praktisch genossenschaftlich, das politische system geprägt von basisdemokratischen versammlungen (dalas). eine freie assoziation freier ibus.

diese autonomie ermöglicht die abschaffung der damit überflüssigen (und letztlich als schädlich angesehenen) staaten. an die stelle von kriegern treten yakas, relativ harmlose, ritualisierte "duelle", mit denen streitigkeiten entschieden werden. mit der lohnarbeit und dem geld verschwindet die ausbeutung. mit der ausbeutung verschwindet die unterdrückung, auch und gerade die der frauen.

dann gibt es noch sila (das prinzip gastfreundschaft, die jedem ibu in jedem bolo gewährt wird, so daß jedes

ibu jederzeit auf weltreise gehen kann), taku (eine große kiste für jedes ibu, in der es ihren privatbesitz aufbewahren kann, während alles andere gemeinbesitz ist), pali (ökologische energiekreisläufe), fena (tauschabkommen) und vieles mehr. es macht wirklich spaß, dieses phantasievolle buch zu lesen.

ausgedacht hat sich das ganze vor 15 jahren p.m., ein ibu aus zürich. z.z. erscheint "bolo'bolo" in der sechsten auflage, ist neben deutsch auch in sieben anderen pilis (sprachen) erschienen, also weltweit verbreitet. als "klassische" anarchistische utopie der gegenwart sei hier noch auf "planet der habenichtse" von ursula leguin verwiesen. gegenwärtig kursieren neben "bolo'bolo" auch noch andere anarchistische utopien von p.m., z.b. "amberland"; immer wieder schön ist auch das ältere "weltgeist superstar", in dem marx von außerirdischen entführt ist und den fortgang der geschichte beobachtet und kommentiert.



p.m.
bolo'bolo
(1995, 6. Auflage, paranoia
city in zürich, 209 S.)

Abbildungen:

Ober: Schriftzeichen der internationalen sprache - das abgebildete bedeutet "bolo'bolo".

Links zeichnung eines bolos (aus dem buch).

Soziale Kontrolle in einer selbstbestimmten Gesellschaft: Macht jedeR, was er/sie will?

(jb). Bedeutet eine herrschaftsfreie, d.h. selbstbestimmte, Gesellschaft Chaos und Rücksichtslosigkeit? Nein, im Gegenteil: Die Hoffnung beruht darauf, daß freie Menschen zu freien Vereinbarungen kommen. Daß sie Ellbogen und Gewalt nicht brauchen, weil sie keinen äußeren Zwängen unterliegen. Und daß die Gemeinschaft ihre Werte verteidigt. Wie das funktioniert, zeigen die folgenden Sätze einer sich steigernden sozialen "Kontrolle".

Fest steht aber auch etwas anderes: Schlechter als in der aktuellen Gesellschaft wird es wohl kaum werden!

Erstens: Eine selbstbestimmte Gesellschaft hat Werte und Positionen, die allgemein zugänglich, d.h. transparent sind. Sie verzichtet jedoch auf einen Zwang der Übernahme bei den Einzelnen.

Die Grundpositionen werden offen diskutiert und bestimmt. Diese Vermittlung und Identifikation mit den Grundpositionen stärkt die Chance, daß ein freies Zusammenleben auch ohne den Druck sozialer Kontrolle entsteht. Jedem Menschen steht jedoch frei, für sich anders zu entscheiden und sich aus der freien Gesellschaft zurückzuziehen (Subsistenz).

Zweitens: Für alles, was geschieht (Zusammenleben, Produktion, Handel usw.), müssen die dafür notwendigen Menschen und Rohstoffe in freier Vereinbarung gefunden werden.

Dieser Satz schließt jeglichen Zwang und jegliche Ausbeutung aus. Es wird nur noch das stattfinden, was auf die Zustimmung aller betroffenen Menschen stößt und zu dem sich genügend Menschen freiwillig bereifinden.

Drittens: Gegen alles können soziale Gegenbewegungen entstehen, die die Zustimmung und das Mitmachen nach Satz 2 erschweren.

Wenn Einzelpersonen oder Gruppen etwas durchführen wollen, was auf Protest stößt, so können weder BefürworterInnen noch GegnerInnen Zwang ausüben. Kritik und Gegenaktionen können aber jedes Vorhaben erschweren, da dann die notwendige Zustimmung fehlen kann.

Viertens: Wenn der soziale Protest nicht reicht, entsteht die Gefahr entweder der Durchsetzung des Unerwünschten oder des Beginns durchsetzungsorientierter, d.h. zwangsausübender, eventuell auch gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Das Scheitern sozialer Prozesse und Kontrolle birgt die Gefahr der Eskalation. Ob diese größer oder kleiner ist als in Gesellschaften mit Herrschaftsstrukturen, ist schwer zu klären. Je besser die Menschen in der sozialen Konfliktaustragung geübt sind, desto geringer wird die Gefahr der Eskalation. Das Risiko der Eskalation kann jedoch strittige Vorhaben verhindern.



"Die da oben" sollen gute Menschen sein

Utopie - ein Vorschlag?

Manjana

Ein utopischer Reisebericht (1997, Jan Stehn) Bericht einer "Reise" durch ein utopisches Land namens Manjana - leider aber gar nicht so utopisch, sondern voller realpolitischer Konzepte.

(jb). Aus der gleichen "Denkschule" wie die eher einem rot-grünen Regierungsprogramm gleichende Utopie "Manjana" (Hamburger Utopie-AG rund um Jan Stehn) stammt das Heft "Utopie - ein Vorschlag". Hier wird der Entwurf nicht durch romanhafte Erzählungen getrübt, sondern das Heft ist systematisch aufgebaut.

Die Einleitung ist wichtig - ein Plädoyer für Utopien. Und eine Definition. Danach werden die Grundzüge entwickelt. Eigentum und Marktwirtschaft soll es geben. Die "guten Menschen" gehen aber mit allem viel besser um. Warum - diese Frage wird wenig beantwortet. Allerdings wird der Eigentumsdurchgriff eingeschränkt. Daher soll das Kapital verstaatlicht werden, eine sozialistische Utopie also. Vier Gremien werden geschaf-

fen: der Kapitelrat, der Sozialrat, der Ökologie- und der Konfliktat. Die Räte werden alle vier Jahre gewählt - eine weitere offensichtliche Anlehnung an die Realität.

Literatur

Wolfgang Haug/
Michael Wilk
Der Malstrom
(1995, Trotzdem in Grafenau, 95 S.)
"Aspekte anarchistischer Staatskritik" lautet der Untertitel. Das Büchlein ist ein Lesebuch mit vielen Gedanken rund um das Thema Macht und Staat. Gängige Sachzwänge und Vorurteile gegenüber libertären Ideen werden aufgegriffen - sehr erhellend

Rolf Cantzen
Weniger Staat - mehr Gesellschaft
(1997, Trotzdem in Grafenau, 264 S.)
Das Gegenteil zum obigen Buch: Systematisch gegliedert, sachlicher, fast wissenschaftlicher Schreibstil. Cantzen versucht, einen Überblick über die Theorien des Anarchismus, die Streitfragen, Widersprüche und Varianten zu geben. Wer einen Einstieg will in die Breite der Diskussion, kommt um dieses Buch nicht herum

Anares
Lieferbare anarchistische

Bibliografie 1995/96
(1995, Trotzdem in Grafenau, 108 S.)
Alphabetische Liste mit bibliografischen Angaben sowie z.T. kurzen Inhaltsübersichten. Anschließend ein Sachregister, das aber eher unübersichtlich ist

Guter Staat vs. Selbstbestimmung:

Utopie von oben und unten

(jb). Schon die vorliegenden Utopien zeigen zwei unterschiedliche Modelle: Zum einen das des guten, verständigen und von sich aus bürgerInnenfreundlichen Staates (Ökotopia, Manjana und weitere Utopien), zum anderen das einer selbstbestimmten Menschheit, die nach dem Motto "freie Menschen in freier Vereinbarung" ihre Angelegenheiten ohne einen Überbau regelt (bolo'bolo).

Diese beiden Modelle stehen sich gegenüber, obwohl beide Utopien sind. Sowohl der bürgerInnen- und umweltfreundliche Staat wie auch die Abschaffung des Staates sind zur Zeit wohl kaum realistisch und durchsetzbar. Beide setzen eine Veränderung bei allen Menschen voraus, denn auch in den Utopien, in denen der Staat bestehen bleibt, sind Menschen wichtig, die dem Staat nicht blind vertrauen, sondern ihn zum einen kontrollieren und zu anderen ihr eigenes Umfeld, ihr Leben und ihre Arbeit selbst gestalten.

In der Ökologiebewegung haben die Utopien mit weiter bestehendem Staat mehr Zuspruch gefunden, während in autonom-politischen Bewegungen "bolo'bolo" als Utopie Anerkennung fand (mal abgesehen davon, daß jeweils nur kleine Teile überhaupt Utopien kennen und sich damit beschäftigen). Die Beliebtheit von "Ökotopia" oder anderen Utopien mit freundlichem Staat können angesichts der traditionellen Positionen der meisten UmweltschützerInnen kaum überraschen. Die Umweltbewegung war zu großen Teilen nicht emanzipatorisch, sondern immer staatsnah bis staatstragend. Parteimitglieder, Staatsbedienstete und andere hochrangige Personen aus der Gesellschaftelite dominierten das Geschehen. Ausnahmen davon bildeten nur die autonomen Umweltgruppen, z.B. die autonomen Teile der Anti-Atom-Bewegung oder einzelne, radikale Initiativen. Wenig überraschend ist, daß z.B. die Utopie "Manjana" sogar selbst realpolitische Instrumente wie die Ökosteuer zum Teil der Utopie macht - bei Manjana kann gar nicht mehr von einer "Utopie" geredet werden. Es ist eher ein besseres rot-grünes Regierungsprogramm.

Als wesentliche Argumente gegen die völlige Abschaffung des Staates werden zwei Gründe ins Feld geführt. Der erste ist schwer zu widerlegen: Die Menschen sind **schlecht**, daher brauchen sie eine Kontrolle (die aber sanft und gut sein muß). Wie sich Menschen entwickeln würden, wenn schon das kindliche Umfeld,



Die Parteien weiter vorhanden, sollen aber an ihre Wahlprogramme gebunden sein, nur Volksentscheide oder Neuwahlen können daran etwas ändern.

vor allem aber die Schule und andere Erziehungssysteme frei von Zwang und Herrschaft wären, läßt sich nicht oder nur schwer vorhersehen. Daher ist unklar, wie eine freie Welt dann aussehen könnte. Die Utopie "bolo'bolo" entwirft hierfür ein interessantes Bild. Die Aussage lautet: Die Menschen werden sich ganz unterschiedlich entwickeln, die Vielfalt wird größer. Und die Folgerung: In der Welt von "bolo'bolo" entstehen ganz unterschiedliche Dörfer, in denen die Menschen zusammenfinden, die zusammenpassen.

Das zweite Argument lautet, daß eine Welt ohne Staat weit unrealistischer ist als mit einem Staat, aber dieser ist so verändert, daß er Garant statt Vernichter der Menschlichkeit wird. Über diesen Punkt läßt sich besser streiten. Die Gegenposition lautet: Es ist viel eher möglich, den Staat abzuschaffen als ihn "gut zu machen". Denn Macht schließt die Mißbrauchsmöglichkeit immer ein - und selbst dann, wenn ein Staat eine gute Phase hat, stellt er trotzdem weiter die Struktur bereit, auf der jederzeit Machtausübung möglich ist. Solange aber formale Macht möglich ist, wird sie auch ausgenutzt werden. Deshalb ist ein guter Staat schon ein Widerspruch in sich. Die einzige Chance ist, den Staat abzuschaffen - und alle anderen Herrschaftsstrukturen mit ihm. Diese Vision ist konsequenter und stärker orientiert am Menschen selbst. Ökotopia, Manjana und andere staatsorientierte Utopien sind schlechte Kompromisse. Sie gehen viel mehr davon aus, daß alle Menschen gut sind - denn im anderen Fall würden die Machthaber immer die Staatsstrukturen erobern. Funktionieren würde es nur, wenn niemand Macht will. Wo Herrschaftsstrukturen fehlen, ist Machtausübung aber viel schwieriger. Daher wäre empfehlenswert, wenn die Umweltbewegung sich stärker auf solche Utopien und Perspektiven stützt, die herrschaftsfreie Verhältnisse zum Ziel haben. Nichts ist sinnloser, als darauf zu hoffen, daß "die da oben" es richtig machen.

Über das wirtschaftliche Geschehen gibt es im Vorschlag des Autors keine Kontrolle, wohl aber über den Einsatz von Kapital. Das vergibt der Kapitalrat: "Der Kapitalrat ist die Monopol-Bank der Gesellschaft. Er verfügt über das vergesellschaftete Kapital. ... Wer ein Unternehmen eröffnen will, wendet sich mit einem Antrag auf das benötigte Betriebskapital an den Kapitalrat. ... Der Kapitalrat prüft, ob das Unternehmenskonzept den Unternehmern das erwünschte Einkommen voraussichtlich einbringen wird." Staatskapitalismus und Planwirtschaft pur.

Umweltschutz wird nur mit zwei Mitteln betrieben: Schutzgebieten und Ökosteuern, das eine durch das andere finanziert. Die Ökosteuern sind aber auch, zusammen mit den Unternehmensgewinnen, für die sozialen Aufgaben da. Auch darüber wacht ein gewählter

Rat.

Das Buch "Utopie - ein Vorschlag" enthält eine Kritik, die dem Vorschlag vorwirft, selbst wieder die Ökonomie in den Mittelpunkt zu stellen und damit keine wirkliche Alternative vorzuschlagen. "Ein Großteil unserer heutigen gesellschaftlichen Probleme rührt von der Fixierung auf die individuelle Leistungsfähigkeit am Arbeitsmarkt und welche Konsummöglichkeiten die Menschen haben, wenn sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Eine Utopie sollte die heutige bürgerliche Ideologie, wonach Leistung und möglichst viel Konsum einen Großteil des Lebensglücks/Lebenssinn ausmachen, gründlich überwinden." Das trifft den Nagel auf den Kopf.

Utopie - ein Vorschlag

Herausgegeben von der Utopie-AG/Gewaltfreies Aktionsbündnis Hamburg, Narnstweg 32, 22765 Hamburg

1 Heft 7 DM
2 Hefte 11,50 DM
Weitere Preistaffeln auf Anfrage.



Naturmystik vs. Naturrationalität

Mutter Erde hat Euch alle lieb!

(id). Ist die Rationalität schuld an der ökologischen Krise? Ist es sinnvoll, oder gar notwendig, für ein dauerhaftes, harmonisches Naturverhältnisses auf die Ratio zu verzichten und eine naturmystische Sicht einzunehmen? Eines zu sein mit Allem, was lebt, in seliger Selbstvergessenheit wiederzukehren ins All der Natur? Mutter Erde hat uns alle lieb?

Es wird behauptet, die Überbetonung der Rationalität, des Getrenntseins des Individuums von der Natur, führe zu Entfremdung und Naturzerstörung. Demgegenüber könne eine naturmystische Sicht, die das Einssein der Menschen mit der Natur betone, zu ökologischem Handeln anleiten. Statt mit anthropozentrischer Herrscher- und Ausbeutermentalität solle die Natur als gleichberechtigte Mitwelt behandelt werden. Der Gedanke erscheint zunächst schlüssig: Wer die Erde als seine Mutter empfindet, wird Hemmungen haben, Chemie-Müll in ihr zu verbuddeln oder auch nur mit einer Planierdrause auf sie loszugehen."

Doch Mystik ist auf einem Auge blind - was kein Zufall ist, denn "Mystik" kömmt vom altgriechischen "mýein", die Augen schließen. Zwar ist die Vorstellung, daß alles Leben eine Einheit bilde und die Erde ein Organismus sei, nicht ganz falsch: Ein einzelner Mensch ist Teil eines Systems, steht in Wechselbeziehungen zu anderen Teilen, kann ohne sie nicht leben. Aber das ist eben nur die halbe Wahrheit. Gleichzeitig geht der einzelne Mensch nicht restlos im System auf, ist auch immer noch einzelner Mensch, mit individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen. Diese zu verneinen, kann keine dauerhafte Lösung sein. Eine irrationale Weltsicht ist gegenüber der wissenschaftlichen Entwicklung nicht mehr haltbar, und die Bedürfnisse der Menschen sind nicht mehr mit irrationalen Begründungen im Zaum zu halten. Die Zeit der Religionen ist vorbei.

Statt dessen wäre nichts einfacher, als den Begriff der Rationalität zu erweitern. Ratio heißt nichts anderes als Vernunft. Die mechanistische, starr-lineare, monokulturelle, wachstumsfixierte Produktion, die gemeinhin mit Rationalität assoziiert wird, hat sich als nicht vernünftig erwiesen. Vernünftig, rational erscheint heute vielmehr ein langsames, vielfältiges, die Wechselbeziehungen beachtendes Leben und Wirtschaften. Was wäre vernünftiger, als das Leben der

nächsten Generation, ja sogar das eigene, gegenüber Vergiftung und Verstrahlung, gegen Hunger und Krieg zu sichern? Eine "Naturrationalität", die den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit fordert, kommt ohne mystisches Einssein mit der Natur aus. Sie ist Gebot der Vernunft.

Die große Aufgabe, die bei der Bewältigung der ökologischen und sozialen Krise ansteht, ist der Ausgleich verschiedener Interessen. Es muß abgewogen werden zwischen den Interessen verschiedener Generationen, verschiedener Gesellschaften und Regionen, verschiedener Menschen innerhalb der Gesellschaften, verschiedener Interessen innerhalb eines Menschen. Die Natur ist dabei kein eigenes Subjekt, sie kann als Ganzes keinen eigenen Willen formulieren. Aber es liegt in unserem ureigensten Interesse als Menschen, unsere Umwelt zu schützen und zu erhalten. Ohne sie können wir nicht leben, und je stärker wir sie zerstören, desto ungerechter wird das Leben für die Menschen auf der Erde.

In "Ökoptia", der "Mutter" aller ökologischen Utopien, kommt eine derartige Naturrationalität zum Ausdruck. Zwar gibt es Einzelne und auch Gruppen, die naturmystisch argumentieren, z.B. mit Bäumen reden oder alle moderne Technik pauschal ablehnen. Aber das zeugt nur vom Realismus des Romans; eben wie im richtigen Leben. Utopisch - im besten Sinne des Wortes - ist dagegen, daß Irrationalität nicht zur Maxime der Politik wird, daß die staatliche Organisation von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, geradezu idealtypisch rational erfolgt.

Seit der Französischen Revolution ist die Vernunft Leitmaßstab der Politik. Entscheidungen sollen nicht willkürlich oder unnachvollziehbar getroffen und begründet werden, sondern der Einsicht jedes Menschen zugänglich sein. Hinter diesen Standard wir nicht zurückfallen.

Quellen:

11 Vgl. Collenbach, a.a.o., S. 42



Auszüge aus "Strategien der Umweltbewegung":

Neue Aktionsfähigkeit aufbauen!

Zum Text

Der Text ist eine Kurzfassung des Perspektivenpapiers Nr. 1, "Strategien der Umweltbewegung".

Autor:
Jörg Bergstedt

Das Papier ist gegen 2 DM (plus 3 DM) Porto zu beziehen beim Ö-Büchertisch Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen

Dort erhältlich sind auch die weiteren Perspektivenpapiere:

Nr. 2: Radikal leben
Entwürfe für Kommunen usw.

Nr. 3: Ökonomie von unten
Alternativen zum Kapitalismus

Ebenfalls je 2 DM (plus einmalig 3 DM Porto).

Die Umwelt"bewegung" hat ihre Wurzeln im Ende der 60er Jahre beginnenden Kampf gegen Atomkraftwerke sowie zunächst wenige weitere Großbauten. In den 70er Jahren gründeten sich dann deutlich mehr, vor allem lokal tätige Gruppen gegen (fast) jede Form von Umweltzerstörung, sei es durch Straßen, Kraftwerke, Gewerbe oder Flughäfen. Die klassischen Umweltverbände sind kein Ausgangspunkt der Umweltbewegung. Sie haben zwar eine viel längere Tradition, die aber ist staatsnah und unpolitisch gewesen. Es dauerte mehrere Jahre bis Jahrzehnte, bis die Umweltverbände unter dem Einfluß der "Bewegung" ihren Arbeitsstil änderten und zudem die Inhalte übernahmen. [...]

Die zunächst verbandsunabhängige Umwelt"bewegung" besaß keine Tradition. Ihre Organisationsformen waren eher locker und dezentral (Bürgerinitiativen). 1972 wurde der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz als Dachverband eines Teils dieser lokalen Gruppen gegründet, zum Teil gab es auch landesweite Bündnisse. [...]

Der zunehmende Einfluß auf das politische Geschehen veränderte die Situation für BIs und Verbände jedoch erheblich. Eine neue Nähe zwischen Staat und UmweltschützerInnen entstand vor allem aus zwei Gründen. Zum einen mußten Fachämter und -stellen mit fachlich geschultem Personal besetzt werden, wodurch viele ehemalige AktivistInnen der Umweltgruppen zu Bediensteten des Staates wurden. Gleichzeitig entstanden Fördertöpfe für Umweltschutzmaßnahmen und -verbände, Wettbewerbe. Wo nur wenige Jahre zuvor noch Streit herrschte, wurden führende UmweltschützerInnen jetzt von den Regierenden sowie von Firmen oder Organisationen geehrt. Die Folgen sind heute sichtbar: Die Umwelt"bewegung" ist geteilt. Sie besteht aus dem großen, reichen und mit Staat und Industrie stark verfilzten Teil der großen Verbände, in denen jetzt wieder (wie früher) etliche FunktionärInnen gleichzeitig in Parteien mitarbeiten oder Bedienstete des Staates sind, sowie dem Teil, der den Prozeß der Annäherung an Staat und Wirtschaft nicht mitvollzog oder erst danach, teilweise in Opposition zu den etablierten Strukturen, entstand. [...]

Die Verfilzung großer Teile der Umwelt"bewegung" mit Staat und Wirtschaft stellt die größte Schwäche dar. Hinzu kommen weitere Merkmale gerade der starr organisierten Verbände und Einrichtungen, in Einzelfällen aber auch der unabhängigen Gruppen.

- Vereinsmeierei: [...]
- Kommerzialisierung: [...]
- Hierarchie und Bürokratie: [...]
- Thematische Scheuklappen: [...]
- Isolation: [...]

In der Summe ergibt sich, daß die Umwelt"bewegung" ihre bestehende Schwäche und Abhängigkeit zu guten Teilen selbst **verschuldet** hat, denn alle benannten Gründe sind nicht zwingend. [...]

Zuerst das Ziel. ...

[...] Das Ziel, Umweltschutz separiert von anderen gesellschaftlichen Fragestellungen lösen zu wollen, ist aus zwei Gründen falsch: Es geht nicht und es wäre auch nicht gut. Daß es nicht geht, begründet sich darin, daß es keinen eigenständigen Grund gibt, warum

die Natur (Boden, Rohstoffe, Luft, Wasser) ausgebeutet oder belastet wird. Vielmehr geschieht das aus den gleichen Gründen, warum auch Menschen ausgebeutet und unterdrückt werden: Wirtschaftlicher Profit (Reichtum) oder Macht, oft beides und oft einander bedingend, wenn z.B. der Zugang zu Rohstoffen die Macht über Boden, Wege und ausreichend Arbeitskraft voraussetzt. Um Umweltzerstörung zu bremsen, **muß an den gleichen Ursachen angepackt werden** wie dort, wo Menschen unterdrückt werden. [...] Ein Umweltschutz, der nicht die Machfrage stellt, kann nicht gelingen. Er schafft höchstens zeitlich befristete Lösungen, z.B. Schutzgebiete und Verbote per Verordnung, die dann bei veränderter politischer Richtung wieder **aufgehoben** werden. Die Zerstörung des geschützten Gebietes oder Umweltgutes hat sich dann nur verzögert. [...]

Zudem nutzt der Staat die ihm wohlgesonnenen UmweltschützerInnen eiskalt aus. Er benutzt sie als Waffe gegen solche Gruppen, die weitreichendere Forderungen oder sogar den starken Staat selbst in Frage stellen. Die Integration der "freundlichen" Gruppen ist immer kombiniert mit der Ausgrenzung der radikaleren. [...]

Umweltschutz hat, wie viele andere gesellschaftspolitische Ziele, nur dann eine Chance, wenn es gelingt, die Herrschaftsstrukturen zu brechen. Jeder Teilschritt dahin ist **wertvoll**. Jede Forderung, die vielleicht ein Detail im Umweltschutz verbessert, aber die Macht eher festigt, wird langfristig sogar **schädlich** sein, [...]

... dann die Wege!

Orientierungslosigkeit entsteht, wenn die konkreten Wege ohne Ziel erfolgen. Darum ist zunächst wichtig, ein klares Ziel zu formulieren. Die konkreten Handlungen müssen auf dieses Ziel zuführen. Darum ist **dingend** nötig, zunächst eine neue Zieldebatte zu führen und dann zu prüfen, welche konkreten Maßnahmen zum Ziel führen. [...]

Die folgenden Vorschläge für konkrete Handlungen und Strategien bauen auf dem im ersten Teil entwickelten Ziel auf.

Bewußtsein schaffen für das Ziel

Großen Teilen der Umweltbewegung fehlt ein Ziel ganz, vielen anderen fehlt ein umfassender Ansatz. Sie verfolgen nur Kleinstziele, die aber völlig ungeeignet sind, die umfassenden Probleme zu lösen. Daher ist es eine wichtige Aufgabe, überhaupt Bewußtsein zu schaffen für das **eigentliche Ziel** einer herrschaftsfreien



Gesellschaft. Große Umweltverbände und etablierte Einrichtungen sind genauso aufgerufen, diese Debatte zu führen wie die vielen kleinen Initiativen und Gruppen vor Ort oder zu konkreten Projekten. [...]

- Stärkung der Zusammenarbeit [...]
- Thematisierung der umfassenden Ziele und Ursachen in den einschlägigen Medien [...]
- Bildungsangebote [...]
- Erarbeitung von Einzeltexten und Utopien/Leitbildern für eine herrschaftsfreie Gesellschaft [...]

Aktionsfähigkeit aufbauen und erhalten

Die meisten Umweltschutzgruppen und -verbände haben nicht nur klare und umfassende Ziele verloren, sondern auch die Fähigkeit zur Aktion für solche Forderungen. Die Spezialisierung auf Lobbygespräche, unverbindliche Runde Tische und das Presseecho in den bürgerlichen Medien führt dazu, daß nur zurückhaltende Punkte eingebracht werden können, weil allein das Wohlwollen der Mächtigen und dann deren Durchsetzungsmöglichkeiten zum Erfolg führen können. Dort hätten Vorschläge, die die Macht als solche oder auch die Ziele der Mächtigen in Frage stellen, keine Chance.

Wer Ziele durchsetzen will, die den Mächtigen nicht gefallen bzw. die Macht sogar in Frage stellen, muß Aktionsfähigkeit außerhalb der Machtstrukturen entwickeln – vor allem mit den Menschen, deren Rechte zu stärken ohne das umfassende Ziel ist.

Folgende Detailpunkte müssen zur (Wieder-)Erlangung der Aktionsfähigkeit geklärt werden:

1. **Unabhängigkeit:** Wirksame Arbeit ist nur möglich, wenn Umweltschutzgruppen unabhängig sind, d.h. ihre Aktionsinhalte und -formen allein aus eigener Entscheidung, nicht aber aus äußerer Beeinflussung festlegen. [...]

2. **Infrastruktur:** Wirksame Umweltschutz- und politische Arbeit braucht Arbeitsstrukturen: Räume, Geräte, Adressen, Know-How, Zugang zu Informationen und Archiven. Bislang ist es der Umwelt"bewegung" nicht gelungen, Ressourcen so aufzubauen, daß sie vielen zur Verfügung stehen und effizient genutzt werden. [...]

3. **Flexibilität und Effizienz** Die internen Strukturen müssen so geändert werden, daß mehr Menschen sich selbst einbringen und eigenständig aktiv werden können. Nur dadurch läßt sich die Breite der politischen Bewegung vergrößern. Große, zentrale Verbände mit starren Strukturen sind zu schwerfällig. [...]

4. **Vernetzung und Kooperation** [...] Um die Wirkung der Umweltschutz- und politischen Arbeit zu verbessern, sind nötig: Regelmäßiger Austausch und gemeinsame Infrastruktur (siehe 3.). Alle Aktionen und Projekte sind so zu planen, wie es für die Sache am besten ist. [...] Solidarität ist eine wichtige politische Waffe. [...]

5. **Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit:** Themen setzen und Aktionen durchführen, ist eine (wichtige)

Form der politischen Arbeit. Hinzu aber muß der Versuch kommen, immer mehr Menschen zu gewinnen. Dafür sind die Strategien und Inhalte zu entwickeln, damit nicht Anbiederung zum vorherrschenden Weg wird, [...]

Kristallisationspunkte schaffen

Die Vergangenheit hat bereits bewiesen: Öffentliche Debatte entzündet sich an Symboliken – dort, wo gesellschaftliche Debatte einen Kristallisationspunkt hat. Das beweisen die Auseinandersetzungen um den CASTOR ebenso wie besetzte Genfelder. [...]



1. **Widerstand:** Widerstand richtet sich gegen konkrete Vorgänge, er kann aber komplexere Sachverhalte mitvertreten. Typische Widerstandsformen sind Genfeldbesetzungen oder der Widerstand gegen einen konkreten Atomtransport. Hier wird das Detail angegriffen, aber die grundlegendere Kritik mit benannt. Widerstand ist gegen umweltzerstörende Projekte, ebenso aber im politischen Raum möglich. [...]

2. **Symbole:** Symbolische Handlungen stellen keinen Widerstand gegen eine konkrete Handlung (z.B. der Umwelterstörung) dar, sondern symbolisieren Themen und Forderungen. [...]

3. **Alternativen aufbauen:** Kristallisationspunkte können auch Alternativen sein, also solche aus Umweltsicht (Naturgebiete, -gärten, regenerative Energieanlagen, umweltfreundliche Betriebe usw. – wobei eine Alternative etwas anderes ist als Fortschritte in Minidetails) oder aus gesamtpolitischer (politische Kommunen mit anderen Strukturen, gesteigert als "staatsfreie Zonen", d.h. in direktem Konflikt zum herrschenden System).

Was muß geschehen?

Den Anfang muß die Diskussion um die Strategien machen – schonungslos und kritisch. Nur dann, wenn ein Bewußtsein für die eigene Wirkungslosigkeit entsteht, wächst auch die Kraft und der notwendige Mut zu Veränderungen, zumal in Richtung von mehr Radikalität und weitgehenderen Forderungen.

Diese Diskussion können alle an allen Orten einfordern: In den bestehenden Gruppen und Initiativen, in Verbänden und Netzwerken. Die Erfahrung zeigt: Die Mächtigen in den Organisationen wollen den Status quo. Veränderung muß von unten kommen. Sie darf nicht zaghaft sein, sondern muß Mut beweisen. Die erste Hürde für eine radikale und wirkungsvollere Umwelt"bewegung" werden die eigenen Kader, die Machtstrukturen im Umweltschutz selbst sein. Sie müssen abgeschafft werden – der wirkungsvollen Arbeit wegen und um aus der Umwelt"bewegung" ein Modell zu schaffen, wie auch gesellschaftliche Strukturen verändert werden sollen.

Angesichts der Verkrustung und Hierarchien in den Umweltorganisationen ist viel Druck von unten nötig, um die Veränderungen hervorzurufen. [...]



Radikal leben zum Reinschnuppern

Mal für einige Tage mitleben, -arbeiten rund um die Projektwerkstatt. Renovieren, diskutieren, lesen, Ideen schmieden, politische Projekte ... Info-Tel. 06401/903283

Die nächsten Termine: 20.-26. September 18.-25. Oktober

FrauenLesben-Workcamp: 19.-27. September



Beispiele herausgegriffen

A wie autonom bis Z wie zukunftsfähig

(jb). Im folgenden sollen beispielhaft Leitbilder vorgestellt werden, die für Teile der Umwelt- und politischen Bewegung entworfen und von diesen teilweise auch akzeptiert wurden. Die Auswahl ist subjektiv und unvollständig. Sie schließt nicht aus, daß an anderen Orten andere Leitbilder entwickelt und auch verfolgt werden. Die Redaktion der "Ö-Punkte" freut sich über entsprechende Rückmeldungen.

Im Frühjahr 1999 soll der Band 2 des Buches "Agende, Expo, Sponsoring" mit dem Schwerpunkt "Diskussion und Perspektiven" erscheinen. Wer dazu Material beisteuern kann, ist herzlich willkommen. Zudem werden die "Ö-Punkte" selbst die Diskussion um Strategien und Perspektiven weiter verfolgen – auch von daher sind Beiträge an die Redaktion gewünscht. Was nicht eine direkte Reaktion auf diese Ausgabe ist, werden wir für einen folgenden Schwerpunkt "Utopien und Perspektiven" aufbewahren. Wann der erscheint, ist noch nicht geklärt. Interesse an Mitarbeit darf gerne angemeldet werden.

Die folgenden Texte greifen drei Bereiche heraus, die unterschiedliche Ausrichtungen der (umwelt-)politischen Bewegung darstellen: Zum einen die Agenda 21 und die Nachhaltigkeitsdiskussion, d.h. die aktuellen Leitbilder der großen Mehrheit von Umweltverbänden, -einrichtungen über viele Firmen bis hin zu rot-grünen Parteien und den UmweltpolitikerInnen auch der F.D.P., CDU/CSU, PDS und selbst rechter Parteien. Zum zweiten wird ein Strategiebeitrag aus der autonomen Bewegung dokumentiert, zum dritten geht es um Kommunen als perspektivische Projekte.



Zielbilder des mainstream-Umweltschutzes

Agenda 21 Zukunftsfähiges Deutschland

(jb). Die Agenda 21 stammt zwar schon von 1992 (und wurde dort als Fehlschlag aus Sicht des Umweltschutzes bewertet), zum neuen Zielbild avancierte sie aber erst Mitte der 90er Jahre – im gleichen, öffentlichen Meinungsbildungsprozeß, wie die Schlagworte Nachhaltigkeit und die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ihren Siegeszug hielten. 1998, im Jahr der Bundestagswahl, ist alles zukunftsfähig. Von der CDU bis zur PDS, vom BUND bis zur Expo. Das neue Leitbild ist schon mal mehrheitsfähig. Was aber ist der Inhalt?

Hinweise:

Die Agenda 21 ist kostenlos zu beziehen vom:
Bundesumweltministerium
Kennedyallee 5
53175 Bonn

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ist im Birkhäuser Verlag erschienen. 39,80 DM.

Zur Kritik an der Agenda 21 und der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" siehe folgende Literatur:

Ö-Punkte Frühjahr 1998
(Schwerpunkt Agenda 21)
64 Seiten, 5 DM

Jörg Bergstedt
Agenda, Expo, Sponsoring
- Recherchen im
Naturschutzfilz
1998, IKO-Verlag, 400 S.,
39,80 DM

Beides zu beziehen über
den Ö-Büchertisch,
Ludwigstr. 11, 35447
Reiskirchen

Um die Agenda 21 als Leitbild zu akzeptieren, darf man sie nicht lesen. Der Inhalt würde sonst sofort überzeugen: Ein Machwerk der Mächtigen, der Großkonzerne und derer, die den Industrienationen die Führungsrolle in der Welt erhalten wollen. Die UreinwohnerInnen sind "anzupassen", die Atomtechnik in allen Ländern der Welt auszubauen, die Gentechnik soll den Hunger besiegen und die multinationalen Konzerne sollen gleichberechtigte Partner neben der Politik sein. Schlimmer kann ein neoliberales Regierungsprogramm auch nicht sein.

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ist da schlauer. Sie läßt die "heißen Themen" einfach aus. Atomtechnik, Ausbeutung und Unterdrückung gibt es dort nicht. Der Führungsanspruch der Industrienationen auf der Welt wird verklausuliert rübergebracht, ist aber erkennbar. Stattdessen entwickelt die Studie Leitbilder für ein umweltgerechtes Leben. Sie hat nicht unrecht: Die Konsumgewohnheiten der Menschen vor allem in den Industrieländern sind einer der Hauptgründe für die Umweltkrise. Aber es ist nicht alles. Den Rest verschweigt die Studie. Das kritisierten auch vor allem internationalistische und Frauengruppen sehr schnell – die HerausgeberInnen der Studie gelobten Nachbesserung, die allerdings nie kam. Ganz im Gegenteil: Aktuelle Papiere, "zukunftsfähige Modellprojekte" und vieles mehr zeigen, daß die

Studie für etwas ganz anderes da ist – einen gesellschaftlichen Mehrheitskonsens von SPD-Grünen über viele Konzerne, Kirchen und einen Teil der Gewerkschaften bis zu den etablierten Umweltverbänden zu spannen, der in den nächsten Jahren das Machtzentrum Deutschlands sein soll. Wer immer sich unter diesem Dach der "Zukunftsfähigkeit" versammelt, ist tabu für klare Kritik: Die Expo (wo die etablierten Umweltverbände sogar mitmachen), SPD- und Industrie-Mann Schröder (der selbst dann Beifall vom BUND bekommt, wenn er ankündigt, das Umweltministerium auflösen zu wollen) oder die Abschaffung von Umweltgesetzen und -förderdüpfen, wenn nur etwas für die "Zukunftsfähigkeit" herausspringt: Posten, Forschungsaufträge, Runde Tische

Agenda und Zukunftsfähigkeit sind ein Mythos. Wer sich die Mühe macht, die dicken Bücher zu lesen, bemerkt das sofort. Der Mythos basiert zum einen darauf, daß berühmte Personen zu ÖkovoordenkerInnen aufgebaut wurden (z.B. der Chemie-, Gentechnik- und Müllverbrennungsfreund Ernst-Ulrich von Weizsäcker). Zum zweiten wurden riesige Geldmengen ausgegeben, um Agenda und Zukunftsfähigkeit als Leitbild durchzusetzen. Wer heute dort nicht mitmacht, verliert alle Fördergelder oder seinen Posten, denn die vorherigen Etats wurden zugunsten des neuen Zieles alle aufgelöst

(z.B. im Bereich Umweltbildung). Zum dritten aber spielen die Broschüren, Ausstellungen usw. eine große Rolle, in der Sinn und Inhalt der Agenda zusammengefaßt wurden. Diese Zusammenfassungen sind nichts als Lügen. Egal ob von BUND oder Bundesregierung – die vorliegenden Agenda-Beschreibungen haben mit dem tatsächlichen Agenda-Wortlaut nichts zu tun. Agenda ist ein Wunschbild, um das sich alle scharen – auch in der Erinnerung an Jahre der Erfolglosigkeit. Und jetzt, endlich, dürfen sie an den Runden Tischen mit den Mächtigen reden ...

Agenda und Zukunftsfähigkeit beinhalten jedoch auch Ansätze, die ernstzunehmen sind. Warum bedurfte es der Einladung durch die Mächtigen, bis endlich verschiedene Umweltgruppen sowie andere gesellschaftliche Bewegungen zusammenkamen? Das wäre auch bei einem Modell unabhängiger Arbeit sinnvoll, die sich nicht auf solch zweifelhafte Zielbilder stützt. Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie ist ein genauso wichtiges Unterfangen. Aber: Gibt es nicht auch andere Antworten als die des technischen Fortschritts, der die effizientere und damit längere Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen bewirkt, damit diese Welt und in ihr die bestehenden Herrschaftsstrukturen noch lange überleben können?

Gewaltfrei oder militant – wichtig ist der Widerstand Autonome und Strategie?

(jb). Die folgenden Texte sind Auszüge aus der Interim, Sonderheft März '98. Dort schrieb ein männlicher Aktivist autonomer Kreise unter dem Pseudonym "Fridolin" ein 52-seitiges Strategiepapier zu "Bewegung – Militanz – Kampagne". Es enthält eine Analyse aktueller, autonomer Taktik (mit teils der Kritik) und Vorschläge für veränderte Strategien. Im Mittelpunkt steht dabei die Rolle militanter Einbettung in umfassende Kampagnen.

Als Ziel von Aktionen nennt der Autor zu Beginn, "die Mauer politischer Vergleichgültigung einzureißen und hierdurch autonome Positionen wieder sichtbar zu machen, daß heißt solche Positionen, die von der prinzipiellen Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse ausgehen und die sich zudem dem Wohlergehen aller Menschen verpflichtet fühlen". Als zusammenfassende Vorschläge für die Strategie dahin werden u.a. genannt: "Autonome Politik muß erstens provokativer und vor allem militanter werden. Autonome Politik muß zweitens ihre sehr verschiedenartigen Aktionsformen gezielter und geschickter kombinieren und vernetzen. Insbesondere muß das Verhältnis zwischen militanten und nicht-militanten Aktionsformen sehr viel taktischer gestaltet werden".

Wichtig ist in jedem Fall die Verknüpfung eigenen Handelns und des politischen Kampfes – die grundlegenden Ziele gelten für beides: "Politisches Handeln emanzipatorisch-solidarischer Art liegt dann vor, wenn sich einzelne oder mehrere einerseits um ein verstehendes Begreifen der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit bemühen und dieses Ansinnen andererseits mit dem immer wieder prakt-

verwirklichten Anspruch verknüpfen, die gesellschaftliche Realität – und damit auch sich selbst – so zu verändern, daß irgendwann einmal umfassende Herr-

Der Autor erteilt sowohl der rein politischen Ausrichtung ohne Konsequenzen für das eigene Leben als auch der Fixierung auf das Private eine Absage. In der aktuell in der Linken geführten Sexismusdebatte vermißt er klare politische Strategien, da ein antisexistischer, öffentlicher Kampf auch Veränderungen intern begünstigen würde, da das Thema präsent und greifbarer wird. Die fehlende politische Auseinandersetzung würde zudem dazu führen, daß neu

hereinwachsende Personen erst sehr spät (nämlich erst in der Szene) mit dem Thema konfrontiert werden.

Da auch in der autonomen Szene Perspektiven fehlen, werden

klare Ziele und deren Benennung gefordert: "... dies scheint mir aber immer wieder deshalb vorzukommen, weil der puren Verhinderung von etwas oftmals die ganze Aufmerksamkeit geschenkt wird, in dem zumeist irigen Glauben, durch Unsichtbarmachung sei der Gegner bereits hinreichend bekämpft (...). Noch subversiver – wenn auch nicht automatisch wirkungsvoller – sind so manche Kommunikationsguerillas: sie verzichten gleich darauf, irgendeine Position im Aufklärungskampf zu beziehen ..."

Alternativ-radikale Lebensprojekte

"Bis heute hat die autonome Linke keinen zufriedenstellenden Weg gefunden, Lohnarbeit und politischen Aktivismus zu verknüpfen; nicht zuletzt deshalb sind die Autonomen in erster Linie eine Jugendbewegung geblieben ... Der Politkiller Arbeit kann meines Erachtens nur durch den systematischen Aufbau kollektiver Strukturen verhindert werden; hierzu gehören Kommunen und kollektive Arbeitsstrukturen (die keineswegs automatisch Zeitmonster sein müssen) genauso wie Finanz-Coops u.ä. Solche kollektiven Strukturen nicht rechtzeitig aufgebaut und stattdessen das Hohenlied jugendlicher Spontantät und Unbekümmertheit gesungen zu haben, muß sich die autonome Szene als einen ausgesprochen verhängnisvollen Fehler ins eigene Stammbuch schreiben!" Neben der Arbeit werden im folgenden noch der Generationenkonflikt und die gescheiterten Modelle kollektiver Kinderbetreuung als Grund für den Ausstieg aus der autonomen Arbeit benannt.

Medien

Statt Anbietung muß der Aufbau eigener Strukturen im Vordergrund stehen

Im Bereich der Medienarbeit ist das Schielen auf die bürgerlichen Medien der falsche Weg: "... autonome Stärke bemißt sich nicht da- inwieweit es gelingt, radikale Mei-

nungen in nicht-radikalen Blättern bzw. Sendungen zu plazieren. Nein, unsere Stärke bemißt sich vielmehr – einmal ganz plump gesprochen – in der Auflagehöhe unserer eigenen Organe, also daran, inwieweit wir es geschafft haben, neue MitstreiterInnen zu gewinnen." Die normale Presse wird eher als nützlich gesehen, Themen so zu streuen, daß die nicht mehr verschwiegen werden können – und das geschehe auch durch negative Berichterstattung.

Angepaßte und radikale Linke

Bemerkenswerte Vorschläge enthält das Papier zum Umgang mit angepaßlinken Gruppen: "Was also ist das Verhältnis zwischen jener links-bürgerlichen Aktivfraktion und der autonomen Linken? Grundsätzlich sollten die Angehörigen dieser Fraktion als BündnispartnerInnen betrachtet werden. Denn erstens erleichtert die Existanz solcher MitstreiterInnen die Entfaltung eines allgemein wahrgenommenen Halli-Gallis ungeman, und dies dürfte bemerkenswerterweise auch dann gelten, wenn eben jene linken Aktiv-Bürgerinnen mit Hilfe ihrer schreibenden und politischen VertreterInnen beginnen, Stimmung gegen die bösen Militanten zu machen. Genau dieser Nutzeffekt, der aus einer solchen Anmach-Dynamik entstehen kann – und der sich vor allem in den oben beschriebenen Mobilisierungseffekten niederschlägt – ist es aber auch, der Autonome aus meiner Sicht sehr viel cooler auf entsprechende Ab- und Ausgrenzungsversuche linker Aktiv-BürgerInnen reagieren lassen sollte ..."

Von Bedeutung ist zudem die These des Autors, daß direkte Aktionen persönliche Betroffenheit hervorrufen müssen, um wahrgenommen zu werden und zu Reaktionen zu führen. Solange nur Firmenvermögen oder staatliche Einrichtungen, nicht aber z.B. der Privatbesitz der angegriffenen Personen das Ziel sind, kann das den jeweils Herrschenden ziemlich gleichgültig sein, da sie für den Schaden nicht aufkommen



Das Papier vernichten - Aktionen und de-

Hinweis:

Die Interim ist in den meisten linken Buchläden und Infocäden zu bekommen. Schwerpunkt des Verbreitungsgebietes ist Berlin.

Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin

DER RABE RALF

Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer kostenlos



Die Zukunft auf ein paar Quadratmetern vorwegnehmen

Utopische Kommunen

(j). Sie sind "die Antwort derer, die über das Ausbleiben politischer Revolutionen oder ihr Umkippen enttäuscht sind und die das ersehnte Leben schon hier und heute und nicht erst nach der "großen Revolution" führen wollen. ... Die Antwort beinhaltet die Absage an das traditionelle linke Politikverständnis und die Ablehnung des Marsches durch die Institutionen und fordert stattdessen den "Ausstieg" aus der Gesellschaft, die Selbstorganisation und den Aufbau neuer Strukturen ausser- bzw. innerhalb der alten Gesellschaft. ... Utopische Kommunen sind der Versuch, eine ideale Gesellschaft im Kleinen zu verwirklichen".¹

Ansprüche an utopische Kommunen

(Zusammenfassung)

• Eine utopische Kommune muß selbst die gelebte Alternative sein, ein Gegenmodell zur herrschenden Gesellschaft. Dabei sind die politischen Positionen zu berücksichtigen, um die es geht (z.B. Gleichberechtigung, Ökologie, Herrschaftsfreiheit).

• Im Falschen (Normalgesellschaft) ist das Richtige (gelebte Alternative) nicht ohne weiteres überlebensfähig. Daher muß der politische Kampf, auch das Umfeld zu verändern, Teil des Kommunelebens sein (gegen Mißstände kämpfen, für Veränderungen eintreten, Ziele benennen und dafür werben)

• Allein ist die Kommune zu schwach, um das zu erreichen. Daher ist es wichtig, sich als Teil und wichtiger Kristallisationspunkt einer politischen Bewegung für die jeweiligen Ziele zu verstehen.

• Der Staat wird, wenn Lockangebote zur Reintegration fehlschlagen, mit Repression antworten. Das ist vorhersehbar, der Umgang damit sollte vorbereitet und genauso selbstverständlich werden wie andere Fragen des Alltags.

Quellen:

1 Christoph Besemer (1981): Zurück zur Zukunft? Utopische Kommunen - Anspruch und Wirklichkeit. AHDE-Verlag, Berlin.

2 Ernest Mandel/Christian Wend (1978): Sozialistische Antizipation und Alternativökonomie. In: R. Schwenker: Zur Alternativen Ökonomie, Berlin.

Genau dieser Anforderung werden nur ganz wenige der bestehenden Kommunen und Anders-Leben-Projekte gerecht. Die meisten sind eher besondere Experimenten beim "Marsch durch die Institutionen" geworden, kooperieren zum Zwecke eigener ökonomischer Vorteile mit den Mächtigen und verzichten aus Angst vor Repression auf jegliche, grundlegenden Staatskritik.

"Die Erfahrung ist diesbezüglich sehr reich, sehr alt. Sie führt praktisch über 150 Jahre von Versuchen zur Gründung von Produktionsgenossenschaften zurück - die alle mit Mißerfolgen geendet haben. Entweder sie gehen ein, wegen fehlender Konkurrenzfähigkeit, wegen Rückfall in reinen Parasitismus auf die kapitalistische Wirtschaft, oder sie haben Erfolg im Konkurrenzkampf mit der kapitalistischen Wirtschaft, und dann können sie den nur haben, wenn sie mehr in ihrem Innern die normalen Organisationsformen der kapitalistischen Gesellschaft transferieren".²

Obwohl die meisten Kommunen und Lebensprojekte genau aufgrund der (hektischen) Wirtschaftsorientierung in der normalen Gesellschaft und dazu als Alternative entstehen, spielt die Ökonomie auch in ihnen wieder die hervorsteckende Rolle. "Verfallsformen: Im Zusammenhang mit zunehmend einseitiger wirtschaftlicher Orientierung und dem Verfall des Gemeinschaftslebens zeigt sich meist auch eine Auflösung der demokratischen Strukturen der Kommune zugunsten einer Vorherrschaft des wirtschaftlichen Managements. ... meist ein Zeichen dafür, daß Einzelpersonen zu viel unkontrollierte Macht besaßen, daß sich eine Hierarchie eingeschlichen hatte - meist unter dem Deckmäntelchen wirtschaftlicher Erfordernisse".¹

Aus den Erfahrungen mit bestehenden Kommunen läßt sich als ökonomische Zielsetzung ableiten, die Ökonomie insgesamt zurückzudrängen.

Basisdemokratie oder Autonomie der Teilgruppen - diese beiden Modelle, teilweise auch kombinierbar, prägen die utopischen Kommunen. Dabei ist es auch in der Vergangenheit schon zu weitreichenden Versuchen gekommen: "In der Kinderrepublik Bemposta haben sogar die Kinder die gleichen Rechte wie sonst nur die Erwachsenen: sie gaben sich ihre eigene Verfassung und verwalten ihre "Republik" selbständig und gleichberechtigt".¹ Nichtsdestotrotz bildet gerade der

Generationswechsel eine erhebliche Gefahr für das Projekt, da die Heranwachsenden zum einen unfreiwillig im Projekt leben und zum anderen mindestens zunächst nach Veränderungen und Ausprobieren drängen werden.

Zwang und Autoritäten waren fast überall überflüssig, leider verwirklichte sich das aber nur selten. "Ebenso wurde das Vorurteil entkräftet, daß nur durch einen Gewaltapparat friedliches Zusammenleben und Ordnung gewährleistet werden können. Im Gegenteil: durch Selbstorganisation und Verzicht auf Zwangsmaßnahmen sowie die gemeinschaftliche Lebensweise entstanden Gewalt, Verbrechen und psychische Störungen erst gar nicht".¹ Diese Annahme ist sicher übertrieben. Auch in gleichberechtigten Gruppen und Gesellschaften muß der Umgang mit Gewalt und Unterdrückung diskutiert werden, da veränderte Rahmenbedingungen nicht alle Formen sicher vermeiden. Wenn es aber deutlich seltener zu Gewalt kommt, ist bereits ein erheblicher Fortschritt.

Politisch orientierte Kommunen, deren Ziel der Aufbau einer Gegengesellschaft (intern und im Kampf mit dem Umfeld auch für die Gesamtgesellschaft) ist, müssen in Konflikt mit den Mächtigen kommen, weil sie diese in Frage stellen, d.h. angreifen müssen - direkt oder über den Entzug ihres Gehorsams als Bevölkerung. Diese Kommunen werden auf staatliche Unterstützungen verzichten müssen und meist unter Repression leiden. Da diese Situation nur begrenzt aushaltbar ist, muß das Ziel der Kommunen im eigenen Interesse sein, die Gesellschaft auch tatsächlich zu verändern. "Überspitzt könnte man die These wagen, daß eine politisch bedeutsame Kommune an der Gesellschaft leiden und sie verändern (wollen) muß, will sie langfristig überleben können. ... Auf Unterdrückungsmaßnahmen der Herrschenden konnten sie ... nur durch Zurückweichen, Flucht oder Leiden reagieren".¹

Dieser politische Veränderungswille bedeutet Aktivität. Bloßes Standhalten reicht nicht. "Utopische Kommunen, die sie abkapselten und auf politische Aktivitäten verzichteten, bewirkten kaum eine Veränderung der Außenwelt. Nur wenn sie sich den Anspruch des Hauptsystems, besonders des Staates widersetzen, gab es Reibungen und gesellschaftlichen Fortschritt".¹

Als Inseln aber sind Kommunen ohnehin kaum aktionsfähig. Sie sind zu klein und zu angreifbar. Kommunen müssen sich als Kristallisationspunkt in politischen Bewegungen begreifen und entsprechend agieren. "Kommunen, die sich als Teil einer politischen Bewegung verstanden, konnten zum Teil beträchtliche Erfolge erreichen. Das Hauptsystem konnte in dem Maße verändert werden, in dem die Gesamtbewegung sich durchsetzen konnte (oder auch nicht). Der politische Kampf konnte von den Kommunen wirkungsvoll ergänzt und unterstützt werden".¹

Ein großes Problem vieler Kommunen ist, daß sie zum Sammelort für zwar unzufriedene, aber orientierungslose Personen werden. Diese einzubinden, hat oft integrierende Wirkung, d.h. die Normalgesellschaft wird von widerspenstigen Personen befreit. "Utopische Kommunen, die nur als Auffangbecken überschüssiger Arbeitskräfte und aufmüpfiger, schwer integrierbarer Menschen dienen oder die nur Schrittmacherwirkung ausüben wollen, entlasten die Normalgesellschaft und stabilisieren das System. ... Es ist daher notwendig, daß auch utopische Kommunen, die ja schon die meisten Lebensbereiche der Beteiligten grundsätzlich verändern, sich der Abhängigkeit vom Gesamtsystem bewusst sind und zusammen mit den politischen Bewegungen für dessen Umgestaltung arbeiten".¹

Politisches Engagement und die daraus folgende Repression treten häufig in Widerspruch zum Bedürfnis nach Ruhe und Entspannung, persönlicher Nähe und Gemeinschaftserleben. "Es ist offensichtlich, daß die kämpferisch-politischen Erwartungen den eher ruhig-harmonischen persönlichen zum Teil direkt entgegengesetzt sind. ... Ideal wäre natürlich eine stabile, "nestwarme" Kommune mit großer politischer Wirkung. Dies scheint jedoch ein Widerspruch zu sein: denn entweder ist die stabil und geruhsam, dann hat sie offenbar keine Probleme mit dem Hauptsystem; oder sie bietet vielleicht dem Hauptsystem viel Reibungsfläche, bewirkt dadurch vielleicht auch einiges, dann gibt es aber Konflikte, nervliche Belastungen, vielleicht wird die Kommune aufgerieben, vielleicht schließt sie sich auch fester zusammen. Meist reich jedoch der Einfluß der Gesellschaft aus, um die Kommune zu zersetzen".¹

Aus dem Tagebuch einer Umweltschützerin...

Mittendrin dagegen?

(js). "Ich arbeite nun schon seit weit über 10 Jahren in Ökozusammenhängen. Die große Begeisterung über den Artenschutz liegt schon länger zurück, auch der Glaube an andere Einzelbereiche wie Kinderumweltarbeit oder Anti-Atom-Protest führte nicht besonders weit.

Es ist doch sonnenklar: Selbst wenn die Anti-Atom-Bewegung die Abschaltung sämtlicher Kernkraftwerke bewirken könnte oder die NaturschützerInnen die fünfhundert am meisten gefährdeten Tierarten dauerhaft in ihrem Bestand erhalten könnte, fehlte doch unendlich viel: Die großen Konzerne würden weiterhin täglich Menschenrechte in fernen Ländern mit Füßen treten und ihre Macht national und international ausbauen. Männer würden weiter vergewaltigen, Flüchtlinge an den bundesdeutschen Grenzen aufgegriffen und in Tod und Folter abgeschoben werden oder Neo-Nazis "Nichtdeutschen" das Leben schwer machen, während BeamtInnen, in Erwartung fetter (Bestechungs-)Gelder, eine Fehlentscheidung nach der anderen fällen."

Jedoch: Grundlegende Änderungen sind so weit, weit von jeder Umsetzungschance entfernt. Umwelt ist out zur Zeit.

Die Angst vor dem Verlust der Arbeitsplätze beherrscht den Blick der Menschen in die Zukunft. Verlustängste und Fremdenfeindlichkeit sind weiter im Kommen. Die multinationalen Konzerne bauen immer mehr Druck auf, die verbliebenen Einschränkungen ihrer Macht abzubauen. Mit dem falschen Versprechen von mehr Arbeitsplätzen auf den Lippen, arbeiten ihnen die PolitikerInnen ständig zu. Deregulierung prägt das Tagesgeschehen. Vieles, für das die Umweltbewegung jahrelang kämpfte, wird heute einfach zu den Akten gelegt, abgeschafft, ersetzt durch Beschleunigungsverfahren und Investitionsanreize.

Was tun?

"Ich fühle mich verantwortlich für das, was was ich tue. Teilweise auch für das, was ich nicht tue. Und inwieweit für das, was machbar wäre und Verbesserungen möglich machen könnte?"

Bei der Strategiensuche quält die Frage nach der Erfolgchance. Grundlegende Gesellschaftsveränderung, aber auch nur konsequenter Umweltschutz – immer kommt die Frage dazu, ob nur diese mit aller Kraft anzustreben sind, oder ob der Weg doch aus dem zähen, aber nicht immer komplett erfolglosen, Kampf um kleine Reformen besteht.

"Nur wer das Unmögliche versucht, wird das Mögliche erreichen". So kämpften z.B. an vielen Orten ReformpädagogInnen für eine völlig andere Schule und arbeiteten teilweise illegalisiert unter

schwersten Bedingungen. Viele ihrer "verrückten" Ideen haben heute Eingang in eine liberalisierte Schule gefunden und dem klassischen Frontalunterricht sein "Monopol" abgejagt.

Andere verfolgen sehr gezielt kleine Schritte, die sofort nachvollziehbar zu begründen und einzufordern sind. Also Reformen statt der Arbeit an der Revolution. Viele dieser Reformen werden am Ende dafür ins Feld geführt, den Status quo aufrecht zu erhalten. Doch bei gezielter Auswahl der Forderungen sind Schritte in die "richtige Richtung" zu erreichen. Wenn z.B. ein BürgerInnenbus Ortsteile in ländlichen Gegenden verbindet und Nachbarschaftsläden den Supermarkt auf der grünen Wiese überflüssig machen, kann dies ein Schritt in Richtung "autofreie Gesellschaft" sein.

Wolang denn nun?

Unzweifelhaft befinden sich Umweltgruppen mittendrin in dieser Gesellschaft, die sie verändern wollen. Jede/r Einzelne ist darin groß geworden, ist einen bestimmten Level an Konsum gewöhnt, an Hierarchien und Verdrängungs-Techniken. Das macht den Blick für die erfolgversprechenden Ansätze nicht klarer.

Einzelne Menschen, gleich für welchen Weg sie sich entscheiden, erreichen keine bahnbrechenden Veränderungen. Doch wann sind eigene Ressourcen "vorsätzlich verschwendet"? Kann dieser Fall eintreten? Wer in bestem Wissen und Gewissen sich für seinen/ihren Weg des Einsatzes entscheidet, kann immer falsch liegen – aber das erscheint um ein Vielfaches besser, als nichts zu tun.

Keine Strategie! Wahlen ändern nix

Noch im September wird Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach einen "Wechsel" erfahren. Zumindest, was das Gesicht des Bundeskanzlers angeht. Immer wieder setzen ReformerrInnen auf den Wechsel von der CDU zur rot-grünen Regierung. Sicher ist, daß die Regie-

- > Sie suchen den idealen Rahmen für Ihre Seminare, Tagungen?
- > Sie genießen die idyllische Umgebung einer kleinen Waldsiedlung?
- > Sie möchten verwöhnt werden mit Produkten der eigenen biol. dyn. Gärtnerei u. Landwirtschaft?

**Tagungs- und Ferienhotel
Wiesenhaus**

33 Betten, helle Tagungsräume,
moderne Standardtechnik



Loheland-Stiftung, 36093 Künzell,
Tel.: 0661-392700; Fax: 0661-392777

renden nach der Bundestagswahl keine wirklich weitergehenden, neuen Konzepte haben. Schröder hat dem Umweltschutzgedanken schon mehrfach eine Absage erteilt.

Umweltgruppen und -organisationen, die jetzt Wahlkampf betreiben, müssen sich spätestens ab Oktober wieder als ausserparlamentarische FordererInnen und KritikerInnen engagieren. Schon zu oft hat das Antreten einer rot-grünen Regierung die Umwelt um wichtige Forderungen SprecherInnen gebracht. In Hessen, das Land mit den meisten Jahren Rot-Grün werden wie zuvor Straßen und Müllverbrennungsanlagen gebaut, haben Jugendliche Angst um ihren Ausbildungsplatz und sitzt Siemens als fetter Multi und zieht seine Atom-Drähte. Grüne stimmen mit für Garzweiler in Nordrhein-Westfalen oder die Daimler-Teststrecke in Niedersachsen – unter Rotgrün gibt es genug Arbeit für Umweltgruppen!

Wie unpraktisch, daß die Umweltbewegung gerade dann etliche MitsreiterInnen verliert, wenn viele ehren- und hauptamtlichen UmweltschützerInnen in die neuen Ministerien wechseln.

Eine Strategie ?

Wäre sie denkbar, eine Allianz derer, die "von unten" und derer, die "von oben" gegen die Zerstörung arbeiten?

Was wäre, wenn z.B. die Grünen und die Öffentlichkeit um eine breite Bewegung auf der Straße wissen würden, die konsequente Verbesserungen für Menschenrechte und Umwelt einfordern würde? Ab wann könnten die Medien diese immer angepasstere Partei nicht mehr als die Partei der ÖkospinnerInnen abtun? Was wäre, wenn Umweltlinis vor Ort von Verbänden und anderen etablierten Organisationen selbstverständlich mit Informationen versorgt werden würden, um das Wissen in Aktionen umsetzen zu können? Ab wann wäre die Umweltbewegung als stark und erfolgreich zu bezeichnen? Ab wann würden mehr und mehr Menschen sich für ein Engagement gewinnen lassen?

Zankapfel EXPO

Die EXPO-OrganisatorInnen wollen 2000 in Hannover möglichst viele Umweltorganisationen dabei haben – als Deko-Grün für die weltgrößte Industrieleistungsschau der Gen-, Atomtechnik & Co. Denken sie darüber nach, daß diese Beteiligung denen, die die EXPO grundsätzlich angreifen, in den Rücken fällt und für viele BesucherInnen das Bild eines internationalen Miteinanders von Großkonzernen und Umweltorganisationen malt?

Zu dieser Seite

Gedanken von Jutta Sundermann nach Lektüre des Utopie-Schwerpunktes in diesem Heft.



Jammertal des Umweltbewußt- seins

Manche eine Forderung ist relativ harmlos und keineswegs neu. Doch der Aufschrei ist laut, wird durch Medien und politische GegnerInnen gepuscht: Die Erhöhung des Benzinpreises auf 5 DM. Die Grünen stehen mit ihrer Forderung allein auf weiter Flur, bangen um Stimmen. Doch eine Forderung nach noch höheren Preisen oder klareren Maßnahmen von Seiten der Umweltorganisationen war kaum zu vernennen. Kein Gegengewicht zur Panikmache, kein positives Mehr an Umwelt-Diskussion in der Öffentlichkeit.

Triumph der Nichtwählerin

Über NichtwählerInnen, die sie sich nicht entscheiden wollen, dem kleinsten Übel ihre Stimme zu geben, runzeln immer mehr: Was die Stimme. Bei den letzten Niedersachsen-Landtagswahlen ging es für viele Umweltbewegte um die Chance einer Neuaufgabe einer rot-grünen Regierung. Wer nicht wählen gehen wollte, mußte sich rechtfertigen. Das Ergebnis weckte Schadenfreude. Rot-grün kam nicht zustande, weil zuwenige die FDP bzw. zuviele Grün-staff nicht wählen. Die Partei der Besserverdiener scheiterte um wenige hundert Stimmen an der 5% Hürde und nur so konnte die SPD mit Schröder ihre absolute Mehrheit behaupten.



Neu: Rundbrief Bürgerbeteiligung

Was auf dem Bundestreffen zur BürgerInnenbeteiligung im Herbst 1997 beschlossen wurde, ist Wirklichkeit: Im April '98 erschien der "Rundbrief Bürgerbeteiligung" (leider in männlicher Sprachform!). Fortan sollen hier Informationen aus verschiedenen Richtungen zusammengefaßt werden. Die Themen des ersten Rundbriefes reichen von kurzen Nachrichten über die Vorstellung von Gruppen und Projekten bis zu neuen Publikationen. Wer den Rundbrief erhalten oder eigene Aktivitäten dort vorstellen will, kann ihn für 10 Pf./Seite abonnieren. Der nächste Rundbrief ist im Oktober 1998 geplant.

Kontakt: Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn, Tel. 0228/60424-0, Fax -22.

Themeredaktion "Politik von unten"

Jörg Bergstedt
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen-Saasen
Tel. 06401/90328-3
Fax -5
projektwerkstatt_sa@
apg.wvbn.de

Zeitschriftenschau

mitarbeiten, Nr. 2/98:
• 50 Jahre Grundgesetz
(S. 1+2)
• Open Space (S. 3)

**Rundbrief
Bürgerbeteiligung**, Nr. 1/98:
• Bürgerbüro Hannover
(S. 5+6)
• Energietische (S. 7-9)
• Frauen in der
Stadtentwicklung
(S. 9+10)

Nächstes Bundestreffen

Vom 9.-11. Oktober wird das nächste Bundestreffen zur BürgerInnenbeteiligung stattfinden. Titel der Tagung ist erneut "Modelle der kommunalen Bürgerbeteiligung", Ort ist die Evangelische Akademie in Loccum. Das Programm der Tagung liegt noch nicht vor, es wird aber sicher wieder zu einem intensiven Austausch verschiedener Methoden kommen, angefangen von der

Anwaltsplanung bis zu Runden Tischen a la Agenda 21. Nur am Rande wurden auf den bisherigen Tagungen politische Fragestellungen und der Kampf um mehr formale Mitbestimmung erörtert. Unter den TeilnehmerInnen der Tagung sind in der Regel vor allem solche Personen, die selbst mit der Beteiligung Geld verdienen. Ein interessanter Austausch ist also garantiert, eine politische Schärfe ist aber trotz Abbaus von Beteiligungsrechten erneut kaum zu erwarten, da die beteiligten Personen selbst nicht die Betroffenen, sondern als Hauptamtliche, z.B. ModeratorInnen, sogar NutznießerInnen der Lage sind.

Info: Stiftung Mitarbeit, s.o.

Bürgerbegehren in Baden-Württemberg

Der Verband "Mehr Demokratie" hat das am 1. August in Kraft getretene Gesetz über kommunale Bürgerbegehren in Baden-Württemberg scharf kritisiert. Die di-

rekte Mitwirkung der BürgerInnen werde auch künftig unnötig erschwert oder ganz verboten. Dagegen will "Mehr Demokratie" mit einem eigenen Gesetzesvorschlag angehen, der per Volksentscheid durchgesetzt werden soll. Zur Zeit werden die Unterschriften für den Start des Volksbegehrens gesammelt.

Kontakt: Mehr Demokratie, Britta Kurz, Tel. 0711/5091010.

Abstimmung in Hamburg

Am 27. September ist Bundestagswahl – und Volksentscheid in Hamburg. Dabei wird über den Vorschlag von "Mehr Demokratie" abgestimmt, möglicherweise auch über einen Alternativvorschlag der Bürgerschaft. Letzteres würde die Chancen aber erheblich verringern, da sich dann die Stimmen auf die zwei Vorschläge aufteilen würden. Um gültig zu werden, muß ein Vorschlag eine Zwei-Drittel-Mehrheit erhalten und von 50 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt werden – eine ohnehin hohe Hürde. Innerhalb der SPD Hamburg gibt es Proteste gegen den Plan der Parteispitze, einen eigenen Vorschlag einzubringen. Ein Mitgliederentscheid soll Klarheit bringen.

Kontakt: Mehr Demokratie, Hafenkranzhaus Station D, Zirkusweg 11, 20359 Hamburg, Tel. 040/3176910-0, Fax -28.

Außerparlamentarisches Aktionsbündnis

Nach der "Erfurter Erklärung" gibt es einen zweiten Versuch, ein gesellschaftliches Bündnis zu schaffen. Der Aufruf ist eine Initiative der Kirche von unten und der Bundesarbeitsgemeinschaft ChristInnen bei B'90/Grünen. Er enthält Forderungen nach einer Erneuerung der Gesellschaft hin zu mehr demokratischer Kontrolle der Finanzmärkte und des Eigentums. Insgesamt aber fehlt dem Papier eine weitreichende Vision, wie sich Herrschaftsstrukturen und Abhängigkeiten abzubauen ließen.

Kontakt: Initiative Kirche von unten, Heerstr. 205, 53111 Bonn.

Ö-termine

9.-11.10.98 in Loccum
Modelle der kommunalen BürgerInnenbeteiligung
Das bürgerschaftliche Engagement in unserer Gesellschaft wächst an. Es gilt, die Vielfalt der Fülle praktischer Modelle, gerade der kommunalen BürgerInnenbeteiligung, in einem stärkeren Austausch miteinander zu bringen (siehe auch links).
Anmeldung: ev. Akademie Loccum, Pf 21 58, 31545 Rehburg-Loccum, Tel. 0 57 66/81-0, Fax -188.

VENRO arbeitet mit Expo GmbH

Der Dachverband Entwicklungspolitik deutscher NROs veranstaltete gemeinsam mit der Expo GmbH im April einen Workshop zum Themenpark der Expo 2000. Der Chef-Dramaturg für den Themenpark Confino habe sich bereit erklärt, gemeinsam mit VENRO die Konzepte für die elf Themenpavillons nach entwicklungspolitischen Aspekten zu überarbeiten. Die Ergebnisse und Forderungen aus dem Workshops sind in Form der Broschüre "Entwicklungspolitische Ansätze auf der Expo 2000: eine Momentaufnahme 1998" bei der VENRO-Geschäftsstelle erhältlich. Offenbar wurde in den Themenpark-Konzepten Nachholbedarf bei den Themen Soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Umweltschutz festgestellt. Mit einem weiteren Seminar im Spätsommer will der VENRO mit der Expo über die bisherige Umsetzung der Kritikpunkte diskutieren. Themenparkchef Roth hat zwar unlängst erklärt, daß die künstlerische Arbeit am Themenpark abgeschlossen sei und Confino deshalb nur noch für die Arbeit am Themenpavillon "21. Jahrhundert" von der Expo GmbH angestellt sei, doch offenbar setzt der VENRO noch darauf, daß seine Kritik ernst genommen wird. Wohl bekomm's. Grundsätzliche Kritik an der Expo ist jedenfalls offensichtlich nicht das Anliegen des VENRO.

Adresse: VENRO, Kennedybrücke 4, 53225 Bonn, venro@t-online.de, <http://www.venro.org>

Die Aktion 3. Welt Saar stellt sich vor

In einer Infomappe ist mehr zu erfahren über eine "3.Welt-Gruppe", die sich erst einmal für eine Veränderung der Verhältnisse im Norden engagiert. Ein Projekt im Süden unterhält die Gruppe infolge ihres Selbstverständnisses also ausdrücklich nicht. Stattdessen meldet sie sich mit dissidenter Stimme zur Kritik an Sylvesterknallerei oder zu ausgefallenen Fußballspielen wegen der Castor-Proteste. Unter anderem unterhält das Zentrum eine Flüchtlingsberatungsstelle, organisiert ein umfangreiches Zeitschriftenarchiv, entleiht Literatur aus Ländern der Dritten Welt und betreibt auch einen 3.-Welt-Laden.

Mehr über die Aktivitäten der Aktion 3.Welt Saar ist einer Informationsmappe zu entnehmen, die gegen 7 Mark angefordert werden kann bei:

Aktion 3.Welt Saar, Weiskirchener Straße 24, 66679 Losheim, 06872/993056.

Öko- und Fair-Trade-Labels miteinander verknüpfen ...

...will der Wuppertaler Fair-Trade-Verein. Er hat dazu mit Mitteln des Bundesumweltamtes ein umfangreiches Pro-

Plakate zum Bestellen



Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge

Plakate DIN A 2, 2-farbig
Der Text verweist auf die
Fluchtgründe von KurdInnen
und fordert eine politische
Lösung des
Kurdistankonfliktes.

(0,30 DM/Ex.) gegen Vorkasse
zzgl. Porto (bis 50 Ex. 6,90 DM,
ab 50 Ex. 10 DM Porto)
Kto. Nr.:15967660, BLZ: 590 100 66
(Postbank Saarbrücken)

AKTION 3.WELT Saar,
Postfach 1133, 66674 Losheim



Herbst '98

Der direkt Draht zu Tausenden von Basisgruppen

... eine Anzeige oder Kleinanzeige ...

Der Infodienst für aktive UmweltsützerInnen

jekt eingerichtet, das als ersten Schritt eine Bestandsaufnahme der existierenden Label und deren Kriterien unternimmt und im folgenden die Konsumenten über die verschiedenen Ansätze informieren und die Anbieter selbst zur Vernetzung aufrufen will. Im Beirat des Projektes sind die Siegelverbände selbst, Umweltverbände, der DGB und das Institut für Markt, Umwelt und Gesellschaft vertreten. Das Projekt hat die Wuppertaler Gruppe zur Bearbeitung an die Scientific Consulting Company in Wöllstein gegeben. Die Leitlinien des Projektes sind in epd-Entwicklungspolitik, Heft 12 diesen Jahres dokumentiert.

Weltladen-Dachverband will mehr ostdeutsche Mitgliedsläden

Seit April gibt es einen Dachverband der bundesweit existierenden Eine-Welt-Läden, zu dem sich die zwei bisher bestehenden Verbände, die Arbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Läden AG3WL und der RegionalsprecherInnenkreis der Dritte-Welt-Aktionsgruppen zusammengeschlossen haben. 240 von insgesamt 800 Läden bundesweit gehören dem neuen Verband laut einem Bericht in epd-Entwicklungspolitik 10/11/98 an.



BUKO-Neustrukturierung

Mit einer neuen Struktur will der BUKO (Bundeskongress entwicklungs-politischer Aktionsgruppen) wieder handlungsfähig werden. Über Jahre war von dem Netzwerk nur noch in Form seiner einzelnen Kampagnen – etwa von der Pharma-Kampagne aus Bielefeld oder der Agrarkoordination in Hamburg – etwas zu hören gewesen. Außerdem hatte der BUKO 1995 mit seiner Kritik an der BUND-/Misereor-Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" für Wirbel gesorgt. Nun will das Netzwerk der internationalistischen Szene in den neuen Diskussionen, wie sie sich innerhalb der Nord-Süd-Solidaritätsbewegung seit Anfang der neunziger Jahre etabliert haben, wieder Präsenz zeigen.

Arbeitsschwerpunkte beziehungsweise Koordinationskreise gibt es im BUKO jetzt zu folgenden Themen: Weltwirtschaft (hier steht derzeit das Investitionsabkommen M.A.I. im Vordergrund), Alternativer Handel, Antirassismus, Agrarpolitik, Kurdistan, Nachhaltigkeit, Pharma-/Gesundheitspolitik und Rüstungsexporte. Der SprecherInnenrat will darüber hinaus zu aktuellen Debatten Stellung nehmen, die durch keinen der bestehenden Arbeitsschwerpunkte abgedeckt sind. So will sich der BUKO in den Debatten um Fair Trade, Nachhaltigkeit, Kampagnen und Lobbyarbeit mit kritischer Stimme zu Wort melden. Daß die Aktionsgruppen sich damit offensiv dem Zeitgeist entgegenstellen wollen, geht unter anderem aus der BUKO-Zeitschrift "alaska" hervor: "In einem Punkt bleibt der BUKO bewußt unmodern: Den Schwenk zu einer alternativen Politikberatung, die "Befreiung" und "Basisbewegung" durch "nachhaltige Entwicklung" und "Zivilgesellschaft" ersetzt, ohne Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen anzugreifen, will der BUKO auch weiterhin nicht mitmachen. Zentraler politischer Bezugspunkt bleiben die Handlungsperspektiven der sozialen Bewegungen gegen Rassismus, Patriarchat und Neoliberalismus und für ein gleichberechtigtes Existenzrecht."

Entwicklungspolitik, schreibt Christoph Spehr in derselben alaska-Ausgabe, stand deshalb nie im Zentrum der Arbeit der BUKO-Mitgliedsgruppen, sondern die Unterstützung der "Selbstbefreiung der anderen, der Menschen in der Dritten Welt" – und damit ging es dem BUKO auch immer um die Kritik am Gesellschaftsmodell des Nordens. Ansätze für die von Spehr geforderten "deutlichen Signale der Veränderung" sind gewiß soweit vorhanden, als sich im BUKO nach wie vor zahlreiche Stimmen auch gegen den sich kritisch gebenden Zeitgeist sammeln: Das wird in dem Bericht von Rosenfeld und Möhle über die weiteren Diskussionen während der BUKO-Vollversammlung, dem sogenannten Ratschlag, vom Mai in Düsseldorf deutlich. Sie fassen zusammen: Die AktivistInnen aus dem Alternativen Handel "kritisierten die mit der zunehmenden Professionalisierung einhergehende Entpolitisierung der Arbeit".

Für die Öffnung gegenüber neuen Gruppen will sich die "Aktion 3.Welt Saar" einsetzen.

Adresse der BUKO-Geschäftsstelle: **Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: (040) 393156, Fax 3907520, e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.**

Im Osten sind nur wenige Läden verbandstechnisch organisiert, Treffen werden dennoch auf der Ebene informeller Netzwerk-Strukturen abgehalten. Auf einem Treffen, das Ende April stattfand, haben sich die ostdeutschen Läden für die Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme zum neuen Dachverband entschlossen, dem sie grundsätzlich ebenfalls angehören wollen. Viele ostdeutsch Engagierte finden sich aber in den Diskussionen ihrer westlichen Kollegen – etwa über die Professionalisierung der Verkaufsarbeit – nicht wieder und befürchten eine politische Bevormundung und das Überstülpen schon westdeutsch bewährter Strukturen. Eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber den Fair-Trade-Importeuren wie der gepa in Wuppertal wird aber offenbar allgemein als notwendig empfunden.

Themenredaktion "Umwelt und Entwicklung"

Bettina Stang
Große Düwelstr. 15a
30171 Hannover
Tel&Fax 0511/813115

Zeitschriften-schau

alaska, Juni 1998
• Was bringt das MAI den Frauen?
• Internationaler Widerstand gegen das MAI
• EXPO-No
Hans Hansen faßt die BU-Broschüre "Expo 2000 - Sprüche und Widersprüche" für den BUKO zusammen, in:

Politische Ökologie Juli/August 98
• Ausgleichende Gerechtigkeit
Henri Acselrad, Ökonom an der Universität von Rio de Janeiro, kritisiert die Thesen der deutschen Nachhaltigkeitsapologeten aus ökonomischer Sicht. Er meint: Der Norden wird den Süden vollends marginalisieren, indem er sich von den Rohstoffen aus dem Süden unabhängig macht.

Zukunftsfähiges Deutschland im Nord-Süd-Konflikt
• Aufsätze für eine Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung und dem Gustav-Stresemann-Institut;
zu bestellen bei Politische Ökologie Leserservice, Semmelweisstr. 8, 82152 Planegg, 089/85709112.

epd-Entwicklungspolitik 12/98
• Nutzen und Tücken der Flexibilität
Anke Herden vom Öko-Institut Freiburg analysiert das Klimaschutzprotokoll von Kyoto.
• Eine vierte Rio-Konvention
Frank Biermann und Christiane Wank berichten über die Verhandlungen über ein internationales Chemikalien-Abkommen.
(auch epd-Entwicklungspolitik 14/98)

- Ö-termine**
- 22. u.23.9. in Hamburg
Zukunftswerkstatt: Neue Methoden in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit
Infos über die Werkstatt 3, 040/392191.
 - 25.-27.9. in Vlotho
Einstieg ins solare Zeitalter
AKE-Bildungswerk, Infos unter 05733/95737 oder <http://pwebuunet.de/bleberstein.bl/seminare>.
 - 2. + 3.10. in Zürich
Internationale Chlappas-Konferenz
Info-Fax 0041-1-7503304; e-mail: 100705.11710@compuserve.com.
 - 2.-4.10. in Hamburg
Wem gehört die Welt?
Alternativen zur globalen Vereinnahmung
Info über Werkstatt 3, 040/392191.
 - 6.-8.10. in Marburg(?)
ZwischenErdie
Die Rolle der ökologischen Landwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit
Veranstalter: AGRÉCOL e.V., Näheres: Johannes Kotschl, Johannes-Acker-Str. 6, 35041 Marburg, Tel. 06420/822870
 - 16.-18.10. in Gohrde
Meere und Küsten
Regionalstelle Nord der Dienste in Übersee, 040/6052559, 113007.1654@compuserve.com.
 - 30.10.-1.11. in Bonn
Lobbyarbeit und 3.Welt-Bewegung
BUKO-Seminar, Tel.: 040/393156
 - 30.10.-1.11. in Münster
Sich einmischen und mitmischen
Lobbyarbeit am Beispiel von Germanwatch
Tagung der Germanwatch-Regionalgruppe Münster, info unter 0251/9810125.
 - 20.-22.11. in Dortmund
BUKO-Ratschlag 22
zu den Themen Agenda 21 und Expo 2000
040/393156.
 - 3.+4.12. in Göttingen
Stabilisierung und nachhaltige Entwicklung land- und forstwirtschaftlicher Systeme in den Tropen
Seminar des Forschungs- und Studienzentrums der Agrar- und Forstwissenschaften der Tropen und Subtropen an der Universität Göttingen, 0551/393908/9.
 - 4.-6.12. in Wuppertal
Strategieforum zur Landfrage in Mittelamerika
Informationsbüro Nicaragua, Infos unter 0202/300030.



Internationale Konferenz für politische Gefangene

Der Initiativkreis Libertad hatte 1997 an der Frankfurter Uni eine Solidaritätsveranstaltung für politische Gefangene mit Gästen aus Euskadi (Baskenland), Italien, Kurdistan (Türkei), Palästina, Peru sowie ehemaligen Gefangenen aus der BRD und ihren Angehörigen durchgeführt (s. INFO 1/98). Die Initiative war 1993 von Gruppen und Einzelpersonen aus der radikalen Linken mit dem Ziel gegründet worden, eine Kampagne für einen internationalen Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit zu beginnen. Auf der Veranstaltung war der Vorschlag einer internationalen Konferenz vorgestellt worden. Mittlerweile hat es dazu verschiedene Vorbereitungstreffen gegeben. Die Konferenz wird stattfinden, und zwar in der BRD.

Libertad ist über das 3. Welt-Haus, Frankfurt (Tel. 069/97843444) erreichbar.

Themenredaktion "Über den Tellerrand"

Niemand. Das finden wir besonders traurig, weil es das Anliegen der "Ö-Punkte" ist, den Horizont umweltpolitischer Arbeit zu erweitern und auch deutlich zu machen, daß es Verbindungen, politische Gemeinsamkeiten und Solidarität mit anderen Bewegungen gibt (bzw. geben muß).

Daher hoffen wir weiter, daß ein Mensch oder eine Gruppe es übernimmt, vierteljährlich die wichtigsten Informationen aus den sozialen Bewegungen, z.B. zu feministischen, antirassistischen, Friedensaktionen, Flüchtlingshilfe oder sozialer Arbeit zusammenzustellen.

Zeitschriftenschau

Friedensforum 3/98

- Bilanz der Ostermärsche (S. 3)
- Bundesweit und Rechtsextremismus (S. 14+15)
- KDV in Europa (S. 18+19)
- Mediation (Beilage)
- 50 Jahre Israel (S. 24-42)

Graswurzelrevolution

- Sommer 98
- CASTOR-Stopp (S. 1+4)
- G8-Treffen (S. 3+17)
- (Selbstmitleidstriefende) Kritik an linker Militanz (S. 9)
- Geschichte der Gewaltfreiheit (S. 10-11)
- Debatte: MAI und Nationalstaat (S. 12)

Kampagne aktuell 2/98

- Türkei: Krieg mit deutschen Waffen (S. 1-2)
- Bundesdeutsche Atomgeschäfte in Indien und Pakistan (S. 4)
- Daimler-Benz (Beiheter)

medico-rundschreiben

- 2/98
- Armut (S. 3-10)
- Angola (S. 15, 18-20)
- Mosambik (S. 21-23)

Die Rote Hilfe 3/98

- Türkei (S. 20-23)
- Mumia Abu-Jamal (S. 27-28)

Reader zu Rechtsextremen in der Bundeswehr

Zum Thema Rechtsextremismus in der Bundeswehr hat das Netzwerk Friedenskooperative einen Reader mit aktuel-

len Statements, Hintergrundberichten und Aktionsbeispielen zusammengestellt.

Er kann angefordert werden unter der Adresse Römerstr. 88, 53111 Bonn (6 DM in Briefmarken beilegen).

Erlaßjahr 2000

Im Juni trafen sich die Mitträger der Kampagne, um weitere Aktivitäten zu besprechen. Inzwischen sind 230 Organisationen dabei, weitere kommen täglich hinzu. Aktueller Schwerpunkt ist der Einfluß auf BundestagskandidatInnen, danach soll der Weltwirtschaftsgipfel (18.-20.6. in Köln) mit verschiedenen Informationsveranstaltungen bedacht werden. Ziel der Aktivitäten ist es, die Bundesregierung zu einem Umdenken in ihrer bisherigen Schuldenpolitik zu bewegen.

Kontakt: Südwind e.V., Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg, Tel 02241/59122-6, Fax -7



Links: Wandbild einer Künstlerinnen-Initiative zur Agenda 21. Es soll mehr davon geben. Kontakt: Farbflieger e.V., Fürstenwall 210, 40215 Düsseldorf, Tel.&Fax 0211/378198.

Neues zum M.A.I.

Durch die neue "Verfassung zu einer einheitlichen Weltwirtschaft", wie das MAI von seinen Befürwortern bejubelt wird, sollen lästige nationale "Diskriminierungen" im internationalen Wettbewerb, z.B. durch Besteuerung, Reinvestitionsverpflichtungen und die bestehenden nationalen Sozial-, Arbeitsschutz- und Umweltstandards für ausländische Investoren endlich der Vergangenheit angehören – sofern sie nachweisen können, daß an anderen Standorten mit investitionsfreundlichen Regelungen dadurch "unlautere Wettbewerbsvorteile" entstünden.

Diese "Profitminderung" kann als "Enteignung" von den multilateralen Konzernen nach der Verwirklichung des MAI auf finanzielle Entschädigung hin eingeklagt werden. Das MAI zielt auf die Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Investoren und schränkt damit – besonders schwerwiegend für die Entwicklungsländer – die Möglichkeiten staatlicher Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Wirtschaft drastisch ein. Durch das MAI wird die innere Struktur und Politik eines Staates immer bedeutender von den Zwängen einer internationalen Standortkonkurrenz bestimmt werden – ohne Rücksicht auf sozialen und politischen Interessenausgleich oder materielle Wohlfahrt. Aufgrund der Streitigkeiten innerhalb der OECD und dem weltweiten Widerstand gegen das MAI, wurde im April 98 eine sechsmonatige Verhandlungspause beschlossen.

Das MAI kommt durch die Hintertür zurück", befiel nun die taz einen Artikel vom 7. August 98. Schon im April 98 bestand die Befürchtung unter den MAI-GegnerInnen, daß sich EU und USA im Rahmen des "New Transatlantic Marketplace" (NTM) einen neuen Ort für die geplanten weltweiten Investitionsliberalisierungen suchen würden. Dem Bericht zufolge unterzeichneten EU-Kommissionspräsident Santer, der dama-

lige EU-Ratsvorsitzende Tony Blair und US-Präsident Clinton schon im Mai ein Dokument, das die wesentlichen Bedingungen für den weltweiten Schutz von Privateigentum und Investitionsfreiheit festlegt. "Damit könnten die Stolpersteine, die das MAI zunächst scheitern ließen, beiseite geräumt werden", so die taz. Die juristische Verbindlichkeit des Dokuments scheidet derzeit noch an der ablehnenden Haltung Frankreichs. Erfahrungsgemäß weist die EU-Kommission mit ihren Initiativen aber oftmals die künftige Richtung der Entscheidungen in den Mitgliedsländern an. Dieses Abkommen nach MAI-Vorbild würde den größten Weltmarkt für Güter, Dienstleistungen, intellektuelles Eigentum und Investitionen gestalten. Die transatlantische Übereinkunft beinhaltet eine Absichtserklärung, nach der "illegale Maßnahmen" wie Enteignungen von ausländischem Privateigentum weltweit mit Sanktionen belegt werden können.

Vom 21. bis 28. September ist eine internationale Aktionswoche gegen das MAI geplant, bei der nationale Gruppen dazu aufgerufen sind, vielfältige Veranstaltungen und Aktionen in den Hauptstädten und Landesteilen zu unternehmen. Proteste sollen so weltweit gebündelt und koordiniert werden, denn weltweit agierendem Kapital soll hier weltweit

agierender Widerstand entgegengesetzt werden.

Am 19. und 20. Oktober soll es in Paris eine internationale Versammlung der MAI-GegnerInnen geben, gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen in der OECD. Geplant ist es, einen von einer internationalen Gruppe erarbeiteten "alternativen Vertrag" fertigzustellen, sowie eine große Versammlung nahe der OECD mit verschiedenen Reden der MAI-GegnerInnen, Theater, Konzerten, Menschenketten usw. Termin liegt allerdings noch in der Schwebe. Mehr dazu im nächsten Monatsblatt "DER RABE RALF". Weitere Infos findet Ihr im Internet und den unten angegebenen Adressen.

Kontaktadressen: MAI-Widerstandskomitee, c/o Prof. Dr. Maria Mies, Blumenstr. 9, 50670 Köln, Tel. 0221/135249, Fax 1391737

MAI-AG c/o HU-Referat, Unter den Linden 6, 10117 Berlin, Tel.: 2093-2614, -2603, Fax: -2396, http://www2.hu-berlin.de/studis/refrat/MAI

Peoples Global Action (PGA), http://www.agg.org

Play Fair Europe!, c/o AStA-RWTH, Turmstr. 3, 52072 Aachen, Tel.: 0241/803792, Fax: 876103

Waffenmesse abgesagt

Eine in Den Haag geplante Waffenmesse ist wegen angekündigter Proteste abgesagt worden. Initiativen, Gemeinden und einige PolitikerInnen waren gegen die Ausstellung angegangen.

Info: Kampagne aktuell 2/98 (S. 2)

Prozesse gegen Antimilitaristen

(*) Der ehemalige Redakteur der Ö-Punkte und Parteifunktionär von Bündnis 90/Die Grünen, Tilman Heller, ist am 3. November 97 nicht zu seinem Kriegsdienst in einem Altenzentrum in Frankfurt am Main erschienen. Möglicherweise kurz bevor das Ende der Wehrpflicht in Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben wird, steht er am 22. September 1998 vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten (Turmstraße 91, 9.00 Uhr, Raum 572). Zwei Wochen später am gleichen Ort muß er sich wie auch andere AntimilitaristInnen wegen des Vorwurfs "Beleidigung der Bundeswehr" durch das laute "Mörder"-Rufe am Rande eines öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr vor dem gleichen Gericht verantworten (8. Oktober 1998, 11.30 Uhr, Raum D 705).

Weitere Prozeßtermine sind bei der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Telefon (030) 61 50 05 30 zu erfragen.

Maulkorb für ASiA der FU

(*) Wegen der Ankündigung einer Veranstaltung "Asyl und Abschiebung - Rassistische Politik in dieser Gesellschaft" wurde der ASiA der Freien Universität Berlin zu einem Ordnungsgeld in Höhe von 5.000 DM verurteilt. Ersatzweise kann der formale ASiA-Vorsitzende auch einen (!) Tag in den Knast gehen. Geklagt hatte eine CDU-Nachwuchsorganisation wegen der Inanspruchnahme eines politischen Mandats, das sie dem linken ASiA nicht zugestehen wollten. In den 50er und 60er Jahren hatte sich der CDU-ASiA straflos für die Wiederbewaffnung und gegen den Bau der Mauer geäußert.

Institut für Ökologie

Suchen Sie ReferentInnen?

Zu: Ökologie, Planung, Politik, Ökonomie?

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Postfach 100904
35339 Gießen

Kein Mensch ist illegal

"...Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person unabhängig von Herkunft und Papieren. Deshalb rufen wir dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten."

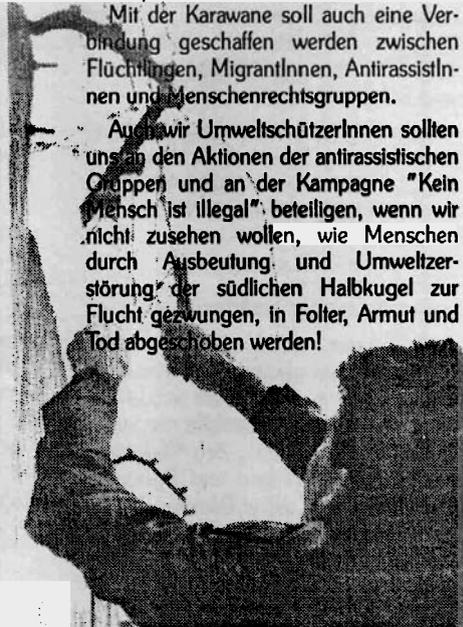
Aus dem Aufruf "Kein Mensch ist illegal"

Die Initiative "Kein Mensch ist illegal" stellte sich auf der Documenta X in Kassel der Öffentlichkeit vor. Getragen von einem breiten Spektrum antirassistisch arbeitender Gruppen- von autonomen bis zu gewerkschaftlichen und kirchlichen UnterstützerInnen, von MigrantInnengruppen und Projekten aus der Kunst- und Kulturszene, hat sie ihre Bezugspunkte in der Bewegung der Sans Papiers in Frankreich. Mit der Initiative soll ein Gegengewicht geschaffen werden zu Rassismus und populistischer Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge in Medien und Politik. Gerade in der Zeit des Bundestagswahlkampfes wird mit den Parolen "mehr innere Sicherheit" und "Arbeit zuerst für Deutsche" auf Stimmenfang gegangen. Gegen diese Hetze soll mit einem breiten Bündnis gegen Rassismus Druck geschaffen werden, die Ursachen und Gründe für Flucht und Migration aufgezeigt und in den Diskurs um Illegalität eingegriffen werden. Ein zentraler Punkt des Aufrufs ist die Aufforderung zu konkreter Unterstützung Illegalisierter. Denn "illegal" zu sein ist keine dem Mensch anhaftende Eigenschaft, sondern wird mittels staatlicher Praktiken produziert: durch Abschottung von Grenzen und systematische Verschärfung von Einreise- und Aufenthaltsbedingungen. Bisher wurden viele Veranstaltungen gemacht und ein Aufruf von bisher 300 Organisationen und 2000 Einzelpersonen in der FR und einer taz-Sonderbeilage veröffentlicht. Es gibt inzwischen auch in einigen Städten medizinische Flüchtlingshilfegruppen, die Kontakt zu ÄrztInnen schaffen, die bereit sind Illegalisierte zu versorgen. Die Gruppen sind sich im klaren darüber, daß sie damit eigentlich sozialstaatliche Aufgaben übernehmen. Deshalb bleibt die Hauptforderung ein Bleiberecht für alle!

Neben den Veranstaltungen und Aktivitäten, die unter dem Logo "Kein Mensch ist illegal" stattfinden, gibt es eine Antirassistische Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Diese begann am 14./15. August in Bremen und wird bis zum 20. September durch zahlreiche Städte der BRD führen. Die Initiative kommt von selbstorganisierten MigrantInnen und Flüchtlingen.

Mit der Karawane soll auch eine Verbindung geschaffen werden zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen, AntirassistInnen und Menschenrechtsgruppen.

Auch wir UmweltschützerInnen sollten uns an den Aktionen der antirassistischen Gruppen und an der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" beteiligen, wenn wir nicht zusehen wollen, wie Menschen durch Ausbeutung und Umweltzerstörung der südlichen Halbkugel zur Flucht gezwungen, in Folter, Armut und Tod abgeschoben werden!



Ö-termine

19.-24.9. in Porec/Kroatien
Choosing Peace Together
22. WRJ - Dreijahreskonferenz zu Themen wie Konflikt, Basisökonomie, ziviler Unhorsam usw.
Info: Tel. +44/171/278-4040, Fax -0444

8.-11.10. in Castrop-Rauxel
"Ob nach Auschwitz noch sich leben lasse"
Einstiegsseminar zur Kritischen Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule
Info: 0202/251123, Fax 455054

23.-25.10. in Castrop-Rauxel
Volk, Vaterland und der Ewige Jude
Seminar zu Nation, Volk und Antisemitismus
Info: 0202/251123, Fax 455054

7.+8.11. in Köln
Freiheit stirbt mit Sicherheit
Fachtagung zu Innerer Sicherheit und autoritärer Politik
Info: 0202/251123, Fax 455054

13.+14.11. in Frausching
Seminar zum Erntedankfest 2000
(für MultiplikatorInnen und Interessierte)
Info: Kardinal-Höpfner-Haus, Domberg 27, 85354 Freising

14.+15.11. in Köln
Rosarot
Homosexualität: Geschichte und Gegenwart der Bewegung - wie politisch ist die Szene?
Info: 0202/251123, Fax 455054

20.-22.11. in ?
Vernetzungstreffen der Kampagne
"Rüstungsexporte stoppen"
Tel. 0611/9102350, Fax 371838

18.-20.12. in Hamm
Feministische Philosophie
Info: 0202/251123, Fax 455054

19.-20.12. in Hamm
Der Knast
Das organisierte Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft
Info: 0202/251123, Fax 455054

**Kein
mensch
ist
illegal**

Kontaktadressen:

Kein Mensch ist illegal
c/o Forschungsstelle
Flucht und Migration
(FFM)
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel: 0172/ 8910825
Fax: 0561/ 73458 (c/o
BAR)

Karawane für die Rechte
von Flüchtlingen und Mi-
grantInnen
c/o Internationaler Men-
schenrechtsverein
Komstr. 51
28201 Bremen
Tel: 0421/ 5577093

Zeitung:

ZAG
Zeitung antirassistischer
Gruppen
Yorkstr. 59 HH
10965 Berlin
erscheint vierteljährlich

Zeitschriftenschau

Gen-ethischer Informationsdienst (GID)

(127, Juni 98)
 • Lebensmittel und Freisetzung
 • Medizin und Ethik
 • Schwerpunkt: Gentechnik und Medienberichterstattung

BioSkop (Juni 98)

• Schwerpunkt Gentechnik am Menschen
 • Bioethik-Konvention
 • Intensiv- und Transplantationsmedizin
 • Euthanasie

Arzt und Umwelt (3/98)

• Gentech-Medikamente
 • Gesundheitliche Unbedenklichkeit oder kalkuliertes Risiko?

GeN: neue Liste der Freisetzung-geboden, Überlebens-Spenden gesucht

Das Gen-ethischen Netzwerk ist die überarbeitete Liste aller Freisetzungstandorte genmanipulierter Pflanzen erhältlich. Nur wenn bis Ende August DM 30000,- zusammenkommen, kann das Netzwerk seine Arbeit (zumindest dieses Jahr) fortsetzen. Nach Beginn einer Spendenkampagne fehlten Anfang Juli noch 12000,- der notwendigen Gesamtsumme. Spenden bitte an: GeN, Postbank Berlin BLZ 10010010 Konto 14499102 mit Stichwort S.O.S.

Informationen bei: Gen-ethisches Netzwerk, Henning Strodtz, Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin, 030-6858030, Fax: 6841183, eMail: GeN Berlin@aol.com.

Bundesweiter Solidaritätsfonds

Im Konsens verschiedener Initiativen gegen Freisetzungversuche genmanipulierter Organismen wurde ein Solidaritätsfonds eingerichtet. Angesichts der Strategie der Gentechfirmen, den Widerstand vermehrt durch Klagen und Bußgelder einzuschüchtern, soll er Personen helfen, die infolge ihrer Aktivitäten mit zivilrechtlichen Folgen konfrontiert sind. Einzahlungen werden ausschließlich für AnwälteInnen und Gerichtskosten verwendet. Sie gehen an: Bundesweiter Solidaritätsfonds, KSK Peine BLZ 25250001 Konto 21394218.

Fondsverwalter sind Dr. Reiner Theu- nert und Prof. Dr. Sigmar Groeneveld, Lange Str. 20, 37249 Neu-Eichenberg, Tel. 05504/1834.

Kennzeichnung von Gen-Lebensmitteln

Am 3.9.98 tritt eine Eu-Verordnung zur Kennzeichnung von Produkten in Kraft, deren Eiweißstruktur nachweislich genmanipuliert ist. Die Hinweise werden in den Zutatenlisten oder in Fußnoten auf den Produktetiketten erscheinen. Hersteller können jedoch Ausnahmegenehmigungen beantragen, wenn ihre Produkte Bestandteile von Gen-Soja oder Gen-Mais enthalten, diese aber nicht mehr nachweisbar sind. Solche Produkte sollen in einer sogenannten "Negativ-Liste" aufgenommen werden. Bei Produkten, die gekennzeichnet werden müssen aber bereits ohne Hinweis auf dem Markt sind, muß das Etikett bis zum 3.3.99 gewechselt werden.

Quelle: Rundbrief des GeN Nr. 22, Juli 98

Eßbarer Impfstoff

Erstmals ist nun auch bei Menschen nachgewiesen worden, daß Impfstoffe, die durch gentechnische Eingriffe in Pflanzen produziert werden, ihre Wirkung entfalten. In Kartoffeln ist ein Gen

des Bakteriums Escherichia coli eingesetzt worden, das eine Antikörperbildung im menschlichen Organismus bewirkt. Wissenschaftler wollen so Durchfallerkrankungen in den Griff bekommen. Jedoch sehen sie die Anwendung noch in weiter Ferne, da die Produktion der Impfstoffe in gleichbleibender Menge und Konzentration schwer zu realisieren ist.

Quelle: Rundbrief des GeN Nr. 22, Juli 98

Widerstand gegen EU-Patentrichtlinie nötiger denn je

Am 12. Mai nahm das Europaparlament die Richtlinie zum "Rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen" an. Damit werden Pflanzen, Tiere, Zellen und Gene ausdrücklich als patentierbar eingestuft. Gleiches gilt für menschliche Gene und Körperteile. Trotzdem ist die Richtlinie noch nicht von der Industrie gewünschte Freibrief. Viele ihrer Bestimmungen stehen im Gegensatz zur Rechtsprechung des Europäischen Patentamtes in München, das sich vermehrt die Argumente der Kritiker zu eigen gemacht hat. Zuletzt wurde die Patentierung von Tieren und Pflanzen hier ganz gestoppt. Zwar muß nun die neue Richtlinie

in den EU-Mitgliedsländern umgesetzt werden, das Münchner Patentamt selbst untersteht aber nicht der EU-Gesetzgebungskompetenz. Entscheidend wird sein, von welcher Seite zukünftig wieviel politischer Druck ausgeht. Wer hilft mit, Einfluß auf die nationale Umsetzung der Richtlinie zu nehmen?

Informationen bei: Kein Patent auf Leben, Frohschammerstr. 14; 80807 München, 089/35651842, Fax: 3596622

Schweizer Volksabstimmung für Gentechnik

Am 7.6.98 fiel in der Schweiz die Entscheidung. Gefordert war der Verzicht auf Freisetzung genmanipulierter Pflanzen sowie auf transgene Tiere und Patente auf Lebewesen. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 40 Prozent stimmten 66,7 % der WählerInnen dagegen. Als Erfolg der Anti-Gen-Inis läßt sich trotzdem folgendes werten: eine intensive öffentliche Auseinandersetzung um die Gentechnik und infolgedessen wesentlich strengere Regelungen als Regierung und Industrie sie beabsichtigt hatten.

Quelle: Rundbrief des GeN Nr. 22, Juli 98



Bundesratsbeschuß

"Ohne Gentechnik" stoppt Volksbegehren

Nachdem der Bundesrat am 10.7.98 eine Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln "Ohne Gentechnik" beschloß, stellte die Initiative Volksbegehren "Gentechnikfrei aus Niedersachsen" ihren Arbeitsplan um. Sie sieht ihre Ziele durch die Verordnung (bundesweit) erfüllt und will sich auf ihre Umsetzung konzentrieren. Die Verordnung sieht vor, daß ein Lebensmittel mit der Angabe "ohne Gentechnik" nur in den Verkehr gebracht werden darf, wenn 1. es nicht aus einem genetisch veränderten Organismus besteht oder aus einem solchen bzw. mit Hilfe solcher hergestellt wurde; 2. bei der Herstellung keine aus gentechnisch veränderten Organismen gewonnenen Zusatz- oder Hilfsstoffe eingesetzt

wurden; 3. dem Tier, von dem das Lebensmittel gewonnen wurde, keine Mittel verabreicht worden sind, die gentechnisch hergestellt worden sind. Die Initiative sucht nun Firmen, die ihre Produkte "ohne Gentechnik" kennzeichnen wollen. Außerdem will sie eine letzte Lücke schließen helfen. Es gilt noch eine entsprechende Kennzeichnung für Saatgut, Futtermittel und Futtermittelzusatzstoffe zu erstreiten, um Landwirte, die gentechnikfrei produzieren wollen, wirtschaftlich nicht zu benachteiligen.

Kontakt: Koordinationsstelle Volksbegehren "Gentechnikfrei aus Niedersachsen", Goebenstr. 3 a, 30161 Hannover, (0511)3943444, Fax -45.



Themenredaktion "Gentechnik"

Thomas Schmidt
 c/o Umweltwerkstatt
 Willy-Brandt-Allee 9
 23543 Lübeck
 Tel. 0451/7070646
 Fax 0451/7020748
 (Vermerk "An T. Schmidt")

Firmenhochzeit

Die US-Firmen American Home Products (AHP, Pharmakonzern) und Monsanto wollen sich im Rahmen eines Aktientausches zusammenschließen. Mit einem Gesamtvolumen von 33,5 Milliarden Dollar ist dies weltweit die bislang fünfgrößte Firmenfusion. Monsanto wird damit seine Gentechnikentwicklung erheblich ausweiten können.

Quelle: GiD 127, Juni 98

Brustkrebsgen im Privatbesitz?

Im Mai reichten 15 PatientInnenorganisationen aus Deutschland und England beim Europäischen Patentamt Protest gegen Erteilung eines Patentes ein. Dieses würde ein Brustkrebsgen für 20 Jahre in den Besitz der Firma Myriad Genetics (USA) übergehen lassen. Die Patentanmeldung umfaßt die Gensequenz, ihre Verwendung für medizinische und diagnostische Zwecke sowie alle Zellen und Tiere, in die das Gen übertragen wird. Erstmals machen mit dieser Einwendung Patienten und Wissenschaftler, die grundsätzlich die Genforschung bejahen, ihre Bedenken gegen die Monopolansprüche der Industrie auf menschliche Gene öffentlich.

Quelle: GiD 127, Juni 98

Studie über Gentechnik aus Sicht der Öffentlichkeit

Die unterstellte "Technikfeindschaft" der Bevölkerung wird im Falle Gentechnik häufig mit einer technikkritischen Berichterstattung in den Medien erklärt. Zu einem anderen Ergebnis kommt eine im Rahmen des Projektverbundes "Chancen und Risiken der Gentechnik aus Sicht der Öffentlichkeit" durchgeführte und vom Bundesforschungsministerium geförderte Studie. Sie konzentriert sich inhaltlich auf: individuelle Einstellungen zur Gentechnik; Bewertungen der Gentechnik in der Medienberichterstattung sowie Einflüsse letzterer auf die Einstellungen in der Bevölkerung. Eine Kurzfassung der Ergebnisse findet sich im GiD 127, Juni 98.

Kontakt über: Dr. Jürgen Hampel, Prof. Dr. Ortwin Renn, Akademie für Technikfolgenabschätzung, Industriestr. 5, 70565 Stuttgart, Tel. 0711/9063-160 und -164, Fax: -175

Genec-Widerstand im Internet

(*) Das Ziel der Konzerne ist es Pflanzen, und mit ihnen die Gentechnik, ohne viel Aufsehen zu erregen uns unterzubeln. Dieser Geheimhaltungstaktik soll mit dem Internetangebot der Arche GENoah etwas entgegengesetzt werden.

D-Karte - <http://www.wiz.uni-kassel.de/isr/ger/studgr/arche/brdpage.html>

Auf dieser Seite sind alle Freisetzungstandorte in einer Deutschlandkarte eingezeichnet. Die Ortsnamen sind Links zu den Homepages der Standorte.

Tabelle - <http://www.wiz.uni-kassel.de/isr/ger/studgr/arche/freisetz.html>

Hier sind alle Orte mit den jeweiligen Eckdaten des Versuches alphabetisch geordnet, und ebenfalls als Link zu den Homepages installiert.

Homepages der Freisetzungstandort: Das Angebot variiert je nach Ort. Immer ist eine Kurzdarstellung des Versuchs zu lesen und eine Beschreibung zur groben Orientierung, wo der Ort liegt. Des weiteren werden dort Informationen zum Widerstand, Pressemitteilungen, Wegbeschreibungen und Skizzen zum Versuchsfeld veröffentlicht.

Insbesondere wenn es um die Detailinfos zu Versuchen geht, sind wir auf die Zuarbeit anderer angewiesen. Ob Fotos von Aktionen, Pressemitteilungen, Kontaktadressen, Termine oder sonstiges, wenn ihr uns die Infos zusendet werden wir diese kostenlos veröffentlichen. Besonders begehrt sind Skizzen und Wegbeschreibungen zu den Freisetzungsfeldern. Alle Infos werden auf Wunsch anonym behandelt und in verändertem Aussehen veröffentlicht.

Infos schicken an Arche GENoah, Steinstr. 19, 37213 Witzhausen, Fax 05542/981242 oder per Email zusenden: hissing@wiz.uni-kassel.de

Vernetzung politische Freiräume

Anfang August traf sich zum ersten Mal eine Runde von Leuten aus solchen Projekten, die sich als politische Freiräume verstehen. Gebäude und Plätze sollen selbstbestimmt sein, Abhängigkeiten werden abgelehnt. Hütendörfer, besetzte Häuser und Plätze (z.B. Wagenburgen) und Kommunen mit politischen Ansprüchen können genauso "politischer Freiraum" sein wie Aktionszentren und Inihäuser. Knapp zehn solcher Projekte haben jetzt vereinbart, in einen regelmäßigen Austausch zu kommen. Dabei geht es um gegenseitige Hilfe, politische Unterstützung und Aktionen sowie den Aufbau gemeinsamer Strukturen.

Im November ist ein weiteres Treffen geplant, um Näheres zu besprechen. Alle politischen Projekte, die am Verbund mitwirken wollen, sollten sich bei der Kontaktadresse melden: Lisa Krumnow, Samariterstr. 32, 10247 Berlin. Der ersten Kontaktaufnahme sollten beigelegt werden: Ca. 10 DM für Porto und Kopien von zwei Rundbriefen sowie eine Selbstdarstellung mit Angabe, wer in welchen Bereichen Know-How hat und anderen Projekten helfen würde.

Finanzierungsfonds für politische Freiräume

Besetzte Häuser und Plätze legalisieren? Eigentum schaffen für politische Zentren oder alternative Projekte? Wie kann das gehen ohne Abhängigkeit von GeldgeberInnen und VermieterInnen? Aus der Diskussion um eine bessere Vernetzung politischer Freiräume ist die Idee eines gemeinsamen Finanzierungsfonds entstanden. Dieser soll Gelder aus Überschüssen und Rücklagen von Projekten sowie Leihgaben und Spenden sammeln und diese gezielt zum Aufbau von Eigentum einsetzen. Der Fonds soll dezentral verwaltet und unabhängig sein. Er kann z.B. Käufer besetzter Häuser werden und diese dann "vermieten" an die BesetzerInnen.

Nähere Informationen siehe auf der Rückseite der "Ö-Punkte".

Radikal-leben-Diskussion

Weitergehen soll auch die Diskussion um einen Utopieentwurf radikaler Lebensprojekte. Im geplanten Perspektivenband von "Agenda, Expo, Sponsoring" soll das Ergebnis erscheinen. Im Mittelpunkt steht ein Papier, in dem Anforderungen und mögliche Wege für unabhängige, selbstbestimmte und politisch aktive Projekte beschrieben werden. An diesem Text wird diskutiert und verändert.

Das aktuelle Radikal-leben-Papier ist gegen 2 DM (plus 3 DM Porto) beim Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, zu bekommen.

Austauschtreffen politischer Freiräume:

13.-15.11. in der Projektwerkstatt in Saasen
Tel. 06401/90328-3
Fax -5
(Siehe Seite 5)

Themenredaktion "Radikal leben"

Die ist leider wieder unbesetzt, nachdem die bisherige Redakteurin jetzt den Bereich Umwelt&Entwicklung übernommen hat. Wir suchen also nach einem/er oder mehreren NachfolgerInnen.

Inhalt soll nicht allein die Vorstellung spannender Projekte, sondern auch die Diskussion um radikale Alternativen, unabhängige und selbstverwaltete Strukturen sowie politische Ziele sein.

Ö-termine

23.-25.10.98 in Fulda
Zukunftswerkstatt für BI und andere Aktive
Perspektiven für eine Landwirtschaft ohne Gentechnik. Kontakt: Karin Mühlenberg im GeN, Tel. 030-6857073.

29.-30.10.98 in Altenkirchen
Ökolandbau und Gentechnik
Infos bei: Dr. Barbara Weber, Tel. 0761-45295-0.

6.-8.11.98 in Berlin
Zukunft der Landwirtschaft
Agrarpolitik und Gentechnik Kontakt: Henning Strödlhoff im GeN, Tel. 030-6858030.

Sonderausstellungen zur Gentechnik
Aktuell laufen bundesweit vier Sonderausstellungen in Dresden, Mannheim, München und Bonn zum Thema Gen-Welten. Die InitiatorInnen haben gemeinsam ein Begleitletzbuch "Gen-Welten" herausgegeben (Preis 34 DM).

Gen-Welten. Prometheus im Labor?
bis 10.1.1999, Di-So 10-19
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Friedrich-Ebert-Allee 4, 53113 Bonn, Tel. 0228/9171262

Gen-Welten. Werkstatt Mensch?
bis 10.1.1999, Di-So 10-17, Mi 9-20.30
Deutsches Hygiene Museum, Lingenerplatz 1, 01069 Dresden, Tel. 03 51/4846 670

Gen-Welten. Leben aus dem Labor?
bis 10.1.1999, Di-Fr 10-17, Mi 9-20
Landesmuseum für Technik und Arbeit, Museumstr. 1, 68165 Mannheim, Tel. 06 21/42 989

Gen-Welten. Vom Griff nach dem ABC des Lebens.
bis 11.4.1999, Di-So 9-17 in München.

Brutale Räumung von besetzten Häusern in Polen

Ein Bericht: Am 30. Juni wurden in der Nähe von Opole zwei Häuser von rund 50 GegnerInnen der geplanten Autobahn A4 besetzt. Die beiden Häuser lagen auf der Autobahntrasse und sollten deswegen abgerissen werden. Am Freitagmorgen begann die Baufirma Wolfgang Busse (Am Pieperfenn 9, 14776 Brandenburg, Tel. 0338/ 12530, Fax 0338/ 1353030) mit dem Zerstören der Häuser. Bei diesen Arbeiten wurden mehrmals Leben und Gesundheit von Personen gefährdet, so wurde z.B. eine Häuserwand abgerissen obwohl sich Leute auf dem Dach befanden.

Themenredaktion
"Widerstand":

Liselotte Meyer
Ludwigstr. 11
35447
Reiskirchen-Saasen
Tel. 06401/90328-3
Fax -5
projektwerkstatt@
t-online.de

Kontakt: Anti-A4-Gruppe,
c/o M99 Infoladen,
Maneuffelstr. 99, 10997
Berlin

Gegen 18.00 Uhr verschafften sich mehrere Leute von einer polnischen Sicherheitsfirma, ohne Vorwarnung und ohne Beschluß vorzuzeigen, mit Gewalt Zutritt in das Haus. Sie zerschlugen mit Äxten und Hämmern die Tür. Bei der weiteren Räumung gingen die Sicherheitsleute so vor, daß mehrere Leute verletzt wurden. Rund 10 Menschen hatten sich mit lock-ons festgekettet. Die lock-ons waren in die Wand eingelassen und die BesetzerInnen mittels Karabiner in ihnen verankert. Um die Festgeketteten zur Aufgabe zu zwingen trieben sie so lange verschiedene Werkzeuge in die Mauer, bis sie an die Arme herankamen und somit den Leuten Schmerzen zufügen konnten. Gleichzeitig rammten Bauarbeiter (von Busse!!!) mit einem Bagger genau die Hauswand an der die lock-ons befestigt waren. Einige der geräumten BesetzerInnen wurden von den Sicherheitsleuten mit einem Auto in einen 10km entfernten Wald gefahren und dort ausgesetzt. Ein Mensch befand sich, an einem Seil gesichert, auf dem Dach. Die Sicherheitsleute lösten das Seil und stießen den Menschen herunter, wobei er sich Prellungen am ganzen Körper zuzog. Am Boden stürzten sich mehrere Leute auf ihn, einer der für die Räumung Verantwortlichen



nahm ihm den Fotoapparat ab und zerstörte den Film. Es wurden Bäume gefällt, obwohl sich Leute rundherum aufhielten.

Gegen 22.00 Uhr war das erste Haus geräumt und zerstört. Samstagmorgen, etwa um 6.00 Uhr wurde das zweite Haus mit

Tränengas gestürmt, brutal geräumt und ebenfalls zerstört. Hierbei gingen sie ähnlich vor wie am Tag zuvor.

Die A4 soll durch Góra Sw.Anny führen und wird dabei fünf geschützte Waldgebiete, wichtige kulturelle Orte und zahlreiche Häuser zerstören. Die vierspurige Autobahn war bereits in den 30er Jahren von Hitler geplant worden. Die Faschisten siedelten deshalb Familien um, vernichteten ihre Häuser und Farmen, fällten zahllose Bäume. Die A4 sollte Symbol der Macht und kraftvollen Ausstrahlung der arischen Rasse über die schlesischen Polen sein. Die Faschisten hatten ent-

Adressen allgemein:

Gewaltfreie Klettergruppe
c/o JUMP ①
Gaußstr. 17
22765 Hamburg
Tel. 040/394095

Projektwerkstatt AbraXas
Marschorstr. 56 ②
29641 Dannenberg
Tel. + Fax 05861/2527

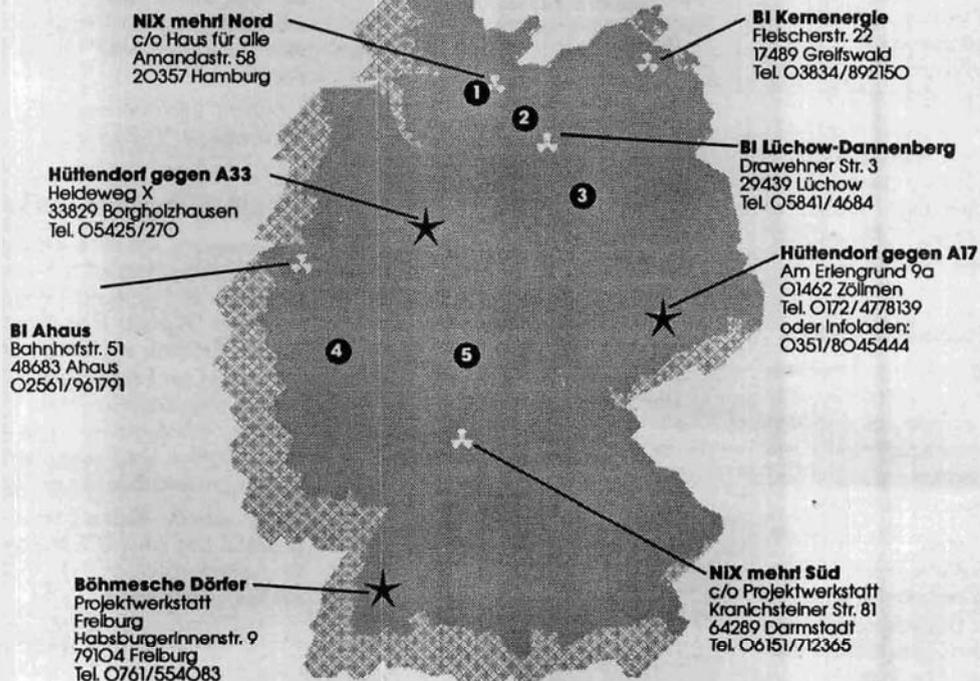
Blaue Welt Archiv
Uhlandstr. 8 ③
39108 Magdeburg
Tel. 0391/7329218

Graswurzelwerkstatt
Scharnhorststr. 6 ④
50733 Köln

WiderstandsNetz
(mit Büchertisch) ⑤
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Tel. 06401/903283

An diesen (und bestimmt auch anderen Adressen) gibt es Infos zu aktuellen Widerstandsprojekten.

Widerstand im Hinterland



lang der Strecke auf dem Góra Sw. Anny gut sichtbare "macht"-ausstrahlende Monumente errichtet. Diese wurden nach der Befreiung vom Faschismus durch antifaschistische Monumente und Denkmäler ersetzt. Die fünf Naturschutzreservate, die durch die Autobahn zerteilt werden, bieten Lebensraum für viele seltene Tiere und Pflanzen. Anfang Mai hatten bereits AutobahngegnerInnen ein Waldstück besetzt, das dann nach ein paar Wochen von der Polizei und Baufirmen

ähnlich krass wie die beiden Häuser geräumt wurde.

Die Autobahn wird auch noch von einer anderen deutschen Baufirma mitgebaut, der Deutschen Asphalt Berlin GmbH, Marzahner Str. 28, Tel.:030/983010, Fax:030/9817525.

In den nächsten Wochen sollen Soliveranstaltungen und -aktionen in Berlin und Umland stattfinden. (Termine z.B. in Mika & Credo). Toll wären auch Aktionen in anderen Gegenden - also überlegt euch was!

LeserInnenpost

In den letzten Ö-Punkten dokumentierten wir zum Thema "Hakenralle" einen Auszug aus dem Alternativen Kursbuch 1996. Darauf erreichten uns gleich mehrere Reaktionen:

Hallo Ö-Punkte!
Wo gibt es das Kursbuch? Ich finde es geil, daß sowas in den Ö-Punkten steht.

Sehr geehrte Frau Meyer!
Ich arbeite schon lange Jahre im Umweltschutz. Ich kann verstehen, daß junge Leute wütend über die Verhältnisse sind und sich wehren wollen. Doch so geht es nicht! Der Einsatz von Hakenralen schafft keine Probleme ab und verschärft nur das Bild, die Atomkraftgegner wären alles Chaoten. Ich bin enttäuscht, daß das in Ihrer Zeitschrift nicht kritischer diskutiert wird.

Liebe Lieselotte Meyer, in meiner Schreibtschublade liegt schon länger eine "Anleitung" für Brandstiftung an Baummaschinen. Ich würde gerne wissen, was Sie/Du davon hältst - und auch, wie LeserInnen der Ö-Punkte zu solchen Aktionen stehen. Ich glaube, die Umweltbewegung hat da Diskussionsbedarf. Ich faxe Ihnen/Dir das Papier mit durch und würde mich freuen, wenn es mit einem Aufruf zur Auseinandersetzung abgedruckt werden könnte.

Maschinen Entzünden

Das Abfackeln von großen metallenen Objekten dem Bulldozer oder anderem Objekt, das verbrannt werden soll, heruntorzulaufen, taucht Lappen (Baumwolle ist besser als Synthetik) in Dieseltreibstoff. Stopft die eingetauchten Lappen in die Maschine, dort wo sie zugänglich ist: Unter hervorscheinender Verdrahtung, Schläuchen und Meßgeräten, in Trittbretter und um Reifen herum, in der Kabine und unter den Amaturen. Schon 10 Liter Diesel können ausreichen, wenn sie auf diese Weise verwendet werden. Plaziert einen in Lösungsmittel getauchten Lappen auf die mit Diesel getränkten Lappen und zündet sie an.

Schlauchende, an dem ihr nuckelt, tiefer liegen als das Ende, das im Tank steckt. Achtet darauf, von dem Zeug nichts zu verschlucken. Spült am besten euren Mund mit Wasser aus. Trinkt alles gut. Wenn sich ein Dieseltank auf dem Gelände befindet (häufig tut er das), schneidet das Vorhängeschloß mit einem großen Bolzenschneider auf und benutzt einen 12 Rollgabelschlüssel (wenn notwendig), um das Ventil im Uhrzeigersinn zu öffnen. Seid vorsichtig, denn der Treibstoff könnte unter Druck stehen und aus dem Ventil spritzen. Ihr könnt auch euer eigenes Dieseldiesel mitbringen (oder Kerosin, das ähnliche Brenneigenschaften hat) in Plastikflaschen (füllt sie nicht ganz voll, denn sonst können sie lecken). Tut die leeren Behälter dorthin, wo sie mit allem anderen zusammen verbrennen. Oder ihr könnt den Abflußstopfen aus dem Treibstofftank an der Maschine, die verbrannt werden soll, nehmen, den Tank unter der Maschine auslaufen lassen, und ihn anzünden. **TUT DAS NUR MIT DIESEL, DAS NICHT-EXPLOSIV IST UND NICHT MIT BENZIN, DAS EUCH IN FETZEN SPRENGEN WIRD!**

Beschaffen von Dieseltreibstoff

Eine ideale Stelle, woher ihr Dieseltreibstoff bekommen könnt, ist direkt aus der Maschine, die ihr gerade abfackeln wollt. Benutzt ein kurzes Stück Schlauch, um Treibstoff auf die Maschine, in einen Behälter, oder auf Maschinen in der Nähe leiten. Dazu müßt ihr den Schlauch in die Tanköffnung stecken und den Sprit mit dem Mund ansaugen, so wie ihr mit einem Strohhalm trinkt. Erreicht der Sprit das Schlauchende, so drückt es zu, so daß er nicht zurückläuft. Damit der Sprit fließt, muß das

Anlage zum LeserInnen-Fax (siehe rechts)



Die klassische Methode der Verwendung von eingedicktem Benzin ist in einem "Molotow Cocktail", einer Glasflasche mit Benzin und Seifenflocken mit einem in denaturierten Alkohol getränkten Lappen, der in die Öffnung der Flasche gestopft wird. Das Ende des Lappens außerhalb der Flasche wird angezündet und wird sofort aus größtmöglicher Entfernung gegen das Ziel geworfen. Die Flasche zerspringt beim Aufprall und das Benzin entzündet sich. Wenn dies alles ist, was einer großen Maschine zugefügt wird, wird das Benzin in der Flasche vielleicht das einzige sein, was brennt und relativ geringer Schaden angerichtet. Wenn die ins Auge gefaßte Maschine vorher mit Dieseltreibstoff getränkt, oder gefährlicher - mit eingedicktem Benzin, ist eine komplette Zerstörung weit wahrscheinlicher.

Ein Molotowcocktail ist ein sehr gefährliches Werkzeug. Jede/r, die/der seinen Gebrauch erwägt, sollte sehr vorsichtig sein. Dieseltreibstoff ist, im Gegensatz zu Benzin, nicht explosiv. Es ist dichter als Benzin und brennt länger, aber nicht so heiß. Es ist viel sicherer zu handhaben aber viel schwieriger zu entflammen - besonders bei kaltem Wetter. Manchmal wird es sich noch nicht einmal entzünden, wenn ein Streichholz drangehalten wird. Ein Molotowcocktail kann benutzt werden um Diesel zu entzünden, aber ein sicherer Weg würde es sein, einfach einen Lappen, der in Lösungsmittel oder denaturierten Alkohol getaucht wurde, zu benutzen, der leicht brennt, aber nicht explosiv ist.

Die Maschine für das Abfackeln vorbereiten

Um den Dieseltreibstoff davon abzuhalten, von



Genfeld besetzt

Seit dem 17. August ist ein Feld in der Nähe Lüneburgs besetzt. Die von der Firma AgrEvo geplante Aussaat von manipuliertem Raps wollen die BesetzerInnen auf diese Weise verhindern, nachdem Resolutionen, Einwendungen etc. wie üblich ignoriert wurden. Der Versuch auf einem nahegelegenen Feld ein Camp zu errichten, scheiterte am Druck auf den Besitzer durch NachbarInnen und dem Verpächter des Gen-Feldes.

Die Situation ist bislang entspannt; die Cops fahren Streife, SpaziergängerInnen diskutieren und begrüßen diese Aktionsform. Die Aussaat kann bis in den September hinein verschoben werden, da es AgrEvo nur darauf ankommt, die Pflanzen bis zur Blüte zu bringen.

Um den Besetzungszustand aufrecht erhalten zu können, bedarf es allerdings noch jeder Menge Menschen, Lebensmittel spenden und Feuerholz.

Das Camp ist telefonisch unter 0177/ 8375457 zu erreichen. Die genaue Wegbeschreibung ist im Internet abrufbar.

Außerdem sind alle aufgefordert, sich in die Alarmliste eintragen zu lassen, um beim Bekanntwerden des Aussaattermins benachrichtigt werden zu können.

Lüneburger Bündnis gegen Gen. Jugendumweltbüro, Beim Kalkberg 7, 21339 Lüneburg, Tel. 04131/ 66295, Fax. 04131/ 66647, <http://www.lueenburg.net/Gen>



Mikas und Credos INFORMATIONEN

Hüttendorfer und Baustellenblockaden, Wagenburgen und besetzte Häuser; Tierrechte, Kommunen und alternative Ökonomie; Atomkraft, Gentechnik, Straßenbau, und Militarismus; Rassismus und Sexismus, Anarchie und Lust und Freiheit

„Es gibt keine Rezepte, Linien, Strategien, Taktiken, Gesetze...oder universelle Parolen...Es ist notwendig, eine neue politische Kultur aufzubauen - die aus einer neuen Form des Verständnisses der Macht entstehen kann. Es geht nicht darum, die Macht zu erobern, sondern die Beziehungen zwischen denen umzustürzen, die sie ausüben...denen, die ihr den ZapatistInnen in Chiapas/ Mexiko) Mika und Credo c/o A Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin, Tel/Fax: 030/ 394 61 67 (Schickt uns eure Aktivitäten und/oder das Geld, das Ihr übrig habt und wir schicken euch regelmäßig die INFORMATIONEN)

Neue Wege für Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften?

Jahrelang entstanden EVGs oder Food-Coops mit einer doppelten oder dreifachen Motivation: Zum einen können sie für sich und ihre Familien/FreundInnen günstige, gesunde Nahrungsmittel bekommen. Zum anderen wollten sie die Bio-Idee weiterverbreiten sowie Biohöfe bei ihrer Umstellung und ihrem Alltag auf dem Markt unterstützen.

Doch die Lage auf dem Biomarkt hat sich verändert und verändert sich weiter. Seit der Einführung der EU-Ökokontrolle ist eine neuer Wettbewerb entbrannt. Auch ohne die alten Anbauverbände kommen Anbieter von "Bio" auf den Markt. Große Lebensmittelhersteller können sich die Erzeugnisse von BiolandwirtInnen kaufen. Bio-Regale gibt es bereits im normalen Supermarkt, Bio-Supermärkte drücken die Preise, so daß Bioläden eingehen und Biohöfe gezwungen werden, billiger zu produzieren. VerbraucherInnen erhalten jetzt weitaus günstiger biologisch angebaute Lebensmittel. Viele EVGs und Coops stehen vor der Frage, ob und mit welcher Legitimation sie weiterarbeiten wollen.

Christoph Gesang zeigt in seinem neuen Buch "Alternativprojekte zwischen Nachhaltigkeit und Herrschaftskritik" verschiedene mögliche Strategien auf. Zum einen spricht er von einer Nische, die die EVGs weiterhin einnehmen und ausbauen können: sie fördern einen bewußten Einkauf und erreichen damit eine ganz bestimmte Klientel. Oder sie legen Wert auf eine politische Botschaft und begründen ihr Engagement mit einer Gesellschafts- und Herrschaftskritik. Thema könnte dann die Forderung nach einer "Entmachtung des Nordens" sein. Konkrete Ansatzpunkte wären z.B. ein klares Nein zur Subventionierung von Großbetrieben und zu Gentechnik in der Landwirtschaft. Zu fordern wären darüber hinaus z.B. ein Stop von Futtermittelimporten sowie ein Verbot von Pestiziden und Wachstumsreglern.

Christoph Gesang "Alternativprojekte zwischen Nachhaltigkeit und Herrschaftskritik. Die Bremer EVG und der regionale Diskurs, Yelipress, Bremen 1998.

Umweltbanken boomen

Sowohl die Ökobank als auch die GLS-Bank konnten sich 1997 - in ihrem 10. Jahr - über Redkordergebnisse freuen. Bei der Frankfurter Ökobank stand am Jahresende ein Wachstum: der Bilanzsumme von 30% auf jetzt 319,3 Millionen Mark. Auch die Bochumer Bank (GLS-Bank) profitiert vom Trend: 20% Steigerung auf 265 Millionen. Beide Banken verzeichneten vor allem mehr Stiftungsgelder, höhere Summen aus Ökologischen Verbänden sowie den - sicher noch im Wachsen begriffenen - Trend zu ethisch-ökologischen Geldanlagen. Dieser Bereich des "grünen Geldes" wird immer größer, immer mehr

"Direkte Aktionen oder die kleine Blockadefibel"

Erweiterte Neuauflage, 50 Seiten randvoll mit Tips und Ideen zu Direkten Aktionen.

Unter anderem: Baumhüttendorfer/Klettern, Blockadetechniken: Bauplatzmissionen, Tripods, Reclaim the Streets Parties, Carwalking, Tunnel Polizei, Jahreshauptversammlungen, Raschliches, Schreibverfahren...

Gegen 3,50 DM + 2 DM Porto (5,50 DM) bei Dryads, c/o Projekt DA, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck

Kommt jetzt!
Tel. 05425/ 270 (fragt an wo gerade besetzt wird) oder kommt ins alte Dorf Anti-A33-Hüttendorf, Heideweg X, 33829 Borgholzhausen

AUSSERDEM: Spendet Geld!

Foto: Fahrraddemo gegen A33



Platzbesetzungen gegen A33

Seit Ende Juli gibt es immer wieder Besetzungen im Tatenhausener Forst durch Menschen aus dem Anti-A33-Camp in Borgholzhausen. Auf der einem Großgrundbesitzer gehörenden Fläche soll ein neues Hüttendorf entstehen und mittels werden. Der

Tatenhausener Forst ist ein ökologisch bedeutsames Gebiet und in der regionalen Diskussion um die A33 von besonderem Interesse, weil es von der EU als Flora-Fauna-Habitat-Gelände ausgewiesen wurde. Die BRD will genau hier die A33 durchbauen. Mithin ist ein Konflikt zwischen der EU und der BRD vorprogrammiert, dem durch die Besetzung und ein radikales Widerstandskonzept eine besondere Note verliehen werden könnte!

Ein weiteres Gelände neben dem Stockkämper Wald eignet sich ebenfalls. Es hat auch den Vorteil, bereits im Besitz

des Staates zu sein, sodaß sich bei einer Besetzung direkt mit dem Autobahnbaurecht auseinandergesetzt werden kann, statt daß der ungleich schwierigere Weg über eine PrivateigentümerIn gegangen werden muß.

Am entscheidendsten ist jedoch, daß wesentlich mehr Leute kommen! Gerade jetzt ist das Hüttendorf auf Spenden angewiesen. Allein die juristische Aufarbeitung des Polizeikessels incl. Anwaltskosten und Infoaustausch für die Sammelanzeige gegen die Bullen kostet schon jetzt einen halben Tausender. Und es wird noch ein Vielfaches mehr werden, insbesondere wenn der Staat mit seinen "versprochenen" Anklageschriften überkommt. Auch andere Alllastenprozesse (z.B. Räumung in Disen 1997) und die Neubesetzung kosten Geld.

Projekte und ökologische Betriebe bieten Anteilscheine, spezielle Darlehensformen usw. Auch die neue Umweltbank in Nürnberg, erst seit etwas über einem Jahr "im Rennen" konnte ihr erstes Geschäftsjahr schon mit einem ausgeglichenerem Ergebnis beenden und erfreut sich wachsender Nachfrage.

Kontakte: GLS-Gemeinschaftsbank, Postfach 100829, 44708 Bochum, Tel. 0234/30793-0

Ökobank, Postfach 160651, 60069 Frankfurt/M., Tel. 069/256100

Umweltbank AG, Laufertorgraben 6, 90489 Nürnberg, Tel. 0911/5308123

TAK AÖ wird 20

Schon 1978 traf sich erstmals der Theorie-Arbeitskreis Alternative Ökonomie, um Fragen Alternativer Ökonomie tiefergehend zu erörtern und bestimmte Diskussionen auch nach außen zu tragen. Ein unregelmäßiger Rundbrief informiert über die Arbeit des AKs, dessen Exkursionen zu spannenden Projekten und vieles mehr. Weitere Infos:

Martina Racki, Scheffelstr. 46, 79102 Freiburg oder Rolf Schwendter, Gesamthochschule Kassel, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel.



Zeitschriftenschau

Contraste - Zeitschrift für Selbstorganisation
Juni 98:

- Arbeit/Arbeitslosigkeit/neue Arbeit

Jul/August 98:
• Solidarische Stoc., politik/Quartiersentwicklung
• EVGs und neue Wege

Politische Ökologie, Nr. 55, Juli/August 98:

- Gratwanderung, Alpenregion & regionales Wirtschaften.

Politische Ökologie, Nr. 56:

- Ökosteuerreform - Konzepte, Beispiele anderer Länder etc.

Banksiegel - Zeitschrift der GLS-Bank, II/98:

- Euro

Ökologisch Wirtschaften 3-4/98:
• Ökoaudit sowie ökologisch-ökonomische Komplexität

AG bundesdeutscher Tauschsysteme gegründet

Beim bundesweiten Tauschringtreffen in München im Mai gründete sich die AG Bundesdeutsche Tauschsysteme. Ziel des Zusammenschlusses ist es, einige Themen, die Tauschringe in ihrer Arbeit vor Ort immer wieder betreffen gemeinsam überregional zu vertreten.

Dabei soll aus der Arbeitsgemeinschaft kein Dachverband werden. Die einzelnen Tauschringe sind viel zu unterschiedlich und nicht interessiert an einer solchen Struktur. Der erste Job der AG war die Ausarbeitung von Wahlprüfsteinen. Drei Fragen, die schon viele Tauschringe in Bedrängnis brachten, wurden an PolitikerInnen und KandidatInnen versandt. Darin geht es

- um die Verfügbarkeitsregelung des Sozialgesetzbuches. Jede Arbeit über 15h widerspricht dieser Anforderung an Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen. Wenn diese Grenze auch auf Tauschringe angewendet wird, werden den betroffenen schnell Leistungen gekürzt.
- um steuerliche Fragen bei SozialhilfeempfängerInnen: Wird das Tauschen auf das Einkommen angerechnet?
- um die Steuererklärung aller Tauschringmitglieder: Ist der Tausch grundsätzlich steuerpflichtig oder gehört diese Art von Nachbarschaftshilfe vollständig zur Privathilfe und liegt damit ausserhalb der Eingriffsrechte des Finanzamtes?

Anfang September findet in Leipzig die nächste Zusammenkunft statt. Neben den Ergebnissen der PolitikerInnen-Umfrage geht es um die zukünftige Organisationsform der AG. Möglicherweise wird ein Förderverein für das Ganze gegründet. Ein Medium, die Tauschsystem-Nachrichten als unregelmäßiger Rundbrief ist bereits gestartet. Beim Zusammenschluß der Tauschringgruppen steht der soziale Aspekt der Tauschringarbeit im Vordergrund. Laut Mitgründer Klaus Kiene sind auch hier FreiwirtschaftlerInnen mit von der Partie, aber ohne eine Mehrheit für ihr Anliegen der Gesellschaftlichen Freiwirtschaftslehre. Die größeren Tauschring-Info-Medien wie "der dritte Weg", "Angebot und Nachfrage" oder "Alternative 2000" werden von den Freiwirtschaftsfreunden herausgegeben,

die weit aus professioneller auftreten und arbeiten, als es die bunt gemischten, unterschiedlich ausgerichteten Tauschinitiativen können oder wollen.

Kontakt: Elisabeth Hollerbach, Sonnentaustr. 7, 80995 München, Tel. 089/1504002

Tauschsystem Nachrichten – neuer Rundbrief für Tauschringinitiativen

Sechsmal im Jahr soll ab jetzt die Zeitschrift Tausch-System Nachrichten erscheinen. Das Heft im DIN A 5 Format sucht noch Schreiberinnen und Schreiber, die zusammentragen, was für viele Tauschringe interessant sein kann. Schon die zweite Ausgabe (Juli 98) kommt mit ansprechendem Layout und spannendem Infomix daher. Ein Bericht über das bundesweite Tauschringtreffen in München und das Projekt zu den Wahlprüfsteinen sowie Konzepte für Tauschringvernetzungen und vieles mehr gehören zum Inhalt. Kleinanzeigen, über die Ferienwohnungen, Fahrräder, Know How und vieles mehr zum Tausch angeboten werden, hinterlassen einen Eindruck einer attraktiven Tausch-Welt. Wichtiges Anliegen des Blattes: Vielfalt

der Tauschringe rüberbringen und möglichst frei bleiben von dogmatischen Weltanschauungen. Kein Blatt der Freiwirtschafts-Fans.

Redaktion: Deutsches Tauschring-Archiv, Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, 49504 Lotte-Halen, Tel. 05404/6197.



Reader zur Tagung der Tauschringe in München

Jetzt gibt es die Dokumentation des Treffens "Neues Geld- neue Welt" Anfang Mai 98. Themen: Geld frisst Welt. Diskussion um Silvio Gesell und seine Lehre. Vernetzung von Tauschringen. Tauschring-Internas (vom Umgang mit der Schlamperei bis hin zu Gemeinschaftsbildung).

Kostet ca. 25 DM, Bezug bei LETS-Tauschnetz München, Ligsalzstr. 20, 80339 München.

Ö-termine
18.9 in Oesede
Direktvermarktungsseminar.
Will Produkten und Leistungen Kunden binden
- Das richtige Sortiment gestalten
Akademie für Agrar-Marketing, Osnabrück
Tel. 0541-969375. Fax -9693064
Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte, Tel. 0511-3487950, Fax -345768; Internet: www.a-marketing.de; E-mail: info@a-marketing.de

25.9. bis 27.9. in Meißen
Global denken - regional handeln.
Nachhaltiges Wirtschaften in regionalen Dimensionen.
Evangelische Akademie Baden und Meißen.
Dr. U. Lochmann, Evangelische Akademie Baden, Blumenstr. 1, D-76133 Karlsruhe, Tel. 0721-9175-351 bzw. -360, Fax -358

25.09. bis 27.09. in Meißen
Nachhaltiges Wirtschaften in regionalen Dimensionen
- Raps, Hanf, Holz als sächsische Ressourcen.
Evangelische Akademie Meißen, St. Afra-Klosterhof, Freiheit 16, D-01662 Meißen, Tel. 03521/4706-0, Fax: 03521/4706-99, mail: Ev_Akademie_Meissen@t-online.de

28.10. bis 31.10. in Leipzig (Messe)
Euregia - Regionalentwicklung in Europa, Regional and Rural Development in Europe
Fachausstellung und Kongreß
Josef Bühler, neuland GbR, Esbach 6, D-88326 Aulendorf, Tel. Tagung Evangelische Akademie Meißen

4.11. in Wuppertal
Öko-Kaufhäuser:
Umweltgerechte Produkte und Dienstleistungen als neuer ökonomischer Faktor? Horst-Dieter Koch, Alma Fickert, Christina Traudien, Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, D-58638 Iserlohn, Tel. 02371-352-150/-151/-152; Fax -169



Modellprojekt: Naturschutz kooperiert mit Landwirtschaft

Nachdem im Zuge des Konfliktes um den Nationalpark im Elbtal viele Feindschaften zwischen Naturschutz und Landwirtschaft entstanden sind, versucht die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA) sowie 8 weitere Forschungseinrichtungen zusammen mit Landwirten ein Leitbild für die landwirtschaftliche Nutzung zu erarbeiten. Dieses soll dann auch gleich praktisch umgesetzt werden und so zu einer Modellregion werden. Für dieses Projekt stellt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie immerhin 2,3 Millionen DM zur Verfügung. Sollte dieses Projekt interessante Ergebnisse bringen, dürften diese auch wichtig für andere Regionen in Deutschland sein.

NNA

Landschaftsprogramme und Landschaftsrahmenpläne

Meist wird in Planungen die Zerstörung von Landschaft festgelegt. In den letzten Jahren sind allerdings in fast allen Bundesländern auch einige Pläne entstanden, die den Naturschutz planen. Dies ist sicher der richtigere Ansatz, weil so der Naturschutz nicht nur reagiert. Allerdings werden auch bei diesen Plänen zukünftige Planungen für die Zerstörung der Landschaft z.B. Autobahnbau schon mitberücksichtigt. Die dazugehörigen Karten bieten einen guten Überblick der Situation sowie der zukünftigen Planungen. Bleibt zu hoffen, daß die hier genannten Schutzkonzepte auch umgesetzt werden, was mindestens im Fall Wakenitz (Schleswig-Holstein) in den letzten Wochen schon zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hat. Bezogen werden können die Pläne meist über die Umweltministerien der Länder.

Legal, illegal,...

Die Planungen für die A20 bezüglich der Wakenitzquerung und der FFH-Richtlinie waren illegal, dies zumindest stellt das Bundesverwaltungsgericht eindeutig fest! Die Wakenitzniederung hätte nämlich als FFH-Gebiet angesehen werden müssen, was bei der Planung der A20 nicht berücksichtigt wurde, dies ist rechtswidrig. Insofern haben die Kläger (NABU und BUND Schleswig-Holstein) eigentlich recht bekommen, sie haben den Prozeß aber trotzdem verloren. Das Gericht kommt nämlich zum Schluß, daß der Planfeststellungsbeschluß rechtmäßig ist, weil die Planungen ja theoretisch hätten richtig verlaufen können und außerdem noch korrigiert werden könnten. Schon eine abenteuerliche Argumentationsweise, die jegliches Glauben in den "Rechtsstaat" zunichte macht.

Nach einem sehr interessanten Artikel im Gegenwind (Juli 1998)

Themenredaktion "Landschaft und Naturschutz"

Jörn Hartje
Institut für Ökologie
Poststr. 39
22946 Brunsbek
Tel. 04107/850478
Fax 04531/7116
joern_hartje@
public.uni-hamburg.de

Literatur

NUA-Tagungsband "Natura 2000: ein Netzwerk von FFH- und Vogel-schutzgebieten" Eine recht gute Broschüre, die einen guten Überblick zum Thema gibt und eine kleine Dokumentation von Zeitungsartikeln enthält. Somit lohnt sich die Anschaffung zum Preis von 20,- DM (plus 2,- DM Porto) allemal.
Bestelladresse: NUA, Pf 101051, 45610 Recklinghausen, 02361/305340



FFH: umstritten in der Landwirtschaft, Chance aus Sicht des Naturschutzes

(*) Bereits im Juni 1998 hätte eine Gesamtgebietsliste aller von den einzelnen EU-Ländern gemeldeten Gebiete, die innerhalb der Flora-Fauna-Habitat-(FFH)-Richtlinie geschützt werden sollen, erstellt werden müssen. Dies war nicht möglich, da etliche EU-Länder dem Flächenmeldegebot bisher nicht nachgekommen waren.

Dies galt auch für Deutschland; hier hatten einzelne Bundesländer überhaupt noch keine Flächen gemeldet, die Flächenanteile der meisten anderen Länder lagen unter 2 % und bestanden zum Großteil aus sowieso schon mit einem Schutzstatus belegten Naturschutzgebieten oder Nationalparks. Umfangreichere Flächenmeldungen kamen aus Nordrhein-Westfalen mit etwa 4 % der Landesfläche. Als Folge kam es dort zu Protesten von Seiten der Landwirtschaft, da zukünftige Anforderungen an die ausgewiesenen Flächen nicht absehbar seien. Strengere Nutzungsaufgaben werden ebenso befürchtet wie zu geringe Ausgleichszahlungen und die Behinderung bei Betriebsweiterungen.

Europaweit stand Anfang des Jahres Deutschland mit den gemeldeten Flächenanteil von 1,2 % verglichen mit anderen EU-Staaten an hinterer Stelle. In Dänemark beispielsweise waren zum gleichen Zeitpunkt über ein Viertel der

Staatsfläche gemeldet, in Griechenland 20 %, in Italien rund 15 %. Schutzwürdige Flächen in sogenannten "Schattenlisten", die von verschiedenen Naturschutzverbänden und -organisationen Deutschlands erstellt wurden, umfassen ebenfalls rund 15 % der Gesamtfläche.

Quellen und weitere Informationen:

Schwerpunktartikel in der Unabhängigen Bauernstimme, Juli/August 1998, S. 11-15

Hintergrundpapier des BUND zur FFH-Richtlinie, Walter Schmidt, BUND-Pressestelle, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Im Rheingarten 7, Tel. 0228/40097-25, Fax -49; e-mail: presse@bund.net

Broschüre "Schutz des Europäischen Naturerbes in Nordrhein-Westfalen: FFH- und Vogelschutzgebiete"; sie kann kostenlos beim Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, 40190 Düsseldorf bezogen werden.

Neue Rote Liste: 40 % der Tierarten Deutschlands bestandsgefährdet

450 ExpertInnen haben im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz jahrelang an der Roten Liste gearbeitet und die bisher umfassendste Sammlung von Gefährdungsdaten zusammengetragen. Bei allen Bedenken an Roten Listen ist diese Zusammenstellung bei kritischer Betrachtung schon eine wichtige Arbeitshilfe für alle, die im Naturschutz tätig sind.

Bezug: Landwirtschaftsverlag, Buchhandel

Wattenmeer: Naturschützer und Wasserstortler auf gemeinsamem Kurs

WassersportlerInnen und NaturschützerInnen haben in der Diskussion um einen besseren Schutz des Wattenmeeres einen Durchbruch erreicht. Gemeinsam wurden Empfehlungen für SeglerInnen, MotorboofahrerInnen, und andere WassersportlerInnen erarbeitet. Dies ist besonders erfreulich, da die WassersportlerInnen nach der Veröffentlichung des Syntheseberichtes auf Kollisionskurs mit dem Naturschutz gingen, weil sie um ihre Privilegien bangten. Statt klarer Regelungen wurde sich auf eine freiwillige Vereinbarung mit Soll- und Kannbestimmungen geeinigt, bleibt zu hoffen, daß die oft uneinsichtigen WassersportlerInnen sich auch an diese Empfehlungen halten. Ein Falblatt informiert über diese Empfehlungen.

Bezug des Falblattes Nationalparkamt, 04861/616-34

Naturschutz im Abseits

Der Deutsche Naturschutztag hat vor kurzem in Dresden stattgefunden, schon gehört? Wohl kaum, denn kaum ein Naturschutztag war so unpolitisch, so publikumfern und so wenig von den Medien

beachtet. Die älteste und größte Naturschutzbewegung der Welt ist ins Abseits geraten. Aus Sorge, politisch anzuecken und die Sacharbeit zur Durchsetzung von Naturschutzziele in den Behörden zu gefährden, hat der Naturschutz "Kreide gefressen".

Nach einem Artikel in DIE WELT vom 18.5.1998

Umfrage des WWF belegt: Mehrheit für mehr Naturschutz

Nach einer Umfrage von Emnid im Auftrag des WWF sind 70 % der BundesbürgerInnen 0,5 % Landesfläche als Nationalpark zu wenig, 80 % wünschen sich mehr Nationalparke, 90 % hiervon würden auch persönliche Einschränkungen akzeptieren. So überzeugend die Zahlen sein mögen, geben sie doch die Stimmung bei den BewohnerInnen in Nationalparkregionen nicht wieder, sie dürften auch kaum zur Verbesserung der Stimmung beitragen.

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Nationalparke gegründet

Zu einer Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Nationalparke in Deutschland fanden sich 19 nichtstaatliche Organisationen im März im thüringischen Bad Langensalza zusammen. Neben lokalen Fördervereinen, Initiativen und Aktionsbündnissen nahmen auch die großen Naturschutzverbände an dem vom Förderverein Nationalpark Boddenlandschaft initiierten Treffen teil.

Die Arbeitsgemeinschaft dient vor allem dem Erfahrungsaustausch zwischen den Beteiligten, sie will kein neuer Verband sein. Angestrebt wird die Zusammenarbeit bei Projekten der Umweltbildung, der Besucherinformation sowie bei der Förderung des Nationalparkgedankens und der Akzeptanzverbesserung vor Ort.

Wattenmeer International 2/1998

klipklap ♦♦♦♦ Holzmarktstände ♦♦♦♦ Info-Stände ♦♦♦♦

MESSE-STÄNDE

variable Standgrößen
professionelle Elementbauweise
steckbar, aus Holz und Textil
für drinnen und draußen



klipklap · Christian Mauritz · Berghausen 1 · 58339 Breckerfeld · Tel./Fax: 02338/28 52

GIESSEN-DRUCK

Ihr Kommunikationspartner - von Anfang an...

ENTWURF · LITHOGRAFIE
FOTOSATZ · DATENKONVERTIERUNG
OFFSET-/ROLLEN-OFFSET-DRUCK
ZEITUNGSROTATIONS-DRUCK

MARBURGER STRASSE 10/12
35390 GIESSEN
FERNRUF-SAMMEL-NR. (0641) 3003-0
TELEFAX (0641) 390617



Ö-termine

Akademie für Natur und Umwelt
Schleswig-Holstein
11.9.1998 in Wiek auf Föhr
10 Jahre integrierte Schutzkonzepte in Schleswig-Holstein
Eine Modellregion zieht Bilanz
25.-26.9.1998

Naturschutztage

Naturschutz im Lichte der Agenda 21
5.-7.11.1998

Biotopeverbund im besiedelten Raum

19. Jahrestagung der bundesweiten Arbeitsgruppe Biotopekartierung im besiedelten Raum

Info: ANU, Carlstr. 169, 24537 Neumünster,
04321/9071-0

28.-29.11.1998

Warum brauchen wir Nationalparke

Info: Guf Sunder, 29308 Winsen/Aller,
05056/970111

3.-5.9.1998

Wintersport und Naturschutz

11.11.1998

Gentechnik und Naturschutz

Info: Bayerische Akademie für Naturschutz, Pf.
1261, 83406 Laufen, 0868963-0

Landeslehrtätigkeit für Naturschutz

18.-25.9.1998

Naturkundlicher Herbstkurs im Müritzer Nationalpark

6.10.1998

Das Landschaftsbild als Schutzgut und seine Bewertung

20.-21.10.1998

Kies- und Sandabbau und Naturschutz

in Mecklenburg-Vorpommern

3.11.1998

Nationalparke als regionale Entwicklungsfaktoren

11.11.1998

Artenschutz, Ökosystemschutz, Prozeßschutz

Infos: Landeslehrtätigkeit für Naturschutz, Am
Teufelsbruch 1, 17192 Waren, 03991/663292

Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz
23.-24.11.1998

Blaue Listen - ein (neues) Erfolgskonzept im Naturschutz

Termin ?

8. Schneverdinger Naturschutztag

Infos: NNA, Hof Möhr, 29640 Schneverdingen,
Tel.: 05199/989-0, Fax: 05199/989-46

12.11.1998 in Husum

Tagung "Naturschutz und Tourismus"

Infos: WWF Projektbüro Wattenmeer, Norderstr. 3, 25813 Husum, 04841-62073

14./15.11.1998 in Stralsund

2. Deutsches See- und Küstenvogelkolloquium

Info: LAUN, Dr.U. Köppen, Wampener Str., 17498
Nauenkirchen

Anmerkung der Redaktion

Gerade in einer Zeit, wo Naturschutz nicht gerade dem Zeitgeist entspricht, hätte der Naturschutztag Zeichen setzen können. Stattdessen geht der Naturschutz in die Defensive und verläßt sich auf die Naturschutzbehörden und Gesetze, die allerdings gegen den Willen der Bevölkerung auch den Kürzeren ziehen. Wir brauchen neue Konzepte im Naturschutz jenseits von Schutzgebieten, Aufkaufen von Land und Entschädigung von Nutzergruppen. In der nächsten Ausgabe der Ö-Punkte wollen wir daher ein wenig den Stand des Naturschutzes beleuchten, Prognosen wagen und vor allem positive Entwicklungen, Ideen und Konzepte vorstellen. Wer sich hier mit eigenen Beiträgen beteiligen möchte, melde sich bitte bei der Redaktion.

Der Tip:

Handbuch Angewandter Biotopschutz - dick und recht teuer ist es, aber das lohnt sich auch. Umfangreiche Sammlung für den praktischen Biotopschutz, mit ökologischen Grundlagen, Kartierungs- und Planungsmethodik, Durch- und Umsetzung einschl. Rechtsfragen und Finanzierungstips, Kartierungsbögen, Gesetzestexte und Beispiele. Die Loseblattsammlung wird z. Zt. halbjährlich aktualisiert.

Ca. 1100 S., 2 farbige Ordner, 178 DM (bei Abo der Nachlieferungen)



Themenredaktion "Tierschutz - Tierrechte - Tierbefreiung (TTT)"

Briefe:
RAGE c/o Umweltzentrum, August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld
Fax & Telefon:
TUN e.V. (Hans-Jürgen Lutz): 06195 / 65118
xhumer@geocities.com

TUN-Infoschriften

• Tiere im Zirkus
• (Strategien der & gegen die) Vogeljagd in Italien
Jeweils gegen 3x1 DM
Briefmarken bei TUN e.v.,
Postfach 1420, 65764
Kölkheim

"Datenbank Tierversuche" im Internet

www.tierrechte.de/datenbank/
Vereinigung "Ärzte gegen Tierversuche" e.V.,
Nußzell 50, 60433 Frankfurt/Main Fon 069-519411,
Fax 069-519507,
www.tierrechte.de/Aegj/
Internetsellen gegen Zensur: <http://www.index-censorship.org>
<http://www.fff.org/Blue-Ribbon/>
<http://www.radio4all.org/anarchy/black.html>
<http://environment.org/greenribbon/>
<http://gegenzensur.home.pages.de/>

Neue Datenbank über Tierversuche in Deutschland

Der Bundesverband der TierversuchsgegnerInnen und die Vereinigung "Ärzte gegen Tierversuche" haben eine "Datenbank Tierversuche" eingerichtet. Unter der Internet-Adresse "<http://www.tierrechte.de/datenbank/>" können kostenlos allgemeinverständliche Informationen zu annähernd 100 grausamen Experimenten an Affen, Hunden und Katzen, abgerufen werden. Nach Aussagen der TierversuchsgegnerInnen soll diese Datenbank dazu dienen, die Diskussion um Tierversuche voranzutreiben. Sie enthält neben den Versuchsbeschreibungen auch Detailangaben wie die Namen und Institute der Verantwortlichen, tierfolternden "WissenschaftlerInnen". Der Abruf der Informationen ist jeder und jedem Möglich, der/die Zugang zum World-Wide-Web besitzt. Neben privaten Computern bieten sich auch öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken, Universitäten und Schulen für die – hier meist kostenlose – Nutzung an. Die Versuchsdokumentationen werden laufend aktualisiert und um Versuche mit weiteren Tierarten ergänzt. Zu einem späteren Zeitpunkt wird das Material auch in gedruckter Form erscheinen.

Uni Bochum zensiert Tierrechtsinitiative

Die Tierrechtsinitiative an der Ruhr-Universität Bochum ist seit Oktober letzten Jahres im Internet vertreten. In den Seiten werden u.a. Aktionsformen gegen die Jagd vorgestellt und erörtert, es wird über Beweggründe von autonomen TierschützerInnen geschrieben, eine Nerzbefreiung aus einer "Pelztierfarm" in Goch wird dokumentiert und vieles mehr (Tiermissbrauch im Studium, Veganismus, Zirkus und Tiere, Tierversuche, Pelz usw.). Es dauerte nicht lange bis aus einer Tageszeitung zu entnehmen war, daß der Präsident des Landesjagerverbandes Nordrhein-Westfalen und des Deutschen Jagdschutzverbandes, Constantin v. Heereman (Ex-Präsident des deutschen Bauernverbandes, CDU Mitglied, nat. auch Bundesverdienstkreuzträger) sich empört beim nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium beschwerten wollte, daß von einem Universitätsrechner aus zur Jagdsabotage (JS) aufgerufen werde. Als Resultat wurde der Tierrechtssini mit der Sperrung der Internetseiten durch den Uni-Kanzler gedroht, sollte der JS-Reader nicht binnen einer Woche vom Server der Universität genommen werden. Interessanterweise wurde zeitgleich der polizeiliche Staatsschutz gegen das Aktionsbünd-

nis gegen Jagd "wegen Aufruf zur Jagdsabotage" aktiv (uebrigens: in NRW ist Jagdsabotage offiziell eine Ordnungswidrigkeit, vergleichbar mit Falschparken). Der Reader wurde entfernt und einige Zeit später auf einem anderen Server von Dritten wieder in das Internet gehängt. Dorthin verwies wenig später auch ein Link von den Seiten der Tierrechtsinitiative. In der ersten Juliwoche wurde der Internetzugang der Tierrechtsinitiative, die bis dahin unter <http://www.ruhr-uni-bochum.de/tierrechtssini> zu erreichen gewesen war, gesperrt, mit der [angeblichen] Begründung, die Seiten der Ini sowie gelinkte Seiten würden offensichtlich rechtswidrige Inhalte aufweisen. In dem Begründungsschreiben wurde nur von "verschiedenen Artikeln" gesprochen. Bezeichnend ist zusätzlich, daß auch gelinkte Seiten, wie z.B. der Jagdsabotagereader, der sich auf einem universitätsfremden Server befindet, als Begründung zur Zensur der Seiten hinzugezogen werden. Vor einiger Zeit gab es in den USA eine Kampagne gegen Zensur im Internet. Damals waren auch auf vielen deutschen Web-Seiten die blauen Schleifen dieser Kampagne zu sehen. Vielleicht habt auch ihr damals diese Kampagne beobachtet. Sollte für euch die Freiheit des Internet auch heute noch etwas mehr bedeuten als zwischen MyWorld und Otto Versand wählen zu können, ist jetzt die Zeit sich zu engagieren. Bitte setzt einen Link auf die zensierten Web-Seiten der Tierrechtssini: "<http://www.free.de/tierrechtssini/>". Bitte macht außerdem eurem Ärger Luft, indem ihr euch bei der Uni Bochum beschwert und eine sofortige Entsperrung der Seiten der Tierrechtssini verlangt: Ruhr-Uni Bochum, Rechenzentrum, 44780 Bochum, E-Mail: "webmaster@ruhr-uni-bochum.de", Fax: 0234-7094-214. Wir bedanken uns jetzt schon für eure Hilfe! – T.U.G. – Tierrechtssini-Unterstützungs-Gruppe.

Jagen & Angeln sind kein Naturschutz...

... sondern blutiger Sport, Hobby oder "Leidenschaft" machtigerer Menschen, sehr überwiegend Männer (ca. 95%), die sich mit diesem Morden ihre angebliche Überlegenheit über nichtmenschliche Tiere beweisen wollen. Dies erfahren besonders die Menschen, die sich bei Jagden vor die Gewehre der JägerInnen stellen und mit ihrem Körper die Jagd "sabotieren".

Diese – von Seiten der JagdsaboteurInnen – sehr friedliche direkte Aktion, fand auch Anfang August bei einer großen Jagd auf Rabenkrähen in der Umgebung von Kamp-Lintfort im rot-grün regierten NRW statt. Ungefähr 60 JägerInnen versammelten sich dort und lauerten weitflächig verteilt, auf Feldern und unter Bäumen, wunderschönen Raben und Tauben auf, die in der Abenddämmerung ihre Schlafplätze ansteuerten. Von 19 Uhr bis spät in die Nacht knallten die Gewehre und regnete es Bleischrot, denn nur einzelne JägerInnen konnten – da es so viele waren – am Morden gehindert werden. Auf Nachfrage an einen Jäger, warum er mit einem Gewehr Tieren auflauert, kam die Antwort: "Es macht mir Spaß". Die "wissenschaftliche" Untermauerung dieses "Spaßes" betreiben selber jagende Gutachter wie Heribert Kalchreuter oder z.B. die vom Land NRW und dem Landesjagdverband gegründete "Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung". Füchse sollen Schuld sein am Verschwinden der Hasen, Enten verschmutzen angeblich die Gewässer, Raben gefährden angeblich andere Singvögel, Tauben essen Getreide,...; Auf all diese "Verbrechen", steht nach Ansicht der Jä-

gerInnen die Todesstrafe. Daß Hasen durch Gifte aus der Landwirtschaft unfruchtbar werden, daß die Gewässer durch Gülle aus der sogenannten "Tierproduktion" vergiftet werden, daß Singvögel aufgrund des Treibhauseffektes aussterben, all dies interessiert nur am Rande, denn die Mit- oder Hauptverursacher dieser tatsächlichen "Verbrechen", sind oft Jäger. Und beim Taubenjagdtag oder der Gesellschaftsjagd im Staatsforst, treffen sich dann Tierzüchter Müller, Staatsanwalt Meier, Daimler-Benz Manager Schmidt und Politiker Schulz und überlegen gemeinsam, was denn gegen die lästigen JagdgegnerInnen getan werden könnte. Helft mit dieses mörderische Treiben zu beenden! Ab ca. Mitte Oktober finden fast überall Gesellschaftsjagden statt. Auf Feldern müssen bei Treibjagden Hasen, Fasane, Tauben, Füchse,... um ihr Leben fürchten, im Wald überwiegend Rehe und Wildschweine. Dadurch das ihr die Tiere vor Jagdbeginn aus dem Jagdgebiet, z.B. ein Feld, vertreibt, oder indem ihr euch vor die Gewehre stellt, könnt ihr die Jagd effektiv be- oder verhindern! Mischt euch ein, laßt die Tiere nicht allein – Alle Tage Jagdsabotage!



CHARLES RIVER – einer der weltgrößten "Versuchstier"- Lieferanten

Eine Kampagne will die an Tierversuchen Beteiligten aus ihrer Anonymität zeren. Am 25. Juli 1998 fanden unter dem Motto "Wo das Leid beginnt" zeitgleich Mahnwachen vor allen drei deutschen Niederlassungen der Firma CHARLES RIVER (weltgrößter Lieferant von Versuchstieren) statt: In 32699 Extertal, in 88353 Kißlegg und in 97633 Sulzfeld. Woher kommen eigentlich die Versuchstiere – fragen sich sicher viele Menschen angesichts eines "Verbrauchs" von 1.509.619 Wirbeltieren allein in der Bundesrepublik im Jahre 1996. Diese offiziell bekanntgegebene Zahl ist nur ein Teil der tatsächlich in den Labors von Industrie

und Wissenschaft umgekommenen Tiere. Ein Großteil wird statistisch nicht erfaßt, z.B. jene Tiere, die für Ausbildungszwecke oder für die Herstellung von Impfstoffen u. Seren u.a.m. verwendet werden. Ebenfalls nicht gezählt werden jene Tiere, die bereits in den Zuchtbetrieben getötet werden, weil sie nicht verkauft werden können. Die Versuchstierzüchter müssen, um konkurrenzfähig zu sein, jederzeit jede gewünschte Tierart liefern können. Das bedeutet eine ständige Überproduktion von Tieren. Auch für die Haltung gelten immer wieder die Gesetze des Marktes: Aufzucht der Tiere auf dem Raum ihrer eigenen Körpergröße, Verletzungen durch scharfkantige Gitterböden oder Latenrose, generelle Minimalversorgung – um nur einige der systemimmanenten Merkmale aufzuzählen. Einer der WELTGRÖSSTEN LIEFERANTEN ist CHARLES RIVER mit einem verzweigten Netz von Tochterfirmen. Im Versandkatalog für

Deutschland werden in erster Linie Hühner, Mäuse, Kaninchen, Ratten und Minipigs (Minischweine) angeboten. Je nach Bedarf können die gewünschten Tiere gentechnisch verändert, haarlos, trächtig oder mit Veranlagungen zu bestimmten Krankheiten bestellt werden. Das Ziel der Zusammenarbeit der 34 Vereine ist es, die gesamte Versuchstierindustrie – die Züchter, die Zulieferer für Käfige, Bändigungsapparate und andere Gerätschaften, die speziellen Futtermittelhersteller und die Experimentatoren selbst aus der Anonymität heraus an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Wir beginnen mit unserer Kampagne bei den Versuchstierzüchtlern. Hier beginnt der Kreislauf des Leidens für Millionen Tiere von der Aufzucht ohne jegliche Möglichkeit zu artgerechtem Verhalten, über den Transport in anonymen Fahrzeugen bis zur Hölle der Mehrfachversuche und der letztendlichen "Entsorgung" als Müll.

Millionenfache Qual – neue Legebatterien in Planung

Über die geplante Legebatterie für 800000 Hennen in Neubukow/Mecklenburg wurde in den letzten Ö-Punkten berichtet. Die Eier-Firma "Ehlego Landkost GmbH" (Herr Egon Ehlenberger, An der Bleiche 12, 55234 Bechtholtshausen) hat diese Zahl noch überboten. Auf einem ehemaligen Nato-Gelände im südwestpfälzischen Hinterweidenthal will sie eine Tierqualanlage mit 1200000 (1,2 Millionen!) Hennen bauen. Hinter der Firma Ehlego steckt der Seniorchef und einer der vier Geschäftsführer Egon Ehlenberger, der die Verhandlungen in Hinterweidenthal führt. An fünf Standorten läßt Ehlego schon Hennen qualvoll ihr Dasein fristen: Gimsheim/Rhein (Kükenaufzuchtstation), Altenstadt/Oberbayern, Hofgeismar/Kassel, Niederweidbach/Giessen und Roggosen/Cottbus (1,2 Millionen Hennen, Pasteurisierung, Nudelfabrik). Ehlego verkauft Eier z.B. an Aldi-Nord, Marktkauf, Plus und Tengelmann. Ehlego hat ausschließlich Käfighaltung, bis auf die Kükenaufzuchtstation in Gimsheim, für die Hennenküken aus Brütereien in Deutschland und den Niederlanden eingekauft werden. Ei ist Quälerei! Denn auch in Freiland, Boden-, oder was sich Marketing-Strategen sonst noch an Haltungsformen ausdenken, sind männliche Küken nicht "benutzbar", und werden nach dem Schlüpfen aussortiert und vergast oder zerstampft.

Infoquellen

Tierrechtsinfos, Flugblätter, vorlagen, vegane Rezepte und vieles mehr gibt es auch im Internet. Wenn mensch bestimmte Informationen benötigt, bieten sich Suchmaschinen (z.B. lycos, altavista,...) an.

Hier aber nun einige direkte Adressen:

vegan welt (infos, bilder, termine, rezepte...) <http://www.vegan-welt.de/>

die TierbefreierInnen e.V. (neugkeiten, viele links, termine, magazin) <http://www.tierbefreier.de/eV/>

moai-für tierrechte, gegen speziesismus (viele Tierrechtsthemen-Infos, Tierliche Produkte, Flugblätter,...) www.tierrechte.de/moai

Aktionsbündnis gegen Jagd (Infotexte, Bilder, geschilderten, Abzweige zu Jagd & Jagdsobotage): www.geocities.com/rainforest/2078/

Bundesverband der TierversuchsgegnerInnen-Menschen für Tierrechte e.V. (Viele Infos gegen Tierversuche...) www.tierrechte.de

Tierrechts-Initiative RUB (Tierversuche im Studium, viele Themeninfos, Zirkus, Jagd, Tierbefreiung) <http://www.free.de/tierrechtsini/>

Voice (magazin, termine, fotos, links) http://ourworld.compuserve.com/nomepores/voice_zine/

GREENist

Lesestoff Die Eule



"Gegengift – zeitschrift für tierisches und für schwarzgrünes chaotikum", nummer 1

Ein Neues Zeitungsprojekt aus Berlin. Enthalten sind ein bericht zur Demo gegen Hagenbecks-Zoo in Hamburg, das BLAUE WELT archiv, kein mensch ist illegal, Widerstand gegen die A4 in Polen, Food not Bombs, Demohinweise, Adressen, Aktionsdokumentation, ... - Aus Zeitmangel hier leider nur Kurzinfos – just read it! Gibt es für 3 dm + 1,50 Porto bei: "Gegengift", c/o infoladen M99, Mantuffelstr. 99, 10997 Berlin

"Für eine Politik ohne Angst – AGRESSION IN ANTIFASCHISTLAND"

Eine Broschüre (in Deutsch) von "AntispeziesistInnen" (Schublade 1) aus Frankreich, mit der mensch sich kritisch auseinandersetzen kann. Entstanden aufgrund von Auseinandersetzungen mit deutschen "AntifaschistInnen" (Schublade 2) auf einem internationalen Treffen, enthält sie Texte von beiden Seiten, gibt interessante Denkanregungen und Einblick in eine "andere", "französische" Sichtweise und "deutsche Repression". Da der Bezug auf Peter Singer teilweise sehr unkritisch ist, empfehlen wir hier auch das Video "Der Pantwitzblick" (gibt es in Bibliotheken), in dem sich Singer als "Euthanasie-Befürworter" outet. Die Unterdrückung der Tiere kann mensch auch ohne Prominente, angebliche "szene-Päpste", erkennen, und Antispeziesismus hat Singer nicht erfunden. Und nicht alles ist schwarz/weiß. Bekommen könnt ihr die Broschüre bei dem "Comité la manipulation verbale", c/o ROB, 20 rue Cavenne, 69007 Lyon, Frankreich"

"die Eule – für unbeherrschte Verhältnisse" Nr. 5, Sommer 98, 84 Seiten

U.a.: Max Horkheimer: der Wolkenkratzer, Für das Ende der speziesistischen Konsequenz, Vergewaltigung in der Tierrechtsszene, Mach dir die Erde untertan, Reclaim the Streets!, GANDALF-Prozeß, Widerstand gegen geplanten Flughafenausbau in Ffm, Wir brauchen eine neue Tierrechtszeitung!, Aus dem Bilderbuch der Geschichte: Ahaus 2005 ... Kostet als Einzelheft 6 + 1,50 Porto, ab 5 Exemplaren 5/Stück + Porto, ab 20 4,50/Stück + Porto. Adresse: VOR (Jugendumweltgruppe), c/o "Langer August" e.V., Braunschweigerstr. 22, 44145 Dortmund

"GREEN ANARCHIST – for the destruction of civilisation", No. 52 Summer 98

Eine grün-anarchistische Zeitung aus England. Inside: Übersichten ("Diary") über Aktionen aus den Bereichen Tierbefreiung, Verteidigung der Erde, Widerstand in den Städten ("community resistance"). Infos zum GAandALF-Prozeß, bei dem MacherInnen des Green Anarchist und Sprecher der Animal-Liberationfront UnterstützerInnen-Gruppe wegen "Verschwörung" angeklagt wurden Texte über culture & community, anarcho-primitivism,... Gewürzt ist das Ganze mit Kurzberichten (z.B. Selbstverteidigung gegen ReiterInnen), Vorstellungen von Büchern und ausgewählter Musik (z.B. "black Kronstadt"), Kontaktadressen ... Zu bekommen ist der GreenAnarchist über die Eule-Adresse für den Gegenwert von einem englisches Pfund in DM + 1,50 Porto.

Hochsitz zu Brennholz verarbeitet (dieser Text wurde von Unbekannten zugesandt)

» schon lange störte uns und die tiere der feudalhochsitz zwischen bad soden, altenhain und kelkheim. stets war er feinsäuberlich abgeschlossen. stets wurde er wieder mittels zahnstochern versiegelt, so daß der killerjäger immer wieder sein eigenes schloß aufbrechen mußte, aber an einem kühlen juliabend beendeten wir, die gruppe "sägende zellen", das spielchen. nach längerer arbeit fiel die schießbude endlich unter ächzen und knarren. im umfeld der schießfreunde, auch jäger oder lustmörder genannt, war zu vernehmen, daß man die "schmach" nicht an die presse melden solle. da ansonsten nachahmer erzogen würden, außerdem wolle man die killerbude september/Oktober wieder aufbauen. nur zu! die "sägenden zellen" freuen sich schon auf neue arbeit – schließlich muß für den winter vorgesorgt sein – brennholz aus hochsitzholz soll das beste seiner art darstellen. «

AktivistInnen der "A.L.F." befreien 6000 Nerze

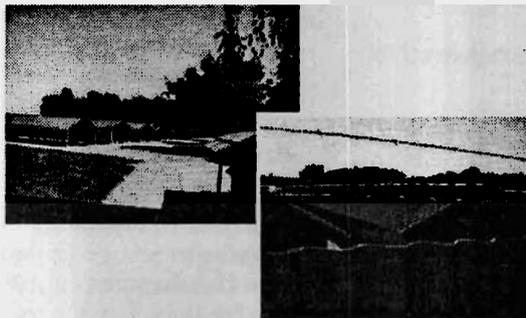
TierbefreierInnen öffneten auf einer Zuchtfarm in Südengland die Käfige von über 6000 Nerzen. Der Züchter war zunächst ahnungslos – erst als sich Nachbarn über viele Nerze in ihren Gärten und Äckern bei der Polizei beklagten, wurde er



alarmiert. Diese Form der Befreiung wurde auch in Finnland und Schweden schon durchgeführt. Allerdings nur in ländlichen Gegenden ohne große Straßen, die eine Todesfalle für die Nerze werden könnten. Der Züchter von Crewhill (so heißt die Farm), das bei Ringwood in der Grafschaft Hampshire liegt, denkt ans dichtmachen.

Seehundschutz in Schleswig-Holstein "verbessert"

Schon lange gibt es Bestrebungen, den Schutz der Seehunde im Holsteinischen Wattenmeer zu verbessern. Dieser Tage verpflichteten sich nach langem öffentlichen Druck TierrechtlerInnen & SchützerInnen die Sportbootfahrer "freiwillig", einen Abstand von lächerlichen 500 m zu den Seehundbänken zu halten. Die Tierrechtsorganisation TUN protestiert und bittet die LeserInnen der **ö-punkte**, sich am Protest zu beteiligen. Protestieren z.B. bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung, Ministerium für Natur und Umwelt, Grenzstraße 1-5, 24149 Kiel; tel. (0431)219-203, Fax 219-209.



Fotos Peitzfarm in Orsbach (siehe Termin am 17.10.1998)

Vogelmord in Italien - Herbstexpedition dagegen

Zum Erscheinungstermin der **Ö-punkte** ist beginnt sie: Die italienische Vogeljagd. Aus blutiger Tradition beginnt sie in diesem Jahr am 20. September. Über zwei Millionen Jäger werden auch in dieser Jagdsaison wieder über 335 Millionen Sing- und Zugvögel fangen, quälen, ermorden.

Die ermordeten Vögel landen meist nicht im Kochtopf oder in der Pfanne, sondern man will mit den toten Tieren Orden und sonstige "Auszeichnungen" erlangen. "TUN" hat die wichtigsten Varianten nach 16jähriger Erfahrung zusammengefaßt: Rocolo-Methode: Mittels ausgefeilter Technik, Hilfsmitteln und raffinierter Methoden wird der fast komplette Vogelschwarm in ein riesiges, rundes, getarntes Netz gelockt. Bressani-Methode: Mittels ohrenbetäubenden Lärms (Raseln, Blechdosen, usw.) scheucht der Vogelkiller den Schwarm ebenfalls ins Netz (variante des roccolo, s.o.). Prodina-Methode: Über eine lange Buschreihe wird Mittels einer riesigen Feder der komplette Schwarm gefangen. Archetti-Methode: Eine Schlingfalle wird mit Futterbeeren so geschickt beschickt, daß der Vogel, der lediglich einen Ruhe- und Rastplatz sucht, unweigerlich darin gefangen wird. Capanni-Methode: Aus einer gut getarnten Hüt-

Zirkus ohne Tiere! - Arbeitsgemeinschaft und Infoblatt

Mehrere Tierrechts- und Tierschutzgruppen haben sich zu einem lockeren Bündnis mit dem Namen "Bundesarbeitsgemeinschaft Zirkus" zusammenschlossen. Der Name "Zirkus ohne Tiere" und auch die Forderung generell "tierfreier" Zirkusse fand keine Mehrheit (?). Geplant ist allerdings, sämtliche in der Bundesrepublik auftretenden über 200 Zirkusse mit Tierbestand, Heimanschrift, Autokennzeichen und vielen weiteren Daten in Kürze ins Internet zu stellen, damit diese für Interessierte erreichbar sind. Oftmals ist selbst TierschützerInnen oder Tierrechtlern viel zu wenig bekannt, was mensch machen kann, wenn ein Zirkus mit Tieren in die Stadt kommt. Deshalb haben zwei Menschen die sich seit Jahren mit dem Thema "Tiere im Zirkus" befassen, ein mehrseitiges Informationsblatt erstellt, das die Tierrechtsorganisation "TUN" herausgebracht hat. Darin stehen wertvolle Tips, die auch von Laien leicht umgesetzt werden können. Die Informationsschrift (3x1Dm in Briefmarken) und auch weitere Infos zur BAG Zirkus sind bei TUN erhältlich.

ö-termine

16. September 1998, 20 Uhr
TUN referiert & diskutiert zum "Internationalen Tag zum Schutz der Ozonschicht". Wintergarten des Restaurants "Zum Löwen", Hauptstraße 16, Kellheim.

19. September 1998, 12.30 Uhr
"... stören wir die Jagd 98" in Leipzig
Lautstarker Protest gegen die große Jagdmesse im Agra-Messepark Marktkleeberg, Leipzig. Treff Haupteingang. Da im letzten Jahr Ärger bei der Anmeldung der Demo, Tierrechtsinfotelefon wegen eventueller Änderungen anrufen.

20. September 1998
Beginn der Vogeljagd in Italien
Über 2 mio Jäger wollen wieder Millionen Sing und Zugvögel fangen, erwürgen, erschließen, oder in sonstigen Varianten töten. TUN wird auch dieses Jahr wieder vor Ort sein.

21. September 1998, 19 Uhr
Warum haben Parteien und Gewerkschaften nicht nur im Tierschutz versagt?

Vortrag/Diskussion mit Adrian Leverkühn in der "Volta-stubb" (Voltastraße 60, Frankfurt/Main), info: TUN

26. September 98 in Speyer
Tierrechtsfestival
Mit ca. 8 Bands, u.a. auch eine Vegan Band aus den USA. Ab 12 Uhr mittags gibt es einen Tierrechtsmarkt, u.a. mit den tierbefreien. Die Eintrittskarte für das Festival kostet 18,- DM.
Ort: Pfalzhalle 101

Info: Radix Versand: 0 62 33 / 31 94 34
Mensch Tier Umwelt - Aktionstag der Gruppe "KRAUT" im kurt-esser-haus in Koblenz. Ab 13.30 Uhr Vorträge über: Praktischen Umweltschutz, Atomwirtschaft in D, Globalisierung, Tierrechte, Veganer Kochkurs, Filmvorführungen & veganes Essen für alle Teilnehmenden, eintritt frei! Ab 20 Uhr Konzert: Live-Perussion & WEED KILLERS, Unkostenbeitrag 3,- DM Kontakt: KRAUT c/o Asta FH Koblenz, Finkenherd 4, 56070 Koblenz

4. Oktober 1998
Wolffierschutztag
Ü.a. Treffen mit anderen TierrechtlerInnen, Organisationen, SympathisantInnen. 13 Uhr im und am Wasserturm von Bad Soden (hessen).

10. Oktober 98 in Frankfurt
Demo gegen Tierversuche
Beginn: 11.30 Uhr, Treff: Alte Oper
Info: Aktionsgemeinschaft gegen Tierversuche Frankfurt und TVG-BRD e.V

Ab dem 15. Oktober
beginnen überall große **Gesellschaftsjagden** (von ca. 15 bis über 100 Jäger(innen)). Im Visier sind Hasen, Fasane, Tauben, Füchse... später Wildschweine, Rehe ... Stopp das Morden - save the wild - Jagdsabotage!

17. Oktober 98 in Aachen-Orsbach
Demo gegen Peitzfarm
Beginn: 14.00 Uhr. Treffpunkt: Am Inforstand in Aachen um 13.00 Uhr (Ort wird noch bekanntgegeben) oder in Orsbach vor der Kirche (es gibt nur eine) um 14.00 Uhr. Die Peitzfarm in Aachen-Orsbach ist eine der größten Nerzfarmen in Deutschland. info: tvg_aachen@tierrechte.de

24. Oktober 1998, 12 Uhr
Bundesweites Treffen "Zirkus ohne Tiere"
"Bundesarbeitsgemeinschaft Zirkus", Hauptbahnhof Mainz, Kolleg des Bahnhofrestaurants. Info: tun.

Aktuelle & offizielle (Demo-, Veranstaltungs-) Termine gibt es beim Tierrechts-infotelefon. TierquälerInnen hören mit!

Termine abrufen: 02 08/59 34 02
bekanntgeben: 02 08/59 34 00
zufahren: 02 08/59 34 00

Leistungsförderer in Futtermitteln

Von 45 Mineralfutterherstellern in Deutschland mit Mitgliedschaft im "Fachverband der Futtermittelindustrie" nahmen 25 an der vom BUND Baden-Württemberg in Auftrag gegebenen Untersuchung "Leistungsförderer in Futtermitteln" teil. Von ihnen verzichteten 1997 lediglich vier, von 1998 an fünf Firmen vollständig auf den Einsatz von Leistungsförderern (Antibiotika oder chemisch synthetisierte Leistungsförderer). Die Mehrzahl der befragten Firmen bietet ein oder mehrere Futtermittelsorten ohne Leistungsförderer an, weitere mischen nach Wunsch. Die Produktion erfolgt allerdings nur in einer dieser Firmen in einer separaten Anlage. Um auf Leistungsfördererfreiheit abgesichert zu sein, können Landwirte eine schriftliche Bestätigung der Futtermittelfirma anfordern. Derartige Versicherungen geben aber nur 17 der befragten Firmen heraus. Laut Untersuchung gibt die Mehrzahl der Firmen eine wachsende Nachfrage nach von Leistungsförderern freien Futtermitteln an. Dennoch umwirbt die Hälfte der Firmen ihre von diesen Stoffen freien Futtermittel nicht verstärkt.

Bibliographische Angaben: Minister, Matthias (1997): Leistungsförderer in Futtermitteln. Eine Umfrage bei Mineralfutterherstellern in Deutschland – Leistungsförderer kritisch betrachtet. 27 S.

Näheres und Bezug: Matthias Minister, Nikolausstr. 25, D-88696 Owingen. 25.- DM.



Geschäfte deutscher Biomilcherzeuger laufen gut

Die größten deutschen Biomilcherzeuger können eine steigende Nachfrage nach ihren Milchprodukten verzeichnen. Die höchste Erzeugungsmenge hat die Andechser Molkerei Scheitz GmbH mit 50 Millionen Kilogramm ökologisch erzeugter Milch jährlich. Hauptabnehmer sind Rewe (Marke Füllhorn) und die weiterverarbeitende Industrie, die u.a. Babynahrung und Diätlebensmittel mit der Biomilch herstellt. Ein Drittel der Milchmenge von Scheitz wird über den Naturkosthandel abgesetzt.

An zweiter Stelle, was die Erzeugungsmenge anbetrifft, steht die nordrhein-westfälische Molkerei Söbbecke GmbH & Co. KG OHG. Sie erfasst jährlich 15 Millionen Kilogramm, die zu 90 % über den Naturkosteinzelhandel an Stammkundschaft abgesetzt werden. Nur eine untergeordnete Rolle spielt die Belieferung von Tengelmann (Marke Natur-

Ökobiere auf dem Vormarsch

In ganz Deutschland gibt es derzeit 27 Ökobierhersteller, die nicht nur Zutaten aus ökologischer Erzeugung verwenden, sondern auch so weit als möglich ein ökologisches Gesamtkonzept verfolgen. Darunter fallen das Brauverfahren, die Verpackungsart und der meist regionale Vertrieb. Auf eine "Schönung" des Bieres wird ebenso verzichtet wie auf den Einsatz von Mitteln zur Haltbarkeitsverlängerung. Biobiere sind dennoch drei bis vier Monate haltbar. Mit ihrer überzeugenden gesamtökologischen Herstellung verzeichnen sie wachsende Marktanteile.

Die Verbraucher Initiative hat jetzt zum Biobier ein Falblatt mit dem Titel "Bier – Gerstensaft auf ökologische Weise" herausgegeben. Es kann für 4.- DM (Scheck oder Briefmarken) bei der Verbraucher Initiative bezogen werden.

Näheres und Bezug: Dr. Silvia Pleschka, Verbraucher Initiative, Breite Str. 51, D-53111 Bonn, Tel. 0228-72633-93, Fax -99

Plädoyer für klare Grenzwerte für Gentech" rückstände"

Nachdem bei einer in "natur" 4/98 vorgestellten Lebensmittelanalyse Spuren gentechnisch veränderter Organismen auch in Reformhausprodukten gefunden worden waren, meldeten sich Reformhausvertreter zu Wort. Ihrer Ansicht nach ist die Vermischung von Warenströmen "gezielte Strategie der Gentechnikanwender", um die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion zu erschweren. So ließen

sich Rückstände von Gensoja in Transportbehältern oder Maschinen kaum vermeiden. Von Reformwarenherstellern werde Gentechnik dagegen "weder bewusst noch fahrlässig in Kauf genommen", heisst es in der Mitteilung. Eine Produktkennzeichnung für Lebensmittel, die GMO (gentechnisch veränderte Organismen) enthalten, helfe hier nicht weiter. Eine solche Kennzeichnung führe dazu, dass Produkte, die bewusst mit Hilfe eines Einsatzes von GMO entstanden sind, nicht mehr zu trennen seien von denjenigen, bei denen darauf verzichtet wurde (,die aber später verunreinigt wurden). Statt dessen fordern die Reformhausvertreter klare gesetzlich definierte Grenzwerte und vergleichen dabei die Genverunreinigungen mit "unvermeidbaren Einträgen z.B. aus der Luft" in Form von Herbiziden oder Pestiziden.

Grosses Interesse an Fortbildung in handwerklicher Milchverarbeitung

Seit drei Jahren wird vom Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V. in Zusammenarbeit mit der Milchwirtschaftlichen Lehranstalt Gelnhausen/ Hessen ein Fortbildungslehrgang Landwirtschaftliche Milchverarbeitung angeboten. Zunehmender Beliebtheit erfreut sich dieser Qualifizierungslehrgang zum zertifizierten "Landwirtschaftlichen Milchverarbeiter". Innerhalb von zwei Jahren werden in etwa 450 Unterrichtsstunden theoretische und praktische Kenntnisse der Käseherstellung vermittelt. Sie bereiten gezielt auf die selbständige Führung einer Käserei als eigenständigem Betriebszweig hin.

In diesem Jahr beginnt der Fortbildungslehrgang im Oktober, die Teilnehmerzahl ist auf 15 Personen begrenzt.

Näheres: Marc-Albrecht Seidel, Verband für handwerkliche Milchherzeugung im ökologischen Landbau e.V., Hohenbercha 23, D-85402 Kranzberg, Tel. 08166-684218, Fax -6274

Baumsaataktionen in Südeuropa

In entwaldeten Gebieten Südeuropas wurden und werden in diesem Jahr innerhalb eines Projektes "Initiative Grüner Gürtel für Südeuropa" Tausende von Samen von Pionierpflanzen – Bäumen und Sträuchern – ausgebracht. Initiator der Aktionen ist der Japaner Masanobu Fukuoka.

Bei den Aussaataktionen werden die in Tonkügelchen pelletierten Samen ausgestreut und der Ton von Regenfällen aufgeweicht: Die Samen können keimen. Auf diesem Wege hat Fukuoka schon etliche Aktionen in Japan, Indien und afrikanischen Ländern erfolgreich durchführen können. Fukuoka ist Vertreter einer Form der Landnutzung, die ohne den Einsatz von Pestiziden, Düngung, Herbiziden, Pflügen und Monokulturen aus-

Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Immo Lünzer & Stephanie Graf
Stiftung Ökologie&Landbau
Weinstr. Süd 51
67098 Bad Dürkheim
Tel. 06322/8666, Fax 8794
graf@soeilde



Hinweis aus der Redaktion "Politik von unten":

Die Baumpflanzaktionen im Mittelmeerraum werden von der Sexistinnen-"Kommune" ZEGG durchgeführt. "Ködem" von umweltengagierten Menschen gehört zu den Hauptstrategien dieser Gemeinschaft.

Nähere Informationen zum ZEGG in der Broschüre "ZEGGismus" (hrsg. vom ASTA der FU Berlin)

DOCEA - Dokumentation europaweltlicher Ökolandbauliteratur

Die erste Phase eines Projekts zur europaweltlichen

literatur zum Ökolandbau durch computergestützte Literaturverwaltung ging Anfang 1998 zu Ende. Das Projekt namens DOCEA (Documentation Ecological Agriculture) war an der Universität Wageningen, Niederlande, angesiedelt und wurde von der DG VI (Generaldirektion VI - Landwirtschaft) der EU-Kommission unterstützt. Im Projektzeitraum wurden bestehende Möglichkeiten, Ökolandbauliteratur zu recherchieren, erfasst und ein Listenlieferdienst für die am Projekt europaweltlich Beteiligten sowie eine Internet-Seite eingerichtet.

Näheres: Henk Sijkhuis, Marija Dulzendstraal, Postbus 9100, NL-6700 HA Wageningen, Tel. +31-317-483052, Fax -484761, e-mail: Bluwpu-doc@secr.bib.wau.nl

kommen möchte. Schüler in den verschiedenen Ländern verbreiten jeweils das Wissen und kümmern sich um die Umsetzung.

Aktionen innerhalb des Projektes "Initiative Grüner Gürtel für Südeuropa" wurden in Griechenland, Italien und Portugal veranstaltet. Interessenten können sich jederzeit mitteilen.

Näheres: Zisula Courdaches, Rosa-Luxemburg-Str. 89, 14806 Belzig, Tel. 033841-30111 oder 017-4471104; Leila Dregger, Winsstr. 69, 10405 Berlin, Tel. 030-4429232 oder 0171-4133690

AgrarBündnis engagiert sich in Sachen Agenda 2000

Das AgrarBündnis mit insgesamt 20 Mitgliedsverbänden aus der Agraropposition, dem Tier- und dem Naturschutz hat auf seiner Jahreshauptversammlung am 18.5.1998 in Bonn seine Position zur Agenda 2000 abgesteckt. Einhellig wurde dabei festgestellt, dass eine pauschale Ablehnung der Vorschläge der EU-Kommission nicht gerechtfertigt sei. Die Gefährdung der Landwirtschaft durch die starke Weltmarktorientierung wurde jedoch ebenso kritisiert wie die Beibehaltung der Silomaisprämie bei gleichzeitig sinkenden Milchpreisen mit fehlendem Ausgleich für Grünlandregionen. Das bedeute, dass in diesen oft ökologisch sensiblen Gebieten ein finanzieller Ausgleich fehle und zugleich die Kulturlandschaft bedroht sei.

Auf der anderen Seite wurden Ansätze wie Bindung von Ausgleichszahlungen an ökologische Kriterien, die Staffelung von Prämienzahlungen je nach Einsatz von Arbeitskräften und die eigenständige Förderung ländlicher Regionen für gut geheißen.

Näheres: Friedrich von Homeyer, AgrarBündnis, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche, Tel. 05461-71386, Fax -71387

Agrarmanagement in Witzenhausen

Die Universität Gesamthochschule Kassel hat in Witzenhausen am Fachbereich Landwirtschaft, Internationale Agrarentwicklung und Ökologische Umweltsicherung einen neuen Studienschwerpunkt Agrarmanagement eingeführt. Er wird innerhalb des Diplomstudiengangs Ökologische Landwirtschaft angeboten, der mit einem Bachelor- und einem Mastersabschluss beendet werden kann. Interessenten für den Studiengang können sich kurzfristig bewerben.

Näheres: Dr. Hans Bichler, Universität Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 11, Steinsir. 19, D-37213 Witzenhausen, Tel. 05542-981510, Fax -981309, e-mail: bichler@wiz.uni-kassel.de

Informationssystem nachwachsende Rohstoffe

Um Fachleuten und interessierten Laien den Zugang zu Informationen über nachwachsende Rohstoffe zu erleichtern, hat das in Müllheim (Baden-Württemberg) ansässige Institut für umweltgerechte Landbewirtschaftung (IfUL) im Internet ein Informationssystem eingerichtet. Zugang erhält man unter <http://www.inaro.de>. Dafür arbeitet das IfUL mit der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Agrarökologie und Landbau in Zürich zusammen. Gesammelt werden Daten zu Anbau und Verwertung von Industrie- und Energiepflanzen überwiegend in Südbaden, der Nordschweiz und dem Elsaß. Aber auch aus anderen Gegenden in den drei Ländern sind Informationen zu finden. Ferner beantwortet das IfUL direkte Anfragen und vermittelt Kontakte.

Näheres: Michael Graftschmidt, Regine Peschers, Institut für umweltgerechte Landbewirtschaftung (IfUL), Auf der Breite 7, 79379 Müllheim, Tel. 07631/3684-62, Fax -30; email: iful.muellheim@t-online.de; <http://www.inaro.de>

Umstellung vor allem auf ertragsärmeren Standorten

An der Umstellung auf ökologischen Landbau in den neuen Bundesländern nahmen nach einer Untersuchung an der Universität Göttingen überwiegend Betriebe mit ertragsschwächeren Böden teil. 54 Betriebe in den neuen Bundesländern, die im Jahr 1991 auf ökologischen Landbau umgestellt hatten, waren wissenschaftlich begleitet worden. Alle Betriebe hatten im Rahmen des bis 1992 laufenden EG-Extensivierungsprogrammes umgestellt. Ackerbauern hatten eher finanzielle Vorteile von der Umstellung, während in Veredlungsbetrieben die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse sehr vom unternehmerischen Könn-

nen der Betriebsleiter und den Absatzstrukturen abhingen: Ein Großteil der Milch- und Fleischprodukte konnte nicht mit Ökozuschlag verkauft werden. Ohne Extensivierungsförderung wäre die Umstellung für einige Betriebe zu einem Minusgeschäft geworden - ein Grund dafür, weshalb nach Auslaufen des fünfjährigen Programms 23 % der Betriebe zu ihrer ursprünglichen Wirtschaftsform kehrten.

Näheres: Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Agrarökonomie, Platz der Göttinger Sieben 5, D-37073 Göttingen, Tel. 0551-392872

Positive Resonanz auf Ökoprodukte in Unikantine

Eine Untersuchung im Rahmen eines interdisziplinären Projektseminars unter 615 Studenten und Unibediensteten der Universität Hohenheim ergab, dass nahezu 90 % der Befragten eine Ergänzung des Speiseangebots um ökologisch erzeugte Produkte befürworteten.

Rund 46 % der Befragten wünschten sich eine Versorgung mit Gerichten aus diesen Produkten mehrmals pro Woche, ein Drittel hätte solch ein Mensaessen gerne gelegentlich und etwa 8 % einmal pro Woche. Weitere 14 % konnten die Häufigkeit nicht quantifizieren. Als Grund für den Verzehr von Produkten aus ökologischer Erzeugung wurde mehrheitlich der Gesundheitswert genannt. Nach der Zahlungsbereitschaft befragt nannten Studenten einen Mehrpreis von 30 bis 50 Pfennig akzeptabel, Unibedienstete wären bis zu 1.-DM mehr pro Ökogericht zu zahlen bereit.

Näheres: Klaus Bassermann, Universität Hohenheim, Institut für Agrarpolitik und Landwirtschaftliche Marktlehre (420), D-70593 Stuttgart, Tel. 0711-459-3342, Fax -2603; e-mail: basserma@uni-hohenheim.de



EU-Strategiepapier zum ökologischen Landbau

In der Unterabteilung Direktion D - Umweltqualität und natürliche Ressourcen - der Generaldirektion XI der Europäischen Kommission wird gegenwärtig ein Strategiepapier zur Förderung des ökologischen Landbaus erarbeitet.

Grund für die Erstellung des Papiers sind zum einen die Absichten der EU, innerhalb der GAP (Gemeinsamen Agrarpolitik) eine stärkere Berücksichtigung von Umweltbelangen umzusetzen, zum anderen aber auch die Mindererträge, die aus der ökologischen Wirtschaftsweise zu erwarten sind.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird im Papier eine Zielzahl von EU-weit ökologisch bewirtschafteter Fläche von 5 % bis

zum Jahr 2005 und 10 % bis zum Jahr 2010 genannt. Um dies erreichen zu können soll bei drei verschiedenen Bereichen angesetzt werden: Verbesserung der Anreize für Landwirte, auf ökologischen Landbau umzustellen - Stärkung der Marktstrukturen im ökologischen Sektor - Qualitätssicherung ökologischer Produkte.

Die endgültige Fassung des Papiers wird für Ende 1998 erwartet.

Näheres: Dr. Peter Billing, Europäische Kommission, Generaldirektion XI, Direktion D, XI.D.1 - Umwelt und Landwirtschaft, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel, Tel. +32-2-296-8671, Fax -8825, e-mail: Peter.Billing@dg11.cec.be

Stickstoffsteuer in Dänemark

In Dänemark gilt vom 1. August an ein neues Gesetz, das Abgaben auf Stickstoffdünger notwendig macht. Der zu entrichtende Betrag beträgt umgerechnet 1,31 DM je Kilogramm Stickstoff und ist monatlich von Herstellern und Vermarktern von Dünger mit mindestens zwei Gewichtsprozent Stickstoff an die Zoll- und Steuerbehörde des Landes zu entrichten. Importdüngemittel sind von der Besteuerung ausgeschlossen.

Neben diesem vom dänischen Parlament vor der Sommerpause beschlossenen Gesetz wurden zwei Betriebsmitteleinsatzbereiche gesetzlich neu geregelt. Zum einen wurden für Landwirte Stickstoffquoten eingeführt, bei deren Überschreitung Geldbußen zu entrichten sind. Die Quoten werden einzelbetrieblich in Abhängigkeit von Betriebsgröße, Tierbesatz, angebauten Kulturen, Vorrüchten, klimatischen Ver-

hältnissen und der Bodenbewertung festgelegt. Zudem müssen nach der Ernte mindestens 65 % der Fläche mit Zwischenfrüchten bebaut werden.

Zum anderen schreibt ein anderes Gesetz ab 1. September eine Abgabe auf antibiotische und sonstige Leitungsförderer vor. Sie beträgt umgerechnet zwischen 0,22 und 0,66 DM je Gramm Wirkstoff.

Quelle: BW agrar 31/1998, S. 6

Listen mit Pflanzenschutz- und Pflanzenstärkungsmitteln künftig von der BBA erstellt

Die Biologische Bundesanstalt (BBA) gibt als Folge des neuen deutschen Pflanzenschutzgesetzes künftig eine Liste mit Pflanzenschutzmitteln heraus, die konform mit der EG-Verordnung zum ökologischen Landbau, VO (EWG) 2092/91, sind. Da es Pflanzenschutzmittel geben kann, die zwar nicht in

Deutschland, aber einem anderen EU-Staat als Mittel für den ökologischen Pflanzenschutz eingestuft sind, müssen alle Mittel in der neuen Liste für den ökologischen Land- und Sonderkulturanbau geführt werden.

Eine weitere Liste veröffentlicht die BBA neuerdings auch zu Pflanzenstärkungsmitteln. Diese Mittel müssen nur registriert werden. Ist aber nach Einschätzung der BBA ein Pflanzenstärkungsmittel von seiner Inhaltsstoffzusammensetzung her wie ein Pflanzenschutzmittel zu behandeln, kann sie die Einstufung als nicht zulassungspflichtiges Mittel widerrufen. Darüber wird dann auch die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau, AGÖL, informiert. Zugleich ist eine Zusammenarbeit zwischen AGÖL und BBA im Hinblick auf Weiterentwicklungen in diesem Bereich ins Auge gefasst.

Näheres: Dr. Manon Haccius, AGÖL e.V., Brandschneise 1, D-64295 Darmstadt, Tel. 06155-2081, Fax -2083, e-mail: AGOEL@t-online.de, Internet: home.t-online.de/home/AGOEL/

Ökolandbau schafft Arbeitsplätze

Der ökologische Landbau kann bis zu 60 % mehr Arbeitsplätze schaffen als die konventionelle Landwirtschaft. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Untersuchung an der Fachhochschule Nürtingen.

Die Autoren der Wuppertal-Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" hatten die These aufgestellt, daß durch die Umstellung auf Bio-Landbau bis zu 20 % mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Bioland-Bundesverband wollte mit der jetzt vorliegenden Studie klären, ob sich diese Annahme empirisch belegen läßt. Dazu verschickte die FH Nürtingen im vergangenen Jahr bundesweit Fragebögen an 1.000 Bioland-Betriebe. [...] 448 korrekt ausgefüllte Fragebögen konnten ausgewertet werden.

Das Ergebnis zeigt eindeutig, daß auf einem Biobetrieb deutlich mehr Menschen arbeiten als in der konventionellen Landwirtschaft: Die Zahl der auf den Höfen beschäftigten Arbeitskräfte stieg von 618 vor der Umstellung auf 1010 danach. [...] Der Grund für die Zunahme liegt in erster Linie darin, daß sich die Betriebe nach der Umstellung auch in neuen Produktionszweigen engagieren, wie beispielsweise im arbeitsintensiven Anbau von Sonderkulturen, vor allem im Obst- und Gemüseanbau [...]. Insgesamt hat sich die Zahl der fest angestellten Mitarbeiter mehr als verfünffacht (von 41 auf 215 Arbeitskräfte). Auch die Zahl der Auszubildenden verdoppelte sich auf den befragten Höfen mit der Umstellung.

Weitere Faktoren für den Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften sind der Einstieg in die hofeigene Verarbeitung und eine arbeitsintensivere Vermarktung. [...]

Tabelle 1: Zahl der Arbeitskräfte in verschiedenen Bereichen vor und nach der Umstellung

	vorher	nachher
Produktion	549	868
Verarbeitung	21	85
Vermarktung	36	262

Nicht zuletzt spricht auch die Zufriedenheit mit der Arbeit für den ökologischen Landbau: Rund 64 Prozent der befragten Bauern gaben an, daß sie nach der Umstellung zufriedener sind als vorher. [...] Es ist deshalb nur logisch, daß der Bioland-Bundesverband die Studie kürzlich gemeinsam mit der Industriergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt vorstellte. Seit 10 Jahren sei der ökologische Landbau "ein Motor für die Beschäftigung in den ländlichen Räumen", bilanziert Arnd Spahn, Abteilungsleiter Umwelt-Europa der IG Bau. Mehr als 2.000 Menschen arbeiten heute fest angestellt im ökologischen Landbau. [...]

Tabelle 2: Ökologischer Landbau in Deutschland (Stand: 1. Januar 1998)

Verband	Betriebe	Fläche in ha
Demeter	1317	47.592
Bioland	3.218	109.475
Biokreis Ostbayern	182	3.065
Naturland	1.023	47.178
ANOG	93	3.454
ECO VIN	200	896
GÄA	271	31.072
Ökosiegel	21	1.079
Biopark	468	107.251
AGÖL insgesamt	6.793	351.062

Das entspricht rund 2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland.

Ö-termine

1-210 In Gießen
Arznei- und Gewürzpflanzen
Themen: Anbau, Nacherntebehandlung, Züchtung, Qualität, Analytik, Verwertung und Vermarktung

Näheres: Inst. für Pflanzenbau, Ludwigstr. 23, 35390 Gießen, Tel. 0641/99374-60, Fax -49, E-Mail: stefan.bingel@agrar.uni-giessen.de

7-14.10 In Oeschberg und 4-11.11
Bio-Obstbau für Einsteiger und Interessierte
Einführungswoche incl. Exkursion und Flurbegehungen
Info: FiBL, Ackerstraße, CH-5070 Frick, Tel./Fax: +41-62-86572-72-73

9-10.10. an der Uhl Höhenhelm
Kurs zur Ziegenkäseherstellung
Näheres: Verband für handwerkliche Milcherzeugung im Ökologischen Landbau e.V., Höhenbercha 23, 75402 Kranzberg, Tel. 08166/684218, Fax -6274

27-30.10. in Herbstein
Einführung in die hofeigene Milchverarbeitung
Näheres: Verband für handwerkliche Milcherzeugung - (s.o.)

29-30.10. in Iserlohn
Die Agenda 2000
Positiv für Landwirtschaft und unsere Kulturlandschaft?
Näheres: Ev. Akademie, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn, Tel. 02371/352-150 Fax -169

18.-20.11.1998 in Herbstein
Frischkäse & Milcherzeugnisse - handwerklich hergestellt.
Näheres: Verband für handwerkliche Milcherzeugung - (s.o.)

20.+21.11. in Hofgelsmar
Agenda 2000
Weithandelsordnung und die EU-Agrar- und Strukturpolitik im Widerstreit
Näheres: Dierk Glitzenhirn, Schlösschen Schönburg, Postfach 1205, 34362 Hofgelsmar, Tel. 05671/881-0, Fax -154

22.-25.11. in Tutzing
Nachhaltiger Umgang mit Böden
Initiative für eine intern. Bodenkonvention
Näheres: Evang. Akademie Tutzing, PF 1227, 82324 Tutzing, Tel. 08158-2510, Fax 996444; internet: www.ev-akademie-tutzing.de

Autor des Testes zu Arbeitsplätzen

Andreas Greiner (gekürzt)

Die Untersuchung über Arbeitsplätze und Umstellung auf ökologischen Landbau kann gegen Einsendung von 18 DM in Briefmarken bzw. gegen einen Verrechnungsscheck bezogen werden beim: Bioland-Bundesverband, Gabriele Maier-Spohler, Postfach 349, 73003 Göppingen, Tel. 07161/9101213, Fax: 910127.



Sperrgrundstücke gegen Groß-Eingriffe

Eigentum verhindert...

Schon wieder planen Umweltzerstörer hier eine Flughafenerweiterung, dort ein Atommüllendlager sowie gleich mehrere wahnwitzige neue Verkehrsstrassen. Täglich finden sich Anlässe genug, gegen die Vernichtung von Natur und die Gefährdung von Menschen vorzugehen.

Autorin:

Jutta Sundermann
Obere Str. 41
27283 Verden/Aller
04231/9570

Viele MitstreiterInnen der großen Umweltschutzverbände verbringen beträchtliche Zeit an ihren Schreibtischen mit Stellungnahmen zu verschiedensten Umwelteingriffen. Der § 29 des Naturschutzgesetzes schreibt anerkannten Vereinigungen Beteiligungsrechte zu. Doch die Möglichkeiten, in diesem Rahmen wirklich etwas zu bewegen, gar größere Vorhaben wirklich zu verhindern, sind minimal. Meist bleibt es bei schriftlichen Bedenken und schriftlichen Abwägungen, die höchstens kleine Nachbesserungen bringen.

Andere UmweltaktivistInnen wählen einen vielfältigen Protest als Aktionsform: Demonstrationen, direkte Aktionen oder auch - viel bemüht und wenig bewegt - Unterschriftenlisten sowie Petitionen.

Hier sollen einige Kombinationen aus kreativem Widerstand und dem Ausreizen von gegebenen Beteiligungsrechten vorgestellt werden. Kombinationen, die die GegnerInnen "mit ihren eigenen Waffen schlagen" können. Denn böse Zungen behaupten schon lange anhand vieler Beispielen, daß Beteiligungsrechte vor allem UmweltschützerInnen beschäftigen sollen. Doch manchmal kommt es anders.

Foto:
Karriere eines ganz normalen Ackers: Auch das Fernsehteam berichtet über das "Osterfeld"

**Adressen:****Witzhave:**

"Menschen für Natur"
GbR mit beschränkter Haftung
Vera Pegels, Mölner
Landstraße 5, 22969
Witzhave, 04104/3852
Bürgerinitiative gegen
den Transrapid Witzhave e.V.
Karl Pirsch-Stelgerwald,
Oher Weg 38, 22969
Witzhave,
04104/6090

Gorleben:

Salinas Salzgut GmbH,
Hauptstr. 6, 29471 Gar-
tow, 05846/1208, Fax
979011
Vertrieb CARE Natur-
kost GbRmH & Co, Ru-
dolf-Diesel-Str. 30,
28876 Oyten,
04207/914426, fax 7185

Wittmund:

Osterfeld GbR, Regina
Beyer, Lehmweg 19,
26506 Norden

Kreis Gießen:

Institut für Ökologie,
Jörg Bergstadt, Lud-
wigstr. 11, 35447 Reiskir-
chen-Saasen,
06401/90328-2 fax -5

Scheitert der Transrapid am Nadelöhr?

Das Milliardenprojekt Transrapid findet weder bei UmweltschützerInnen noch unter SteuerzahlerInnen irgendwelche Fans. Dieses Verkehrsprojekt wird sich nicht rechnen, es bleibt Reichen vorbehalten, es killt einige andere, günstigere und ausbaufähige Bahnverbindungen und frißt Mittel für viele überfällige Investitionen im ÖPV auf. Die Bundesregierung scheint weiter wild entschlossen, dieses Projekt durchzuziehen.

In der kleinen Gemeinde Witzhave bei Hamburg ist jedoch eine BürgerInneninitiative auch wild entschlossen, dagegen an zu gehen. Sie gründete eine GbRmbH (Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit beschränkter Haftung), kaufte ein ca 2 Hektar großes Grundstück und läßt über 150 Menschen als EigentümerInnen dieses kleinen Stückchens Land eintragen. Sie setzt dabei auf zweierlei: "Jede denkbare Trassenführung des Transrapid" muß nach ihrer Überzeugung dieses Grundstück queren und in Deutschland ist Eigentum grundgesetzlich geschützt. Soll ein Großprojekt sich auch über Privatland erstrecken, beginnen langwierige Verhandlungen. Die BI erwartet, daß sich die Bauherren mit jeder einzel-

nen Person der GbR schriftlich und letztlich vergeblich in Verbindung setzen muß. Kommt es zu keiner Einigung, kann u.U., wenn die Interessen "der Allgemeinheit" als so schwerwiegend zu bewerten sind, ein Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Dagegen wollen und werden aber wiederum jede/r einzelne Eigentümer/in den Klageweg beschreiten. Die bunt gemischte Gruppe in Witzhave will den Transrapid so um Jahre verzögern oder zum Scheitern bringen.

Die BürgerInneninitiative, die die GbR schließlich ins Leben rief fand über 150 Einzelpersonen, die mit mindestens 100 DM Einlage EigentümerInnen des Fleckchens Erde wurden. Schließlich erwirkte sie auch einen Beschluß des Gemeinderates, daß sich die Gemeinde Witzhave an dem Grundstückskauf beteiligt.

Neue Streitform in der Anti-Atom-Bewegung

Gegen die Atomenergie gehen Tausende von Menschen auf die Straße. Der Widerstand ist bunt und vielfältig und nicht mehr zu übersehen. Schon lange scheuen sich die AKW-GegnerInnen nicht, auch vor Gerichten gegen die Atommüllagerung oder Demonstrationsverbote zu streiten. Doch mit der Salinas GmbH gehen sie einen neuen Weg:

Bei Gorleben bohrt die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) im unterirdischen Salzstock, um dessen Tauglichkeit als Endlager für hochradioaktiven Atommüll zu beweisen. Daß dieser Beweis kaum je erbracht werden kann, scheint sicher. Dennoch muß die Atomindustrie weiterforschen, um ihre AKW-Betriebsgenehmigungen nicht zu gefährden. Die sehen nämlich nach deutschem Atomgesetz den Nachweis eines Endlagers oder der Arbeit an einem Endlager vor. Ein Teil des Landes über dem Salz gehört seit jeher dem Grafen von Bernstorff, der als Atomkraftgegner bekannt ist. Ihm droht die Enteignung, damit das Erkundungsbergwerk - das übrigens 3, 5 Milliarden DM kosten soll und schon heute gigantische Ausmaße hat ("Vierspu-



Die Lage des Salzstocks bei Gorleben. Das "gräfliche Salz" liegt dicht beim Erkundungsbergwerk für das Endlager. Mehrere Stellen sind durch die jetzigen Salinas-Flächen geplant.

rige Autobahn unter Tage", so Salinas-Gründer bei der Besichtigung des "Nachbar-Stollens") - vorangetrieben werden kann. Doch wieder gibt es einen gesetzlichen Stolperstein für die Groß-PlanerInnen: Laut Bergrecht steht die wirtschaftliche Ausbeutung eines Bodenschatzes vor jeder anderen Nutzung. Bislang schlossen die Behörden die Enteignung des Grafen nicht aus, weil er das Salz unter seinem Land ja in keiner Weise nutze. Doch das hat sich gründlich geändert: Eine kleine Gruppe gründete die Salinas GmbH, die das Land von Bernstorff zwecks Salzabbaus pachtete. Die Salinas ist inzwischen soweit, daß sie eine prinzipielle Abbaugenehmigung in der Tasche hat. Rund 900 Menschen haben Einlagen in die 1996 gegründete Gesellschaft zu 500 DM oder einem Vielfachen davon gezeichnet, um das Projekt gemeinsam möglich zu machen.

**WERDEN SIE
GESELLSCHAFTER/IN
FÖRDERN &
VERMARKTEN
SIE MIT UNS**



Das Oberbergamt verlangt jetzt jedoch noch ein Gutachten über die Vereinbarkeit des Salzabbaus mit der Erkundung des möglichen Endlagers und untersagte eine Bohrstelle, die Salinas in unmittelbarer Nähe des Endlagerschacht 1 plante.

Die Atomindustrie mißt den Bemühungen der Salz-Gesellschaft durchaus Bedeutung bei. Sonst wäre es nicht zum "Lex Bernstorff" gekommen, einer Novelle des Atomgesetzes, das eine Enteignung aufgrund von öffentlichem Interesse (gemeint ist tatsächlich das Interesse der AKW-Betreiber!) zu ermöglichen. Die Novelle ist in diesem Jahr erst vom Bundestag verabschiedet worden, jedoch noch nicht in Kraft getreten.

"Salinas"-Salz ist mittlerweile schon im Naturkosthandel zu erwerben. Das Salz stammt allerdings noch nicht aus dem Wendland, sondern aus dem Thüringer Wald. Doch schon bald soll es auch am Original-Standort losgehen. Speisesalz, Heilsalz und Salzlecksteine aus dem Wendland sollen eine breite KundInnenschaft finden, um "der Atomindustrie die Suppe gründlich zu versalzen".

Erfolg gegen NATO-Pläne

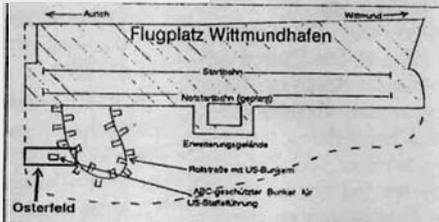
Schon im November 1988 gründeten FriedensfreundInnen im Landkreis Aurich die GbR Osterfeld. Ihr Ziel: Durch den Kauf eines 1,8 Hektar großen Grundstückes die Erweiterungsplanung des NATO-Militärflughafen stoppen oder verzögern. Das Stückchen Land sollte durch eine Rollstraße der Erweiterung geschnitten werden und ein ABC-Bunker für die Führungskräfte des Flughafens war genau auf dieser Fläche geplant.

Auch die Osterfeld-Gruppe fand innerhalb kurzer Zeit viele Menschen, die sich am Kauf der Fläche beteiligen wollten. Und einen Landwirt, der von der GbR das Land pachten und bewirtschaften wollte.

Neben der öffentlichkeitswirksamen Werbeaktion stand für die InitiatorInnen über Jahre vor allem eine

intensive rechtliche Auseinandersetzung auf dem Programm. So konnte die Gruppe den § 4 Abs. 1 des Reichssiedlungsgesetzes, das ein Vorkaufsrecht der Siedlungsbehörde bei Flächenverkauf vorsieht, umgehen - denn das Gesetz greift erst bei Flächen ab 2 Hektar. Dennoch untersagte die Behörde zunächst - und später das Landwirtschaftsgericht - den Kauf. Das Vorhaben widerspreche der Verbesserung der Agrarstruktur. Es gab einen Kauf-Konkurrenten, den das Gericht dem Vorzug geben wollte. Und das, obwohl der von vornherein kundtat, daß er die Fläche gegen eine Eigentumsfläche des Bundes eintauschen wollte. Dieser Bewerber war Vollerwerbslandwirt, die KäuferInnen der GbR eben nicht. Das Oberlandesgericht folgte in der nächsten Instanz dieser Argumentation nicht und erklärte den Gemeinschaftsverkauf für rechtmäßig. Doch die "OsterfelderInnen" mußten noch längeren Atem beweisen: Die Bezirksregierung Weser-Ems legte Widerspruch gegen das Urteil ein, der Fall landete vor dem Bundesgerichtshof. Von dort kam jedoch Anfang Juni 1990 erneut grünes Licht für den Landkauf.

Die über 300 EigentümerInnen der Fläche bewirkten, daß die Flughafenplaner versuchten, "nachzubessern". Das Landstück sollte ausgespart werden. Doch die Zeit spielte für die FriedensaktivistInnen. Es kam zu keinem Baubeginn vor dem Ende der DDR. Danach ließen die NATO-Verantwortlichen die Planungen in den Schubladen verschwinden. Die Osterfeld-GbR ist sich sicher, daß ohne ihr Sperrgrundstück der Baubeginn noch vor 1990 erfolgt wäre und dann die Pläne auch - trotz neuer Realitäten - vollständig umgesetzt worden wären.



Die Planungen für die NATO-Flughafenerweiterung sind inzwischen Geschichte. Das Osterfeld als Sperrgrundstück lag inmitten der eingeplanten Kriegsübungsfläche.

Sperrgrundstücke mit System?

Im Landkreis Gießen entwickelten NaturschützerInnen Anfang der 90iger Jahre ein umfassendes Konzept zum Einsatz von Sperrgrundstücken. Im Verbund mit mehreren Umweltgruppen aus verschiedenen Orten sollten kleine Grundstücke an verschiedenen Ecken des Landkreises gekauft werden, die für sehr verschiedene Planungen (von einer Mülldeponie über Umgehungsstraßen bis hin zu Industriegebieten) wichtig werden könnten. Eine Gesellschaftsgründung wurde vorbereitet, Landwirte angesprochen, ob sie in einen Verkauf kleiner Flächen zu diesem Zweck einwilligen würden. Dabei schlugen die UmweltschützerInnen sehr geringe Verkaufspreise und ein Langzeit-Pachtrecht der BäuerInnen vor.

Verwirklicht wurde die Idee allerdings nie, es fehlte schließlich an MitstreiterInnen, weil es für die meisten der angepeilten Standorte keinen konkreten Entscheidungs-Druck in einer Planungssache gab. Die Idee begeisterte dennoch immer wieder Umwelt-Aktive und "die Alten" beantworteten Fragen zu ihrer Strategie.

Literatur für Gruppen:

- Die Organizer-Spirale (*) Die Autoren aus dem Umfeld der Graswurzelbewegung wollen mit der Broschüre eine Anleitung zum Mächtig-Werden für politische Kampagnen, Initiativen und Projektgruppen vorlegen. Die Spirale beschreibt einen Zyklus, den jede erfolgsorientierte politische Gruppe von ihrer Gründung bis zur Auswertung einer Kampagne durchlaufen sollte. Im einzelnen: Ausgangslage - Analyse - Ziel - Strategie - Planung der Maßnahme - Realisierung der Maßnahme - Kontrolle. In jeder Phase werden sieben Aspekte relevant: Mitwirkende, Selbstverständnis, Ressourcen, Struktur & Prozess, Problem & Lösung - Kommunikation - Umwelten. Die Problemlösung dieser Aspekte erscheint bei der Betrachtung real existierender Initiativen als richtig. Oft kommt es im Verlauf eines Projektes zu heftigen Konflikten, weil das Ziel einer Gruppe nicht klar definiert wurde und TeilnehmerInnen unterschiedliche zeitliche und nervliche Ressourcen haben. Wichtigstes Ziel ist die effiziente politische Durchsetzung der eigenen Interessen. Diese Tatsache hebt die Broschüre wohl-tuend von ähnlichen "Arbeitshilfen" für Gruppen ab. Vermutlich hat das auch etwas mit dem Alter der AutorInnen zu tun. Mit ihrem 1950er Jahrgang wurden sie vor allem durch die Friedensbewegung der 70er geprägt, als Strategie und Effizienz für soziale Bewegungen - im Gegensatz zu heute - noch keine Fremdwörter waren.

Umbruch - Bildungswerk für gewaltfreie Veränderung (Hrsg.): Die Organizer-Spirale. Eine Anleitung

Initiativen, Projekte, Bonn: Stiftung Mitarbeit 1998, 10 DM



Dokumentiert:Vertrag der Gesellschaft
bürgerlichen Rechtes
"Osterfeld"

Als kleines Fallblatt war der Gesellschaftsvertrag auf jedem Infotisch mitvertreten. Sie ist die "Eintrittskarte" in die GbR. Die Unterschrift muß vor einem Notar gegen Gebühr geleistet werden, dann kann später die Eintragung in das Grundbuch erfolgen - Voraussetzung für die eigentliche Auseinandersetzung.

Keine Rechtsschutz-
versicherungen

Eine Recherche für die Ö-Punkte ergab, daß keine Versicherungsgesellschaft eine Rechtsschutzversicherung anbietet, die Klagen gegen Enteignungsverfahren absichert. Kommt es tatsächlich zum Enteignungsverfahren, werden solche besonderen Gruppen-Besitzverhältnisse offenbar nicht so schwer gewichtet wie alles Eigentum. Berücksichtigt werden Argumente der Naturschutz- und Landschaftspflege. Damit ist die sog. Kontrollichte relativ gering, weitergehende soziale Argumente greifen nicht.

1. Gesellschaftszweck: Zweck der Gesellschaft ist es, die mit Kaufvertrag vom 4. November 1988 erworbene Grundstücksfläche Middels-Osterloog (Grundbuch Middels-Osterloog, Band 7, Blatt 217) der landwirtschaftlichen Nutzung zu erhalten. Das Grundstück soll in seinem natürlichen Zustand erhalten werden. Es soll allen Bestrebungen entgegengewirkt werden, dieses Grundstück für militärische Zwecke zu verwerten. Sollte durch eine rechtskräftige Entscheidung gleichwohl die Enteignung des Grundstückes vorgenommen werden, so endet diese Gesellschaft mit der Rechtskraft einer solchen Entscheidung.

Bei Beendigung der Gesellschaft wird das Vermögen nach einem Beschluß der Gesellschafterversammlung an eine andere Organisation oder Einrichtung oder Personengruppen nach Abzug aller Verbindlichkeiten, einschließlich steuerlicher Verpflichtungen zugewandt.

2. Aufnahme neuer Gesellschafter/innen: Als Gesellschafter/in kann aufgenommen werden, wer den Zweck der Gesellschaft unterstützen will. Die Gesellschafterstellung entsteht, wenn der/die Bewerber/in seinen/ihren Beitritt durch Unterzeichnung unter einer Abschrift dieses Gesellschaftsvertrages erklärt.

3. Alle Gesellschafter/innen verpflichten sich, den notariellen Kaufvertrag vom 4. November 1988 mit allen seinen Bestandteilen anzuerkennen. Diese Anerkennung erfolgt mit der Unterschrift unter diesen Gesellschaftsvertrag.

4. Jede/jeder Gesellschafter/in leistet eine einmalige Einlage von 100 DM, die mit Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages fällig ist. Die Einlage ist auf das unten benannte Konto der Gesellschaft zu überweisen. Mehrere Personen können sich zusammenschließen und ein Stimmanteil über 100 DM erwerben. Sie können jedoch nur eine Stimme in allen Entscheidungen abgeben.

5. Die Beiträge der Gesellschaft werden verwendet für den Grundstückserwerb, Kreditkosten hierfür, Verwaltung des Grundstücks sowie Abwehr von Maßnahmen, die den Vertragszweck gefährden. Hierzu gehören auch Rechtsstreitigkeiten, die einzelne Mitglieder im Sinne des Gesellschaftszwecks führen. Ferner sind die Verwaltungskosten der Gesellschaft, insbesondere die Unterhaltung der Gesellschafter/innen, hieraus zu bezahlen.

6. Für die Gesellschafter/innen gelten die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 705 ff BGB, soweit nicht andere Regelungen aufgestellt sind.

a) Soweit gesetzlich zulässig wird die Gesellschaft durch den geschäftsführenden Gesellschafterausschuß tätig. Dieser hat die durch Mehrheitsbeschluß der Gesellschafterversammlung gefaßten Beschlüsse auszuführen und alles zu

tu, damit der Vertragszweck erreicht wird. Der Gesellschafterausschuß wird keine Verbindlichkeiten eingehen, die das Vermögen der Gesellschaft übersteigen.

b) Der Gesellschafterausschuß ist durch die Gesellschafterversammlung zu wählen. Er hat sich eine Geschäftsordnung zu geben und seine Beschlüsse mit Mehrheit zu fassen. Der Ausschuß darf zu tagespolitischen Fragen, die mit dem Gesellschaftszweck in Verbindung stehen, ohne Gesellschafterbeschluß Stellung nehmen.

Zum ersten Gesellschafterausschuß sind gewählt: 1. Regina Beyer, Adresse, 2. XY, Adresse, 3. YZ, Adresse, 4. ... 5. ...

c) Ein Mitglied des Gesellschafterausschusses leitet die Gesellschafterversammlung, die jederzeit einberufen werden kann. Es wird eingeladen durch einfachen Brief, der 14 Tage vor dem Termin abzuschicken ist. Es reicht, wenn die Einladung nebst vorläufiger Tagesordnung an die letzte bekannte Anschrift der/des Gesellschafter/in abgesandt worden ist.

Die Gesellschafterversammlung ist einberufen, wenn dieses von mindestens 20 Gesellschafter/innen verlangt wird.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlußfähig, wenn mind. 20 Gesellschafter/innen an der Versammlung teilnehmen. Wird diese Grenze nicht erreicht, so kann gleichwohl verhandelt werden. Insofern gefaßte Beschlüsse sind mit einer neuen Einladung zu einer weiteren Gesellschafterversammlung zu versenden. Diese Versammlung ist in jedem Fall beschlußfähig und hat über die gefaßten Beschlüsse abschließend zu entscheiden. (Vetorecht)

Entscheidungen in der Gesellschafterversammlung werden mit einfacher Mehrheit getroffen.

d) Die Vertretungsmacht des Gesellschafterausschusses und seiner Mitglieder erstreckt sich nicht auf die Entgegennahme der Erklärungen und Bescheiden von Behörden und/oder Gerichten, soweit diese das Verfahren zur Enteignung oder vorzeitigen Besitzeinweisung hinsichtlich des erworbenen Grundstücks betreffen. Insofern darf der geschäftsführende Vorstand auch keine Vollmachten an dritte Personen und auch nicht an Rechtsanwälte/innen erteilen. Dies gilt auch für das Verfahren und Erklärungen nach dem Bundesleistungsgesetz, dem Landbeschaffungsgesetz und ähnlichen Vorschriften mit entsprechender Zielsetzung.

7. Eine Gesellschafter/in kann seine/ihre Mitgliedschaft nur mit Zustimmung der Mehrheit der Gesellschafterversammlung übertragen. Die Kündigung der Gesellschaft und der einzelner Gesellschafterstellung ist vorbehaltlich der Regelungen in Ziffer 1 erstmals zum 1.1.2000 mit einer sechsmonatigen Frist möglich.

8. Im Falle des Konkurses oder des Vergleiches über das Vermögen eines/einer Gesellschafter/in scheidet dieser/diese mit der Antragstellung in diesem Verfahren aus der Gesellschaft. Ein

Abfindungsanspruch steht ihm/r nicht zu.

Im Falle des Todes einer/eines Gesellschafters/in gilt, daß der Gesellschaftsanteil nicht in den Nachlaß fällt. Die Erben/innen des/der Gesellschafter/in nicht in die Gesellschaft eintreten. Auch in diesem Fall ist ein Abfindungsanspruch nicht gegeben.

9. Die Gesellschafterversammlung beauftragt zwei Personen, die einzeln bevollmächtigt werden, nämlich 1. Herrn Güter Fahle..... 2.

Im Namen der Gesellschafter/innen und der Gesellschaft Grundbuchberichtigungsanträge zu stellen, den Ein- und Austritt von Gesellschaftern rechtlich festzulegen und Aufträge an Rechtsanwälte, vorbehaltlich der Bestimmung in Ziffer 6d, zu erteilen. Sie sind insoweit von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

10. Änderungen und /oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf diese Schriftformklausel.

11. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder der Vertrag eine Lücke enthalten, so bleibt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. An Stelle der unwirksamen Bestimmung gilt eine wirksame Bestimmung als vereinbart, die der von den Gesellschafter/innen gewollten am nächsten kommt. Dies gilt auch für den Fall einer Lücke.

12. Die Gesellschafter/innen wollen Streitigkeiten untereinander nicht vor den ordentlichen Gerichten austragen. Sie vereinbaren deshalb, daß zunächst Konflikte im geschäftsführenden Ausschuß erörtert werden müssen, bevor gerichtliche Schritte eingeleitet werden können.

Formular:

Die Gesellschaft bietet neuen Gesellschafter/innen die Aufnahme in die Gesellschaft an.

Die Aufnahme erfolgt gemäß § 2 durch Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrages und Anerkennung der Verpflichtungen aus dem notariellen Kaufvertrag vom 4.11.88 (Urkunderolle Nr. ... des Notars Edo Albers in Jever).

Ich trete hiermit der Gesellschaft bei, erkenne den vorstehenden Gesellschaftsvertrag an, stimme einer Eintragung als Mitgesellschafter/in im Grundbuch von Middels-Osterloog, Amtsgericht Aurich, Band 7, Blatt 217 zu.

Ort, Datum
Name
Adresse
Beruf
Gruppe/Einrichtung/Verband
Unterschrift
Die Unterschrift muß notariell beglaubigt sein!

Konto: U. Voigt für GbR Osterfeld, Nr. ... Raiffeisen-Volksbank Jever, BLZ ...

Rechtsprechung zu Sperrgrundstücken

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat kürzlich einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz im Hinblick auf die geplante ICE-Trasse Köln-Frankfurt abgelehnt. Damit mußte sich die Westerwälder Bürgerinitiative, welche vorläufigen Rechtsschutz geltend machen wollte, vorerst geschlagen geben: Mit dem Bau des Dernbacher Tunnels im Rahmen der Eisenbahn-Neubaustrecke Köln-Frankfurt muß daher jetzt gerechnet werden.

Gegenstand des einstweiligen Verfügungsverfahrens, dem eine Klage zugrunde liegt, ist der dem Bauvorhaben zugrundeliegende Planfeststellungsbeschluss, dem ein im Juli 1995 eingeleitetes Planfeststellungsverfahren voranging. Der ca. 3,5 km lange Planabschnitt besteht im wesentlichen aus einem Tunnel unter dem Dernbacher Autobahntrapez und den Voreinschnitten an beiden Tunnelportalen.

Den Angaben der Bahn zufolge, soll bereits 1985 mit umfangreichen Untersuchungen über die Verträglichkeit des Bauvorhabens mit Natur und Umwelt begonnen worden sein. Als Ergebnis dieser Untersuchung wurde unter mehreren Varianten eine Trasse ausgewählt, die sich eng an die Autobahn A 3 anlehnt. Die Deutsche Bahn AG hält diese Bündelung aus wirtschaftlichen wie ökologischen Gründen für besonders vorteilhaft.

Dieser Auffassung ist die Westerwälder Bürgerinitiative nicht. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, den Schnellbahnbau zu verhindern. Sie erwarb zu diesem Zweck ein 900 qm großes Grundstück, das sich im südlichen Voreinschnitt des Dernbacher Tunnels befindet, was sicherlich nicht zufällig geschah: Im Planfeststellungsbeschluss wird das Grundstück in vollem Umfang für die Neubaustrecke in Anspruch genommen. Mit dem Erwerb des Grundstücks sicherte sich die Bürgerinitiative die Klage- bzw. Antragsbefugnis wie bereits das Bundesverwaltungsgericht 1990 entschieden hat, kann "eine Interessengemeinschaft (...)" den verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz auch dann im Klagewege geltend machen, wenn sie nur vorübergehend ein "Sperrgrundstück" erworben hat". (Entscheidung des BVerwG vom 27.07.90, Aktenzeichen 4 C 26/87, su.).

Die Bürgerinitiative hat ihren Antrag auf Aussetzung des Planfeststellungsbeschlusses damit begründet, daß es für das geplante Vorhaben keinen Bedarf gebe. In jedem Fall seien aber andere Varianten vorzugswürdiger.

Der Auffassung war das Oberverwaltungsgericht nicht. Es hat entschieden, daß "das öffentliche Interesse an der sofortigen Verwirklichung der Bahnstrecke (...) Vorrang (hat); denn schon eine summarische Prüfung der Sach- und Rechtslage läßt erkennen, daß die Klage aller Voraussicht nach keinen Erfolg haben kann". Einen beachtlichen Planungsfehler konnte das Oberverwaltungsgericht nicht feststellen. Auch wenn lediglich der Teilabschnitt um den Dernbacher Tunnel Gegenstand der gerichtlichen Überprüfung war, wies das Oberverwaltungsgericht ausdrücklich darauf hin, daß der Verwirklichung des Gesamtvorhabens voraussichtlich keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstünden.

Jedenfalls sei die Auswahl der in Betracht kommenden Planungsalternativen nicht zu beanstanden, da keine der von der Bahn geprüften, aber letztlich verworfenen Varianten sich nach summarischer Prüfung als vorzugswürdig aufdrängen würde. Das Europäische Parlament habe sich für ein Verkehrskonzept zugunsten einer Hochgeschwindigkeitsstrecke speziell für den Personenfernverkehr ausgesprochen. Diese politische Entscheidung berücksichtige die schlechten Erfahrungen, welche die Deutsche Bahn AG mit einem Mischverkehr von Güter- und Personenzügen auf Schnellbahnstrecken gesammelt habe. Aus diesem Grund habe sich die Deutsche Bahn AG auch für eine kurze Direktverbindung der in Frage stehenden Ballungsräume entscheiden dürfen, da auf diese Weise der Zweck des Bauvorhabens, den Personenverkehr von der Straße und aus der Luft auf die Schiene zu verlagern, erreicht werden könne.

Eine unzumutbare Lärmbelastung durch die Hochgeschwindigkeitszüge sei auch nicht zu erwarten. Vielmehr könnten Anwohner der Trasse auf Entlastung hoffen, da durch die Aufschüttung von Abraummasse aus dem Tunnelbau einige Ortschaften eine viel effektivere "Lärmschutzmaßnahme" (im Vergleich zur bisherigen Autobahn) erwarten können.

Die Planfeststellungsbehörde hat bei ihrer Entscheidung auch ihr Ermessen ordnungsgemäß ausgeübt. Indem berücksichtigt wurde, daß zur Verwirklichung des Vorhabens Grundigentum Privater - das der Bürgerinitiative - in Anspruch genommen werde. Daß das Abwägungsergebnis allerdings zum Nachteil der Bürgerinitiative ausfiel, sei nicht beanstandenswert, da deren Eigentümerinteresse nicht erheblich ins Gewicht fallen würden, da diese das "Sperrgrundstück" in Kenntnis der Planung nur zu dem Zweck erworben habe, diese zu verhindern.

Selbst wenn zugunsten der Westerwälder Bürgerinitiative kein einstweiliger Rechtsschutz gewährt wurde, ist über die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses noch nicht entschieden. Eine solche Entscheidung bleibt der ebenfalls eingereichten Klage vorbehalten, auch wenn deren Aussichten nicht sonderlich aussichtsreich sind. Dennoch ist mit dieser Entscheidung eine Signalwirkung auch für alle anderen "Sperrgrundstücke" gesetzt worden. Der Erwerb von Grundigentum zum Zwecke der Verhinderung eines Bauvorhabens ist öffentlichen Belangen, wie im übrigen bereits das Bundesverwaltungsgericht in der bereits zitierten Entscheidung entschieden hat, unterzuordnen. Bei einer bestehenden intensiven wirtschaftlichen Nutzung eines Grundstücks kann eine solche Abwägung anders ausfallen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Aktenzeichen 8 B 12940/97

Hinweise zum Gerichtsentscheid BVerwG vom 27.7.1990

AZ: 4 C 26/87

Rechtsgrundlagen: § 546 ZPO, § 173 VwGO, § 42 Abs. 2 VwGO, § 36 BBahnG

Leitsatz:

1. Wegen der geringen wirtschaftlichen Bedeutung des "Sperrgrundstücks" ist dieses Privatigentum in der planerischen Abwägung mit öffentlichen Belangen leichter zu überwinden.
2. § 36 BBahnG (1981) ist verfassungsgemäß (wie BVerwG, Buchholz: 442.08 § 36 BBahnG Nr. 12 - NVwZ. 1988, 532)
3. Die Verbesserung der Attraktivität des Schienenverkehrs etwas durch Verkürzung der Transportzeiten und Anhebung des Beförderungskomforts ist ein wichtiger Grund für die Rechtfertigung der Planung einer neuen Schnellbahntrasse.
4. Eine Interessengemeinschaft kann den verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz auch dann im Klagewege geltend machen, wenn sie nur vorübergehend ein "Sperrgrundstück" erworben hat (wie BVerwGE 72, 15 - NVwZ. 1985, 736).
5. Das BVerwG ist an die Zulassung der Revision durch das Berufungsgericht nach § 546 I 3 ZPO i.V. mit § 173 VwGO gebunden.

Heftige Kritik am zunehmenden Versatz von Sonderabfällen

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen und die Arbeitsgemeinschaft der Sonderabfall-Entsorgungsgesellschaften der Länder (AGS), Rednitzhembach, haben den zunehmenden Bergversatz von Sonderabfall in stillgelegten Bergwerken scharf kritisiert und vor den ökologischen Folgen gewarnt. Beide fordern das Bundesumweltministerium auf, schnell entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die gängige Praxis unterbinden sollen.

Nach Angaben der Bündnisgrünen werden jährlich etwa 400.000 Tonnen besonders überwachungsbedürftige Sonderabfälle in stillgelegten Salz- und Kohlebergwerken als Verfallmaterial eingesetzt. Dies sei etwa doppelt soviel, wie 1995 in den sicherheitstechnisch anspruchsvollen Untertagedeponien entsorgt wurden. Während dort die Entsorgung zwischen 450 und 900 Mark pro Tonne kostet, ist die Ablagerung in Bergwerken zu Dumpingpreisen zwischen 100 bis 300 Mark pro Tonne zu bekommen. Dies ist möglich, da die abgelagerten Abfälle nicht unter das Abfallrecht, sondern das Bergrecht fallen, und somit kostenintensive Genehmigungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Sicherheitsmaßnahmen entfallen. Führend bei dieser billigen Praxis der Abfallentsorgung sind die beiden Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Thüringen.

Sowohl die Bündnisgrünen als auch die AGS sehen in der gängigen Praxis einen klaren Widerspruch zur Abfallrahmenrichtlinie der EG, die den Bergversatz als Beseitigungsverfahren einordnet. Laut EU-Umweltkommissarin Riit Bjerregaard müßten die Behörden gewährleisten, "daß jeder Bergversatz ohne Gefährdung der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt und insbesondere ohne Gefahr für das Wasser und den Boden durchgeführt wird". Gerade dies sieht die AGS bei der derzeitigen großzügigen Versatzpraxis von gefährlichen Abfällen allerdings nicht sichergestellt. Durch Gebirgschäden und Wassereinbrüche oder Flutungen gefüllter Schächte bestehe bei einigen Gruben zudem die Gefahr der Grundwasserverunreinigung.

Eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklung ist nach Überzeugung der AGS die Tatsache, daß die erarbeiteten Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) zur bundeseinheitlichen Regelung des Versatzes in den Ländern völlig unterschiedlich umgesetzt würden. Weil die von den Länderarbeitsgemeinschaften für Abfall und Bergbau erarbeiteten Anforderungskataloge lediglich Empfehlungen und als solche nicht rechtsverbindlich sind, besteht daher nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Sonderabfall-Entsorgungsgesellschaften der Länder dringender Handlungsbedarf. Für den Bergversatz müsse ver-

Themenredaktion "Müll"

Christian Ohly
Siegmunds Hof 2-4
Haus 12, App. 416
10555 Berlin
Tel. 030/3936827
(Fax nach *nurf)
chrjoh@cs.tu-berlin.de

Kontakte

Arbeitsgemeinschaft der Sonderabfall-Entsorgungsgesellschaften der Länder

Geschäftsstelle, Eika Stengler, Postfach 14 69, D-91104 Schwabach, Tel. 091122/79 74 60, Fax 79 74 10.

Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion, Pressestelle, Dr. Jürgen Rochlitz, Bundeshaus, Hochhaus Tulpenfeld, D-53090 Bonn, Tel. 0228/16- 47 212, Fax 16- 46 962.

Deutsche Projekt Union GmbH, Dr.-Ing. Christian Weiler, Postfach 10 08 33, D-45008 Essen, Tel. 0201/820 16- 85, Fax 820 16- 36.

Institut für Ökologie



Fragen zu Gründung, Finanzierung, Medienarbeit u.ä.?

Hilfe, Beratung und Seminare für Gruppen sind unser Thema.

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationsbroschüre zu.

Institut für Ökologie
Postfach 100904
35339 Gießen



bindlich festgelegt werden, daß hinsichtlich Arbeitssicherheit und Umweltverträglichkeit die gleichen Anforderungen wie für die Sonderabfallbeseitigung in Deponien gelten. "Die Tatsache, daß hierbei schwierige Rechtsfragen und wirtschaftliche Interessen des Bergbaus berührt werden, darf kein Grund sein, die Problem-

lösung aufzuschieben", mahnen die Sonderabfallentsorger an.

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ermöglicht nach Auffassung der AGS zudem, den Versatz auf ungefährliche, inerte Stoffe zu reduzieren, die auch unter Umweltsichtspunkten problemlos im Bergbau verwendet werden können. (jt)

Verfassungsgericht hebt Regelungen zur Verpackungsabgabe auf

Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die Verpackungsabgabe, die in mehreren Ländern auf Einweggeschirr erhoben wurde, und die Sondermüllabgabe für grundgesetzwidrig und damit nichtig erklärt. Das auf Bun-

Zu den Texten rechts
Gekürzte Texte - Die vollständige Fassung erschien in Ausgabe 4/98 von "Abfallwirtschaftlicher Informationsdienst", Rhombos-Verlag, Berlin. Wir danken für die freundliche Überlassung.



Schwelbrennverfahren im Abwärtstrend

In den vergangenen Jahren mußte sich Siemens-KWU von vielen Schwelbrennprojekten verabschieden. So kamen z.B. Planungen in Außernzell, Kalerslautern, Heidenheim, Dillingen, Mönchengladbach, Steinfurt, Rostock und Erlangen nicht zum Tragen. Offensichtlich ist europaweit auch kein Markt mehr zu sehen und sogar in Japan, kommt gegen den Bau von Schwelbrennanlagen Protest auf.

Aus für die Schweizer Schwelbrennanlage (SBA) in Thun

Der fehlende Nachweis der Funktionstüchtigkeit der Fürther Anlage, unverrückbare Zeitwänge für die Subventionen, sowie der Rückgang des Mülls in der Schweiz, führten im Juni 1998 dazu, daß die geplante Schwelbrennanlage (SBA) für Thun nicht mehr gebaut wird. Doch kaum ist die SBA mit 150.000 Jahrestonnen vom Tisch, streben die Verantwortlichen den Bau einer Müllverbrennungsanlage mit 100.000 Jahrestonnen an.

Nach fünf Jahren intensiver Planung, zwei Jahren heftigem Kampf zwischen Anlagenplanern und den, im Verein "Pro Regio Thun" organisierten, Gegnern wurde die Planung einer Siemens SBA eingestellt. "Ein Festhalten an der Schwelbrenntechnologie und an der Größe des Projektes in Thun ist nicht mehr zu verantworten", ließ die Betriebsgesellschaft in spe AVAG verlauten. Ein Erfolg der Vernunft, der aber ohne die Arbeit der Schweizer Bürgerinitiative nicht eingetreten wäre. Pro Regio Thun fordert nun auch die Einstellung der Planung für eine Müllverbrennungsanlage, da wegen dem anhaltenden Rückgang der Abfallmengen und dem verbesserten Kehrichtverhalten der Bevölkerung für einen Neubau der Bedarf fehlt!

Aus für SBA im Bayerischen Wald

Ende des Jahres 1997 wurde die geplante SBA für den Zweckverband Donau-Wald (Außernzell) nach unsauberer Auftragsvergabe wieder storniert. So endete eine mehr als 15jährige Planungsphase.

Die Bürgerinitiativen dort feierten im Frühjahr 1998 gleich mehrere Erfolge.

* Die geplante SBA am Standort Außernzell war vom Tisch.

* Das wahrscheinlich größte über mehrere Landkreise gehende Bürgerbegehren wurde vom Gericht für zulässig erklärt.

* Müll aus dem Zweckverbandsgebiet kann jetzt in der bestehenden Münchner Anlage aufgenommen werden.

Fällt auch die SBA in Neubrandenburg?

Die "Ostmecklenburgische Vorpommersche Verwertungs- und Deponiegesellschaft", OVVD, plant in Neubrandenburg eine SBA. Schon 1996 wurde ein Generalunternehmervertrag mit Siemens KWU abgeschlossen. Dieser Vertrag gilt bis Oktober 1999. Die SBA gerät wegen einer dubiosen Vergabep Praxis und dem Stillstand der Fürther Pilotanlage ins Wanken.

Rainer Rohs vom Aktionsbündnis gegen Müllverbrennung stellt die Situation wie folgt dar: Der Landesrechnungshof hat in seinem Prüfungsbericht vom Febr. '98 nachträglich die Vergabep Praxis der OVVD kritisiert. Nach geltendem Vergaberecht hätte eine europäische Ausschreibung erfolgen müssen. Die Rechtsaufsichtsbehörde, in diesem Fall das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern (M-V) als Vergabep rüfstelle, hätte dem Generalunternehmervertrag mit Siemens niemals zustimmen dürfen. Die OVVD hat sich ohne Wettbewerb für das teuerste Abfallverbrennungsverfahren am Markt entschieden - Siemens hat bei sieben Anbietern in Rostock das Höchstangebot abgegeben. Das Schwelbrennverfahren entspricht zudem nicht einmal dem Stand der Technik, da die nachgerüstete Rostfeuerungsanlage Bielefeld gerade einmal ein Drittel der Schadstoffe und Gifte ausstößt.

Mediation in Berlin

1997 hat in Berlin ein Mediationsverfahren zur Aktualisierung des Abfallwirtschaftsprogrammes stattgefunden (die Ö-Punkte berichteten Nov. '97). Dabei ging es u.a. um Abfallvermeidung und Verwertung und um die Planung neuer Entsorgungsanlagen.

Nach langer zäher Diskussion ist es den VertreterInnen von BIs, Umweltverbänden und Bündnis 90/Die Grünen gelungen, aus dem Mediationskreis heraus als Grundlage für eine realistische Planung ein neues Mengengutachten in Auftrag zu geben. Das Gutachten bestätigt, daß der verfehlten Abfallpolitik des Senates schleunigst Einhalt geboten werden muß. Und vor allem: alle Planungen von BSR und BEWAG, neue Müllverbrennungsanlagen zu bauen, sind eigentlich überholt.

Es ist als ein Erfolg des Verfahrens zu werten, daß es nun mit dem von der Senatsverwaltung "abgesegneten" Trendszenario eine neue Planungsgrundlage gibt. Die Hoffnung, der am Mediationsverfahren Beteiligten von Bündnis 90/Die Grünen, des BUND, der Umweltgruppen und BIs, daß die Konzeptdiskussion im Mediationskreis zur zukünftigen Abfallwirtschaftspolitik als Chance zum Einstieg in eine ökologische Kreislaufwirtschaft begriffen wird, hat sich jedoch nicht erfüllt. Auch wenn oder gerade weil die Reaktion der einzelnen Wirtschaftsunternehmen auf das Mengengutachten durchaus unterschiedlich war. So war es auf Grund der unterschiedlichen, am eigenen Unternehmen und selbstverständlich am Profit orientierten Sichtweise der Wirtschaftsseite, nicht möglich zu einer einvernehmlichen Empfehlung der TeilnehmerInnen an den Senat zu kommen. Am Ende gab es zwei Abschlusberichte.

Inzwischen sind erste Erfolge sichtbar. Die BEWAG hat sich von ihren Plänen, eine MVA am Standort Klingenberg zu bauen, verabschiedet. Senator Strieder hat öffentlich erklärt, daß er keine Notwendigkeit für die Errichtung einer zusätzlichen MVA sieht.

Zum Text rechts
Gekürzte Fassung eines Textes von Waltraud Galaske, Theodor-Heuss-Str. 17, 90765 Fürth
Tel. 0911 / 76 29 74, Fax. 0911 / 76 58 378

Original in "DAS BESSERE MÜLLKONZEPT" Ausgabe 3/98

Zum Text über Mediation:
Gekürzter Text von Judith Demba - die Originalfassung steht in "DAS BESSERE MÜLLKONZEPT", Ausgabe 3/98

Zur Person:
Judith Demba ist Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Sie koordiniert den Arbeitskreis "Müllotek" in dem sich viele Berliner BIs und Umweltschutzverbände im Abfallbereich austauschen.
Tel. (030) 2325-2413, Fax. (030) 2325-2409

desebene geltende Kooperationsprinzip zwischen Staat und Industrie, das im Kreislaufwirtschaftsgesetz festgeschrieben ist, dürfe nicht durch strengere Länderregelungen unterlaufen werden, so das oberste deutsche Gericht in seiner Begründung.

Kassel war 1992 die erste Stadt in Deutschland, die eine kommunale Verpackungssteuer einführt. Ein Kaffeebecher wurde zum Beispiel mit 40 Pfennigen besteuert, ein Pappteller mit 50 Pfennigen. Firmen, die an den Grünen Punkt angeschlossen waren, erhielten lange Zeit Steuerbefreiungen. Außer in Kassel werden in 40 weiteren Kommunen Deutschlands derartige Steuern auf Einweggeschirr erhoben. Nach diesem Urteil stehen nun Rückzahlungen in Millionenhöhe an.

Die Kläger, der Boulettenbrater McDonalds und zwei Automatenaufsteller, hatten argumentiert, daß es den Städten nicht wirklich um die Einnahmen gegangen sei. Vielmehr hätte man die Form der kommunalen Steuer gewählt, weil ein schlichtes Verbot der Einwegverpackungen nach Bundesrecht unzulässig gewesen wäre. Das Verfassungsgericht gab den Klägern recht: Zwar könne man mit Steuern durchaus auch Lenkungseffekte erzielen, diese dürften aber nicht im Widerspruch zum Bundesrecht stehen, argumentierten die Richter. Die Abgabe sei ein unzulässiger Eingriff in die Berufsfreiheit der davon betroffenen Firmen.

Das Urteil wurde unterschiedlich aufgenommen. Die betroffenen Länder Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg bedauern den Richterspruch, denn diese Steuer kam nach deren Überzeugung als einzige bei den Bürgern gut an. Der Deutsche Städtetag ist enttäuscht, weil den Städten das einzige ökonomische Instrument zur tatsächlichen Abfallvermeidung genommen wurde. Es sei zu befürchten, daß das Urteil als eine Entscheidung für Einwegverpackungen fehlinterpretiert werde und die notwendige Abkehr von der Wegwerfgesellschaft erschwere.

Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) begrüßte das Urteil, weil es "Klarheit bezüglich der Kompetenzen" schaffe. Es sei nun ein für allemal klar, daß aus ökologischen Gründen nicht einfach Steuern erhoben werden könnten.

Der bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Jürgen Rochlitz ist der Meinung, daß das Verfassungsgericht die Öko-Abgaben durchaus als ein Instrumentarium zur Abfallvermeidung hätte bestehen lassen können, da die Bundesregierung es versäumt hätte, eine entsprechende Gesetzgebung auf den Weg zu bringen.

Wie die Regierungsparteien begrüßt auch der Industrieverband Kunststoffverpackungen das Scheitern der Verpackungs-Abgabe. Er unterstellt den Kommunen Begehrlichkeit und vorgeschobene Umwelt-Argumente. Millionen an

Steuermitteln seien so in den letzten Jahren "in den Sand gesetzt" worden.

Die Fast-Food-Kette McDonalds fühlt sich in ihrer Umweltpolitik bestätigt: "Für uns stehen die Wünsche unserer Gäste nach hygienisch sicher verpackten, qualitativ hochwertigen Speisen und Getränken an erster Stelle. Deshalb werden wir weiterhin (...) unverändert und mit Nachdruck an der Entwicklung service- und umweltfreundlicher Verpackungen arbeiten."



Das Schicksal der Öko-Abgaben ist vorläufig entschieden. Aber wenn die Bundesumweltministerin sagt, daß nun ein für allemal klar sei, daß Öko-Steuern nicht möglich wären, so ist das nur bedingt richtig. Nach Auffassung von Experten wird über kurz oder lang der Umstieg in eine ökologisch orientierte Wirtschaftsordnung auch Öko-Steuern notwendig machen. Falls die Bundesgesetzgebung nach einem Regierungswechsel geändert würde, könnten auch die Kommunen wieder mehr Spielraum erhalten. (ef)



Umweltschutz im Einkaufskorb

Im Mai 1998 wurde die Aktion "Abfallarm einkaufen in Niedersachsen" gestartet. Gemeinsam mit dem niedersächsischen Umweltministerium, dem Unternehmerverband Einzelhandel sowie der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sollen Verbraucher in Niedersachsen verstärkt die Möglichkeit wahrnehmen können, mit dem Einkaufskorb besser die Umwelt zu schützen.

Der Einzelhandel wird im ganzen Land verstärkt für abfallarm verpackte und unverpackte Waren und Produkte aus der Region werben. Über rot-weiß-gestreifte die sonst auf Baustellen hinweisen, sollen diese in den Läden den Verbraucher zu den sogenannten "Schlaustellen", zu den umweltfreundlichen Produkten hinführen. Diese "Schlaustellen" zeigen z.B. Milch in Mehrwegflaschen, Waschmittel im Nachfüllpack, heimisches Obst und Gemüse und vieles mehr.

Umweltminister Jüttner wies darauf hin, daß Abfallgesetze und Verordnungen den Verpackungsabfall in den letzten Jahren reduziert hätten, diese Erfolge aber nicht ausreichten. Vermeidungspotentiale seien noch längst nicht für alle Warengruppen ausgeschöpft.

"Händler, die sich beteiligen, verpflichten sich, Milch und Molkereiprodukte auch in Mehrwegbehältnissen anzubieten, ebenso Mineralwasser, Säfte, Erfrischungsgetränke und Bier mindestens zur Hälfte in Mehrwegflaschen. Frisches Obst und Gemüse müssen mindestens zu zwei Dritteln unverpackt angeboten werden", erläuterte der Minister. Mindestens vier Lebensmittel aus der Region müßten die Händler im Sortiment haben. Ebenfalls müssen sie bereit sein, an der Frischtheke von den Kunden mitgebrachte Gefäße zu befüllen und dürfen Plastiktragetaschen nur auf Nachfrage und gegen Entgelt abgeben.

Schließlich mußten sich alle Teilnehmer verpflichten, mindestens eine Warengruppe in Mini-Portionsverpackungen - z.B. Marmelade, Honig oder Kondensmilch - aus ihrem Warenangebot zu nehmen. Jeder Händler ist weiter aufgefordert, eigene Ideen und Aktionen in die Mehrwegkampagne einzubringen. In

einer Ausstellung im Frühjahr 1999 werden die aktivsten Händler öffentlich vorgestellt.

Weitere Informationen zur Aktion sind beim Niedersächsischen Umweltministerium unter dem Stichwort Schlaustellen-Kampagne, 30169 Hannover, Archivstr. 2, Fax: 0511/120-33 99 erhältlich.

Redaktionelle Anmerkung des Autors

Diese vorbildliche Aktion in Niedersachsen ist in ihrer Idee nicht neu, sondern bestenfalls einer uns gut bekannten Umwelt-Idee des Hamburger Vereins (MINIMÜLL) "ausgeliehen" worden. Um es deutlicher zu sagen: MINIMÜLL war Ideengeber und ursprünglich als fester Bestandteil in den Planungen für diese Landeskampagne in Niedersachsen vorgesehen.

Eine seit langem geplante Überarbeitung des Logos von Minimüll hatte Verärgerungen im NDS-Umweltministerium ausgelöst. Ohne Begründung beschloß das Ministerium die bis dato gemeinsam erarbeitete Kampagne ohne Minimüll durchzuführen.

Da hier auch Gelder für die weitere Umweltaufklärung von Minimüll auf dem Spiel stehen, hinterläßt diese gute Kampagne für die Umwelt leider den schalen Beigeschmack der Ideenausnutzung eines Umweltvereines. Behörden sind deshalb aufgerufen bei einer kommerziellen Nutzung auch den Ideenreichtum von Umweltvereinen zukünftig angemessen zu honorieren. Dies ist nur gerecht, denn hinter den ehrenamtlich erarbeiteten Projekten stecken neben Idealismus für die Umwelt auch jede Menge Zeit, die zur Erarbeitung und Fertigstellung aufgewandt wurde.

Zum Text links
Gekürzter Text - Langfassung in "DAS BESSERE MÜLLKONZEPT", Ausgabe 3/98 geschrieben von Klaus Koch, Hansdorfer Weg 10, 22962 Slek, Tel./Fax (04107) 74 73

Traktorparken

Wer in Nordschwaben von Dillingen in Richtung Wertingen fährt, kommt durch den 700-Einwohner-Ort Fristingen. Auf der gepflasterten Hauptstraße stehen rund 15 Traktoren. Bäuerliche Beschaulichkeit, möchte man meinen, doch tatsächlich handelt es sich hier um eine ungewöhnliche Protestform. Tagtäglich ist nämlich in der beschaulichen Ortschaft die Hölle los, geht die Angst um bei den Anwohnern der Zollstraße, wie die Ortsdurchfahrt heißt. "Wenn die Lkw durchfahren, meinst du echt, jetzt kommt ein Erdbeben", sagt einer der Bauern, die frühmorgens um fünf jeden Tag ihren Schlepper vom Bauernhof auf die Hauptstraße rausfahren. Serienweise passieren seit Jahren Unfälle in Fristingen, tausende von Zaunlatten wurden niedergefahren und Hof Tore plattgewalzt. Jetzt trafen sich die Fristinger zur Anwohnerversammlung und beschlossen, "daß wir den Verkehr jetzt selber verlangsamen, nachdem die Behörden nicht auf unsere Anliegen reagieren." Der unerträgliche Durchgangsverkehr über denkmalgeschütztes Pflaster, 6.800 Fahrzeuge am Tag, davon knapp 20% Lkw, haben das Faß zum Überlaufen gebracht. Also werden die Traktoren von früh morgens bis zum Einbruch der Dunkelheit am Straßenrand geparkt – und zwar so geschickt versetzt, daß ihnen einerseits die Polizei nichts anhaben kann, der Durchgangsverkehr andererseits aber nur noch durchs Dorf schleichen kann. Es ist wirklich wesentlich ruhiger geworden.

Quelle: taz v. 20.8.96



Kanzlerkandidatendarsteller Schröder ist etwas out of time. Er hängt noch seinen Jugendträumen über die Fusion von Staat und Wirtschaft (Stamokap) nach und verhandelt daher mit dem weißrussischen Diktator Lukaschenko, um niedersächsische Autoreifen profitabel nach Osten rollen zu lassen. Derweil handeln die Autokonzerne ganz pragmatisch und arbeiten an der Auflösung der Staaten, in dem sie diesen die Finanzgrundlage entziehen.

Etwas unverständlich ist daher der teilweise Jubel in Deutschland, daß hier eine Megafusion unter deutscher Mehrheit und Regie stattgefunden hat. Mal ganz davon abgesehen, daß sich die Mehrheitsverhältnisse schnell ändern könnten (niemand kann Amerikaner daran hindern, Aktien des neuen Konzerns zu erwerben), wird diese Fusion schon in diesem Jahr ein Ergebnis zeitigen. In

critical mass

critical mass ist ein organisierter Zufall, in dem sich tausende Radfahrer monatlich treffen, um Radfahren zu feiern und verbesserte Verkehrsbedingungen für Fahrräder zu fördern und zu fordern. critical mass Aktionen finden gleichzeitig am letzten Freitag des Monats in vielen Städten der Welt ohne übergeordnete Organisatoren statt. In Berlin trifft man sich als bisher einzige deutsche Stadt am Brandenburger Tor um 16 Uhr. Ansprechpartner sind unter der email-Adresse berlincm@aol.com erreichbar.

Fliegende Fahrräder

Der Termin der Velo City 99-Konferenz rückt näher, die Zeit drängt und das Geld ist knapp. Was liegt da näher, so dachten sich wohl die Grazer Organisatoren, als das schnellste Verkehrsmittel finanziell anzupapeln. So erschien auf der Rückseite der "Call for papers"-Broschüre eine Anzeige der swissair und der Austalian Airlines, die angaben, die "official air carriers for the Velo-City Conference 99" zu sein. Die Veranstalter wiesen eindringlich darauf, mit diesen Firmen anzureisen. Auf ein Protestschreiben von UMKEHR reagierte der VCO prompt, in dem er sich von dem Geschäftsgebaren seines Landesverbandes distanzierte. Die European Cyclist Federation ECF hielt eine Antwort bisher nicht für nötig. London muß wohl so weit weg von Graz sein, daß eine Zugfahrt für Radler unzumutbar ist.

Gasmasken für Autofahrer

Der britische alternative Verkehrsclub ETA hat mit der bisher umfangreichsten Literaturstudie (70 verarbeitete Quellen) bisherige Einzelveröffentlichungen bestätigt, die Radfahrern eine bessere Einatemungsluft bescheinigten als Autoinsassen auf denselben Straßen. Im Gegensatz zu den bisher in der Öffentlichkeit verbreiteten Studien zeigte die Zusammenfassung, daß Fußgänger am wenigsten belastet werden. Radfahrer haben – wegen ihrer tieferen Atemzüge – einen etwas höheren Schadstoff "input", allerdings deutlich niedriger als Autofahrer. Zwischen den Zweiradlern und den kleinen Blechkisten liegen Busse und Straßenbahnen in der Belastungsrangfolge.

Kurze Zusammenfassung unter <http://www.eta.co.uk>. Langfassung (32 Seiten) für 10 Pfund, ISBN 1-873906-14-5 "Road User Exposure to Air Pollution – A Literature Review".

Ö-termine

Bis 30.9.98 in Berlin
Volksinitiative gegen den Transrapid
Die Unterschriften von 90.000 Berlinern müssen binnen 6 Monaten gesammelt werden.
Kontaktadresse: BürgerInnen gegen den Transrapid c/o BUND Berlin Crellstr. 35, 10827 Berlin, Tel. 030/78 79 00-17, Fax -18

19.9.98 im Lindauer Hauptbahnhof
Kongreß zum Manifest der 1435 Worte
Bahnprivatisierung – Bahnhofsverlagerung – Bodenspekulation. Der Teilnahmebetrag ist 20,-DM.
Kontaktadresse: AG Inselbahnhof Lindau c/o Karl Schweizer Wannental 62, D-88131 Lindau, Tel.&Fax 08382/754 96

21.-24.9.98 in Linz
Internationale Tage "Nachhaltige Stadtverkehrsentwicklung"
Themen: Autofreie Städte- und Siedlungskonzepte, nachhaltige Flächen- und Verkehrsplanung in Städten und Ballungsräumen.
Kontaktadresse: Dr. Leo Eichmann, c/o Oberösterreichische Landesregierung, Tel. 0043 732/7720, Fax: 0043 732/4424, email: uak.post@ooe.gv.at

21.9.-25.9.98 in Hamburg
Veranstaltung im Rahmen der interkulturellen Wochen "PenderInnen nach Hamburg"
Die Teilnahmegebühr beträgt: 180,-DM. Die Veranstaltung ist als Bildungsurlaub anerkannt.
Kontaktadresse: umdenken – Politisches Bildungswerk, Heinrich-Böll-Stiftung, Max-Bräuer-Allee 116, D-22765 Hamburg, Tel. 040/38 95 270, Fax: 040/38 09 362

26.9.98 in Halle(Saale)
Zweites Fachseminar "Aktuelle Entwicklungen bei Mobilitätszentralen in Ostdeutschland"
Hierbei geht es auch um Mobilitätsberatung.
Kontaktadresse: Institut für Energiefik und Umwelt gGmbH, MzM, c/o Matthias Reichmuth, Torgauer Str.116, 04347 Leipzig, Tel. 0341/24344-25, Fax -33

31.0.98
"ITE-Aktionstag"
Alle Organisationen werden gebeten, die geplanten Aktionen dem ITE Sekretariat mitzuteilen. Kontaktadresse: Alpen-Initiative Postfach 29, CH-3900 Brig, Tel. 004128/9242226, Fax: 004128/9244305

Deutschland wird es einen Steuerzahler weniger geben. Daimler hat durch die Fusion nun genug Möglichkeiten durch gegenseitige Verrechnung von Gewinnen und Verlusten mit Chrysler, seinen Profit am Finanzamt vorbeizuschleusen. Im letzten Jahr handelte es sich immerhin um 4,3 Milliarden DM.

Auch beim Thema Arbeitsplätze gibt es keinen Grund zum Jubeln. In der derzeit brummenden Autokonjunktur wird es wohl keine Entlassungen geben, eine konzerninterne Konkurrenz den einzelnen Autokomponentenwerken wird es auf jeden Fall geben. Schließlich stellt Chrysler mit weniger Beschäftigten doppelt so viele Fahrzeuge her wie Daimler. Ferner wird auch der wachsende Druck des Beinahe-Monopolisten auf die Zulieferindustrie dort die Zahl der Arbeitnehmer senken.

Neue Diskussionsrunde um Tempo 30 im Bundestagswahlkampf '98

Die 75.000 Unterschriften, die der VCD seit 1996 mit Unterstützung aller großen Verkehrs- und Umweltverbände gesammelt hat, wurden am 1.7.1998 dem Bundesverkehrsministerium übergeben. Vermutlich wurde deshalb eine neue Veröffentlichung vom Umweltbundesamt (UBA) zum Thema in den Tagesmedien.

Der Aufmacher der Süddeutschen Zeitung vom 2.7.98 lautete:

Empfehlung des Umweltbundesamtes

In Städten soll nur noch Tempo 30 erlaubt sein

Studie: 50 Stundenkilometer in geschlossenen Ortschaften nur noch auf Hauptstraßen
„Weniger Unfälle, Schadstoffe und Lärm“ / Verkehrsminister Wissmann bezweifelt Akzeptanz durch Autofahrer

Einen Tag später griffen alle anderen Zeitungen diese Meldung auf und berichteten, daß SPD, Grüne, PDS, Umweltbundesamt, Deutscher Städtetag sich schon einig sind, nur Verkehrsminister Wissmann (CDU) zögere noch. Die Boulevard-Presse (zumindest in Berlin) überschlug sich mit Titelblättern "Bald nur noch Tempo 30 in ganz Berlin" oder "Tempo 30 - Wie langsam wird unser Leben?" (BZ v. 3. und 4.7.98). Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Elke Ferner, kündigte an, daß eine rot-grüne Bundesregierung eine generelle Tempo 30-Regelung einführen würde. Auf kommunaler Ebene setzten sich viele Politiker von Union und FDP dafür ein, meinte der grüne Abgeordnete Albert Schmidt.

Die neue UBA-Veröffentlichung war von ihren Inhalten nicht so neu. Neu war, daß das UBA in großer Deutlichkeit auch für generell Tempo 30 plädierte. Die Untersuchung "Erfahrungen mit Tempo 30" legt noch einmal in sehr komprimierter Fassung den Rückgang der Unfälle und des Lärms bei 30 km/h dar und zeichnet bei den Schadstoffemissionen ein differenziertes Bild: So führe Tempo 30 in erster Linie zu einem geringeren Ausstoß von Stickoxid. Benzinverbrauch sowie die Emission von Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxid hingen stärker von Beschleunigungs- und Bremsvorgängen ab. Je homogener gefahren werde, desto stärker sind die Rückgänge. Äußerst wertvoll für die Praxis machen die Kapitel Rechtliche Vorgaben, Analyseschritte, Konzeptentwicklung, Maßnahmenbausteine und -katalog(!) und Planungsablauf diese Broschüre, die im Auftrag des UBA (Fachgebiet 1.2.2. Bernhard Specht) von der Planungsgemeinschaft W. Theine (PGT), Hannover erstellt wurde.

In Berlin stellte die CDU das abgebildete Plakat auf. Teilweise mit dem Zusatzaufkleber "Nein - CDU wählen". Da die Plakate am Straßenrand stehen, könnte man dies als "Eingriff in den Straßenverkehr" werten, wie dies oft bei Plakat-Aktionen von Eltern-Initiativen von seiten der Polizei geschehen ist. Da die Plakate auch an Hauptstraßen stehen, hat die CDU damit weitere Tempolimits "eingeführt". SPD und Grüne bedankten sich bei der CDU für die Plakatierung ihrer Themen. (Foto aus Tsp. v. 11.8.98)

UMKEHR-Kurzinfo jetzt wieder unter die Leute bringen!

Die meisten der Kapitel der UBA-Broschüre enthält auch die UMKEHR-Kurzinformation "Tempo 30 - Wege zu menschenfreundlichen Städten und Dörfern" und sie ist stärker auf die Argumentation zu Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen zugespielt (dies tut die UBA-Broschüre noch zu zaghaft). Das 40-seitige Heft ist zwar nicht neu, sondern von 1991 und die damaligen IDV-Abonnenten haben es bekommen, aber in der Argumentation und Darstellung der Zusammenhänge und Möglichkeiten der wirksamen Geschwindigkeitsreduzierung höchst aktuell (nur die Unfallzahlen sind nicht aktuell). Preis: 4 DM (der ist auch nicht neu). Dazu gibt es die entsprechenden Plakate mit dem Aufdruck "gerade auch in Hauptstraßen!" zu den Themen Unfälle, Lärm, Abgase und Hauptstraßen. Das Material-Paket "Tempo 30" mit Kurzinfo, 4+1 Plakate, 1 Flugblatt sowie 1 Aufkleber-Bogen und 2 Aufklebern "Traue keinem über Tempo 30", "Tempo 30 - Das Tempo unserer Zeit" gibt es gegen 12,- DM in Briefmarken oder auf Rechnung bei UMKEHR e.V. (die Einzelteile sind auch einzeln erhältlich) Das Kurzinfo eignet sich besonders gut zur Verteilung z.B. an alle Stadträte einer Gemeinde, an Mitglieder des Agenda 21 - Tisches oder VertreterInnen von Verbänden, Parteien, Gewerkschaften, Ämtern, die es zu überzeugen gilt. Bei Abnahme von mind. 10 Stück des Kurzinfos für solche Verwendungszwecke kostet das Stück dann nur noch 2,50 DM. Nutzt also die sich entwickelnde gute Stimmung für Tempo 30 und macht mit bei der Weiterverbreitung der Argumente!

"STAU" heißt das Gegenargument nicht nur am Stammtisch

Bei Stammtisch-Gesprächen und in den Boulevard-Zeitungen bricht mit Tempo 30 generell "der Verkehr zusammen" und es käme zu "unerträglichen Staus". Doch auch bei gehobenen Diskussionen wird immer wieder gefragt, ob

die Leistungsfähigkeit innerörtlicher Hauptstraßen mit Tempo 30 so weit sinke, daß zunehmende Stauungen die Folge seien.

Aus einer Untersuchung von Frank Schleicher-Jester (1995): Die Leistungsfähigkeit innerörtlicher Hauptverkehrsstraßen ergibt sich nicht aus der Leistungsfähigkeit der Strecke, sondern aus der Leistungsfähigkeit des maßgebenden lokalen Engpasses, der in der Regel ein Ampel-gesteuerter Knotenpunkt ist. Bei einer Ampel ist die Länge der Freigabezeit (Grün), der Sperrzeit (Rot) und der Zwischenzeit (Gelb) maßgeblich dafür, wieviele Fahrzeuge eine Straße pro Zeiteinheit und Fahrstreifen an der Ampel passieren. Außerdem ist die Zeitlücke zwischen aufeinanderfolgenden Fahrzeugen beim Überfahren der Haltelinie an der Kreuzung bestimmendes Element der Leistungsfähigkeit. Schleicher-Jester kommt zu dem Ergebnis, daß die Zwischenzeiten verringert werden können, wenn die zulässige Höchstgeschwindigkeit verringert wird, die Zeitlücken sich aber möglicherweise (geringfügig) erhöhen. Beides wirkt sich auf die Leistungsfähigkeit jeweils nur im Rahmen von maximal 5% aus. Außerdem gleichen sich beide Faktoren tendenziell aus, sodaß zusammenfassend festgestellt wurde: Der Einfluß der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf die Leistungsfähigkeit innerörtlicher Hauptverkehrsstraßen liegt in der Regel unter 5% und ist damit vernachlässigbar. Aber Stau im Autoverkehr kann man auch als ein sinnvolles Regelungsinstrument im "Überdrucksystem Verkehr" anerkennen.

Stau für Busse?

Beim Busverkehr trifft die Aussage, daß Engpässe wie Kreuzungen die Reisezeit bestimmen, verstärkt zu, da hier durch den Aufenthalt an Haltestellen die Stopps an Ampeln noch öfter auftreten und eben diese beiden Aufenthaltszeiten die Reisezeit entscheidend bestimmen und nicht die Höchstgeschwindigkeit, die mal kurzzeitig auf der Strecke erzielt werden kann.

Literatur

Erfahrungen mit Tempo 30

Planung - Umsetzung - Umweltauswirkungen der Verkehrsberuhigung, UBA (Hrsg.), 134 S., Berlin 1998, 15,-DM, erhältlich durch Vorauszahlung des Betrages an die Fa. Werbung und Vertrieb (Ahornstr. 1-2, 10787 Berlin), Kto-Nr.: 4327 65-104 bei der Postbank Berlin (BLZ 10010010), parallel bitte mit schriftlicher Bestellung mit Nennung der Textenummer an die Firma.

Leistungsfähigkeit innerörtlicher Hauptverkehrsstraßen im motorisierten Individualverkehr bei verschiedenen Geschwindigkeiten

Von Frank Schleicher-Jester, Grüne Reihe des Fachgebietes Verkehrs-wesen der Universität Kaiserslautern, Nr. 32, 30 DM, erhältlich: Fachgebiet Verkehrs-wesen der Uni Kaiserslautern, Paul-Ehrlich-Str. 14, 67 663 Kaiserslautern, Tel: 0631/205-1, Fax: 3905.



Partner Bahn und Flugzeug

Aber bald soll es wieder aufwärts gehen mit der Bahn, denn sie soll die in-nerdeutschen Flüge der Lufthansa ersetzen. Das teilen Mitte Juli die Chefs der DB der Lufthansa sowie der Frankfurter Flughafen mit. Feierlich wurde ein "Memorandum of Understanding" unterzeichnet, ansonsten war man mit un-derstatement eher zurückhaltend.

Während DB-Ludewig gar von einem Ersetzen des gesamten Inlandflugverkehrs sprach und Lufthansa-Weber von 1,5 Millionen am Boden bleibenden Fluggästen sprach, rückte der Frankfurter Bender mehr oder weniger freiwillig



Es geht also offensichtlich nicht um Umwelteffekte, sondern um die Effektivierung

die Größenordnungen wieder klar: Die Erweiterung des Frankfurter Flughafens sei weiter nötig, weil die Verlagerung das von der Lufthansa dort geplante Verkehrswachstum lediglich um ein Jahr in die Zukunft verschiebe. In der Tat ein Klacks, denn auf den internationalen deutschen Flughäfen werden dieses Jahr wahrscheinlich 120 Millionen Fluggäste ein- und aussteigen – ein Drittel davon in Frankfurt. Der Frankfurter Flughafen wird dankbar für diesen Zeitgewinn sein, um die geplante dritte Landebahn bauen zu können.

Straßenbauprojekte jetzt verstärkt anzweifeln!

Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) gibt mit seinen sogenannten "Bedarfs"plänen für Bundesfernstraßen (Autobahnen und Bundesstraßen) sowie Schienenwege den rechtlichen Rahmen für die Infrastrukturplanung ab. Durch die zugrunde liegende Philosophie einer reinen Anpassungsplanung an vermeintlich steigenden Verkehrsbedarf und dem Aufstellungsablauf als Addition der Begehrlichkeiten regionaler Ausbauwünsche ergab sich in den letzten Jahrzehnten eine ungebremste Straßenbauorgie. Viel Landschaft und Natur wurde für neue Asphaltpisten zerstört und neuer Autoverkehr erzeugt. Der im Jahr 1992 aufgestellte BVWP ist heute noch gültig und hätte eigentlich nach 5 Jahren überprüft werden müssen. Das gewaltige Volumen des BVWP '92 mit rund 11.500 km Aus- und Neubauten von Bundesfernstraßen bis zum Jahr 2012 ist ein Grund dafür, warum der Etat des Bundesverkehrsministers lange Jahre der zweitgrößte (nach Arbeit und Soziales) im Bundeshaushalt war. Noch 1997 brüstete sich der Bundesverkehrsminister damit, daß Deutschland weltweit am meisten Geld in den Ausbau von Verkehrswege stecke. Nach über 40 Jahren forcierten Straßenbau in diesem Lande stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Prioritätensetzung mehr denn je – oder ist Deutschland ein Entwicklungsland? Die Bürgerinitiativen im Verkehrsbereich fordern ein Stopp des Straßenbaus und die Bundesregierung auf, mit einer Überprüfung des gesamten BVWP auch gewaltige Einsparsummen im Bundeshaushalt freizumachen. Zierte sich die jetzige Bundesregierung noch vor einiger Zeit, den BVWP turnusmäßig zu überprüfen, so wird nun aufgrund der drastischen Unterfinanzierung des größten Straßenbauprogramms der Nachkriegsgeschichte eine Fortschreibung noch 1998 begonnen, Ende des Jahres 2000 soll dann ein neuer BVWP vorliegen. Dieses

Prozedere – in der Hauptsache Gerangel der Länder um möglichst hohe Einstufung Ihrer Projekte bietet gute Gelegenheiten, den BVWP insgesamt und einzelne Projekte in der öffentlichen Diskussion wieder verstärkt in Frage zu stellen. So sei den Bürgerinitiativen, Verbänden, Parteien und Aktiven vor Ort geraten, zum Beispiel Stellungnahmen zu einzelnen Projekten auch dem Bundesverkehrsministerium zukommen zu lassen. Damit wächst die Chance, daß Projekte niedriger eingestuft werden und aus dem "vordringlichen Bedarf" fallen. Da das Fortschreibungsverfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit abläuft und die Entscheidungsprozesse oftmals nicht nach sachlichen Kriterien vorgenommen werden, bedarf es einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit über Sinn und Unsinn des BVWP und dessen Projekte. Grüne Fraktionen können dies mit Anträgen und Anfragen auf kommunaler, Kreis- und Landesebene begleiten.

Als Argumentationshilfe vor Ort, Darstellung der Methodik des BVWP und seinen Ungereimtheiten sowie einer Übersicht über die verschiedenen Planungsschritte und -verfahren mit Ansatzpunkten für die Kritik auf verschiedenen Ebenen kann das Papier "Der Bundesverkehrswegeplan" aus der Reihe "lang & schlüssig" Nr. 13.81 der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen empfohlen werden. Er ist für 3,-DM + Versandkosten erhältlich beim Büro Gila Altmann, MdB, Bundeshaus, Rheinweg 6, 53 113 Bonn, Tel: 0228/116-81020, Fax -86898. Der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR e.V.) als Dachorganisation der Verkehrsbürgerinitiativen bietet besonders für Bürgerinitiativen gegen Straßenbau Beratung zu den verschiedenen Bereichen (Argumente gegen Straßenbau, rechtliches, BI-Arbeit, Aktionen usw.) an: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel: 030/1492-7473, Fax -7972.

des Luftverkehrs. Die freiwerdenden Slots sollten selbstverständlich für Fernflüge benutzt werden, wie DB-Ludewig mitteilte, der das Abkommen als ein Mittel ansah, um "die Attraktivität des Luftverkehrs zu steigern". Für die Bahnkunden kündigte er folgende Verschlechterungen aufgrund des Abkommens an:

- Flug- und Fahrpläne werden im Sinne günstiger Umsteigeverbindungen aufeinander abgestimmt (und nicht etwa die Bahnfahrpläne optimiert)
- An mehreren Bahnhöfen können die Fluggäste schon am Vorabend ihr Gepäck abgeben (während es immer weniger Gepäckaufbewahrungen für Bahnkunden gibt)
- Das aufgegebene Gepäck muß nach dem Einchecken zugriffssicher zu den entsprechenden Bahnhöfen transportiert werden. Um das zu realisieren sind entweder völlig neue Züge oder umgebaute ICE nötig. (Diese Investitionen gehen den Bahnkunden flöten)
- Die Fluggäste werden wohl Dumping-Tickets von der Bahn erhalten. (Damit subventionieren die Bahnkunden die Flieger).

Termine

7.10.98 in Mainz
Tagung "Verkehrsweg in die Zukunft - Schnittstellen im Umweltverbund"
 Kontaktadresse: Georg-Förster-Institut, z. Hd. Wolfgang Kneil, An der Bruchspitze 50, 55122 Mainz.
 Tel. 06131/628-104, Fax -207

9.-10.10.98 in Schwerte
Symposium "Bahn mit Zukunft?"
 Die Eisenbahn auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Die Tagungsgebühr beträgt 95,- DM, ermäßigt 60,-DM. Kontaktadresse: VCD, z.Hd. Hinrich Köhler, Eifelstr. 2, D-53119 Bonn. Tel. 0228/98585-0, Fax: 0228/98585-10

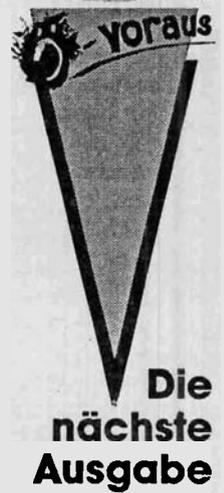
11.-18.10.98
Europaweites Treffen "Come to Munich"
 Dieses Treffen soll sich gegen die A99, gegen den ADAC und generell gegen den Autoverkehr richten. Kontaktadresse: Michael Hartmann, Limesstr. 10, 81243 München. Tel. 089/871 39 107

2.-4.11.98 in Berlin
Kommunales Flächenmanagement
 Thema dieses Kurses ist u.a. die Umnutzung von Bahnliegenschaften und Bahnhöfen. Die Gebühr beträgt: 380,-DM. Veranstalter siehe unter dem 14.-16.9.

6.-7.11.98
Intern. Aktionstag "Flugverkehr"
 Wer Probleme mit der englischen Sprache hat, kann sich bei UMKEHR über die Aktionen in Deutsch informieren. Kontaktadresse: milieu defense (MD) z.Hd. Paul de Clerk, P.O. Box 19199, NL-1000 GD Amsterdam. Tel. 0031-20-6221366, Fax: 0031-20-6221587

18.11.98 in Esslingen
Expertenmeeting "Zu Fuß gehen kann man überall?"
 Teilnahmebetrag: 80,-DM, Studenten 25,-DM. Bei dieser Tagung werden die Ergebnisse von Modellprojekten zur Untersuchung der örtlichen Fußgängersituation in Baden-Württemberg vorgestellt.
 Kontaktadresse: Ministerium für Umwelt und Verkehr, Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart. Tel. 0711/126-0, Fax: 0711/130972

Überblick über Infodienste und Zeitungen:



Abfall:
MüllMagazin (Rhombos)
Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

Anti-Atom:
anti atom aktuell
Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen
Atom-Pressespiegel
Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld
Forum des IPPNW
Körtestr. 10, 10967 Berlin
THTR-Rundbrief (BI Hamm)
Postfach 1242, 59002 Hamm

Chemie & Industrie:
Informationsdienst Chemie & Umwelt (ICU)
Beethovenstr. 31, 79100 Freiburg
Stichwort Bayer (CBG)
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

Energiewende:
Energiewende-Info (Öko-Institut)
Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt
Neue Energie (BWE)
Herrenleischstr. 1, 49074 Osnabrück

Landschaft:
Naturschutz und Landschaftsplanung
Postfach 700561, 70574 Stuttgart
Natur und Landschaft
Postfach 400263, 50832 Köln

local economy:
bankspiegel (GLS Gemeinschaftsbank)
Postfach 100829, 44708 Bochum
Contraste
Postfach 104520, 69035 Heidelberg

Ökologischer Landbau:
Ökologie & Landbau (SÖL)
Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
Unabhängige Bauernstimme (ABL)
Marienfelder Str. 14, 33378
Rheda-Wiedenbrück

Organisation, Tips:
Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
Postfach 5829, 65048 Wiesbaden
Media Perspektiven
Am Steinernen Stock 1, 60320 Frankfurt
KGV-Rundbrief (Öko-Institut)
Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

Politik von unten:
Graswurzelrevolution
Kaisersstr. 24, 26122 Oldenburg
mitarbeiten (Stiftung Mitarbeit)
und Rundbrief Bürgerbeteiligung
Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
Schwarzer Faden (trotzdem-Verlag)
Postfach 1159, 71117 Grafenau

Tierschutz/Tierrechte:
Brennpunkte
Promenadeplatz 12, 80333 München
Du und das Tier (DTSB)
Baumschulallee 15, 53115 Bonn

Über den Tellerrand:
Friedensforum (Friedenskooperative)
Römerstr. 88, 53111 Bonn
Kampagne aktuell (Rüstungsexporte)
Bismarckring 3, 65185 Wiesbaden

Umwelt allgemein:
Kritische Ökologie
Langgasse 24 HH, 65183 Wiesbaden
ÖkoLinX (Ökologische Linke)
Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt
Ökologisches Wirtschaften
Waltherstr. 29/III Rgb., 80337 München
http://umwelt.de/magazin/oekowirt
Öko-Mitteilungen (Öko-Institut)
Postfach 6226, 79038 Freiburg
Politische Ökologie
Waltherstr. 29, 80337 München
http://www.umwelt.de/Magazin/pol
Rathaus und Umwelt (U.A.N.)
Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover
Umwelt kommunale Ökologische Briefe
Schadowstr. 48-50, 40212 Düsseldorf
UmweltNachrichten (Umweltinstitut M)
Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München

Umweltbildung:
Rundbrief der Initiative Psychologie im
Umweltschutz
Schurzstr. 2, 54292 Trier
Umweltberatung aktuell (BUND)
Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

Umwelt & Entwicklung:
alaska
Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen
Iz3w-Blätter
Postfach 5328, 79020 Freiburg
Germanwatch
Berliner Platz 23, 53111 Bonn
Informationsdienst Weltwirtschaft&Entwicklung
WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn
Relaciones (VEN)
Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf
Rundbrief "eine Welt"
Mittelstr. 4, 34474 Weithen

Umweltrecht:
Recht der Natur (Schnellbrief)
Schleusenstr. 18, 60327 Frankfurt
Zeitschrift für Umweltrecht
Contrescarpe 18, 28203 Bremen

Verbands-Infodienste:
Alligator (Grüne Liga)
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin
BBU-Infodienst
Prinz-Albert-Str. 43, 53113 Bonn

Deutschland-Rundbrief (DNR)
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
EU-Rundschreiben (DNR)
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Hochschul-Umwelt-Info (5 DM)
BSÖ, c/o ASTA Uni Münster
Schloßplatz 1, 48149 Münster

VerbraucherInnenpolitik:
Verbraucher konkret
Breite Str. 51, 53111 Bonn

Verkehr:
Informationsdienst Verkehr (Umkehr e.V.)
Exerzierplatz 20, 13357 Berlin
radWELT (ADFC)
Postfach 107747, 28077 Bremen

Wasser:
Wasser-Rundbrief (AK Wasser
des BBU)
Rennerstr. 10, 79106
Freiburg
Waterkant (AKN)
Kreuzstr. 61, 28203
Bremen

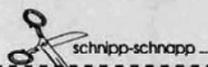
Widerstand/Direkte Aktion:
Mikas & Creadas Informationen
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen



O-Punkte-Schwerpunkt: Naturschutz im Abseits
Situation, Auswege und neue Konzepte für Naturschutz mit den Menschen
Die Konflikte um die Ausweisung von Naturschutzgebieten und Nationalparks sind in den letzten Monaten eskaliert. Schilder wurden demoliert, Bauern und Fischer gingen auf die Barrikaden und wollen am besten gar keinen Naturschutz mehr, aber auf gar keinen Fall mehr Naturschutz.
Wie kann das Vertrauen zwischen Naturschutz und NutzerInnen wieder hergestellt werden? Gibt es neue Konzepte für einen Naturschutz mit den Menschen? C... hat Naturschutz auch ohne Verbote und Schutzgebiete? Bringt die FFH-Richtlinie wirklich, was sie verspricht?
Diese und andere Fragen wollen wir in der nächsten Schwerpunkt-Nummer der Ö-Punkte anstellen. Wer hier selber etwas beitragen kann, ist herzlich eingeladen sich an die Naturschutz/Landschaft Themenredaktion zu wenden:
Institut für Ökologie, Jörn Hartje, Poststr. 39, 22946 Brunsbek, Tel.:
Fax: 04531/7116, e-Mail: Joern.Hartje@public.uni-hamburg.de

Herbst '98
• erscheint Ende November
• Redaktionsschluß: 1. November

Redaktionsschluß der Ausgabe Frühjahr '99 ist voraussichtlich der 1. Februar 1999.



Der Coupon für alle Fälle, z.B. für ...

... ein Abo

- Hermit abonniere ich die Ö-Punkte
- Normales Abo für 20 DM/Jahr
 - Förder-Abo für DM/Jahr
 - Sammel-Abo Je Hefte 20 DM plus je 3 DM/Jahr
 - Ö-Plus aktuell für 40 DM/Jahr
 - Ö-Plus Perspektiven-Rundbrief für 40 DM/Jahr (Näheres zu den Abo-Bedingungen: Siehe Seite 2)

... mehr Infos

- Bitte schick mir gegen Briefmarken:
- Infoheft zum Institut für Ökologie 220 DM
 - ReferentInnen-Faltblätter 220 DM (Angebote für Vorträge, Seminare und Beratung)
 - Informationen zur Projektwerkstatt 5 DM (Bücherliste, Tagungshausinfo, Radikal-Leben-Projekt usw.)
 - Perspektivpaket (siehe Seite 5) 6 DM
 - Die drei vorherigen Ö-Punkte-Ausgaben (Windenergie, Agenda 21, Direkte Demokratie) 9 DM

... konkrete Aktion

- Wir möchten Informationen, welche Netzwerke in unserem Themenbereich bestehen, wo gemeinsame Aktionen und Treffen laufen usw.
 - Ich/wir interessieren uns für das Radikal-Leben-Projekt rund um die Projektwerkstatt und bitte um Informationen, wie ein Einstieg möglich sein kann.
- Bitte jeweils für Antwort und Materialbelegen 3 DM in Briefmarken belegen. Außerdem Infos über Gruppe, Projekt oder eigene Interessen belegen/in Bestellbrief benennen - nur dann können wir gezielt antworten!

Red. Ö-Punkte
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen

Name: Tel:
Adresse:
Datum, Unterschrift:



*FreiRäume – der Investitions-Fond zur Schaffung politischer Projekte und Zentren
Getragen vom Jugend-Umwelt-Projekt-Fonds e.V. (kurz JUPF)*

Politische Freiräume schaffen!

Seit das politische und soziale Klima immer kälter wird, werden Freiräume eingeschränkt. Staatliche und öffentliche Repression gefährden die eigene Unabhängigkeit. Die Anfangsphase sowie spätere größere Umbrüche und Investitionen stellen unabhängige Projekte oft vor unlösbare Probleme. Viele interessante Projekte, Aktionen und Initiativen scheitern so, bevor sie überhaupt politisch breit wirken konnten.

Aus diesem Dilemma ist die Idee des Investitionsfonds "FreiRäume" entstanden. Die Idee, die dahintersteht ist so einfach wie genial: Projekte, Initiativen und Einzelpersonen, die aus dem Größten raus sind, zahlen ihre Rücklagen oder Überschüsse an den Fonds. Hinzu kommen Geldanlagen und Spenden von allen, die mit ihrem Geld Stück für Stück mehr Politik von unten ermöglichen wollen. Dieses Geld kommt politischen Projekten vor allem in ihrer Anfangsphase zugute. Die Einzahler verzichten auf Zinsen und unterstützen damit politische und ökologische Projekte.

Die Projekte erhalten das Geld als zinslosen Kredit und zahlen das Geld innerhalb eines festgelegten Zeitraumes zurück. Da das Geld nur für Investitionen ausgegeben werden darf und beim Scheitern des Projektes die erworbenen Immobilien oder Gegenstände in den Besitz des Fonds übergehen, bleiben alle eingezahlten Gelder auf Dauer sicher und für den bestimmten Zweck erhalten. Sollten die einzahlenden Projekte selbst größere Investitionen planen, können auch sie auf den Fond zurückgreifen. Jeder GeldgeberIn kann entscheiden, welches Projekt er/sie unterstützen möchte. "FreiRäume" ist nichts mehr als Vermittler und Garant. Mit folgenden drei Projekten möchten wir starten und Sie um Unterstützung bitten, damit politischen Freiräume entstehen können, die gleichzeitig ökologische Projekte sind.

Weitere Informationen können sie bei den jeweiligen Projekten oder unter folgender Adresse anfordern:

FreiRäume, c/o JUP!, Am Bürgerpark 2, 23843 Bad Oldesloe, 04107/850478, Fax: 04531/7116, jup_ood@lynet.de

Spendenkonto:

JUPF/Freiräume, Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg,
Kto.-Nr. 2596, BLZ 53250000
(Spenden und entfallene Zinsen sind steuerlich absetzbar)

Projektwerkstatt, Seminarhaus, Laden und mehr

Im Kreis Gießen soll in verschiedenen Gebäuden Arbeits- und Gruppenräume, Bibliotheken und Werkstätten entstehen. Das ganze verbindet sich zum K.O.B.R.A., dem "Kollektiv basisdemokratischer, radikal(ökologisch)er, autonomer WGs, Betriebe und Projektgruppen". Gesucht sind: NeueinsteigerInnen in WGs und Betriebe, Mitwirkende bei Ausbau und politischen Aktionen und GeldgeberInnen

Projekt K.O.B.R.A., Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Raiskirchen, 06401/903283



Inihaus: Aktions-Villa »Wendzeit«

Nun ist ein Haus da und viele jungen Leute, die beim Renovieren mit anpacken, nur das Geld fehlt noch. Die Aktionsville wird neben Themenwerkstätten (Layout, Antifa, ...), Cafe, Seminarraum und einen Veranstaltungsraum beherbergen. Dieses selbstverwaltete Jugendzentrum möchte für alle Oldesloer Jugendlichen offen sein und vor allem Raum für politisches Engagement schaffen.

Aktions-Villa, Am Bürgerpark 2, 23843 Bad Oldesloe, 04531/4512



Foto: Christine Rudolf



Auf zu neuen Horizonten

Die LOVIS - das ist ein Jugend-Bildungsschiff, daß auf der Ostsee mit Schulklassen, Jugendgruppen und Erwachsenen fahren will. Auf einem Segelschiff sitzen die Mitsegler sowohl im wörtlichen, als auch im übertragendem Sinne in einem Boot. Das Segelschiff wird sich nur vorwärtsbewegen, wenn alle mitanpacken und mithelfen die Segel zu bedienen und die täglich anfallenden Arbeiten zu erledigen.

Die LOVIS wird bei 30 Metern Länge 30 Kojen zur Verfügung stellen können, die Versorgung der Gäste wird durch die Küche, die Toiletten und Duschen gewährleistet.

Bildung-Ökologie-Erleben e.V., Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck, 0451/7070646

